

2017

Das andere Jahrbuch

GERHARD WISNEWSKI

verheimlicht

vertuscht

vergessen

Was 2016 nicht in der Zeitung stand

KOPP

1. Auflage Januar 2017

Copyright © 2017 bei
Kopp Verlag, Bertha-Benz-Straße 10, D-
72108 Rottenburg

Alle Rechte vorbehalten

Covergestaltung: Nicole Lechner
Lektorat, Satz und Layout: Agentur
Pegasus, Zella-Mehlis

ISBN E-Book 978-3-86445-413-4
eBook-Produktion: **GGP Media GmbH**,
Pößneck

Gerne senden wir Ihnen unser

Verlagsverzeichnis

Kopp Verlag

Bertha-Benz-Straße 10

D-72108 Rottenburg

E-Mail: info@kopp-verlag.de

Tel.: (07472) 98 06-0

Fax: (07472) 98 06-11

*Unser Buchprogramm finden Sie auch
im Internet unter:*

www.kopp-verlag.de

*Denke das Unmögliche, und du kommst
der Wahrheit am nächsten.*

Unbekannt

*Unsere Desinformation funktioniert,
wenn alles, was die amerikanische
Öffentlichkeit glaubt, falsch ist.*

CIA-Chef William Casey, 1981

Vorwort

Zehn Jahre *verheimlicht* – *vertuscht* – *vergessen*! Als wir diese Buchreihe 2007 bei Droemer Knaur aus der Taufe hoben, war ein solcher Erfolg nicht abzusehen. Die Idee bestand darin, nicht nur Themen wie den 11.9.2001 einmal »gegen den Strich zu denken«, wie ich es in *Operation 9/11* getan hatte, sondern dies mit allen oder zumindest den meisten wichtigen Themen zu tun, die im Laufe eines Jahres so anfallen. Denn zumindest mir war klar, dass unsere Medien und Politiker nicht nur bei Großereignissen lügen und

manipulieren, was das Zeug hält – sondern bei den meisten Themen eines Jahres. Wie sagte doch der damalige CIA-Chef William Casey 1981: »Unsere Desinformation funktioniert, wenn alles, was die amerikanische Öffentlichkeit glaubt, falsch ist.« Und das ist auch der Grund, warum wir das scheinbar Unmögliche denken müssen, um der Wahrheit nahezukommen.

Von der ersten Ausgabe des »anderen Jahrbuches«, die im Januar 2007 erschien, wurden etwa 16000 Stück verkauft. Mit den folgenden Ausgaben konnte *verheimlicht* – *vertuscht* – *vergessen* jedoch schnell zulegen und abonnierte die obersten Plätze auf der

Taschenbuch-Sachbuch-Bestsellerliste.
Von 2014 bis 2016 erschien zusätzlich
der Titel *ungeklärt – unheimlich –
unfassbar* mit den rätselhaftesten
Kriminalfällen des vorausgegangenen
Jahres. Diese Buchreihe musste ich
wegen Überlastung einstellen. Da auch
meine Leser seit der ersten Ausgabe von
verheimlicht – vertuscht – vergessen
zehn Jahre älter geworden sind, haben
wir uns auf vielfachen Wunsch
entschieden, das Buch etwas
lesefreundlicher zu gestalten und es als
Hardcover herauszubringen. Sowohl ich
als auch viele Freunde dieses Buches
waren bei dem kleinen Format in der
Zwischenzeit an der Grenze ihrer

optischen Möglichkeiten angekommen. Schließlich müssen wir ja auch an Morgen denken und daran, dass wir auch noch in zehn Jahren in unserer schönen vvv-Sammlung schmökern wollen. Zwar kostet mehr Komfort natürlich auch mehr Geld, aber um nicht Äpfel mit Birnen zu vergleichen: Das Buch bleibt trotzdem immer noch wesentlich billiger als die allermeisten anderen Hardcover.

Die Aufgabe dieses Buches dagegen wird nach wie vor dieselbe bleiben: den Schleier aus Täuschungen und Lügen zu zerreißen.

Ihr Gerhard Wisnewski

München, im Dezember 2016

Einleitung

Im Laufe der Zeit wurde mir und meinen Lesern immer klarer, dass praktisch alles Wichtige, was man uns täglich erzählt, gelogen, verbogen und manipuliert ist. Und das ist nicht etwa Verschwörungstheorie oder Einbildung, sondern erklärte Politik der führenden Strategen des öffentlichen Bewusstseins: »Die bewusste und intelligente Manipulation der organisierten Gewohnheiten und Meinungen der Massen ist ein wichtiges Element der demokratischen Gesellschaft«, schrieb zum Beispiel der Propaganda-Papst

Edward L. Bernays: »Diejenigen, die diesen unsichtbaren Mechanismus der Gesellschaft manipulieren, konstituieren eine unsichtbare Regierung, die die wirkliche regierende Macht unseres Landes ist ... Wir werden regiert, unsere Haltungen werden gegossen, unsere Geschmäcker geformt, und unsere Ideen werden uns von Männern eingeflößt, von denen wir meistens noch nie gehört haben. ... Bei fast jeder alltäglichen Handlung, sei sie politisch oder geschäftlich, sei es im Bereich unseres sozialen Verhaltens oder unserer ethischen Auffassungen, werden wir von einer relativ kleinen Zahl von Personen dominiert ..., die die mentalen Abläufe

und sozialen Muster der Massen verstehen. Sie sind es, die die Drähte ziehen, die das öffentliche Bewusstsein kontrollieren« (Edward L. Bernays, *Propaganda*, 1928, S. 37).

Nur Böses geschieht im Geheimen

Nicht zufällig war Edward Bernays ein Neffe von Sigmund Freud, diesem großen Theoretiker und Praktiker des Unbewussten. Und wie ich schon immer sagte: Wenn es ein öffentliches Bewusstsein gibt, dann muss es auch ein

öffentliches Unterbewusstsein geben. Genauso wie bei einem menschlichen Individuum ist dieses gesellschaftliche Unterbewusstsein die Heimat aller dunklen Triebe, Geheimnisse und Machenschaften. Institutionell betrachtet, handelt es sich dabei um die Geheimdienste, Sicherheitsbehörden und Militärs – kurz: um alle, die im Verborgenen arbeiten. Oder wie schon einmal ein kluger Kopf sagte: Nur Böses geschieht im Geheimen – jedenfalls fast nur Böses. Genauso wie ein Individuum versucht auch eine Gesellschaft, ihre dunklen Hintergründe zu verschleiern. Zu dieser Verschleierung gehörte hierzulande etwa die sogenannte

»Willkommenskultur«. Die allgemeine Begrüßungsbesoffenheit war ein gutes Beispiel für die Manipulation des öffentlichen Bewusstseins. Sie übertönte lautstark die erheblichen Gefahren der neuen Einwanderungspolitik von Kanzlerin Angela Merkel und erstickte jede kritische Frage im Keim.

Der Feind jeder neuen Idee

Wer es doch wagte, wurde fast gelyncht: »Ist Deutschland Opfer einer Massen-Migrationswaffe?«, hatte ich

beispielsweise auf *Kopp Online* und in meinem vorangegangenen Jahrbuch gefragt und die Antwort gegeben: In Wirklichkeit sei die Migrationswelle in Deutschland und Europa kein Zufall, »sondern ein gezielter Angriff. Das Ziel sind die alten Kulturen Europas, die Waffe sind (unschuldige) Menschen ...« Am 25. August 2015, kurz bevor Kanzlerin Merkel die Grenzen für die Flüchtlingswelle endgültig öffnete, schrieb ich bereits von einer »Invasion« der »Flüchtlinge«. Genauso wie sich das Unbewusste eines Individuums gegen Aufdeckung wehrt, wehren sich jedoch auch die Gesellschaft und die offizielle Politik. Das ist auch der Grund für die

teilweise empörten Reaktionen auf »Verschwörungstheorien«, denn Verschwörungen, Lügen und Verdrehungen sind nun einmal ein wichtiger Inhalt des gesellschaftlichen Unbewussten. Die SPD setzte den Kopp Verlag gar unter Druck, sich von meinen entsprechenden Online-Artikeln zu distanzieren. Als das nicht geschah, gab es Ende 2015 wie aus heiterem Himmel plötzlich auch noch Schwierigkeiten mit dem bisherigen Verleger der Buchreihe *verheimlicht – vertuscht – vergessen*, die in einen Prozess und erst im letzten Moment in eine gütliche Einigung mündeten. Über die Gründe darf ich mich nicht näher äußern.

Dankenswerterweise sprang Jochen Kopp als Verleger ein, und *verheimlicht – vertuscht – vergessen 2016* konnte doch noch erscheinen. Und es verkaufte sich besser als je zuvor.

Merkel: »Angriff« auf die europäischen Außengrenzen

Doch 2016 übernahm sogar Bundeskanzlerin Angela Merkel die Idee vom Angriff der »Flüchtlinge« auf Europa. Selbst ihr schien langsam zu dämmern, dass der Besuch von über

einer Million hauptsächlich jungen, männlichen und illegalen Migranten keine reine Freundschaftsvisite sein kann. Glaubt man einem Bericht von *Focus Online* vom 23. Juni 2016, hatte sie ihren Willkommensstandpunkt vorübergehend radikal geändert: »Bei einer Veranstaltung des CDU-Wirtschaftsrates am Dienstag sprach Angela Merkel im Zusammenhang mit der Flüchtlingskrise von einem ›Angriff‹ auf die europäischen Außengrenzen.« Zudem hieß es da: »Das passt so gar nicht in die bisherige Tonlage der Kanzlerin zu dem Thema.« Und weiter: Diese Wortwahl lasse aufhorchen und erinnere »an die Welt von Attacke und

Verteidigung«. Auch das *Berlin Journal* titelte am 23. Juni 2016: »Merkel warnt vor ›Angriff‹ der Migranten auf Europa«.

An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen

»In ihrer Rede am Dienstag«, fuhr *Focus Online* fort, sprach Merkel gar »von ›zwei Angriffen‹ auf ›diese europäische Union, auf diesen europäischen Binnenmarkt‹. Angriff Nummer eins ist für sie die Euro-Krise, Nummer zwei die Fluchtbewegungen der vergangenen

Monate.« Es wird aber noch interessanter. In ihrer Rede habe sie auch von einem »Angriff auf etwas Konstitutives in unserer Europäischen Union« gesprochen: »auf unsere Außengrenzen«. Auch darauf hatte ich in meinem letzten Jahrbuch 2016 hingewiesen: dass die Staatsgrenzen ein konstituierendes Element eines Staatswesens sind, also auch Deutschlands oder der Europäischen Union. Da ein Staat per definitionem aus Staatsvolk, Staatsgewalt und Staatsgebiet besteht, ist die Vernachlässigung der Grenzen logischerweise ein staatsfeindlicher Akt – an dem Merkel an vorderster Front

beteiligt war, und zwar, indem sie die »Stadttore« für einen unkontrollierten Menschenstrom geöffnet hatte. Demzufolge waren ihre oben zitierten Äußerungen ein Fremdkörper in ihrem sonstigen staats- und volksfeindlichen Verhalten. Denn wie es schon in der *Bibel* steht: »An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen« – nicht an ihrem Geschwätz. Fast klangen Merkels Bemerkungen wie der Ausrutscher eines Redenschreibers. Im entsprechenden Kapitel über die bis dahin wohl verlogenste Rede der Bundeskanzlerin am 19. September 2016 werden wir ihre eigentliche Haltung kennenlernen, die im Fehlen jeglicher Haltung besteht.

Jedenfalls offiziell. Nach dem Motto: »Ist mir egal, ob ich schuld am Zustrom der Flüchtlinge bin, nun sind sie halt da«, wie sie 2015 in einer Sitzung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion sagte (*Die Welt*, online, 27.9.2015).

Des Brexits bester Mann

Inoffiziell steht sie Deutschland, den Deutschen, aber auch der Europäischen Union feindlich gegenüber. Denn wie wir in dem entsprechenden Kapitel zum 23. Juni 2016 sehen werden, ist Angela Merkel auch »Europas Staatsfeind Nr.

1«. Durch ihre massenhafte Flüchtlingseinladung brachte sie zum Beispiel die Brexit-Bewegung in Großbritannien erst so richtig in Schwung. Niemand anderer als Merkel war der Brexit-Bewegung bester Mann – beziehungsweise beste Frau. Die EU-kritischen Parteien auf der Insel machten mit den Flüchtlingsbildern Wahlkampf und heimsten so massenhaft Wählerstimmen gegen den Verbleib in der EU ein, sodass es am 23. Juni 2016 tatsächlich zu einem entsprechenden Abstimmungsergebnis gegen die EU kam.

Geschlossenes Wahnsystem

Auch in diesem neuen Jahrbuch *verheimlicht – vertuscht – vergessen 2017* werde ich also wieder jede Menge Tabus antasten. Nichts ist schließlich schädlicher, als immer neue Schweigespiralen zu dulden – zum Beispiel, welche verheerenden Folgen der »Flüchtlings«zustrom wirklich hatte, hat und noch haben wird. Je länger das Schweigen andauert, umso unmöglicher wird es, ein Thema anzusprechen. Ein Journalist, der schweigt, ist wie ein Arzt, der seinem Patienten die Diagnose

verheimlicht. Wer schweigt, macht sich zum Komplizen der Krankheit. Und wenn die Zitate des Propaganda-Papstes Edward Bernays und des CIA-Chefs Casey aus dem Vorwort und der Einleitung stimmen, ist praktisch alles Wichtige gelogen – das ist ja gerade das Ziel der offiziellen Propaganda. Sie will uns in einer geschlossenen Kunstwelt halten. Sofern praktisch gar nichts mehr stimmt, haben wir auch keine Möglichkeit mehr, irgendwo an die Realität anzudocken und die Wirklichkeit von da aus näher zu erkunden. Und wenn gar nichts mehr stimmt, wie Casey es anstrebte, dann reden wir hier nicht nur von einer

Kunstwelt, sondern sogar von einem geschlossenen Wahnsystem. Von einem Wahnsystem, in dem es zum Beispiel heißt: Immer mehr Migranten sind doch gut für uns!

Exportierte Kriminelle

Auch 2016 drängte sich der galoppierende Irrsinn wieder an allen Ecken und Enden auf: Terror, Brexit, Zugkatastrophen, Landtagswahlen, aber auch Wissenschaftsphantome (Gravitationswellen), dubiose Todesfälle (Prince) und natürlich die

allgegenwärtige »Flüchtlingskrise«. Was den letzten Punkt angeht, darf ich an dieser Stelle schon so viel sagen: In Bezug auf dieses Thema haben sich praktisch alle in meinem vorigen Jahrbuch getätigten Vorhersagen 2016 bewahrheitet. Zum Beispiel: »Wer klärt uns schließlich darüber auf, warum diese Menschen wirklich fliehen: Waren sie in Krieg und Bürgerkrieg wirklich alle Opfer, oder suchen nicht auch jede Menge Täter ihr Heil in der Flucht – zum Beispiel Kriegsverbrecher, Söldner, Rebellen oder schlicht Kriminelle?« (*verheimlicht – vertuscht – vergessen 2016*, Rottenburg 2016, S. 156). Die so bezeichneten Silvesterübergriffe in Köln

und anderen Städten zum Jahreswechsel 2015/16 warfen dann ein Schlaglicht auf die kriminelle Energie vieler Migranten. Im ersten Kapitel werden wir lesen, wie afrikanische Staaten Straftäter und Gefängnisinsassen nach Europa exportieren. Auch meine Frage »Wer sagt uns, dass sich unter den Flüchtlingen aus Krisengebieten wie Syrien nicht auch der eine oder andere Söldner oder ›Rebell‹ befindet, der in Europa auf neue Aufgaben wartet?«, wurde im Nachhinein gerechtfertigt (*verheimlicht – vertuscht – vergessen 2016*, ebenda). 2016 wurden wir von immer neuen Attentaten wild gewordener Islamisten in Angst und

Schrecken versetzt, sei es bei Messerüberfällen auf harmlose Passanten oder bei Axtattentaten wie dem von Würzburg am 18. Juli 2016. Viele der Täter waren als »Flüchtlinge« nach Deutschland und Europa eingereist.

»Flüchtlinge« zurückschicken

Besonders kritisiert wurde auch mein Vorschlag, Migranten zwar aus Seenot zu retten, aber so lange an die Ausgangsorte zurückzubringen, bis die »Flüchtlingswelle« über das Mittelmeer

abebbt. »Menschenverachtend« sei das, meinte ein Kritiker. So, so. In Wirklichkeit stellten die EU-Mitgliedsstaaten Anfang 2016 schließlich ganz ähnliche Forderungen auf: »Die Niederlande haben einen neuen europäischen Plan vorgelegt, nach dem Flüchtlinge von den griechischen Inseln direkt mit Fähren in die Türkei zurückgeschickt werden sollen«, hieß es beispielsweise auf der Website der *Welt* (28.1.2016). »Statt aufs Festland sollen griechische Fähren Flüchtlinge direkt in die Türkei zurückbringen.« Im Rahmen eines Abkommens mit der Türkei wurden ab Anfang April dann tatsächlich Migranten von den griechischen Inseln

Lesbos und Chios in die Türkei zurückgeschafft. Wie soll einmal der Philosoph Arthur Schopenhauer gesagt haben: »Ein neuer Gedanke wird zuerst verlacht, dann bekämpft, bis er nach längerer Zeit als selbstverständlich gilt.« Am 16. April 2016 meldete die Forschungsstelle Flucht und Migration (FFM), die EU wolle auch »Flüchtlinge in libyschen Gewässern aufbringen und rückführen lassen« – also genau das, was ich vorgeschlagen hatte. Europäische Militärs könnten Bootsflüchtlinge »vor der Küste Libyens aufbringen und mithilfe der libyschen Küstenwache nach Libyen zurückbringen lassen« (FFM, online, 16.4.2016).

Von der Seenot zur Seenötigung

So ist das, und so muss das auch sein, denn wer die Seenot absichtlich herbeiführt, befindet sich im klassischen Sinne nicht in Seenot und müsste seine enorm teure »Rettung« eigentlich selbst bezahlen. Falls zum Beispiel jemand auf einer Segeljacht aus Jux und Dollerei den Mayday-Knopf am Funkgerät drückt und so eine Rettungsaktion auslöst, könnten dafür gut und gerne 100000 Euro fällig werden. Oder wenn Sie mit dem Schlauchboot von St. Peter-Ording nach Helgoland schippern wollen und

nach fünf Kilometern für den Rest der 40 Kilometer langen Strecke den Seenotkreuzer rufen, dann dürfte die Rechnung auf Sie gehen. Denn Seenot ist nun einmal ein Unfall und kein Planungsfall – und schon gar kein Regelfall. Etwas anderes wäre es vielleicht, wenn St. Peter-Ording Kriegsgebiet wäre und Sie sich nicht anders in Sicherheit hätten bringen können als durch einen beherzten Sprung ins Schlauchboot. Aber das ist weder an den Stränden Libyens der Fall noch an denen der Türkei. In Wirklichkeit führen die sogenannten »Flüchtlinge« und ihre Schleuser absichtlich eine Zwangssituation herbei, die andere

Teilnehmer der Seefahrt zur Rettung verpflichtet. In dem Moment nämlich, in dem der Notfall besteht, darf nicht nach den Ursachen gefragt, sondern muss gehandelt werden. So wird die Seenot zur Seenötigung: Die Migranten erpressen die Retter mit ihrem eigenen Leben (und dem Leben ihrer Kinder), sie an Bord zu nehmen. Anspruch auf eine Weiterfahrt zu einem bestimmten Ziel bestünde dabei freilich immer noch nicht. Sondern der Schiffbrüchige müsste sich normalerweise mit der Rettung seines nackten Lebens zufriedengeben und würde in der Regel im nächsten Zielhafen des Schiffes abgesetzt werden. Alles andere wäre ein

Fährunternehmen, bei dem der Tatbestand der Schleuserei erfüllt würde. Unterstützt wird dieser Irrsinn durch immer neue Meldungen von ertrunkenen Migranten, wodurch die Retter immer weiter unter Druck gesetzt werden und die teure »Seenotrettung« moralisch gerechtfertigt wird. In Wirklichkeit handelt es sich um moralische Erpressung und Betrug an jenen, die den ganzen Wahnsinn bezahlen – nämlich an Europas Steuerzahlern.

Die existenzielle Krise

des Planeten

Alles in allem zieht sich die sich seit Jahren verschärfende existenzielle Krise unseres Planeten zwangsläufig wie ein roter Faden durch dieses Buch: Kriege, Terror, Bürgerkriege, Flüchtlingskatastrophen und Attentate gehören schließlich alle zusammen und sind Ausdruck ein und desselben Themas: der zunehmenden Destabilisierung der Menschheit durch die herrschenden Mächte des Erdballs. Darüber liegt die von mir schon häufiger angesprochene Strategie der Auflösung der Menschheit durch die Auflösung

aller Grenzen – nicht nur der nationalen Grenzen wie in der Migrationskrise, sondern auch der wirtschaftlichen, finanziellen, sexuellen, ethnischen, individuellen, psychologischen, Bildungs- und Altersgrenzen, um nur einige zu nennen. Wer das tut, nimmt der Menschheit ihre gesamte lebenswichtige Organisation. Vergleichen wir das zum Beispiel mit einem Unternehmen, wird uns einleuchten, dass die Auflösung der Organisation zum Zusammenbruch der ganzen Firma führen muss. Das ist das Geheimnis, das letztlich hinter allem liegt, was wir täglich sehen und erleben.

Januar 2016



©

https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Flashmob_g
Creative Commons Attribution Share Alike 4.0,
Fotograf: Elke Wetzig

Thema des Monats

1.1.: In der Silvesternacht wurden Frauen von Migranten begrapscht, beraubt und vergewaltigt

1.1. Silvesterübergriffe: Die Behörden versuchen, sexuelle Übergriffe von Migranten auf deutsche Frauen zu vertuschen/In München werden der Hauptbahnhof und der Bahnhof Pasing wegen einer Terrorwarnung gesperrt –
4.1. Wegen des Migrantenansturms führt Schweden Grenzkontrollen an der Grenze zu Dänemark ein/Aktien-Crash an der chinesischen Börse/Im Zuge des Abgasskandals verklagt das US-Justizministerium Audi, Volkswagen und

Porsche – **8.1.** In Deutschland stellt das Institut für Zeitgeschichte eine kommentierte Ausgabe von Hitlers *Mein Kampf* vor – **20.1.** Die Deutsche Bank erwartet einen Rekordverlust vor Steuern in Höhe von 6,1 Milliarden Euro – **31.1.** Die deutsche Handballnationalmannschaft der Männer wird Europameister

1. Januar Silvesterübergriffe: Kamen die Täter aus dem Knast nach Europa?

Silvester und Neujahr 2016 – war da was? Nicht doch – alles wie immer: »Ausgelassene Stimmung – Feiern weitgehend friedlich«, ließ eine Pressemitteilung der Polizei am Neujahrsmorgen verlautbaren. »Wie im Vorjahr verliefen die meisten

Silvesterfeierlichkeiten auf den Rheinbrücken in der Kölner Innenstadt und in Leverkusen friedlich.« Super – dann konnte man ja beruhigt seinen Rollmops essen, sein Aspirin schlucken und das dröhnende Haupt wieder auf ein weiches Kissen betten: Träum’ weiter, Deutschland! Während man das Aufstehen noch etwas hinausschob und weiter dem neuen Jahr entgegendämmerte, konnte man noch im Radio hören, die Polizei sei hauptsächlich bei Körperverletzungsdelikten und Ruhestörungen eingeschritten. Nur kurz vor Mitternacht musste vorübergehend der Bahnhofsvorplatz geräumt werden,

nachdem einige Spaßvögel etwas zu heftig geböllert hatten. Aber »trotz der ungeplanten Feierpause gestaltete sich die Einsatzlage entspannt – auch weil die Polizei sich an neuralgischen Orten gut aufgestellt und präsent zeigte« (»POL-K: 160101-1-K/LEV, Ausgelassene Stimmung – Feiern weitgehend friedlich«, 1.1.2016).

Schlaf, Kindlein, schlaf!

Tja – unsere Polizei! Alles in allem habe man in Köln und Leverkusen gerade einmal etwa 100 Platzverweise

erteilt. Dazu kämen 20 Anzeigen wegen Sachbeschädigung, 80 Fälle von Körperverletzung und knapp 80 Ruhestörungen. Ganz normal für eine Silvesternacht. Und sonst war da nichts? Keine weiteren Übergriffe, Taschendiebstähle oder vielleicht eine klitzekleine Vergewaltigung? Und zwar hauptsächlich durch Migranten? Nicht doch: Das ging ja nun gar nicht! Schlaf, Kindlein, schlaf! So schliefen viele Medien, Bürger und Politiker noch tagelang weiter. Im Polizeipräsidium Köln wuchs inzwischen der Stapel der Anzeigen, vor allem wegen Diebstahls, sexueller Übergriffe und Vergewaltigung: Erst waren es ein paar

Dutzend, dann einige Hundert, später über 1200. In Wirklichkeit waren in der Silvesternacht im Bereich des Kölner Hauptbahnhofs aus einer Gruppe von etwa 1000 völlig enthemmten Männern heraus zahlreiche Straftaten begangen worden – einschließlich Vergewaltigungen.

Aufgeflogen war das durch alternative Medien wie *Kopp Online*, wo es schon am 2. Januar 2016 hieß: »In der Silvesternacht wurden am Kölner Hauptbahnhof mehrere Frauen von einer Gruppe ›Männer‹ umringt und sexuell angegangen. Ein Opfer teilte dazu mit: ›Wir beiden wurden sofort massiv angefasst, an den Brüsten und im

Intimbereich. Die Männer lachten, griffen uns in die Haare und behandelten uns wie Freiwild. Wir schlugen um uns, weinten und hatten große Panik. Es war Horror.«« Allein in Köln gingen bei der Polizei in kurzer Zeit Hunderte von Anzeigen gegen Unbekannt ein. Verurteilungen werde es dagegen so gut wie keine geben, erklärte mir später ein hoher Polizeibeamter, der damals im Kölner Polizeipräsidium tätig war. Und zwar, weil kaum eine der Frauen einen Täter eindeutig identifizieren konnte. Schließlich war es Nacht, und in der Aufregung und dem Getümmel konnte man sich nun mal schlecht Gesichter merken. »Ich wurde von mehreren

Männern gleichzeitig überall angefasst, und sie versuchten, mich auszuziehen. Ich hatte noch nie solche Angst. Ich dachte, jetzt ist es vorbei, und du wirst vergewaltigt in aller Öffentlichkeit«, erzählte ein Opfer im Fernsehen. »Mir haben in kurzer Zeit mindestens 20 Männer an meinen Hintern gegrapscht. Sie konnten alle kein Deutsch und haben mich noch dreist ausgelacht. Dann rissen sie meiner Freundin noch die Handtasche weg«, berichtete eine Doro F. Und Friederike Z. erinnerte sich: »Wir waren eingekreist von Männern, die uns von allen Seiten begrapschten. Ich hatte das Gefühl, als wären wir in einem Fangnetz« (*Stern TV* laut *Stern*, online,

13.1.2016).

Guten Morgen – wir haben eine andere Republik!

Kurzum: Anfang Januar 2016 herrschte in Deutschland und Europa Katerstimmung. Auch in anderen deutschen und europäischen Städten hatten sich Migranten an einheimischen Frauen vergriffen. Aber nirgends so dreist wie in Köln. So war die Republik mit einem Mal unsanft aus ihrer von oben verordneten

Begrüßungsbesoffenheit gerissen
worden – und aus ihrer
Schweigespirale. Denn die politisch
korrekte Omertà hatte sich wie ein
düsterer Schleier über das Land gelegt:
Über die Verbrechen und die
Kriminalität der frenetisch begrüßten
Migranten durfte nicht geredet werden.
Jeder, der auf das verächtliche bis
kriminelle Verhalten vieler Migranten
hinwies, wurde gleich als »Rassist« und
»Nazi« beschimpft – speziell in Köln:
»Gerade Köln ist ja derart linksliberal:
Es gibt ja keinen schlechten Menschen
ohne deutschen Pass«, erklärte mir der
bereits vorhin zitierte Polizeibeamte aus
dem Kölner Polizeipräsidium: »Wenn

ein Afrikaner hier klaut, sind die Deutschen schuld, die müssen dann an ihrer Willkommenskultur arbeiten. Das ist die Grundstimmung hier in Köln – äußerst, äußerst links. Das tut richtig weh. Gutmenschentum hoch drei.« Erst seit den Silvesterereignissen dürfe man das Wort »Afrikaner« neutral in den Mund nehmen, »ohne gleich als Nazi in die Ecke gestellt zu werden. Vor diesen Vorfällen wurden von den Medien ja sogar Täterbeschreibungen manipuliert. Das habe ich selber mehrfach nachgeprüft.« Kurz: In nur einer einzigen Nacht war Angela Merkels ganze Willkommenskultur geplatzt wie die berühmte Seifenblase.

Kriminelle werden durchgewinkt

Über die Vertuschungsversuche von Polizei und Politik ist nach der Kölner Silvesternacht ja schon im Mainstream viel geschrieben worden. Das will ich deshalb hier nicht wiederholen. Tatsache ist: Alles kam nur in einem quälenden und peinlichen Prozess des Schweigens, Vertuschens und Aufdeckens heraus, in dessen Verlauf sich Behörden und Politiker bis auf die Knochen blamierten. Bis hin zu der Empfehlung der Kölner Oberbürgermeisterin Henriette Reker, Frauen sollten zu

Fremden doch »eine Armlänge Distanz« halten. Aber die Frage, wie sich unsere lieben »Flüchtlinge« nur auf diese Weise benehmen konnten, blieb weitgehend unbeantwortet. Dabei lag die Antwort sozusagen auf der Straße. So hatte ich bereits in der Ausgabe 2016 dieses Buches warnend den kongolesischen Diplomaten Serge Boret Bokwango zitiert. Und zwar mit Bauchschmerzen, denn das Zitat erschien mir politisch einfach zu unkorrekt. Aber diese Bauchschmerzen müssen wir wohl ablegen. Bokwango war oder ist Mitglied der Ständigen Vertretung des Kongo bei den Vereinten Nationen in Genf (UNOG):

»Die Afrikaner, die ich in Italien [ankommen] sehe, sind der Abschaum und Müll Afrikas. Ich frage mich, weswegen Italien und andere europäische Staaten es tolerieren, dass sich solche Personen auf ihrem nationalen Territorium aufhalten ... Ich empfinde ein starkes Gefühl von Wut und Scham gegenüber diesen afrikanischen ›Immigranten‹, die sich wie Ratten aufführen, welche die europäischen Städte befallen. Ich empfinde aber auch Scham und Wut gegenüber den afrikanischen Regierungen, die den Massensexodus ihres Abfalls nach Europa auch noch unterstützen« (verheimlicht —

vertuscht – vergessen 2016, S. 314,
im Original: *Julienews*, 8.6.2015).

Aus dem Knast nach Europa?

Die Ereignisse von Köln wirkten wie eine Bestätigung dieser Aussage. Gehen wir der Sache deshalb diesmal noch etwas weiter nach: Befinden sich wirklich auch viele »schlechte« Menschen unter den willkommen geheißenen »Flüchtlingen«? Beziehungsweise für politisch Korrekte: Kann es sein, dass nicht ausschließlich

Heilige aus dem Morgenland zu uns kommen? Tatsächlich ergreifen zum Beispiel manche afrikanischen Länder die Gelegenheit beim Schopfe, besonders unliebsame Bevölkerungskreise loszuwerden und nach Europa zu »entsorgen«. Wo ich das nun wieder herhabe? Na, aus unseren Mainstream-Medien. Auch in der Sowjetunion musste man die *Prawda* schließlich immer zwischen den Zeilen lesen, um die Wahrheit (Prawda) zu erfahren. Veranlassen wir hier also einen kleinen Kurs, wie man unsere Qualitätsmedien richtig liest. Nehmen wir zum Beispiel die beiden »Flüchtlinge« Baba und Alhagie aus

Gambia, die die Wochenzeitung *Die Zeit* auf Sizilien interviewt hatte. Warum genau sie aus ihrem Land geflohen waren, hatten sie dabei leider nicht erzählt: »Ich hatte ein Problem mit der Regierung«, erklärte Alhagie vage (*Zeit*, online, 5.5.2015). »Weißt du, in Gambia hast du schnell ein Problem mit der Regierung«, sprach er erstaunlich allgemein. »Du wählst den falschen Mann, du sagst das Falsche, und schon sitzt du im Gefängnis. Manchmal weißt du nicht mal, was du falsch gemacht hast und sie nehmen dich trotzdem fest. Und glaub' mir, im Gefängnis in Gambia überlebst du nicht lange.« Wobei auffiel, dass er zwar die allgemeinen

Verhältnisse in Gambia schilderte, *über seinen konkreten Fall aber kein einziges Wort verlor – nämlich warum genau er im Gefängnis landete und von dort fliehen musste.*

Entlassung bei Nacht und Nebel

Kurz und gut: Wir werden wohl nur selten erfahren, warum jemand in seiner Heimat wirklich Probleme bekam und möglicherweise sogar im Gefängnis saß. Denn nicht nur in Gambia, sondern auch in Deutschland und im Rest der Welt

geben alle Gefängnisinsassen traditionell die verfolgte Unschuld. Zudem wird natürlich jeder, der in einem anderen Land aufgenommen werden möchte, behaupten, zu Hause nur ein *politischer Gefangener* gewesen zu sein. Bei erstbesteter Gelegenheit setzte sich Alhagie laut *Zeit* also aus Gambia ab und trampelte per Lkw nach Libyen, wo er erneut im Gefängnis landete und seinen jetzigen Kumpel Baba kennenlernte. Wer aber Geld hat, kann sich in Libyen aus dem Knast freikaufen und bei Schleppern eine Überfahrt nach Europa »buchen«. Der *Zürcher Tagesanzeiger* zitierte einen Telefonmitschnitt, in dem zum Beispiel

ein libyscher Schlepper sagte: »Ich hole jetzt 150 Flüchtlinge aus dem Gefängnis – 20 Flüchtlinge am Tag, das fällt nicht so auf.« Der 34-jährige Eritreer kaufe Gefangene frei, »um diese später in Richtung Europa verschiffen zu können. Dabei kassiert [der Schlepper] Medhane doppelt von den Flüchtlingen: einerseits für den Freikauf, andererseits für die Überfahrt« (online, 24.4.2015).

Gratis-Passage nach Europa

Dem von der *Zeit* interviewten Gambier

Baba gelang die Flucht aus dem Knast während eines Gelegenheitsjobs außerhalb des Gefängnisses: »Reiche Leute, die kleine Jobs zu vergeben haben, sind immer wieder zum Gefängnis gekommen und haben ein paar von uns für einige Tage mitgenommen. Ich habe drei Tage für einen Mann das Dach gedeckt, dann bin ich in einer Pause weggelaufen.« Sein Kumpel Alhagie bekam demgegenüber eine »First-Class-Entlassung« aus dem Knast nach Europa – und zwar völlig umsonst: »Ich bin nicht aus dem Gefängnis geflohen«, sagte er laut *Zeit*: »Eines Nachts kamen Soldaten, sie haben uns geweckt und etwa 30 von uns in einen

Lastwagen verladen. Wir wussten nicht, wo sie uns hinbringen, ich dachte schon, sie erschießen uns. Dann haben sie uns an den Hafen gefahren. »Das ist euer Boot«, sagten sie. Wir mussten an Bord gehen« (*Die Zeit*, ebenda). Fünf Tage lang schipperte man zur italienischen Küste, wo man schließlich vom Migranten-Fährdienst der EU aufgesammelt wurde. Im Gegensatz zu seinem Freund Baba, der 700 Dollar für die Fahrt berappen musste, bekam Alhagie die Überfahrt demzufolge umsonst. Sofern das stimmt, muss irgendjemand die Passage also bezahlt haben, denn Schlepper sind nicht gerade als soziale Zeitgenossen bekannt.

Tatsächlich waren es nach seinen Angaben ja libysche Staatsorgane, nämlich Soldaten, die Alhagie aus dem libyschen Gefängnis entlassen und auf ein Flüchtlingsboot bugsiert hatten.

Gefängnis ist kein Grund zum Misstrauen

Während bei einem Deutschen ein Gefängnisaufenthalt sofort ein Verdachtsmoment oder ein Grund zum Misstrauen wäre, wird eine »Knastvergangenheit« bei einem Migranten von den Mainstreammedien

sofort zu einem Teil seines Leidensweges umdefiniert – und schon können diese Medien ganz offen schreiben, dass viele »Flüchtlinge« aus dem Gefängnis kommen: »Sie saßen im Gefängnis, wurden von Schleppern misshandelt und wären fast im Mittelmeer ertrunken: Die meisten Flüchtlinge sind traumatisiert von ihrem Weg nach Deutschland« schrieb zum Beispiel die *Süddeutsche Zeitung* (online, 3.12.2014). So wird aus dem negativen Stigma »Gefängnis« ein positives: Eine Gefängnisvergangenheit ist quasi eine Auszeichnung und hat bei einem Migranten immer und überall nur Teil seiner Unterdrückung zu sein: »Sie

werden unterdrückt, verfolgt, einige saßen im Gefängnis ein«, formulierte es zum Beispiel auch die *Waiblinger Kreiszeitung* vom 5. Januar 2016 (online). »Ihr einziger Ausweg: die Flucht als einzige Hoffnung – die Hoffnung, zu überleben.« Nun, diese Hoffnung teilen natürlich viele andere »Knastis« auf dem Erdball auch – aber nur wenige bekommen anschließend tatsächlich einen Freifahrtschein in ein gelobtes Land ihrer Wahl. Oder nehmen wir beispielsweise Yasser, Ivan und Hussam, die der *Westdeutschen Allgemeinen Zeitung* zufolge ursprünglich aus Syrien geflohen waren. Yasser und Ivan saßen danach beide im

Gefängnis, der eine in der Türkei, der andere in Bulgarien. Auch ihre Angaben waren wenig konkret: »Über das, was sie in ihrer Heimat erlebt haben, reden sie immer noch nicht gern, bleiben eher vage«, berichtete das Portal der WAZ (16.8.2015). Nun, das kennen wir ja schon: Eher allgemein sprachen die beiden Migranten »von ständiger Angst vor Luftangriffen und Bomben, vor willkürlichen Verhaftungen und Bedrohungen, von Todesangst auch vor Massakern des ›Islamischen Staates‹«. So könnte natürlich auch ein westlicher Nachrichtenkonsument über Syrien reden. Das ist schließlich das, was wir aus der Ferne darüber wissen. Aber wo

ist die persönliche Geschichte dieser
Syrien-»Flüchtlinge«? Würde ein
politisch Verfolgter oder ein
Kriegsflüchtling nicht viel konkreter von
seinen schrecklichen Erlebnissen
erzählen, als allgemein
daherzuplaudern?

»Sie schimpfen und drohen«

Auch im schweizerischen Chiasso ist
man mit afrikanischen Gefängnisinsassen
vertraut – in diesem Fall mit geflohenen
Knastinsassen: »Beweise haben wir

nicht. Aber es ist ziemlich klar, dass unter den Asylbewerbern, die aus Tunesien kommen, auch Kriminelle sind, die nach dem Sturz von [Staatschef] Ben Ali aus den Gefängnissen geflohen sind«, sagte der Chef des Empfangszentrums Chiasso, Antonio Simona, der *Weltwoche*. Das geht also schon seit Jahren so, denn dieser Artikel stammt aus dem Jahre 2011 (online, 8.12.2011). »Viele verhalten sich gegenüber unserem Personal sehr aggressiv. Sie schimpfen und drohen. Es sind keine echten Flüchtlinge, und sie behaupten das nicht einmal. Sie suchen Arbeit, keinen Schutz. Im Befragungsprotokoll steht nur selten

etwas von Verfolgung.« Mittlerweile lebten die bereits erwähnten angeblichen Syrien-Flüchtlinge Yasser, Ivan und Hussam in Deutschland übrigens in einer eigenen Wohnung und hätten das Gefühl, »endlich zur Ruhe zu kommen«, berichtete die WAZ im August 2015 (ebenda). Alle drei möchten in Gladbeck bleiben: »Sie mögen diese Stadt, ›weil wir hier so viele nette Menschen gefunden haben, die uns helfen, und weil wir uns willkommen fühlen‹.« Sehr schön. »Und sie setzen auf eine Zukunft ohne Angst vor Bürgerkrieg und Bomben«, so die WAZ. Und natürlich ohne Gefängnis, darf man hinzufügen. Denn praktischerweise werden

Straftaten von »Flüchtlingen«
hierzulande nun einmal gern
verheimlicht, vertuscht und vergessen,
wie das Beispiel Silvester eindrucksvoll
zeigte.

Angela Merkel in der Gummizelle

Im Ausland machte man sich keine
Illusionen über die »Qualität« der
Migranten in Deutschland und lachte
sich über Angela Merkels
»Flüchtlingspolitik« kaputt. So sickerten
mit den E-Mails der Hillary-Clinton-

Wahlkampagne, die im Oktober 2016 an die Öffentlichkeit gelangten, auch Mails über die deutsche Migrantenkrise durch. Während Präsident Obama Angela Merkel für ihre »Flüchtlingspolitik« überschwänglich gelobt hatte, kursierten hinter den Kulissen ganz andere Meinungen bei den US-Demokraten. Die Mails strotzten dabei nur so vor hämischen deutschen Wortschöpfungen wie »Übergutmenschen«, »Lumpenmigranten«, »Gutdeutschen«, »Multikulti-Schweinerei« und anderem mehr: »Deutschlands Übergutmenschen [sic!] bekommen ihren Todeswunsch erfüllt«, hieß es beispielsweise in einem Memo an den Clinton-

Wahlkampfmanager John Podesta: »Über sieben Millionen Lumpenmigranten [sic!] – inklusive unzähliger Familienangehöriger – haben schon eine lebenslängliche Essensmarke bekommen, und das ist nur die Vorspeise.« »Unsere multikulturelle Gesellschaft ist ein kolossaler Irrtum«, habe Angela Merkel 2004 gesagt. »Und nun verkauft sie die nächste Tidenwelle von muslimischen Taugenichtsen als das Beste seit der Erfindung von geschnittenem Brot. Es ist schwierig, sich Angela Merkel nicht in einer Zwangsjacke unter schweren Medikamenten in der Gummizelle einer Klasmühle vorzustellen ...«

Germany's Übergutmenschen get their death wish:
Over 7 million lumpen migrants -- incl. uncounted
family members -- have already received a meal
ticket for life, and that's just for starters

From: orcal00@upcmail.nl

To: podesta@law.georgetown.edu

Date: 2016-02-21 00:51

Subject: Germany's Übergutmenschen get their death wish: Over 7 million lumpen migrants --
incl. uncounted family members -- have already received a meal ticket for life, and that's
just for starters

© Screenshot des Autors, WikiLeaks,
Screenshot des Autors, WikiLeaks,

<https://wikileaks.org/podestaemails/emailid/40>

*E-Mail an Clinton-Wahlkampfmanager
John Podesta*

»Alles, was man
braucht, ist eine blöde
Kuh ...«

Als ich bereits in meinem vorangegangenen Jahrbuch 2016 geschrieben hatte, dass es sich bei der Migrantenkrisen in Wahrheit um den Einsatz der sogenannten »Migrationswaffe« handelt – also darum, andere Länder mithilfe von Migrantenströmen zu destabilisieren oder zu zerstören –, hätte ich mir nie träumen lassen, einmal Originaltöne der Angreifer in die Hand zu bekommen. Bei den Aggressoren handelt es sich um jene, die seit Jahren ganz Nordafrika destabilisieren und zerbomben, sodass immer neue »Flüchtlings-« und Migrantenströme freigesetzt und nach Europa geschleust werden. Ganz vorn

mit dabei: die USA, Großbritannien und Frankreich. Die hier zitierte E-Mail an Clinton-Wahlkampfmanager Podesta bringt dies in trockener Deutlichkeit auf den Punkt: »Das waren noch Zeiten, als es eine stattliche Anzahl von Atombomben gebraucht hätte, um Europa auszumerzen. Alles, was man jetzt benötigt, ist eine blöde Kuh mit einem Wiedergutmachungskomplex ...«

Februar 2016



Bad Aibling: © Jonathan
Cater/shutterstock.com

Thema des Monats

9.2.: Zugunglück beim bayerischen Bad

Aibling

1.2. Das weitverbreitete Apotheken-Blättchen Baby&Familie warnt vor wohlerzogenen Kindern und Mädchen mit blonden Zöpfen – 7.2. Tunesien befestigt seine Grenze zu Libyen – 8.2. Wegen einer dubiosen Sturmwarnung werden in zahlreichen Städten die Rosenmontagszüge abgesagt – 9.2. Beim bayerischen Bad Aibling stoßen zwei Pendlerzüge frontal zusammen/Der US-Milliardär Donald Trump siegt bei den Vorwahlen der Republikaner in New Hampshire – ***10.2. Die NATO beschließt die Erhöhung der Truppenpräsenz im Baltikum – 11.2.***

Wissenschaftler geben die Entdeckung von Einsteinschen

»Gravitationswellen« bekannt – 16.2.

Die französische Nationalversammlung verlängert den Ausnahmezustand bis zum

26. Mai 2016 – **26.2. In**

Großbritannien kocht ein Skandal um Masseneinwanderungspläne des früheren Premierministers Blair hoch

1. Februar

Vorsicht, Zöpfe: Rassismus gegen Deutsche

Wissen Sie was: So geht das mit Ihnen nicht weiter. Wenn ich mir das recht überlege, haben Sie keine Ahnung, woran man eigentlich Rechte und Nazis erkennt. Aber nicht verzagen: Neuerdings gibt es ein echtes Fachblatt zu dieser Frage, nämlich *Baby&Familie* – genau: dieses bunte Blättchen, das jeden Monat in allen

Apotheken ausliegt. Sie wissen schon: Gleich, wenn man in der Apotheke am Tresen steht, liegen diese bunten Zeitschriften direkt vor einem auf der Taschenablage. Und neben der *Apotheken Umschau* (übrigens die auflagenstärkste deutsche Zeitschrift nach der *ADAC motorwelt*) und anderen gibt es da eben auch *Baby&Familie*, das die sagenhafte Auflage von 712000 Exemplaren hat – nur etwas weniger als der *Spiegel*. Denn schließlich kostet dieses Blatt ja nichts, und so nehmen werdende oder soeben gewordene Eltern gern ein Exemplar mit, um sich mit allen Belangen ihres neuen Familienmitgliedes vertraut machen zu

lassen: Bäuerchen hier, Zipperlein da, erste Zähnchen hier, Hodenhochstand da.

Von Blonden umzingelt

So weit, so gut. Aber *Baby&Familie* kennt sich nicht nur mit dem Inhalt von Windeln aus, sondern produziert auch gleich selbst welchen. So will die Zeitschrift ihre Leser auch vor politischen Gefahren warnen: Was, wenn der oder die Kleine schon bald in die Kita kommt und dann mit den bösen »Rechten« konfrontiert wird? Oder noch schlimmer: von Blonden umzingelt

wird? Es wird ja einmal Zeit, dies den Lesern zu erklären, dachte man sich wohl in der Redaktion von *Baby&Familie* und brachte in der Ausgabe Februar 2016 einen großen Artikel mit dem Titel »Gefahr von rechts« heraus. Alarm, warnt da *Baby&Familie*: »Immer öfter suchen Kitas Hilfe, weil sie es mit rechten Eltern zu tun haben.« Furchtbar – so ist das eben, wenn man seine Kinder abschiebt und von Krethi und Plethi erziehen lässt. Allerdings gibt es in der Kita nicht nur rechte, sondern vor allem linke Ideologen, die Kindern den einen oder anderen Dildo zeigen und sie im frühesten Kindesalter in die

Geheimnisse des Sexlebens einweihen. Wie sagte doch schon Sigmund Freud: »Kinder, die sexuell stimuliert werden, sind nicht mehr erziehungsfähig. Die Zerstörung der Scham bewirkt eine Enthemmung auf allen anderen Gebieten, eine Brutalität und Missachtung der Persönlichkeit der Mitmenschen.« Aber diese Ideologen sind in dem Artikel eben gar kein Thema. Stattdessen klärt er uns über die finsternen Machenschaften der »Rechten« auf. Da kann man nur sagen: zum Glück! Denn wir alle hatten schließlich keine Ahnung, woran man »Rechte« erkennt. Am Hitler-Gruß? An der Reichskriegsflagge? Oder weil sie leise das Horst-Wessel-Lied singen?

Eben nicht: »Es beginnt nicht immer im Extremen«, belehrt uns die *Baby&Familie* – Autorin Julia Jung. »Rechts-sein hat viele Formen.« »Die Abgrenzung, was extrem ist und was nicht, ist schwierig«, zitiert sie eine Soziologin namens Professor Dr. Michaela Köttig. Denn »Tatsache ist, dass diese Gesinnung in der Mitte der Gesellschaft ihren Ursprung hat«. Was, ehrlich gesagt, äußerst schwer vorstellbar ist, denn wenn diese »Gesinnung« rechts ist, dann kann sie nicht gleichzeitig in der Mitte sein, und umgekehrt. Es sei denn, die gesamte Mitte wäre heute rechts – was aber auch nicht stimmen kann, denn dann wäre sie

ja nicht mehr die Mitte. Bekommt man für so etwas heute einen Professorentitel?

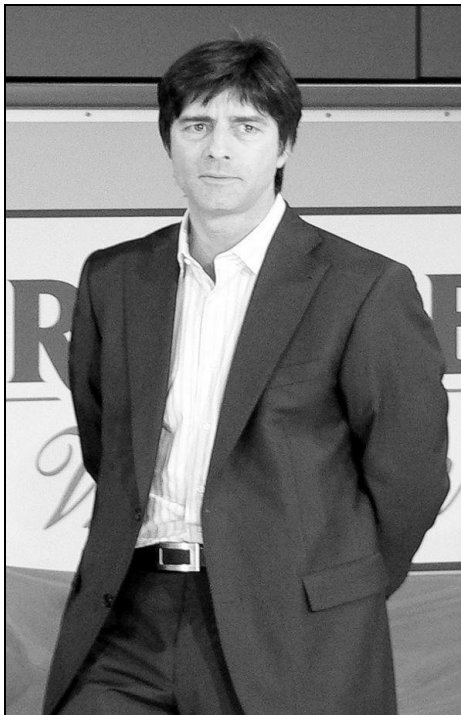
Vorsicht, Zöpfe!

Schon möglich. Denn eine beschwerliche Hürde auf dem Weg zum Professor wurde ja abgeschafft: die Habilitation. Heute kann man den begehrten Titel auch ganz ohne Habilitation bekommen. Das nennt sich dann »Juniorprofessor«. Man könnte auch sagen: »Professor light« oder Pseudoprofessor. Eine solche

Pseudoprofessorin scheint auch Michaela Köttig zu sein. Jedenfalls habe ich vergeblich nach ihrer Habilitationsschrift gesucht – und auf eine entsprechende Anfrage vom 4. Oktober 2016 nach dem Titel des Werkes habe ich auch keine Antwort bekommen. Egal: Wie erkennt man denn nun einen Rechten in der Kita – oder ein rechtes Kind? »Kinder von extrem rechten Eltern sind meist von klein auf daran gewöhnt, ihr Familienleben und ihren Alltag geheim zu halten«, weiß Köttig. Also aufpassen: Wenn ein Kind nicht so viel von zu Hause erzählt, könnte es verdächtig sein. Aber nicht nur das. Es könnte auch bestimmte

Kleidermarken tragen, »die Rechten als Zeichen dienen«, warnt *Baby&Familie*. »Es gibt einige Symboliken, mit denen Rechte ihre Gesinnung zwar zeigen, dies aber codiert tun. Jemand, der sich damit nicht auskennt, bemerkt das nicht unbedingt«, raunt die Berliner Diplomsozialarbeiterin Eva Prausner geheimnisvoll in dem Artikel. »Gehören die Eltern bestimmten rechten Organisationen an, fallen deren Töchter zum Beispiel durch akkurat geflochtene Zöpfe und lange Röcke auf«, steht da zu lesen. »Die Söhne sehen oft sehr traditionell aus und tragen zum Beispiel keine amerikanischen Schriftzüge auf ihrer Kleidung.« In etwa so wie unser

Fußballbundestrainer Jogi Löw. Der trägt gern einen dunklen Blazer und ein weißes Hemd – und zwar ohne jeden Schnickschnack und ohne jeden Schriftzug. Ja, was haben wir uns denn da für eine rechte Laus in den Pelz gesetzt?



© Source: WorldcupWiki, Author: Florian K,
Creative Commons Attribution-ShareAlike 2.5
Generic (CC BY-SA 2.5)

*Jogi Löw – ein schwer erziehbarer
Rechter?*

Gut erzogen geht gar nicht!

Aber das sind noch lange nicht alle Merkmale der »Rechten«. Auffällig ist zum Beispiel auch, wenn jemand überhaupt nicht auffällt! Ja – wirklich! Sondern »nett und engagiert« ist! Derjenige ist dann wahrscheinlich ein Bindeglied zwischen der »Rechten« und der »Mitte« der Gesellschaft! Diese netten und engagierten Eltern »bauen

persönliche Beziehungen auf und übernehmen gerne Ämter im Elternbeirat oder in ähnlichen Gremien«, erklärt wiederum Frau Köttig. Pardon: Professor Köttig. Was natürlich hoch verdächtig ist. Aber dann geht es ja »erst los. Sie lassen ihre Ideologien im Gespräch wie beiläufig einfließen oder formulieren deutlich, dass sie etwa einen männlichen Erzieher nicht wünschen«, etwa weil der schwul ist, warnt der Bericht. »Wenn die Gesinnung auffällig wird, haben viele dieser Eltern bereits so gute Beziehungen aufgebaut, dass sie dann trotz solcher Äußerungen nicht mehr ausgegrenzt werden und im schlimmsten Fall sogar Unterstützung

bekommen«, so Sozialarbeiterin Prausner.

Prävention oder Propaganda?

Den Vogel schießt allerdings wieder einmal die einschlägig bekannte Amadeu Antonio Stiftung ab, eine Organisation, die die Bevölkerung ständig über die gefährlichen »Rechten« aufklären will – und zwar zu Wasser, zu Lande und in der Luft (siehe August). Laut einem Bericht der *Neuen Westfälischen Zeitung* (online, 29.10.2016) arbeitet die

gemeinnützige Stiftung mit falschen Zahlen und übertreibt die Anzahl »rechter Übergriffe« auf Flüchtlinge um bis zu 100 Prozent. Ausgerechnet diese Stiftung hat noch ein weiteres gefährliches Merkmal der »Rechten« entdeckt: »Rechte« Kinder »fallen manchmal erst nach längerer Zeit auf, weil sie sehr still oder sehr gehorsam sind«, warnt Dr. Heike Radvan von der Amadeu Antonio Stiftung. Gut erzogen geht also gar nicht! Kinder haben nun mal zu lümmeln, zu pöbeln und zu stören, sonst sind sie nicht normal – sondern »rechts«.

Die Blonden sind die Bösen

Der Artikel beschränkt sich jedoch nicht nur auf gute Ratschläge. Auf den Seiten befinden sich auch Schwarz-Weiß-Zeichnungen aus dem Kindergartenleben: Erwachsene, die sich unterhalten, Kinder beim Spielen. Das heißt: Sagte ich »Schwarz-Weiß«? Nun, nicht ganz: Manche Kinder und Erwachsenen sind auch farbig dargestellt: Mütter mit hübschen blonden Mähnen oder Mädchen mit blonden Zöpfen. So sieht man schon bei der Ankündigung des Artikels im

Inhaltsverzeichnis eine hübsche blonde Mutter mit einem Mädchen mit blonden Zöpfen. Direkt daneben steht: »Wie damit umgehen? Rechte Eltern in Kitas.« Die Botschaft ist klar: Achtung – die Blonden sind die Rechten. Womit sich der Artikel nach all dem unwissenschaftlichen und paranoiden Blödsinn auch noch als rassistisch entlarvt: Denn die Haut- und Haarfarbe ist ja nun einmal ein rassistisches Merkmal, und Rassismus ist keine Einbahnstraße, sondern funktioniert in beiden Richtungen: von Deutschen gegenüber Migranten und von Migranten gegenüber Deutschen. Oder auch von gehirngewaschenen Deutschen gegen

Deutsche.

Baby&Familie erscheint im Wort&Bild Verlag in Baierbrunn bei München. Mit dem faktischen Monopol für Apothekenblättchen macht man dort gute Geschäfte, indem man seine Leser mit immer neuer Werbung für Salben, Cremes und Windeln einseift. Das Flaggschiff *Apotheken Umschau* trägt auch den Spottnamen »*Rentner Bravo*«. Rassismus gehörte bisher allerdings nicht zum Programm – oder war es vielleicht nur keinem aufgefallen? Können die Deutschen inzwischen vielleicht von den Schwarzen lernen? Die hatten in den 60er-Jahren des vergangenen Jahrhunderts in den USA

die Black-Power-Bewegung ins Leben gerufen und protestierten mit dem Slogan »Black is beautiful« gegen ihre Diskriminierung. Die Schwulen kamen 1968 auf die Idee, eine »Gay is good«-Bewegung ins Leben zu rufen. Und Blonde sollen das nicht dürfen? Blonde sollen von Haus aus »Rechte« sein? Nicht doch. Lassen Sie uns gemeinsam sagen: Blond is beautiful!

8. Februar

Rosenmontag: Wie »Ruzika« die Regierung rettete

Es ist schon ein übles Pech, von dem der Karneval 2016 verfolgt wurde. Erst wurden am Rosenmontag, dem 8. Februar, zahlreiche Faschingszüge wegen einer Sturmwarnung abgesagt, und dann – am 10. Februar – fiel auch noch der Politische Aschermittwoch ins Wasser – wegen der Zugkatastrophe von Bad Aibling! Wobei allein schon die

Absage der Rosenmontagszüge wegen einer Wettervorhersage zu Kopfschütteln und Unverständnis geführt hatte, denn schließlich war dies seit dem Zweiten Weltkrieg praktisch noch nie vorgekommen – und das, obwohl die großen Karnevalsumzüge schließlich genau in der Sturmsaison zwischen Januar und März stattfinden, wenn die meisten Orkane über die Landschaft toben. Trotzdem musste fast noch nie ein Karnevalsumzug abgeblasen werden und in zahlreichen Städten gleichzeitig schon gar nicht. »So etwas gab es noch nie«, zitierte der *Tagesspiegel* den Karnevalexperten Günter Schenk: Der Rosenmontagszug in Mainz laufe sogar

seit 1838 und sei noch nie »wegen schlechten Wetters abgesagt worden. »Notfalls stoppte der Zug und alle gingen in die Kneipe und warteten, bis sich das Wetter wieder beruhigte.« (online, 8.2.2016) Interessant – und warum sagte man die Züge dann 2016 plötzlich ab? Und das nicht einmal wegen schlechten Wetters, sondern wegen einer bloßen *Wettervorhersage*?

Die Bandwürmer aus Jecken

Die Antwort: 2016 gab es wohl noch

eine viel größere Gefahr als einen Sturm. Die sexuellen und kriminellen Übergriffe von Silvester lagen erst einen guten Monat zurück. In der Silvesternacht hatten Hunderte Migranten am Kölner Hauptbahnhof und in anderen Städten im Festgetümmel Frauen sexuell belästigt und manchmal auch beraubt. Die Nacht zum 1. Januar 2016 und der folgende Vertuschungsskandal waren das Ende des gesellschaftlichen Konsenses über die Willkommenskultur. In den folgenden Tagen und Wochen gingen allein in Köln etwa 1200 Anzeigen von belästigten und bestohlenen Frauen ein. Gleichzeitig schnellten die Verkaufszahlen von

Pfeffersprays und Elektroschockern in die Höhe. Alle Bedenken und Warnungen der Asylkritiker über kriminelle Migranten schienen sich bestätigt zu haben. Und das Schlimmste: Kanzlerin Merkel stand als diejenige da, die diesen Mob ins Land gelassen hatte.

Schon kurz nach Silvester stellte sich speziell in der Narrenhauptstadt Köln daher die Frage: Wie sicher ist denn eigentlich der Karneval? Da drohte schließlich noch größeres Ungemach. Während es an Silvester um einzelne stationäre Schauplätze wie die Kölner Domplatte gegangen war, sind Faschingszüge nun einmal mobil. Die meisten winden sich kilometerlang durch

unsere Städte. Diese Bandwürmer aus Jecken, feiernden und auch angeheiterten Zeitgenossen sind also noch sehr viel schwerer zu kontrollieren als ein stationärer Schauplatz:

1. Die Umzugsrouten erstrecken sich oft über viele Kilometer.
2. An den Rändern herrscht dichtes Gedränge in Verbindung mit Alkohol, Masken und Verkleidungen.

Allein die Stadt Mainz erwartete zu ihrem Rosenmontagszug Hunderttausende von Zuschauern. Schon wenige Störer und/oder Kriminelle

hätten hier ein Chaos verursachen können – und aufgrund des Gedränges und der Maskierungen hätten sie kaum abgewehrt oder dingfest gemacht werden können.

Karnevalszug als Hochsicherheitstrakt

Mit einem Mal wurden die Rosenmontagszüge als Sicherheitsrisiko eingestuft, verursacht durch die überall gegenwärtigen »Flüchtlinge« und deren »Kulturvorstellungen«.

Der Rosenmontagszug in Mainz zum Beispiel

sollte deshalb zunächst in eine Hochsicherheitszone umfunktioniert werden – mit mehr Videokameras, mobilen Einsatztruppen der Polizei und regelrechten »Sicherheitsräumen für Frauen«. An den Bahnhöfen in der Umgebung wollten die Ordnungshüter außerdem »frühzeitig Gruppen junger Männer beobachten und ansprechen, die sich auf den Weg nach Mainz machen«. In den Flüchtlingsunterkünften wollte man die illegalen Einwanderer schnell noch »gezielt über Fastnacht und Karneval« aufklären, »auch über die Rechte von Frauen« (*Frankfurter Neue Presse*, online, 14.1.2016). Jeder Migrant sollte quasi einen eigenen

Betreuer bekommen. Am Ende wurde der Zug doch lieber abgesagt.

Angst vor Silvester 2.0

Des Weiteren gab es in den Augen der Behördenvertreter ja auch noch eine »abstrakte Torgefahr«: Was, wenn nicht nur gegrapscht und geklaut, sondern auch noch gebombt würde? Wenn irgendwelche wild gewordenen Terroristen in den Zuschauermengen Bomben zünden würden? Die rheinland-pfälzische Ministerpräsidentin Malu Dreyer stellte denn auch ein »mulmiges

Gefühl« fest (*Frankfurter Neue Presse*, ebenda). Statt Vorfreude und Spaß grassierte plötzlich die Angst vor einer »Silvesternacht 2.0«. Betrachtete man all diese Faktoren, mussten die Umzüge als polizeilich und politisch nicht beherrschbar erscheinen. Alle Rosenmontagszüge würde man unmöglich bewachen können. Zudem wäre da neben dem Sicherheitsalbtraum ja auch noch der politische Albtraum – für die Regierung. Eine weitere »Silvesternacht« von ihren willkommen geheißenen Selfie-Freunden hätte Bundeskanzlerin Angela Merkel wohl kaum überstanden. Nach einem »Silvester 2.0« wäre Angela Merkel

ihre Flüchtlingspolitik um die Ohren geflogen. Das Dumme war nur: Eine Absage der Züge »von oben« wegen der (schließlich von der Kanzlerin verursachten) Sicherheitslage kam nach dem verpatzten Silvester aber auch nicht infrage, denn dann wäre ja die Kanzlerin schuld gewesen. Und nach den Silvesterübergriffen war den Kölnern ausdrücklich ein sicherer Karneval versprochen worden. Köln ist schließlich die Hauptstadt der Jecken, und erstaunlicherweise verstehen diese da gar keinen Spaß. Denn Karneval gehört in Köln nun mal zur Staatsräson. »Kölns Oberbürgermeisterin Henriette Reker hat einen sicheren Karneval

versprochen«, berichtete der Sender n-tv am 1. Februar 2016 (online): »Da habe ich nicht die geringsten Bedenken«, habe die Politikerin in einem Interview mit der *Welt* erklärt. »Ich möchte gern, dass die Silvesterwolke, die einen solchen dunklen Schatten auf Köln geworfen hat, wegzieht.« »Selbstverständlich müssen wir jetzt nach der klaren Zusage ›So was darf nicht mehr vorkommen‹ all unsere Kräfte auf diese neue Herausforderung konzentrieren«, sagte demzufolge Stadtdirektor Guido Kahlen.

Ein Röschen am

Rosenmontag

Doch wo Gefahr ist, wächst das Rettende bekanntlich auch. Das Rettende war in diesem Fall das Sturmtief »Ruzika«. »Ruzika« ist ein kroatischer Vorname, der auf Deutsch »kleine Rose« bedeutet. So ein Zufall, nicht? Während Polizei und Politiker vor dem Rosenmontag schlotterten, half ihnen ein Sturmtief namens »Röschen« aus der Patsche. Am Abend zuvor war die gesamte deutsche Wetterkarte bei den *Tagesthemen* plötzlich in dunkles Rot getaucht – je dunkler, um so höher die Windgeschwindigkeiten. Ganz

Deutschland werde von Windböen bis Stärke 8 und 9 Beaufort (Bft) heimgesucht, unkte der Deutsche Wetterdienst (DWD). Ausgerechnet im Ruhrpott sollte es am schlimmsten werden, mit Windgeschwindigkeiten von bis zu 120 Kilometern pro Stunde: »Aus jetziger Sicht werden verbreitet stürmische Böen bis 75 km/h (Bft 8), nach Nordwesten und Westen sogar Sturmböen (Bft 9, um 80 km/h) bis ins Flachland erwartet.« Einige Wettermodelle ließen »auch stärkere Windentwicklungen zu, die in etwa um 1 Bft höher ausfallen.« Am Rosenmontag selbst vergällte DWD-Meteorologe Lars Kirchhübel den Narren den Spaß am

»Zooch«: »Orkantief ›Ruzica‹ grüßt die Narren am Rosenmontag mit Sturmböen!«, quakte der Wetterfrosch. Auch im Tiefland seien Windspitzen »bis 100 km/h durchaus vorstellbar« (DWD, online, 8.2.2016).

Zauberformel

»Windstärke 8«

Eine tolle Sache. Denn die Zauberformel hieß »Windstärke 8«. Laut Deutschem Wetterdienst (DWD) waren die Züge in Düsseldorf ab Windstärke 8 abzusagen, maßgebend seien die *Vorhersagen* des

DWD. Merkwürdig. Auf diese Weise wären in den vorangegangenen Jahrzehnten sicherlich reihenweise Züge abgeblasen worden – und zwar umsonst. Die letzte, wegen schlechten Wetters verfügte Absage war in Düsseldorf jedoch schon 26 Jahre her und war auch keine Absage, sondern ein Abbruch, als der Wind 1990 nach dem Verlassen der Halle die Karnevalswagen zerlegte. 2016 wunderten sich selbst Meteorologen, warum die Züge aufgrund von Prognosen abgesagt wurden. So twitterte ARD-Wetterfrosch Karsten Schwanke, die Zugabsage in Düsseldorf sei für ihn »ein Rätsel«.

Kontrolle statt Karneval

Aus Sicht von Politik und Polizei war die Absage der meisten großen Züge allerdings eine prima Sache: Dortmund, Düsseldorf, Hagen, Krefeld, Recklinghausen: Der gesamte Ruhrpott wurde durch die Sturmwarnung karnevalistisch lahmgelegt – und ganz Rheinland-Pfalz und Hessen gleich mit. Millionen Menschen gingen statt auf die Straße in die Kneipe oder setzten sich vor den Fernseher, und die Behörden hatten die politische und polizeiliche Lage im Griff. Denn statt um Karneval ging es in Wahrheit um Kontrolle.

Plötzlich hatten die Narren Feierpause – bis auf ein »kleines unbeugsames Dorf« namens Köln. Die Jeckenhauptstadt konnte wie gewohnt auf die Pauke hauen und Silvester vergessen. Denn dort sagte Zugleiter Christian Kuckelhorn doch glatt: »»Wir sind in der Lage, den Zug zu jedem Zeitpunkt zu unterbrechen, abzubrechen.« Das werde bereits seit vielen Jahren geprobt« (*Spiegel Online*, 8.2.2016). Na bitte. Das ist schließlich auch das einzig Vernünftige. Deshalb ist anzunehmen, dass auch in anderen Städten eigentlich nicht die Prognose, sondern das Auftreten von bestimmten Windstärken maßgeblich gewesen wäre.

Ausgelöst hatte die Absagen eine

Regierungsbehörde, nämlich der Deutsche Wetterdienst. Also letztlich eine Behörde von Angela Merkel. Der DWD gehört zum Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur und unterhält »ständigen Kontakt« (*Wikipedia*) zur Bundesregierung, aber auch zu Bundes- und Landesministerien. Damit hatte die Regierung also vollen Zugriff auf den Wetterdienst und damit auf die (meisten) Karnevalsumzüge. Um eine Absage der Züge zu begründen, brauchte es nur eine Vorhersage der Windstärke 8. Dass diese Windstärke dann fast nirgends auftrat (und 6 und 7 auch nicht), führte zwar zur Geburt eines neuen politischen Begriffes, nämlich

»Lügenwetter«. Doch wen kümmerte es?
Unsere Regierenden arbeiten schließlich
schon längst nach dem Motto: Ist der Ruf
erst ruiniert, lebt sich's völlig ungeniert.

Über Kölle lacht die Sonne, über Düsseldorf die Welt ...

Durch die voreilige Absage entstand
jedoch die paradoxe Situation, dass sich
die Verantwortlichen vor Ort nunmehr
regelrecht nach dem Sturm sehnten –
denn wie stünden sie denn sonst da?
»Wenn der Sturm jetzt nicht kommt, sind

wir blamiert«, wurde beispielsweise der Düsseldorfer Zugleiter zitiert (*Focus Online* und andere). Klar – wer sagt denn auch einen Karnevalsumzug wegen einer *Vorhersage* ab? Die Blamage blieb ihm denn auch nicht erspart: »Noch immer lässt der Sturm in Düsseldorf auf sich warten. Die Spitzen waren zwar ohnehin nicht für den Vormittag angesagt, doch so langsam kommen Zweifel auf, ob die Sorge berechtigt war«, meldete der Ticker von *Focus Online* um 14 Uhr. Um 14.20 Uhr hieß es dann: »Blauer Himmel, leichtes Lüftchen: Nach der Absage des Rosenmontagszugs in Düsseldorf konnte der eine oder andere Narr am

Montagnachmittag die Prognosen des Deutschen Wetterdienstes (DWD) bezweifeln« (8.2.2016). »Über Kölle lacht die Sonne«, twitterte um 15 Uhr ein Benny Folkmann aus der Nachbarstadt Köln, »über Düsseldorf ...« – »die Welt«, sollte das wohl fertig formuliert heißen. Und siehe da: Während rundherum Rosenmontagszüge reihenweise abgeblasen wurden, wurden die Kölner mit einem sonnigen Tag und einem ungestörten Zug belohnt. Um 15.24 Uhr brach in Düsseldorf zwar doch noch ein Sturm los, allerdings nur für acht Minuten. Um 15.32 Uhr meldete der *Focus* – Reporter: »Genauso plötzlich ist der Himmel wieder blau

und die Sonne lacht.« Ein eindrucksvolles Beispiel, warum Züge eigentlich nie vorher abgesagt, sondern höchstens mal unterbrochen werden. 17.30 Uhr: »In Düsseldorf setzt langsam die Dämmerung ein. Vom angekündigten Sturm und Regen ist bis auf den zwischenzeitlichen Überraschungsmoment noch immer nichts zu merken, meldet unser Reporter vor Ort.« Um 18.29 Uhr tickerte *Die Welt* (online, 8.2.2016): »Der letzte Wagen des Kölner Rosenmontagszuges ist sicher durchs Ziel gerollt. Bis zuletzt blieb es trocken, die meiste Zeit über schien die Sonne. Der befürchtete Sturm blieb aus.« Mit anderen Worten

herrschte besseres Wetter als bei vielen Rosenmontagszügen zuvor. Und wissen Sie, warum das in den allermeisten Städten des Ruhrpotts auch nicht anders war? Weil alle diese Städte ziemlich nahe beieinanderliegen. »Der Kölner Rosenmontagszug war nach Einschätzung der Veranstalter ein voller Erfolg. Diese positive Bilanz haben die Organisatoren unmittelbar nach Abschluss des größten deutschen Karnevalsumzugs gezogen. Es sei alles gut und glücklich verlaufen, die Stimmung sei toll gewesen, sagte Zugleiter Christoph Kuckelkorn. Die Wagen trotz der Sturmwarnung mit einigen Einschränkungen durch die Domstadt rollen zu lassen sei richtig

gewesen. Der Umzug war Kuckelkorn zufolge so gut besucht ›wie sonst auch‹ (RP online, 9.2.2016).

»Völlige Fehleinschätzung der Wettersituation«

»Die Kölner hatten recht behalten«, konstatierte auch *Spiegel Online*: »Als sich pünktlich um 10 Uhr der größte deutsche Karnevalszug in Bewegung setzte, hörte der Regen auf, die Sonne kam durch. Anders als in Düsseldorf und Mainz hatte Köln seinen

Rosenmontagsumzug nicht wegen einer Sturmwarnung abgesagt« (8.2.2016). Aber »auch in Düsseldorf und Mainz blieb der große Sturm zunächst aus«. »Tatsächlich blieb das befürchtete Unwetter aus«, berichtete auch das Stadtportal *Dortmund-Echo* am 8. Februar 2016. Und nicht nur das: »Vielmehr bot sich der Dortmunder Bevölkerung am Montagmittag (8. Februar 2016) einer der schönsten und angenehmsten Tage der letzten Wochen, weder Regen noch Sturmböen waren zu verzeichnen.« Tja – so ist das eben mit Vorhersagen – zumal dann, wenn sie von der Regierung kommen. »Abgesehen von dieser völligen Fehleinschätzung der

Wettersituation drängt sich die Frage auf, warum ähnliche Veranstaltungen in der Vergangenheit zunächst durchgeführt wurden und erst bei einem Eintreten der befürchteten Entwicklungen abgesagt wurden«, fragte das Blatt. »Offenbar wurden beim Karnevalszug 2016 neue Maßstäbe angelegt, nachdem auch in den Vorjahren schlechte Wetterverhältnisse kein Anlass waren, um überhaupt über eine Zugabsage nachzudenken.«

Kapitulation vor dem Migranten-Mob

Eben. Die Sturmabsagen waren aber die einzige Möglichkeit, die Kapitulation vor dem Migranten-Mob zu vertuschen und den politisch wichtigen Kölner »Zooch« gleichzeitig stattfinden zu lassen. Denn wegen der begrenzten Möglichkeiten der Polizei konnte dieser nur fahren, *wenn* die anderen Züge abgeblasen würden. Diese Taktik war auch schon bei Twitter durchgesickert: »Alle Polizisten nach Köln, um sagen zu können, alles ist sicher!!! Der Rest fällt aus. Volksverdummung«, schrieb da ein Roland Heilig. Und ein Michael Schmitter pflichtete bei: »Somit steht Köln mehr Polizei zur Verfügung!« (8.2.2016) Nur in wenigen Orten wurden

die Züge nicht wegen irgendeiner Sturmwarnung abgesagt, sondern ganz offiziell wegen der Sicherheitslage: »In Rheinberg (Kreis Wesel) ist der Karnevalszug mit Verweis auf die Flüchtlingssituation und auf das fehlende Sicherheitskonzept abgesagt worden. Vorfälle wie in der Silvesternacht in Köln könnten nicht ausgeschlossen werden, heißt es dort« (*Westfälische Nachrichten*, online, 14.1.2016). Während die Narren anderswo in die Röhre schauten, war die Polizei in Köln jedoch »mit einem Großaufgebot auf der Straße«, beobachtete das Stadtportal *DortmundEcho*, »um den dortigen Rosenmontagszug, der trotz allen

Widrigkeiten stattfindet, zu begleiten. Vermutlich reichten die Kapazitäten in anderen Städten schlichtweg nicht mehr aus, um den Mindestschutz der Bürger aufrechtzuerhalten, wenn sich größere Problemgruppen, wie in der Silvesternacht 2015/16, zusammenfinden. Um diese Kapitulation des Rechtsstaates nicht einräumen zu müssen, wurde augenscheinlich – mit einem Verweis auf das Wetter – Karneval 2016 schlichtweg gestrichen.« Na, dann: Kölle Allaaf.

9. Februar

Bad Aibling: das geheimnisvolle Zugunglück

Kolbermoor, Oberbayern, 6.45 Uhr. Ein ruhiger Dorfbahnhof mit gerade einmal zwei Gleisen. Seit etwa fünf Minuten wartet Zug 79506 (kurz »06«) der Mangfalltalbahn von Rosenheim nach Holzkirchen auf die Abfahrt Richtung Bad Aibling. Normalerweise würde erst noch der Gegenzug aus Bad Aibling in Kolbermoor einfahren. Doch der kommt

heute nicht. Manche Passagiere wundern sich, dass ihr Zug (06) nun trotzdem auf die eingleisige Strecke fährt. Doch der Lokführer hat das Ausfahrtssignal bekommen und stellt keine Fragen. Muss er auch nicht: Wenn das Stellwerk im fünf Kilometer entfernten Bad Aibling die Strecke freigibt, dann ist sie frei. Das war schon immer so in den vergangenen Jahrzehnten – tagein, tagaus. Fast lautlos, mit einem singenden Geräusch, verlässt Zug 79506 den Bahnhof Kolbermoor. Alles scheint in Ordnung, bis die Bahn das Blockvorsignal 314 erreicht. Überraschenderweise steht dieses auf Halt – was bedeutet, dass das nächste

Blocksignal in etwa einem Kilometer Entfernung ebenfalls auf Halt stehen muss. Und das heißt, dass der Streckenabschnitt dahinter besetzt sein muss. Aber warum? Warum wurde die Strecke in Kolbermoor dann überhaupt freigegeben? Zug 06 bremst scharf, Gepäckstücke fallen von den Sitzen und rutschen durch den Gang. Doch es ist zu spät. Nur etwa 40 Sekunden nach Zug 06 war in Bad Aibling Zug 05 auf die Strecke geschickt worden. Um etwa 6.47 Uhr kracht es. Die beiden Züge verkeilen sich ineinander, die kalte Morgenluft ist vom Schreien und Stöhnen der Menschen erfüllt. Am Ende sterben zwölf Insassen an ihren

Verletzungen, 89 wurden zum Teil schwer verletzt.

Merkel: Total-Crash mit der CSU?

Dabei drohte an diesem Faschingsdienstag eigentlich ein ganz anderer Frontalzusammenstoß. Denn genau wie die angeblichen Superstürme vom Rosenmontag geschah das Zugunglück in einer politisch äußerst brisanten Situation – nämlich einen Tag, bevor sich die Parteien am Politischen Aschermittwoch einmal so richtig die

Meinung sagen wollten. Das wäre für die ohnehin angeschlagene Regierung von Angela Merkel schon die nächste Gefahr gewesen. Der Politische Aschermittwoch von Ministerpräsident Horst Seehofer, CSU, in Passau drohte zum Total-Crash mit der Bundesregierung zu werden: »Was werden Ihre Hauptbotschaften am Aschermittwoch in Passau sein?«, fragten ihn Reporter. Die Antwort: »Es geht am Aschermittwoch um Klarheit und Wahrheit. Wir haben im Moment keinen Zustand von Recht und Ordnung. Es ist eine Herrschaft des Unrechts« (*Passauer Neuen Presse*, online, 9.2.2016).



© Screenshot des Autors,

https://de.wikipedia.org/wiki/Eisenbahnunfall_v

Schema der eingleisigen Strecke Bad Aibling–Kolbermoor

Politik und Pietät

Angela Merkel ein Diktator? Kein Zweifel: Die Berliner Einheitskoalition stand vor dem Bruch. Allerdings wurde dieser Frontalzusammenstoß wie durch ein böses Wunder nun von einem noch größeren Frontalzusammenstoß überschattet, nämlich dem Zugunglück von Bad Aibling. In den Horrornachrichten von der Zugkatastrophe ging Horst Seehofers Statement vom »Unrechtsstaat« fast unter und war höchstens noch ein Zwischenton im öffentlichen Entsetzen über die Zugkatastrophe. Und öffentlich

wiederholen konnte er ihn auch nicht, denn nun wurde das Kriegsbeil erst einmal begraben. Genau wie die Rosenmontagszüge wurden die für den nächsten Tag geplanten Aschermittwochsveranstaltungen abgesagt – aus Pietätsgründen. Statt nach Passau fuhr Seehofer also erst einmal zur Unfallstelle bei Bad Aibling, um sich vor Ort ein Bild zu machen. Damit wurde auch dieser politische Totalschaden abgewendet.

Vom Unschuldigen zum Oberschurken

Rettete das Zugunglück von Bad Aibling also Bundeskanzlerin Angela Merkel und die Berliner Koalition? Oder war es wirklich menschliches Versagen, wie Staatsanwaltschaft und Polizei mitteilten? Demnach hatte der Fahrdienstleiter im Stellwerk von Bad Aibling die beiden Züge gleichzeitig auf die eingleisige Strecke zwischen Bad Aibling und Kolbermoor fahren lassen. Merkwürdig: Dabei stand der Mann zunächst gar nicht unter Verdacht. »Die Polizei wies einen Zeitungsbericht, wonach ein Fahrdienstleiter im Stellwerk das Unglück verursacht habe, als Spekulation zurück«, hieß es am 9. Februar 2016 bei *Spiegel Online*. Ein

Polizeisprecher sagte sogar: »Wir wehren uns vehement gegen dieses Gerücht« (*Zeit Online*, 10.2.2016). Erstaunlich, nicht wahr? Denn später wurde derselbe Fahrdienstleiter doch zum Oberschurken in dem Spiel erklärt. Im April 2016 wurde der Mann sogar verhaftet und in Untersuchungshaft genommen. Wegen fahrlässiger Tötung, fahrlässiger Körperverletzung und gefährlichen Eingriffs in den Bahnverkehr. Während der Dienstzeit habe er mit seinem Handy gespielt, lautete da der Vorwurf. Das Spiel habe ihn so abgelenkt, dass er seine Pflichten vernachlässigt habe.

Fehlende Kausalkette

Für die Öffentlichkeit war damit alles klar. Dabei war gar nichts klar. Denn natürlich war das nur ein Verdacht. Was fehlte, war die Kausalkette, die exakt beschrieb, wann und auf welche Weise der Fahrdienstleiter bei welcher Handlung durch sein Handy abgelenkt worden sein sollte. Nur so könnte man einen Fall konstruieren. Dass die Staatsanwaltschaft diese Kausalkette nicht besaß, räumte sie selbst ein. Aufgrund des engen zeitlichen Zusammenhangs mit dem Online-Spiel ging sie nur »davon aus«, »dass der

Beschuldigte dadurch von der Regelung des Kreuzungsverkehrs der Züge abgelenkt war«. Dazu wurde behauptet, dass man über die genauen Uhrzeiten verfüge, wann der Fahrdienstleiter in das Online-Spiel eingeloggt gewesen sein soll. »Davon ausgehen« heißt jedoch nur »annehmen« oder vermuten, aber nicht wissen, und die Erwähnung des »engen zeitlichen Zusammenhangs« bedeutet, dass die Staatsanwaltschaft *keinen Kausalzusammenhang* zu bieten hatte. Oder anders gesagt: Die Gleichzeitigkeit zweier Ereignisse bedeutet noch lange keinen ursächlichen Zusammenhang. Im Prinzip eine Bankrotterklärung. Der Fahrdienstleiter

bestritt denn auch zunächst, durch das Handyspiel abgelenkt worden zu sein (*Die Welt*, online, 12.4.2016) – und das konnte man ihm auch glauben. Denn wie wir noch sehen werden, waren die fehlerhaften Eingriffe in das Steuerungssystem so schwerwiegend, dass sie kaum durch bloße Unachtsamkeiten oder Ablenkung passiert sein konnten.

Darüber hinaus fiel auf, dass sich die Ermittlungen ausschließlich mit menschlichem oder technischem Versagen beschäftigten. Die dritte Möglichkeit eines Anschlages wurde fein säuberlich ausgespart. Genau das aber macht stutzig, denn eigentlich

müssten die Behörden ja ergebnisoffen arbeiten. Aber nein: »Es war eine ganz besonders tragische Verkettung von gleich zwei Fehlleistungen«, behauptete der bayerische Innenminister Joachim Herrmann sieben Wochen nach dem Unglück in der *Bild* – Zeitung vom 28. März 2016 (online). Demnach habe Fahrdienstleiter Michael P. am 9. Februar um 6.45 Uhr die eingleisige Strecke zwischen Bad Aibling und Kolbermoor für zwei Züge gleichzeitig freigegeben. Dabei sind zwei Fehlleistungen stark untertrieben. In Wirklichkeit sollen dem Fahrdienstleiter an diesem Morgen gleich vier kapitale Fehler unterlaufen sein:

1. Panne Nr. 1: Bei einem Blick in den Fahrplan sei der Fahrdienstleiter in der Spalte verrutscht und habe daher angenommen, dass sich die Züge in Bad Aibling, also »vor seiner Nase«, begegnen würden. Daher habe er den Zug in Kolbermoor losfahren lassen.
2. Panne Nr. 2: Nach Freigabe der eingleisigen Strecke für Zug 06 in Kolbermoor habe er nur etwa 40 Sekunden später den Gegenzug 05 in Bad Aibling per Sondersignal Zs1 auf die Strecke geschickt.
3. Panne Nr. 3: Etwa zwei Minuten habe er den Zug 05 auch in Bad

Aibling Kurpark abgefertigt –
wieder per Sondersignal.

4. Panne Nr. 4: Beim Absetzen eines Notrufs habe er schließlich auch noch die falsche Taste gedrückt.

Keine Chance für »feindliche Fahrtstraßen«

Das Problem ist, dass die Züge gar nicht so einfach auf ein und dasselbe Gleis geschickt werden können. Das Stellwerk würde das überhaupt nicht zulassen. Das ist ja unter anderem der Sinn eines

Stellwerks. Die internen Logiken eines solchen Mechanismus verbieten das. Der einmal eingerichtete Fahrweg wird automatisch durch Weichen und Signale blockiert und vor anderen Zügen oder Fahrzeugen »geschützt«. Sollte das Haltesignal von anderen Fahrzeugen tatsächlich einmal übersehen werden, werden sie automatisch gebremst, und zwar durch die sogenannte Punktförmige Zugbeeinflussung (PZB): An bestimmten Punkten im Gleis (zum Beispiel vor Signalen) registrieren Magnete den Zug und seine Geschwindigkeit und leiten, wenn nötig, eine Bremsung ein. »Es ist wirklich unmöglich, gleichzeitig Ein- und Ausfahrt in ein und dasselbe

Streckengleis herzustellen. Hierbei handelt es sich um das, was im Fachchinesisch ›feindliche Fahrstraße‹ genannt wird. Feindliche Fahrstraßen sind nicht gleichzeitig einstellbar« (Holger Metschulat: »FAQ-Eisenbahn: Technik – Anlagen/Betrieb«, Version 1.26 vom 15.12.2008).



©

https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Stellwerk_Bad_Aibling.jpg, Creative-Commons-Lizenz,
Namensnennung 4.0 International, Urheber:
Jwdietrich2

*Stellwerk und Fahrdienstleitung am
Bahnhof Bad Aibling*



©

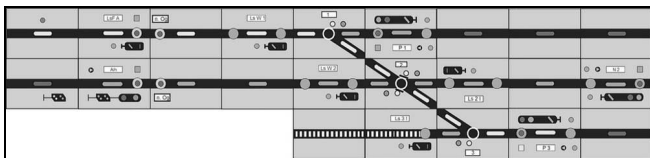
<https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Spurplan.jpg>

Creative Commons Attribution-Share Alike 2.0

Germany, Author: HP00

*In etwa so sieht es auch hinter den
Fenstern der Fahrdienstleitung aus.
Die Stelltafel dürfte allerdings viel
einfacher sein.*

Beachten Sie die Zeitung rechts unten.



©

https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Ausschnitt_Schienenplan_15.10.2019.jpg
Creative Commons Attribution-Share Alike 3.0
Unported, Author: F. Hein

Der eingerichtete Fahrweg wird auf der Stelltafel mit weißen Lichtern (hier: hellgrau) gekennzeichnet. Ein belegtes Gleis erhält rote Lichter (hier: mittelgrau).

Unbegreifliche Fehler

Nirgends wurde dabei die Frage gestellt, warum der Fahrdienstleiter den Bad Aiblinger Zug überhaupt hätte losfahren lassen sollen – denn gerade eben haben wir ja noch erfahren, dass er nach einem Blick in den Fahrplan irrtümlich angenommen habe, die Züge würden sich in Bad Aibling treffen (Panne Nr. 1). Dafür hätte der Zug 05 aber in Bad Aibling warten müssen. Um nun trotz des durch Zug 06 aus Kolbermoor belegten Fahrweges den Gegenzug 05 aus Bad Aibling in die eingleisige Strecke hineinfahren zu lassen, hätte der Fahrdienstleiter etwa 40 Sekunden später ganz bewusst ein Sondersignal (Signal Zs1) geben müssen, das das

Haltesignal für den in Bad Aibling wartenden Zug aufhebt (Panne Nr. 2). Und da der Zug 05 aus Bad Aibling gleich zwei Stoppsignale auf der Strecke hatte (in Bad Aibling und an der Haltestelle Kurpark), hätte der Fahrdienstleiter dies gleich zweimal tun müssen (Panne Nr. 2 und 3). Aber »was den Kollegen Fahrdienstleiter bewogen hat, diese falsche Signalstellung (Zs1) zu bewirken, das ist natürlich auch für mich ein Rätsel, eine große Frage«, sagte der Geschäftsführer der Tegernsee-Bahn im *heute journal* vom 16. Februar 2016. Denn: »Es ist nicht leicht, so ein Signal zu stellen. Also die Regelhandlung [das heißt die Herstellung der normalen

Signaleinstellung] sieht einfacher aus.«
Bei einem Ersatzsignal müsse man
»schon bestimmte Handgriffe mehr
machen als die Regelgriffe«. Genau das
ist auch beabsichtigt, denn wenn jemand
das reguläre Signal manuell überbrückt,
dann muss er schon wissen, was er tut.
»Das Ersatzsignal sind schon besondere
Schalter, besondere Taster, die er
bedienen muss. Also da muss etwas auch
in dem Kollegen abgelaufen sein, das ihn
dazu veranlasst hat, diese besondere
Handlung zu vollführen.« Tja, aber was?
Vielleicht ein Mordplan? Tatsächlich
kann es sich, wenn man den Vorgang
genauer betrachtet, nur um Vorsatz
gehandelt haben. Die Frage ist nur, von

wem.



©

<https://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons>
Creative Commons CC0 1.0 Universal Public

Domain Dedication, Author: Aisano

*Haltesignal und Sondersignal (drei
weiße Lichter) am Haltepunkt Bad
Aibling Kurpark (Sbk 313)*

Eine Rückfrage, die nicht kam

Auch mit der Bedienung der
Ersatzsignale war es ja schließlich nicht
getan. Sondern danach musste der
Fahrdienstleiter diese sogenannten
»Hilfshandlungen« auch noch
dokumentieren – eine weitere
Gelegenheit zum Aufwachen. Die

Maßnahme wird nämlich von einem Zählwerk registriert, das dabei um eine Ziffer weitergestellt wird. Zu dieser Zahl hat der Fahrdienstleiter einen Eintrag im »Nachweis der Zählwerke« vorzunehmen. Dabei muss er zu dem Zählerstand Art und Grund der Hilfshandlung eintragen und das Ganze unterschreiben. Dieses Dokument – und nicht nur irgendwelche Chronologien eines Online-Spiel-Anbieters – wären denn auch das entscheidende Beweismittel gewesen, um das Fehlverhalten des Fahrdienstleiters zu belegen. Doch bei dem Verfahren ab dem 10. November 2016 stellte sich heraus, dass die Betätigung der

Sondersignale *nicht* in den entsprechenden Dokumenten auftauchte, so *Spiegel Online* (14.11.2016) – und das, obwohl der direkte Vorgesetzte den Angeklagten vor Gericht als »sehr zuverlässig, pflichtbewusst und pünktlich« bezeichnete. »Es habe bis zum Unfalltag kein einziges dienstliches Vergehen gegeben.« Donnerwetter – und ausgerechnet das Setzen der Sondersignale soll der Mann nicht dokumentiert haben? Warum nicht? War er über Nacht plötzlich unzuverlässig geworden? Oder hatte es die Handlungen in Wirklichkeit gar nicht gegeben? Jedenfalls fehlte damit zunächst der zentrale Beweis, dass es

der Angeklagte war, der die Sondersignale gegeben hatte. Direkt nach dem Setzen der Signale hätte er ja keinen Grund gehabt, diese Maßnahme zu verschweigen.

Zusätzlich musste auch der Lokführer des Zuges 05 in Bad Aibling die automatische Bremsung vor dem regulären Haltesignal mithilfe eines Schalters aufheben. Zwar hätte er natürlich bei der Fahrdienstleitung rückfragen können, ob die Strecke wirklich frei ist. Doch diese Rückfrage kam nicht – oder kam sie nur nicht an? Gab es hier etwa doch ein Funkloch oder eine Funkstörung, wie manche Medien behaupteten (siehe unten).

Fragen kann man die Lokführer nicht mehr, denn alle sind tot.

Ein doppelter Irrsinn

Dieser Irrsinn geschah, wie gesagt, nicht nur einmal. Was von vielen Medien unterschlagen wurde, ist, dass kurz darauf *noch einmal ein Haltesignal überbrückt wurde* (Panne Nr. 3). Denn zwar befanden sich die beiden entgegenkommenden Züge nach der ersten unbegreiflichen »Panne« nun auf demselben Gleis. Aber dazwischen lag immer noch die Haltestelle Bad Aibling

Kurpark. Sollte der Fahrdienstleiter den Zug 05 aus Bad Aibling wirklich bewusst haben hinausfahren lassen, hätte er danach volle zwei Minuten Zeit gehabt, seinen Fehler zu bemerken und das Unglück zu verhindern. Denn nach seinem unwahrscheinlichen Missgeschick mit dem Sondersignal Zs1 gab es noch eine weitere narrensichere Gelegenheit, die Katastrophe abzuwenden. Bereits zwei Minuten später würde der Bad Aiblinger Zug (05) an der Haltestelle Kurpark wieder anhalten. Dahinter befand sich ein sogenanntes Blocksignal, das automatisch sicherstellt, dass der nächste Streckenabschnitt (»Block«)

nicht von zwei Zügen gleichzeitig befahren werden kann (Sbk 313). Da sich nun der entgegenkommende Zug aus Kolbermoor auf der Strecke befand, muss dieses Signal auf Halt gestanden haben. Aber das Unglaubliche ist, dass *nun auch dieses Haltesignal durch ein Sondersignal überbrückt wurde* (Panne Nr. 3). Für den Fahrdienstleiter hieß das: Sondersignal Zs1 stellen, Zählwerk ablesen und Zählerstand sowie Grund der Hilfshandlung in den »Nachweis der Zählwerke« eintragen und unterschreiben. Das ergibt sich ebenfalls aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage von Bündnis 90/Die Grünen (siehe unten). Dort heißt

es nämlich wörtlich: »Am 9. Februar 2016 wurden Ersatzsignale für die Vorbeifahrt des Zuges 79505 an dem Halt zeigenden Ausfahrtsignal in Bad Aibling *und dem Halt zeigenden Blocksignal 313 bedient*« (Quelle siehe unten; Kursivsetzung G.W.). Unfassbar! Und das alles soll der Fahrdienstleiter wirklich getan haben?

Notruf ins Leere

Dabei war das noch immer nicht alles. Schließlich gab es da noch eine allerletzte Chance, die Züge zu stoppen.

Nämlich den Bahnfunk GSM-R, eine Variante des gängigen Mobilfunksystems GSM. So kam heraus, dass, als der Fahrdienstleiter die sich anbahnende Katastrophe bemerkte, er versucht haben soll, die Züge per Mobilfunk (GSM-R) zu erreichen. Das aber habe nicht geklappt: »Der Fahrdienstleiter, der durch einen Fehler das Zugunglück mit elf Todesopfern [letztendlich zwölf; G.W.] verursacht haben soll, hatte nach Angaben der Staatsanwaltschaft noch einen Notruf an die Lokführer abgesetzt. Dieser sei aber ins Leere gegangen«, schrieb die *Welt* vom 9. Februar 2016 (online). Womit wir bei Panne Nr. 4 wären. Laut *Stuttgarter Zeitung* vom 18.

Februar 2016 soll das Mobilfunknetz der Bahn (GSM-R) zahlreiche »Funklöcher« aufweisen, in denen kein Funkverkehr mit den Lokführern möglich sein soll – unter anderem auch auf einer Länge von 400 Metern bei Kolbermoor.

Das geheimnisvolle »Funkloch«

Als das Bayerische Landeskriminalamt Ende Februar 2016 Messungen an der Strecke vornahm, war das Funkloch jedoch verschwunden. Natürlich könnte die Bahn inzwischen einen Füllsender

installiert (oder eingeschaltet) haben. Denn was in der gesamten Diskussion unterschlagen wurde: Gäbe es den unglücklichen Fahrdienstleiter nicht, trüge niemand anderer als die Deutsche Bahn die Verantwortung für die Katastrophe: Gleisanlagen, Signale, Stellwerke und Funk sind Einrichtungen der Bahn – und vermutlich kann die Bahn einen GSM-R-Sender auch ein- und ausschalten, wie sie will. Stattdessen präsentierte man nun den Fahrdienstleiter als Schuldigen. Der soll nämlich nach all den oben geschilderten Fehlhandlungen auch noch die falschen Knöpfe an seinem Mobilfunkgerät gedrückt haben, sodass der erste Notruf

nicht und der zweite zu spät bei den Lokführern eingegangen sei (Panne Nr. 4). Es gibt jedoch auch noch andere Möglichkeiten – zum Beispiel eben fehlende oder ausgefallene GSM-R-Sender der Bahn. Des Weiteren existiert ausgerechnet in Bad Aibling ein regelrechtes Nest von dubiosen Funkexperten. Hier wimmelt es nur so von Geheimdiensten, die sich den lieben langen Tag mit nichts anderem als Funkverbindungen befassen. Nur etwa sechs Kilometer Luftlinie vom Unglücksort entfernt befindet sich die ehemalige Bad-Aibling-Station des US-Militärs, wo schon seit Jahrzehnten Funkverbindungen abgehört werden. Auf

Luft- oder Satellitenbildern sehen die Kuppeln der elektronischen Schnüffeleinrichtung wie große Champignons aus. Später wurde die Anlage dem BND übergeben, also dem Bundesnachrichtendienst, der sie weiter betreibt und dabei auch weiter kräftig mit den US-Geheimdiensten zusammenarbeitet. Einen Störsender für den GSM-R-Mobilfunk zu bauen und/oder einzusetzen wäre für diese Fachleute die leichteste Übung gewesen. Und vom BND zur Bundesregierung wäre der Draht ebenfalls sehr kurz gewesen. Genauso wie von der Bundesregierung zur Deutschen Bahn. Wobei das natürlich Spekulationen sind:

Beweise für einen Eingriff des BND und/oder der Deutschen Bahn gibt es keine, und es soll hier auch niemand beschuldigt werden. Allerdings liegt es durchaus im öffentlichen Interesse, diese Verhältnisse zu beschreiben und zu beobachten und sich über derartige bedeutende Sicherheitsprobleme ein paar Gedanken zu machen.

Fassen wir die unwahrscheinlichen Pannen beim Zugunglück von Bad Aibling also noch einmal zusammen:

1. Panne Nr. 1: Bei einem Blick in den Fahrplan sei der Fahrdienstleiter in der Spalte verrutscht und habe daher

angenommen, dass sich die Züge in Bad Aibling, also »vor seiner Nase«, begegnen würden. Daher habe er den Zug in Kolbermoor losfahren lassen.

2. Panne Nr. 2: Nach Freigabe der eingleisigen Strecke für Zug 06 in Kolbermoor wird nur etwa 40 Sekunden später der Gegenzug 05 in Bad Aibling per Sondersignal Zs1 auf die Strecke geschickt – obwohl der Fahrdienstleister annimmt, dass sich die Züge in Bad Aibling treffen sollen.
3. Panne Nr. 3: Etwa zwei Minuten später wird der Zug 05 auch in Bad Aibling Kurpark abgefertigt –

wieder per Sondersignal.

4. Panne Nr. 4: Fehlende Mobilfunkverbindung zu den Lokführern.

Luftnummer statt Sensation

Falls Sie mich fragen: An dieser Stelle »steige ich aus«. Nicht aus dem Zug, sondern aus diesem ganzen bizarren Ablauf. Derartig zahlreiche und unwahrscheinliche Fehlleistungen und Zufälle sind mir denn doch zu viel. Was Staatsanwaltschaft und Medien als große

Sensation verkauften, nämlich dass sich der Fahrdienstleiter mit einem Online-Spiel beschäftigte, ist eigentlich gar keine. Denn insbesondere an extrem langweiligen Dorfbahnhöfen wie diesen lesen Fahrdienstleiter wahrscheinlich häufig Bücher, Zeitungen oder surfen im Internet. Schon morgens fahren die Züge in Bad Aibling nur im Halbstundentakt, am Vormittag im Stundentakt. Da der Gegenzug etwa gleichzeitig fährt, sind die beiden Bahnen für den Fahrdienstleiter in wenigen Minuten abgearbeitet. Glaubt wirklich jemand, dass er nun eine halbe oder sogar eine ganze Stunde nur auf seine Zimmerpflanze starrt? Und selbst dann

würde er wahrscheinlich in Tagträume abdriften oder noch schlimmer: einschlafen. Speziell am frühen Morgen. Die große Sensation der Ermittler und der Medien ist daher nur eine Luftnummer. Dass gelangweilte Fahrdienstleiter lesen oder im Internet surfen, dürfte in vielen kleinen Stellwerken normal sein – selbst wenn es gegen Vorschriften verstoßen würde. Werfen Sie nur einmal einen Blick auf die Abbildung auf Seite 46 oben. Mit Alltagsbegriffen wie »Schusseligkeit« oder »Ablenkung« kommt man hier also nicht weiter, denn sonst würde es ja sehr viel mehr Zugunglücke geben. Denn anders als bei »Verwirrung«,

»Konfusion« oder »Irrtümern« zu erwarten, sind bei dem Zugunglück von Bad Aibling eigentlich keine konfusen, sondern zielgerichtete Handlungen erkennbar. So passen alle Handlungen und »Pannen« zusammen – und zwar so, dass die beiden Züge an der »optimalen (unübersichtlichen) Stelle« der Strecke unausweichlich mit hoher Geschwindigkeit zusammenstoßen mussten. Schließlich hätte die Begegnung auf der eingleisigen Strecke vielleicht auch woanders erfolgen können – etwa auf einer Geradeausstrecke und nicht in einer unübersichtlichen Kurve. Selbst der Notruf kam nicht durch. Es fällt also

schwer, dieses Ereignis nicht als das Ergebnis eines genau ausgeklügelten Plans zu begreifen: entweder des Fahrdienstleiters, was wohl auszuschließen ist, oder irgendeiner anderen Kraft, die schlicht die Signale oder das Stellwerk manipuliert hat.

Zwei Sondersignale hintereinander

So wurde dem aus Bad Aibling kommenden Zug gleich zwei Mal ein Sondersignal gegeben, das ihm erlaubte, das jeweilige Haltesignal zu überfahren.

Zum Beispiel müsste der Fahrdienstleiter den Zug 06 etwa 40 Sekunden nach der Abfahrt des Gegenzuges 05 in Kolbermoor per Sondersignal auf die Strecke geschickt haben. Kaum denkbar. Genau deshalb kamen an der Schuld des Fahrdienstleiters denn auch »wieder Zweifel auf«, schrieb das Nachrichtenportal *web.de* am 11. Februar 2016. »Denn einerseits hätte der Fahrdienstleiter gleich mehrere Sicherheitssysteme bewusst außer Kraft setzen müssen, zum anderen hätten diese Maßnahmen von den Lokführern im Führerstand teilweise bestätigt werden müssen.« Und zwar durch manuelle

Überbrückung der automatischen Bremsen. Des Weiteren hätte der Mann das alles in das »Verzeichnis der Zählwerke« eintragen und unterschreiben müssen. »Viele Fragen bleiben bislang also weiter unbeantwortet.« Wie wahr. Befriedigen kann diese Erklärung nämlich nicht. Die Staatsanwaltschaft hatte ihre Antwort zwar gegeben: Der Fahrdienstleiter war selbst schuld an dem Geschehen. Er hatte ein Online-Spiel gespielt und damit eine Pflichtverletzung begangen. Aber eine Kausalkette, die belegen würde, wann ihn das Online-Spiel von welcher Handlung oder Wahrnehmung abgelenkt haben soll, blieb der Staatsanwalt erst

einmal schuldig. Genauso eine Erklärung, wie das Online-Spiel den Mann zu mehreren falschen Handlungen verleitet haben soll. Von dem wichtigsten Beweis, dem Zählwerkverzeichnis, war zunächst überhaupt nicht die Rede. Außerdem handelte es sich ja nur um die Behauptungen von Ermittlern. Reden konnte sonst kaum jemand mit dem Fahrdienstleiter, denn dieser wurde sofort nach dem Unfall »an einem sicheren Ort untergebracht« und sorgsam von der Öffentlichkeit abgeschirmt (*merkur.de*, 19.2.2016).

»Was läuft schief im Zugunglücksfall?«

Im April 2016 wurde er gar in U-Haft genommen. Die Frage ist nur: Warum? Warum wurde der Mann Mitte April 2016 plötzlich in die »Obhut des Staates genommen« und weggesperrt? Im Februar waren sich noch alle einig gewesen, dass dies nicht infrage komme, denn dafür fehlten schlicht die für U-Haft nötigen Haftgründe: Wiederholungsgefahr, Verdunkelungsgefahr und Fluchtgefahr. Durch seine Suspendierung kamen die beiden ersten Haftgründe ohnehin nicht

infrage. Und aufgrund der maximal zu erwartenden Strafe von fünf Jahren sowie seiner Familie und seines festen Wohnsitzes war auch von Fluchtgefahr nicht auszugehen. Schließlich hätte er ja auch schon in den zwei Monaten zwischen Februar und April 2016 verschwinden können. Rechtsexperten zeigten sich denn auch erstaunt über die plötzlich verhängte Untersuchungshaft: »Ich kenne die Akten nicht, aber bei allgemeiner Betrachtung des Falles verstehe ich nicht, warum er in U-Haft genommen wurde«, sagte zum Beispiel der Rosenheimer Rechtsanwalt und Strafrechtsexperte Dr. Marc Herzog dem Nachrichtenportal *mangfall24*. Denn

neben dem dringenden Tatverdacht braucht man dazu auch »einen Haftgrund, wie zum Beispiel Flucht- oder Verdunklungsgefahr, die hier höchstwahrscheinlich nicht besteht. Meines Erachtens ist die Untersuchungshaft schlichtweg falsch« (13.4.2016). Auch auf der Jura-Website *lawblog* zeigte man sich erstaunt, dass die Staatsanwaltschaft in ihrer Pressemitteilung zur Verhaftung des Fahrdienstleiters »kein Wort zum Haftgrund« verloren hatte: »Die Pressemitteilung der Staatsanwaltschaft Traunstein wirft allerdings Fragen auf. Im günstigsten Fall macht bei der Behörde jemand die Pressearbeit, der

sein Handwerk nicht versteht und der deshalb der Öffentlichkeit wesentliche Informationen vorenthält. Oder es läuft juristisch gründlich was schief im Zugunfallsfall« (13.4.2016).

Unheimliche U-Haft

Interessant, nicht wahr? Warum wollte man den Mann denn nun eigentlich unbedingt wegsperren? Oder wollte man ihn im Gefängnis nur mal so richtig in die Mangel nehmen? Denn Untersuchungshaft ist in der Regel Einzelhaft. Ein Grund für die Isolation

sei »das Interesse der Ermittlungsbehörden, aus dir etwas herauszubekommen«, heißt es in einem Gefangenenratgeber: »So kann es passieren, dass sie nun die Zeit für sich arbeiten lassen – mithilfe andauernder Isolation ... Stelle dich darauf ein, dass sie dich vielleicht öfter besuchen werden. Es kommt dabei vor, dass du von einem Beamten mit den Worten aus deiner Zelle geholt wirst: ›Besuch für Sie‹ oder ›Ihr Anwalt möchte Sie sprechen‹. In der Besuchszelle erwartet dich dann ein grinsender LKA-Beamter zum Verhör. ... Nach wochenlanger Isolationshaft ist dein Bedürfnis, mit jemandem zu reden, so stark und deine

Selbstkontrolle oft so schwach, dass du vorher nicht einschätzen kannst, wie so ein ›Gespräch‹ enden wird – und damit zu arbeiten ist die stärkste Waffe der Verhörspezialisten ... Wenn sie nur einmal das Gefühl bekommen, du könntest umfallen, dann lassen sie nicht mehr locker. Deshalb glaube nicht, wenn du ihnen irgendwas erzählst, dass du dann deine Ruhe haben wirst. Im Gegenteil. Dann geht es erst richtig los ...« Und: »Je wichtiger du ihnen bist, desto hartnäckiger werden sie sein« (*fsi.spline.de*). Ein Sündenbock für eine Zugkatastrophe mit zwölf Toten und 89 Verletzten ist nun einmal enorm wichtig.

Nicht an der Wahrheit interessiert?

»Mit der zynischen, scheinheiligen Begründung, dich vor ›Selbstmord‹ bewahren zu wollen, versuchen sie manchmal zusätzlich, dich durch nächtliche Zellenbeleuchtung und häufiges nächtliches Wecken müdezumachen.« Aber: »Die Hartnäckigkeit der Ermittler ist für dich ein Hinweis darauf, dass ihr Belastungsmaterial gegen dich oder die Mitverdächtigen noch sehr dürftig ist.« Das könnte auch für die Verhängung der U-Haft an sich gelten – zum Beispiel, um

den Beschuldigten im Gefängnis »weichzukochen«. »Dass die Isolationshaft ein hervorragendes Mittel ist, Menschen zum Reden zu bringen, haben nicht nur die Ermittler in politischen Strafsachen erkannt: In mehreren U-Haftanstalten – und es ist zu befürchten, dass sich dies allgemein durchsetzen wird – ist daher eine »Eingewöhnungszeit«, das heißt eine generelle Isolationshaft für alle Neuzugänge, eingeführt worden.« Ob die Darstellung vom versagenden und geständigen Fahrdienstleiter richtig ist, würde erst in dem für November 2016 anberaumten Prozess geklärt werden können (siehe unten), wenn überhaupt.

Denn tatsächlich sieht es nicht so aus, als wären die Behörden und die Bahn an der Wahrheit interessiert.

Ein Geständnis, das keines ist

Papperlapapp! Wir haben doch ein Geständnis des Fahrdienstleiters! So hieß es schon am 16. Februar 2016 jedenfalls in *Bild* (online): »Nach *Bild* – Informationen hat Fahrdienstleiter Michael P. (39) in einer zweieinhalbstündigen Vernehmung im Beisein von zwei Rechtsanwälten ein

Geständnis abgelegt.« Wie gut, dass die wenigsten Menschen einen Artikel genau lesen oder über das Gelesene nachdenken. Die entscheidende Hintertür lautete nämlich: »Nach *Bild* – Informationen«. Nach dem Motto: »Tut uns leid, aber *wir* haben das gehört. Von wem dürfen wir nicht sagen. Wenn es falsch sein sollte, können wir auch nichts machen.« Mit anderen Worten hätte man diese Meldung auch genauso gut erfinden können. Des Weiteren wurde nicht gesagt, *was* der Mann überhaupt gestanden haben sollte. Das Publikum glaubte natürlich, er habe gestanden, das Unglück verursacht zu haben. Das stand in dem Artikel aber nicht drin. Im April

2016, etwa zum Zeitpunkt seiner Verhaftung, ging das Spielchen weiter: »Die Ermittler sind sich sicher: Der Fahrdienstleiter, auf dessen Strecke das tödliche Zugunglück von Bad Aibling geschah, war abgelenkt. Und sie haben auch ein Geständnis«, hieß es am 12. April 2016 auf *web.de* und anderen Nachrichtenportalen – und zwar fett gedruckt im Vorspann des Artikels. Erst mehrere Absätze weiter unten konnte man lesen, dass der Mann lediglich gestanden hatte, »am Handy gespielt zu haben«. Ach so: Das war das Geständnis! »Er bestritt aber, hierdurch abgelenkt worden zu sein.« Mit anderen Worten hatte der Mann also auch im

April 2016 *kein* Geständnis abgelegt!
Demnach hatte er nämlich *nicht*
gestanden,

- durch das Handyspiel abgelenkt worden zu sein,
- die Sondersignale gestellt zu haben,
- an der Katastrophe schuld zu sein.

Denn davon stand hier nichts.
Erstaunlich, nicht wahr? Aber alles
andere wäre ja auch merkwürdig
gewesen, denn im Falle eines
Geständnisses hätte es schließlich die
Untersuchungshaft nicht mehr gebraucht.

Attentat oder Vorsatz?

Schließlich gäbe es ja noch eine dritte mögliche Ursache für die Zugkatastrophe, nämlich dass es sich um einen Anschlag gehandelt hatte. Am 18. Februar 2016, neun Tage nach dem Desaster, erklärte die CSU-Abgeordnete Christine Haderthauer Folgendes: »Als ich von diesem Unglück erfahren habe, habe ich persönlich gedacht: Okay, das war entweder ein Attentat oder es war ein vorsätzliches Handeln. Allein, dass Fahrlässigkeit genügt, um letztendlich alles, was wir an Sicherheitssystemen haben, außer Kraft zu setzen, das hat

mich ins Mark erschrocken.«
Haderthauers Äußerung wurde ganz schnell unter den Teppich gekehrt. Dabei war sie aber nicht die einzige hochrangige Persönlichkeit, die einen vorsätzlichen »Eingriff in den Bahnverkehr« ins Spiel brachte. Die zweite war ein ausgewiesener Bahnexperte, nämlich der Ingenieur Karl-Dieter Bodack, der in den Jahren von 1970 bis 1995 in Führungspositionen der Deutschen Bahn tätig war. Einem Bericht der *Huffington Post* vom 9. Februar 2016 zufolge hielt auch er »eine bewusste Handlung mit krimineller Absicht für möglich« – allerdings nur als eine von mehreren

Möglichkeiten.

Nachrichten von einem CSU-Insider

Ende Februar 2016 erhielt ich schließlich über einen Mittelsmann vertrauliche Informationen von einem CSU-Insider. In einer langen E-Mail gab der Mittelsmann die Meinung des CSU-Mannes zu dem Zugunfall von Bad Aibling wieder. Den Wortlaut und die Wortwahl kann ich hier leider nicht zitieren, um Rückschlüsse auf den Absender unmöglich zu machen. Aber

diesen Informationen zufolge war der Unfall kein Unfall, sondern ein Schuss vor den Bug der CSU, um sie in Sachen Flüchtlingskrise wieder auf Kurs zu bringen. Und wie wir oben gesehen haben, behob das Zugunglück ja gleich mehrere schwerwiegende politische Probleme: Es konterkarierte und übertönte Seehofers »Unrechtsäußerung« in der Berichterstattung, und es führte zur Absage des Politischen Aschermittwochs. Kurz: Die sich anbahnende Regierungskrise trat in den Hintergrund, und die Regierung war erst einmal gerettet.

Hacker-Angriff ausgeschlossen?

Nun wäre da natürlich noch die Frage nach dem Wie: Wie sollte man so etwas technisch bewerkstelligt haben? Bei dem elektromagnetischen

Drucktastenstellwerk vom Typ Siemens SpDrS60, wie es in Bad Aibling verbaut ist, gibt es schließlich keine digitalen Angriffsmöglichkeiten von außen.

»Einen Hacker-Angriff schließe ich aus«, erklärte mir denn auch der Informatikprofessor Stefan

Katzenbeisser: »In Bad Aibling steht ein SpDrS60, also ein Relaisstellwerk (>60<

steht übrigens für das Jahr der Konzeption des Stellwerks). Dort gibt es schlichtweg keine Rechner, die man angreifen kann.« So weit, so gut. Aber schon anders sähe es aus, wenn jemand physischen Zugriff auf das Stellwerk gehabt haben sollte. Tatsächlich gab es diesen Zugriff. Ausgerechnet am Tag vor der Zugkatastrophe, also ganz kurzfristig, war das Stellwerk in Bad Aibling einer »Inspektion« unterzogen worden, die von 9.10 Uhr bis 15.36 Uhr dauerte (8. Februar 2016). Und das am Rosenmontag. So steht es jedenfalls in der vorhin zitierten Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage von Bündnis 90/Die Grünen: »Nach den

Eintragungen im Störungs- und Arbeitsbuch fand am Vortag des Unfalls eine Inspektion am Stelltisch und an der Innenanlage in Bad Aibling statt.« Und: »Da anschließend wieder ein regulärer Zugbetrieb erfolgte«, könne hieraus aber »kein Zusammenhang mit der Notwendigkeit von Ersatzhandlungen [also dem Stellen der Sondersignale durch wen auch immer] am Folgetag hergestellt werden«, meinte die Bundesregierung (Deutscher Bundestag, Drucksache 18/8055, 18. Wahlperiode, 8.4.2016). Eine technisch höchst naive Argumentation: Nur weil anschließend alles wieder normal funktionierte, soll es dabei nicht zu Beschädigungen oder

gar Manipulationen gekommen sein? Haben die Zuständigen noch nie etwas von einem Funkrelais gehört? Oder ganz allgemein von einer funkferngesteuerten Schaltung? Ohne hier jemanden beschuldigen zu wollen: So etwas in einen Stellwerkstisch einzubauen, wäre für Fachleute (rein theoretisch) nicht schwierig. Zeit genug hätten sie ja wohl gehabt.

In der Welt der Deutschen Bahn

Allerdings sei auch »bei den im

Zusammenhang mit der Unfalluntersuchung durchgeführten Prüfungen ... keine technische Auffälligkeit an der Stellwerksanlage festgestellt« worden, erklärte die Bundesregierung. Die Frage ist nur: Was heißt »an der Stellwerksanlage«? Wurde sie nach der Zugkatastrophe also nur von außen inspiziert? Hat man sie auch einmal aufgeschraubt, um ins Innere zu sehen? Oder hat man nur ihre Funktionen getestet? Nun ist die Bundesregierung in diesem Fall alles andere als neutral, denn die Deutsche Bahn gehört nun einmal dem Bund, und im Vorstand sitzen auch enge Vertraute von Bundeskanzlerin Merkel. Des Weiteren hilft die

Bundesregierung bei den Ermittlungen, und zwar in Gestalt der Eisenbahn-Unfalluntersuchungsstelle des Bundes. De facto beteiligt sich also eine Partei an den Untersuchungen des Unglücks. Denn während die Öffentlichkeit ausschließlich auf den Fahrdienstleiter gehetzt wurde, spielte sich die Katastrophe in Wirklichkeit in der Welt der Deutschen Bahn ab: Alle wichtigen Anlagen gehörten ihr oder wurden von ihr betrieben, vom Stellwerkstisch bis zum Mobilfunk. Und auch der Fahrdienstleiter war ein Beschäftigter dieses Staatsunternehmens. Es verwundert daher, dass neben dem Fahrdienstleiter nicht auch gegen

verantwortliche Manager des Konzerns ermittelt wurde. Dessen Eigentümerin, die Bundesregierung, wirkte bei der Untersuchung auch noch mit und war es darüber hinaus, die an erster Stelle von dieser bayerischen Katastrophe profitierte, die Horst Seehofers politische Strategie zerstörte. Neben der Zugkatastrophe wurde ausgerechnet Bayern, das angeblich sicherste aller Bundesländer, 2016 noch von zahlreichen weiteren Katastrophen und Anschlägen heimgesucht, zum Beispiel:

- **10. Mai 2016:** Messerattacke auf dem Bahnhof Grafing bei München (also Bahngelände), drei Verletzte,

ein Toter (siehe S. 130ff.)

- **18. Juli 2016:** Axtattacke auf Reisende in einer Regionalbahn (also auf Bahnanlagen) von Treuchtlingen nach Würzburg. Fünf Schwerverletzte, ein Toter (Täter von der Polizei erschossen)
- **22. Juli 2016:** Amoklauf in München, zehn Tote, einschließlich Täter
- **24. Juli 2016:** Bombenexplosion auf einem Festivalgelände in Ansbach, 15 Verletzte, ein Toter (der angebliche Täter)

Schuldspruch im Ausschlussverfahren

Alles in allem kann man feststellen, dass die Zugkatastrophe de facto quasi »im tiefsten Schoß des Bundes« stattgefunden hatte. Aber das ist, wie gesagt, nur eine Beobachtung: Ob und wer in der Sache wirklich die Fäden gezogen hatte, muss an dieser Stelle offenbleiben. Die Erklärung, »der Fahrdienstleiter hat am Handy gedaddelt und dabei Mist gebaut«, erscheint jedenfalls als allzu bequeme Version. Dieser Eindruck konnte auch durch den Prozess, der am 10. November 2016 begann, nicht

beseitigt werden. Im Gegenteil. Auch hier entstand der Verdacht der gezielten Entlastung der Deutschen Bahn zuungunsten des Angeklagten. Als Ermittlungsergebnis stand in der Anklageschrift ein 1a-Freispruch für die Deutsche Bahn: »Der Unfall ist ausschließlich auf die pflichtwidrige Handlungsweise des Angeschuldigten zurückzuführen. Die Überprüfung des gesamten Systems ergab keinen Hinweis auf eine anderweitige Ursache.« Nach dem Motto: Nachdem alles andere in Ordnung war, kann es ja nur der Angeklagte gewesen sein – Schuldspruch im Ausschlussverfahren.

Wesentliche Fragen nicht geklärt

Selbst nachdem der Angeklagte vor Gericht ein wie auch immer geartetes »Geständnis« abgelegt hatte, war der Vorgang noch immer nicht restlos geklärt. Anders, als die Öffentlichkeit glaubt, reicht ein Geständnis für sich genommen nicht unbedingt aus, denn der Angeklagte könnte ja sonst etwas behaupten, zum Beispiel, um jemand anderen zu decken. Ein entscheidendes Problem war die immer noch fehlende Kausalkette zwischen dem Handyspiel und den Irrtümern des Fahrdienstleiters.

»Ob die Ablenkung zu dem Zusammenstoß führte, ist noch unklar«, hieß es am 10. November in den *Tagesthemen*. Insbesondere die Frage des Handyspiels und die Frage der Ablenkung seien »bislang nicht geklärt«, sagte dort sogar ein Anwalt der Nebenklage. Denn: Wie sich bei einem Vergleich des Spielprotokolls und des Geschehens auf der Strecke herausgestellt hatte, hatte der Angeklagte zum Zeitpunkt seiner angeblichen Irrtümer und Fehlhandlungen eben *nicht* am Handy gespielt. Vielmehr hatte er das Spiel bereits beendet.

Laut Anklageschrift endete die Online-Spielesitzung um 6.40 Uhr und

47 Sekunden, also sieben Minuten vor der Katastrophe und drei Minuten, bevor der Angeklagte den Zug 05 per Sondersignal aus Bad Aibling hinausfahren ließ: »In welchem Umfang der Angeschuldigte auf seinem Smartphone nach 6:40:47 Uhr weitere Aktionen in Menüs ausgeführt hatte, konnte bisher nicht festgestellt werden.« Die Ausführungen zum Verlassen des Bahnhofs Bad Aibling sind besonders interessant: »Um 6.43 Uhr gab der Angeschuldigte durch Betätigung des Sondersignals Zs1 dem Zug 79505 freie Fahrt aus dem Bahnhof Bad Aibling in Richtung Kolbermoor. Das normale grüne Signal konnte er nicht setzen, da

er, was ihm zu diesem Zeitpunkt nicht bewusst war, dem Zug aus Richtung Kolbermoor bereits eine Fahrstraße in die Gegenrichtung gesetzt hatte.« Für eine Anklageschrift ist das ein ziemlich unglaublicher Unsinn – denn gerade das Sondersignal musste ihn ja daran erinnern, dass er dem anderen Zug bereits eine Fahrstraße eingeräumt hatte (grünes Signal), sonst wäre das Sondersignal gar nicht nötig gewesen. Als Nächstes machte der Zug 05 noch Zwischenstation in Bad Aibling Kurpark. Auch dort soll P. unverständlicherweise per Sondersignal die Genehmigung zur Weiterfahrt gegeben haben. Aber ob wirklich er

dafür verantwortlich war, bleibt fraglich, denn der entscheidende Beweis dafür fehlt: der zwingend vorgeschriebene Eintrag im »Nachweis der Zählwerke« (siehe oben). Warum der als äußerst zuverlässig geltende Mitarbeiter den Eintrag nicht vorgenommen haben soll, bleibt rätselhaft. Oder wurden die Sondersignale doch nicht von ihm, sondern auf anderem Wege gegeben? Unmittelbar danach hätte der Fahrdienstleiter jedenfalls keinen Grund gehabt, diese Maßnahmen zu verschweigen. Der Unfall geschah ja erst um 6.47 Uhr. Erst nach dem Unglück soll P. die Einträge doch noch

vorgenommen haben – auf Anweisung eines Vorgesetzten.

Kooperation oder Knast?

Kurz und gut: Mit der Version des durch ein Handyspiel verwirrten Fahrdienstleiters ist irgendetwas ganz und gar nicht in Ordnung. Vielmehr roch alles nach einem »Deal«. In der Regel bekommt ein Angeklagter dabei umso mehr Strafrabatt, je mehr er gesteht und je mehr Reue er zeigt. Ob das Geständnis der Wahrheit entspricht,

spielt dabei eine untergeordnete Rolle – Hauptsache, alle Seiten können mit dem Ergebnis leben:

- ein sicherer Verurteilter für die Staatsanwaltschaft,
- ein einfaches Verfahren für alle Beteiligten (auch die Verteidigung),
- ein sicheres und mildes Urteil für den Angeklagten,
- eine Erklärung für die Öffentlichkeit.

Zwar barg eine engagierte Verteidigung auch die Möglichkeit eines Freispruchs oder einer Bewährungsstrafe für den Angeklagten – aber eben nur die

Möglichkeit. Genauso gut könnte das Gericht sein Leugnen auch als Uneinsichtigkeit und mangelnde Reue werten und die Strafe im Falle eines Urteils verschärfen. Im Prinzip kann das auf eine implizite Erpressung hinauslaufen: Entweder du gibst alles zu, oder du wanderst für viele Jahre in den Knast. Interessanterweise wurde der Fahrdienstleiter von der Deutschen Bahn laut Medien nicht einmal gefeuert, nachdem er quasi zwölf Menschen umgebracht und 89 verletzt haben soll. Stattdessen einigte man sich auf eine »eilvernehmliche Beendigung« des Arbeitsverhältnisses zum 31. Januar 2016 (laut *Süddeutsche Zeitung*, online,

10.11.2016). So etwas geschieht eigentlich nur, wenn der Arbeitgeber für eine Kündigung nicht genügend in der Hand hat. Deshalb ist damit normalerweise auch Geld verbunden, nämlich eine Abfindung. Beweise für solche Deals gibt es naturgemäß nicht, denn die wichtigste Bedingung solcher Kuhhandel ist nun einmal absolute Verschwiegenheit.

Am 5. Dezember 2016 wurde der Fahrdienstleiter Michael P. wegen fahrlässiger Tötung und Körperverletzung zu dreieinhalb Jahren Haft verurteilt. Ob das Urteil rechtskräftig werden würde, stand bei Redaktionsschluss noch nicht fest.

Interessant war aber das implizite Eingeständnis des Richters, bei dem Tatablauf immer noch nicht durchzublicken. Laut Urteilsbegründung blieben die Fehlleistungen des Fahrdienstleiters »unerklärliche, unverständliche Denkfehler« für ihn, »gerade angesichts der über 20 Jahre langen Berufserfahrung des Fahrdienstleiters«, so die Website von n-tv. Erstaunlich nur, wie der Richter gleichzeitig feststellen

konnte, der Angeklagte habe »seine ganze Konzentration auf das Spiel auf dem Smartphone verwendet«. Denn genau das ist falsch. Zum Zeitpunkt seiner Fehlleistungen hatte er das

Handyspiel längst beendet, so wie andere Fahrdienstleiter die Zeitung beiseitelegen ...

11. Februar

Gravitationswellen: Ist das Forschung, oder kann das weg?

Hui – alles so schön bunt hier! Am 11. Februar sehe ich plötzlich nur noch bunte Kreise vor den Augen. Und farbige Wellen. Aber nicht, weil ich mir mal wieder zu viele Magic Mushrooms gekocht hätte. Das wäre schließlich auch gar nicht nötig. Halluzinationen, Visionen und Trugbilder sieht man heute täglich – und zwar im Fernsehen. Wer

sich komplett aus der Realität wegbeamten will, macht am besten die Glotze an. Denn das ist schließlich (neben Computerspielen) die schädlichste Droge des Planeten. Daher waren die Bilder auch nicht real, sondern nur Grafiken und Animationen. Es war ja auch zu schön, um wahr zu sein: Da hatte doch Albert Einstein vor exakt 100 Jahren vorausgesagt beziehungsweise postuliert, dass es so etwas wie Gravitationswellen geben müsse, also Schwerkraftwellen. Schon 1916 hatte er behauptet, dass sich der Raum im Sinne einer Welle dehnen und stauchen könne, so ähnlich wie ein Regenwurm oder eine Raupe. Wenn sich

nur genügend große Objekte im Raum bewegen würden, wie etwa Sterne und Schwarze Löcher, dann könnten diese wie große Wale im Wasser »Gravitationswellen« verursachen – also dass der Raum um uns herum sozusagen »schwappt«. Nunmehr, exakt 100 Jahre später, am 11. Februar 2016, gab die globale Wissenschaftlergemeinschaft bekannt, dass Einstein recht behalten hatte. Besser hätte man ihn gar nicht feiern können. Aber ein Zufall war das nicht. Offenbar wurde die Bekanntgabe genau auf das 100. Jubiläum von Einsteins Theorie getimed. Denn das Laser-Interferometer-Gravitationswellen-Observatorium,

LIGO, in Hanford, Washington, wollte die Schwerkraftwellen schon am 14. September 2015 entdeckt haben. Im Fall der nun nachgewiesenen Gravitationswellen sollen sich irgendwo im Weltall vor langer Zeit zwei Giganten des Weltraums vereinigt haben, nämlich zwei sogenannte »Schwarze Löcher« von 29 beziehungsweise 36 Sonnenmassen. Dabei habe der Raum derart »geschwappt«, dass sich diese Wellen hätten nachweisen lassen. Die Nachricht ging um die Welt, die internationale Physikergemeinde feierte sich selbst, und fast hätte man Albert Einstein posthum noch einen weiteren Nobelpreis verliehen. »Dies war

wirklich eine wissenschaftliche Mondlandung«, jubelte LIGO-Direktor David Reitze: »Und wir haben es getan – sind auf dem Mond gelandet« (*Scientific American*, online, 12.2.2016).

Und täglich grüßt das Schwarze Loch

Herzlichen Glückwunsch! Aber wer sich mit der Mondlandung auskennt, weiß, dass dies keine gute Nachricht ist. In Wirklichkeit handelte es sich um eine Neuauflage von »täglich grüßt das

Murmeltier«. Wovon nämlich niemand redete: 2011 war das alles schon einmal passiert. Damals wurden die Gravitationswellen mit großem Brimborium schon einmal entdeckt – und zwar am selben Ort. Auch damals herrschte helle Aufregung am besagten Laser Interferometer Gravitation Wave Observatory (LIGO) in Hanford/Washington. Mithilfe der riesigen Messanlage wollten die Forscher eindeutig »das vielsagende zirpende Signal« erkannt haben, »das man von der Verschmelzung von zwei Schwarzen Löchern oder Neutronensternen erwarten würde, und ergriffen sofort ihre Maßnahmen«, hieß

es damals auf der LIGO-Seite. »Das Ereignis passte ausgezeichnet zu dem, was man von einer solchen Verschmelzung erwarten würde ... Je weiter sich die beiden Sterne bis zur Verschmelzung ineinanderdrehten, umso höher wurde das Signal (›Zirpen‹) ... Die Lautstärke passt zu einer Galaxie in einer Entfernung von 60 bis 180 Millionen Lichtjahren.« Die Wahrscheinlichkeit, dass es sich nur um ein Störsignal oder ein »Rauschen« aus den Detektoren handeln könnte, liege unter einem Prozent: »Nach sorgfältiger Analyse kamen die Teams zu dem Schluss, dass ein solcher Zufall nur einmal in 7000 Jahren zu erwarten

wäre – und dass es sich nicht um einen Effekt der Instrumente handelte.« Flugs machten sich die Physiker schon 2011 an die Niederschrift mehrerer wissenschaftlicher Papiere, zum Beispiel über die »Beweise für die direkte Entdeckung von Gravitationswellen aus einer doppelten Koaleszenz« – also dem Verschmelzen zweier Schwarzer Löcher oder Neutronensterne. Ein unabhängiges »Detection Committee« prüfte alles doppelt und dreifach, und schließlich wurde darüber abgestimmt, ob alles zusammen für die Bekanntgabe der ersten Entdeckung von Gravitationswellen ausreichte. »Ja«,

lautete das einstimmige Votum. Na bitte:
Schampus für alle!

Die feine Schwester des Schwindels

Dennoch war alles nur ein Schwindel. Oder wie die Forscher sagen würden: eine »Simulation«. Denn die Simulation ist die feine Schwester des Schwindels. In letzter Minute, kurz bevor die Weltsensation verkündet wurde, gab die LIGO-Leitung 2011 bekannt, dass alles nur eine Übung gewesen sei, eine sogenannte »blind injection«: Ohne das

Wissen der Forscher waren die Daten in das Messsystem »injiziert« worden, und siehe da: Niemand war in der Lage gewesen, die Fälschung zu erkennen (»LIGO: ›Blind Injection‹ Stress-Tests LIGO and VIRGO's Search for Gravitational Waves«, www.ligo.org, ohne Datum). Aus dem Ganzen lässt sich ein Schluss ziehen, und zwar ein ziemlich weitreichender: nämlich dass alle diese High-Tech-Einrichtungen grundsätzlich nicht in der Lage sind, Realität von Illusion zu unterscheiden. Denn genau das sollen sie ja schließlich: Realität entdecken und beschreiben. Realität entdecken heißt jedoch zwingend, sie von Nicht-Realität zu

unterscheiden. Sofern das nicht möglich ist, sind all diese Geräte per definitionem wertlos. Großforschungseinrichtungen wie das LIGO gleichen einem Quecksilberthermometer, das nicht nur von der Umgebungstemperatur, sondern auch von kleinen unsichtbaren Heizdrähten erwärmt werden kann, die unbeobachtet von irgendjemandem eingeschaltet werden können (= blind injection). Was würden Sie mit einem solchen Thermometer tun? Ganz einfach: Natürlich wegwerfen, weil Sie nie wüssten, was das Thermometer nun eigentlich anzeigt – die Umgebungstemperatur oder die

Temperatur der Heizdrähte. Oder nehmen wir zum Beispiel einen Geigerzähler. Um ein solches Gerät zu benutzen, müsste man natürlich sicher wissen, dass er auch wirklich nur bei radioaktiver Strahlung tickt – und nicht etwa bei Sonnenschein oder wenn der Nachbar seine Taschenlampe darauf richtet. Wäre das nicht gewährleistet, könnten wir auf ihn verzichten. Genau das gilt prinzipiell für alle Großforschungseinrichtungen wie LIGO, Virgo oder meinetwegen auch CERN. Da es mit ihrer Hilfe nicht möglich ist, echte von künstlichen Daten zu unterscheiden, können sie alle »weg«.

Ist das Bit nun echt oder nicht?

Und das liegt wiederum an der Natur der Daten: Einem Bit sieht man es nun einmal nicht an, ob es »echt« ist oder nicht – beziehungsweise, ob es einen echten Zustand beschreibt oder nicht. Sobald die Realität digitalisiert und in Bits verwandelt und abgebildet wird, wird sie beliebig austauschbar und manipulierbar. Man denke an Computeranimationen in Hollywood-Filmen, Computerspiele oder neuerdings sogar virtuelle 3-D-Realitäten: Sind diese etwa nicht überzeugend? Und ob.

Aber dennoch sind sie falsch. Ganz kritisch wird es daher, wenn Wissenschaftler eine kleine Kurve auf ihrem Bildschirm bejubeln und behaupten, das seien Gravitationswellen, mysteriöse »Higgs-Teilchen« oder irgendein »Quantenschaum«. Das soll real sein? Genauso gut könnte es sich um Artefakte eines Großrechnersystems handeln, wie sie in allen »Großforschungseinrichtungen« wie LIGO, Virgo oder CERN herumstehen. Wer wollte dafür schon die Hand ins Feuer legen? Tatsächlich wird der Begriff der »Realität« hier entwertet, er verschwimmt: CERN und Co. sind

nichts weiter als
Großillusionseinrichtungen, die dem
Publikum (und auch manchen
Wissenschaftlern) bahnbrechende
Erkenntnisse in einer nicht erfahrbaren
und daher auch nicht nachprüfbaren Welt
vorgaukeln. Denn in der
Relativitätsphysik lautet die Frage ja
längst: Geht es eigentlich um Raum-
oder um Realitätskrümmung?

Wellen oder Seifenblasen

Doch zurück zu unseren

»Gravitationswellen«. Nachdem ihre bahnbrechende Entdeckung der Öffentlichkeit 2011 gerade noch einmal erspart geblieben war, feierten sie drei Jahre später, 2014, Auferstehung. Diesmal wollten Forscher am Südpol plötzlich »wirbelartige Muster« (*Zeit*, online, 2.2.2015) in der »Polarisation der kosmischen Hintergrundstrahlung« beobachtet haben – und zwar mithilfe des BICEP-Teleskops (Background Imaging of Cosmic Extragalactic Polarization). Die erwähnten wirbelartigen Muster, die die Daniel Düsentriebe des Südpols in der kosmischen Hintergrundstrahlung entdeckt haben wollten, sollten

Gravitationswellen aus der Geburtsstunde des Universums gewesen sein, als alles mit einem großen Knall auseinanderflog. »Endlich sollte die Menschheit erfahren können, wie alles begann. Der Fund wurde lautstark verkündet, in den Schlagzeilen aufgegriffen und weltweit als eine der größten wissenschaftlichen Entdeckungen gefeiert« (*Zeit*, ebenda). Sicher doch. Auseinandergeflogen ist jedoch nur die bahnbrechende Entdeckung selbst, denn leider handelte es sich nicht um Wellen, sondern um Blasen – nämlich Seifenblasen. Wenig später, 2015, entlarvte der europäische *Planck* – Satellit die Gravitationswellen

als Phantom – beziehungsweise Einbildung auf höchstem Niveau: »Das gesamte Signal scheint von Staub zu stammen«, schrieb damals *Die Zeit*: »Der vermeintliche Nachweis von Gravitationswellen sei nach Abgleich der Daten ›nicht länger haltbar‹, zitierte das Blatt den Leiter des *Planck* – Teams, Jean-Loup Puget: Der Satellit »*Planck* habe gezeigt, dass die Verunreinigung viel größer sein könnte, als vom *Bicep2* – Team angenommen, und das gemessene Signal deswegen nicht von Gravitationswellen stammt.«

Geld ist das wichtigste Forschungsergebnis

Auch die stolzen Entdecker der Gravitationswellen strichen nun die Segel: »Wir sind auch nur Menschen. Das ist offensichtlich nicht das gewünschte Ergebnis«, so Clement Pryke, *Bicep* – Forscher und Physiker an der Universität von Minnesota. Eine verräterische Formulierung: Gewünschte Ergebnisse darf es in der Wissenschaft eigentlich gar nicht geben. Denn wer sich bestimmte Ergebnisse wünscht, der bekommt sie irgendwann auch. Genauso wie das damit verbundene Geld.

Kommen wir nun also wieder zur nunmehr dritten Entdeckung der Gravitationswellen, die am 11. Februar 2016 verkündet wurde. Wie immer war alles revolutionär, bahnbrechend und einfach umwerfend. Das heißt – warten Sie mal: Auch dieser Fund stammte wieder von den bereits oben erwähnten LIGO-Wissenschaftlern, die schon 2011 einem kompletten Schwindel aufgesessen waren – Pardon: einer Simulation. Nur ein »Geständnis« des Simulationsteams hatte sie und uns damals in allerletzter Sekunde vor dieser epochalen Entdeckung bewahrt. Und diesmal? Alles echt? Nun, wie gesagt, sind Geräte, die die Realität

nicht von einer Simulation unterscheiden können, per definitionem wertlos – und zwar, weil einer solchen Entdeckung jede Beweiskraft fehlt. Die jeweilige Erkenntnis könnte ja ebenso gut von einer Simulation, einem Irrtum oder einem Störeffekt stammen.

Der indische Physikkritiker Ajay Sharma (Buchtitel: *Beyond Einstein and $E=mc^2$* und andere) hatte aber noch einen weiteren Kritikpunkt. Nach eigenen Angaben hatte er am 18. Februar 2016 bei LIGO angefragt, ob das Gravitationswellenexperiment wiederholbar sei. Antwort: Nein, dieses Experiment sei nicht wiederholbar. Sharma: »Das LIGO-Experiment zur

Bestätigung von Gravitationswellen ist nicht wiederholbar, was die Voraussetzung für die Existenz von Wissenschaft ist, damit alle es analysieren können. Anderenfalls wäre es nur eine Bekanntmachung von einigen Leuten ... Wissenschaft bedeutet WIE?, WANN? und WARUM? Wenn jemand behauptet, nachts sei irgendwo ein Geist erschienen, verlangt die Wissenschaft die Wiederholbarkeit. Wenn wir den Geist auch am zweiten und am dritten Tag sehen, ist der Geist wissenschaftlich bestätigt. Oder wir müssen davon ausgehen, dass die jeweilige Person lügt oder dass das Phänomen falsch beobachtet oder interpretiert wurde.«

(Ajay Sharma: Press Release 123,
Online Press Release Distribution,
Facebook, 17.2.2016)

LIGO oder LÜGO?

Die sogenannten LIGO-Observatorien, die 2016 zum zweiten (insgesamt sogar dritten) Mal die Einsteinschen Gravitationswellen entdeckt haben wollten, waren von Anfang an umstritten. Von Beginn an balgten sich verschiedene Forscherteams um das Wie und Wo der Großforschungseinrichtungen. Gebaut

wurden in den USA schließlich zwei dieser Laser-Interferometer-Gravitationswellen-Observatorien: eines in Hanford, Washington, und eines in Livingston, Louisiana. Kostenpunkt: 286 Millionen Dollar. Während manche vor dem großen Aufwand warnten, wischten andere alle Bedenken vom Tisch und drängten auf den Bau: »Es gab keine Garantie, dass diese Instrumente Gravitationswellen finden würden. Tatsächlich sagten viele Wissenschaftler voraus, dass sie nicht funktionieren würden. Und selbst wenn, würde die Entdeckung von Gravitationswellen in keiner Weise den materiellen Interessen der Vereinigten Staaten dienen«,

erinnerte die amerikanische Wissenschaftsseite *ars technica* (23.2.2016). »Nur die Regierung eines großen Landes würde sich einem so spekulativen Unternehmen ohne jeden finanziellen Ertrag verschreiben.« Wobei das vollständig heißen muss: ohne jeden finanziellen Ertrag für den Steuerzahler. Denn die Wissenschaftler, Apparatebauer und Bauunternehmen kassierten in der 40-jährigen Betriebszeit der LIGO-Observatorien insgesamt 1,1 Milliarden Dollar.

Ergebnis: Null komma

nichts

Im Wesentlichen bestehen die Forschungseinrichtungen aus kilometerlangen L-förmigen Tunneln, in denen Hochvakuumlaser die Veränderungen im Raumgefüge messen sollen. Wenn eine Gravitationswelle durch diese Konstruktionen wandert, so die Vorstellung, würde sie die beiden senkrecht aufeinanderstehenden Arme unterschiedlich stark strecken oder stauchen. Das wiederum könnte man durch Phasenverschiebungen des Laserlichts messen. So seien die Observatorien »in der Lage, einen

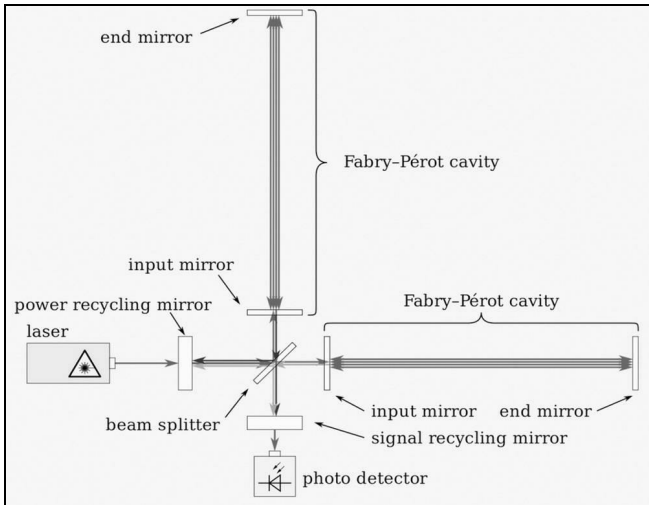
Unterschied in den beiden Armlängen von 10^{-22} zu messen«. Zu Deutsch: 0,00000000000000000000000001. Das heißt: Null Komma nichts. Eine so minimale Schwankung der Abmessungen der beiden kilometerlangen Arme besagt gar nichts und kann natürlich viele Ursachen haben.

Datenmassage vom Feinsten

Zum Beispiel ist die Erde jeder Menge innerer Prozesse unterworfen, wie etwa kleinen bis größeren Erdbeben oder

Kontinentalverschiebungen. Die Empfindlichkeit der Messanlage scheint sogar weit oberhalb der besten Seismometer zu liegen, denn das LIGO kann sogar Windeinflüsse und Vibrationen des Straßenverkehrs messen. Wobei »messen« in diesem Fall dadurch »beeinflusst werden« heißt. Hinzu kommen innere Faktoren wie Temperaturschwankungen in den kilometerlangen Laserröhren, wobei sich die Tunnel jeweils minimal ausdehnen oder zusammenziehen können. Mit anderen Worten »ersäuft« ein solches LIGO regelrecht in Störeffekten, deren Herkunft nicht in jedem Fall aufzuklären ist. Oder, nochmals anders formuliert:

Aufgrund der Empfindlichkeit eines solchen LIGO lässt sich grundsätzlich alles und nichts messen. Daher bedarf es nach der »Messung« auch einer ausführlichen Datenmassage. Die angeblichen Datenanalysten, die sich nach den Messungen über den Datenbrei hermachen, um irgendwo ein Gravitationssignal herauszufischen, sind nur Augenwischerei. In Wirklichkeit können sie jedermann ein X für ein U vormachen, wie die oben erwähnte Simulation von 2011 beweist, der schließlich das gesamte restliche LIGO-Team auf den Leim ging.



©

<https://de.wikipedia.org/wiki/LIGO#/media/File>

Author: Menner, Creative Commons CC0 1.0
Universal Public Domain Dedication

*LIGO: Wandert eine sogenannte
»Gravitationswelle« durch die beiden
Messtunnel, werden diese angeblich*

unterschiedlich stark gedehnt oder gestaucht.

Allerdings brauchen die Hunderte von Wissenschaftlern, die die LIGOs inzwischen ernähren, dringend eine Rechtfertigung für ihr Tun, damit ihnen der US-Kongress nicht die Mittel kürzt. Denn just um dieselbe Zeit tobte dort eine erregte Diskussion um ein neues Gesetz, den Scientific Research in the National Interest Act. Eine Vorschrift, die sicherstellen soll, dass in Zukunft nur noch »national nützliche« Wissenschaft gefördert wird. Vor allem die Republikaner wollen nur noch Forschung finanzieren, die direkt den

nationalen Interessen dient, zum Beispiel der Wirtschaft oder der Verteidigung. Angesichts dessen war es für die Wissenschaftler höchste Eisenbahn, einmal zu zeigen, wie schön Grundlagenforschung, »die der gesamten Menschheit dient«, doch sein kann. So kam die Bekanntgabe der Entdeckung auf den letzten Drücker: Genau einen Tag zuvor war der Scientific Research in the National Interest Act bereits durch das Repräsentantenhaus gewinkt worden. Und exakt am 11. Februar 2016, dem Tag der Bekanntgabe der Entdeckung, kam der Entwurf zur ersten und zweiten Lesung in den Senat. Seitdem hängt das Gesetz wie ein Damoklesschwert über

den Forschern. Notfalls, drohte Präsident Obama, werde er sein Veto dagegen einlegen. Wie auch immer es ausgeht: »Ich bin überzeugt, dass es gar keine Gravitationswellen gibt«, sagte mir ein bekannter Physiker: »Ich habe ernsthafte Zweifel daran, obwohl sie jeder postuliert hat und jeder daran geglaubt hat, aber irgendwann, wenn man 50 Jahre lang sucht, findet man sie dann auch. Das war bei den Neutrinos schon so, bei den Higgs-Teilchen und bei den Quarks auch ..., ich habe doch ernsthafte Zweifel, ob es da mit rechten Dingen zugegangen ist.«

26. Februar

Großbritannien: Wie Premier Blair die Insel mit Migranten fluten wollte

Erinnert sich noch jemand an Tony Blair? Nun ja, mein Gedächtnis hatte auch schon den Mantel des Vergessens über ihn gebreitet: Von 1997 bis 2007 war er Premierminister Großbritanniens. Als solcher fiel er vor allem als »Bushs Pudel« auf, der 2003 hechelnd die

Einsatzbefehle Washingtons für den Irak-Krieg entgegennahm, woraus nicht zuletzt ein Teil jener Migrantenwelle entstand, die uns heute jedes Jahr Hunderttausende von »Flüchtlingen« nach Deutschland und Europa spült. Ganz seiner Meinung war damals Angela Merkel, die den britisch-amerikanischen Einmarsch befürwortete. Die meisten haben das schon vergessen. Bundeskanzler Gerhard Schröders Weigerung, sich an dem Feldzug zu beteiligen, bezeichnete sie am 13. Februar 2003 als »Irrweg«. Am 26. Februar 2016 waren die britischen Zeitungen plötzlich voll mit Schlagzeilen über ihren damaligen Verbündeten Tony

Blair:

- Die *Daily Mail* schrieb zum Beispiel von »Hochstapler Blairs zynischer Verschwörung zur Täuschung der Briten und zur regelwidrigen Einreise von zwei Millionen Migranten« (*Daily Mail*, online, 26.2.2016).
- Der britische *Telegraph* titelte: »Tony Blair der Verschwörung zur Massenimmigration beschuldigt« (online, 27.2.2016).
- Der *Daily Express* berichtete von »Schockierenden Behauptungen: Tony Blair leitete eine Verschwörung zur

Massenimmigration, um die Herrschaft der Labour-Partei zu sichern« (online, 27.2.2016).



©

<https://commons.wikimedia.org/wiki/File:MSC>

Creative Commons Attribution Germany 3.0,
Author: Marc Müller

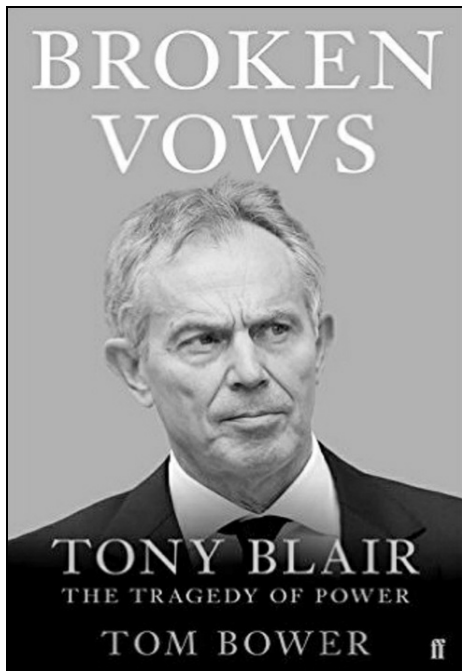
Blair auf der Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik 2014

Eine späte Revolution

Kurz: In unserem Nachbarland Großbritannien schlugen die Wellen plötzlich hoch. Medien und Öffentlichkeit zettelten eine späte Revolution gegen den Ex-Premierminister an, und zwar auch wegen der in Großbritannien grassierenden Migrantenkrisen und der schmutzigen Tricks, mit denen die Zuwanderer ins Land geholt worden

waren. Die Deutschen durften von den Machenschaften von Merkels Bruder im Geiste natürlich nichts erfahren, sonst wären sie womöglich auch noch auf die Barrikaden gegangen. Auf der Website der *heute* – Sendung des ZDF zum Beispiel fand man dazu jedenfalls keinen Treffer. Dabei sind die oben genannten Medien doch die größten Zeitungen im britischen Königreich! Werden diese von deutschen Korrespondenten nicht gelesen, oder warum bekam man hier nichts davon mit? Auch eine Suche auf der Website der *Tagesschau* ergab null Treffer zum Thema (Stand: 7.3.2016). Die Deutschen sollten also wohl lieber nicht erfahren, wie ein enger Kollege

von Angela Merkel eine Verschwörung anzettelte, um sein Land mit Migranten zu »fluten«.



Lügner und Trojanisches Pferd – Tony Blair

Na gut: Dann erzähle ich es Ihnen eben. Grund für die Aufregung war eine neue Blair-Biografie des international bekannten Investigativ-Reporters Tom Bower. Titel: *Gebrochene Versprechen: Tony Blair – Die Tragödie der Macht* (*Broken Vows: Tony Blair – The Tragedy of Power*). Laut der *Daily Mail*, die eine Serie von Vorabdrucken aus dem Werk veröffentlichte, legt das Buch offen, »wie der Premierminister eine stille Verschwörung anführte, um

das Gesicht des Vereinigten Königreichs für immer zu verändern«. Das Buch »enthüllt, wie Blair seine Minister anwies, Zehntausende von Asylbewerbern in das Vereinigte Königreich durchzuwinken«, so die *Daily Mail* (ebenda). Die Kontrolle der Grenzen habe die Blair-Regierung dagegen nicht als ihre Aufgabe angesehen. Das Hauptziel sei gewesen, dem Land die »Vorteile einer multikulturellen Gesellschaft vor Augen zu führen«.

Insider plaudern aus

dem Nähkästchen

Auf der Grundlage von mehr als 200 Interviews mit hohen Staatsbeamten, Ex-Ministern und anderen Insidern zeige das Buch auf, »dass Blair nicht wollte, dass die Öffentlichkeit von seinen wahren Plänen zur Immigration erfährt«. Die brisantesten Enthüllungen betreffen Blairs Immigrationsministerin Barbara Roche, die ganz im Stillen eine Politik zur Veränderung Großbritanniens betrieben habe. Schon bei ihrer Amtseinführung habe sie zu einem hohen Beamten gesagt: »Asylbewerbern sollte es erlaubt werden, in Großbritannien zu

bleiben. Die Abschiebung dauert zu lange und ist emotional zu negativ belastet.« »Es war klar, dass Roche mehr Immigranten in Großbritannien haben wollte«, zitierte die *Daily Mail* auch Stephen Boys Smith, den damaligen Leiter der Immigrationsabteilung im Innenministerium: Die Blair-Ministerin »sah es nicht als ihre Aufgabe an, den Zugang nach Großbritannien zu kontrollieren, sondern vor dem Hintergrund einer umfassenderen Perspektive wollte sie uns den Nutzen einer multikulturellen Gesellschaft beibringen«.

Kein Sachwalter des öffentlichen Interesses

Die wichtigsten Leute der damaligen Blair-Administration seien heute der Meinung, »dass Blair niemals ein geeigneter Sachwalter des öffentlichen Interesses gewesen sei«, schreibt Blair-Biograf Tom Bower. Jeder, der gegen eine ungezügelte Immigration gewesen sei, sei als Rassist gebrandmarkt worden. Einen Plan zur Integration habe es nicht gegeben: »Eine Integrationspolitik existierte nicht«, bestätigte die einflussreiche Migrationsbefürworterin Sarah Spencer:

»Wir haben einfach geglaubt, die Migranten würden sich [von selbst] integrieren.« Betrügerische Asylbewerber seien mithilfe von Arbeitsgenehmigungen als Wirtschaftsmigranten legalisiert worden. Beamte wurden instruiert, die Liste der zugelassenen Asylbewerber zu erweitern, damit zum Beispiel auch Nigerianer und Afghanen Asyl beantragen konnten. Sogar abgewiesene Anwärter seien in den Genuss von Sozialleistungen gekommen, »und die Aussicht auf leicht verdientes Geld verbreitete sich in der ganzen Welt mit der Folge eines steilen Anstiegs der Asylbewerberzahlen«, schreibt Bower.

Woran erinnert einen das bloß?

Einwanderungspolitik totschweigen

»Die Regeln für den Familiennachzug und die Immigration von Studenten wurden dramatisch gelockert«, zitiert ihn die *Daily Mail*. Allein im Jahr 2002 habe Blair auch 150000 Arbeitserlaubnisse genehmigt: »Die meisten Empfänger, einschließlich ungelernter Kräfte, wurden später britische Staatsbürger.« Rein zufällig brach auch das Computersystem in der

Immigrationsbehörde zusammen, zudem wurden dort 1000 Stellen gestrichen. Die Folge war eine mangelnde Kontrolle, wer überhaupt nach Großbritannien kam und aus welchem Grund. Ganz ähnliche »Pannen« passierten 2015 auch in Deutschland. Die zügige Bearbeitung der vielen Hunderttausend Anträge war demnach gar nicht beabsichtigt. Vielmehr sollten die Immigranten offenbar möglichst wenig kontrolliert werden. Während der britischen Öffentlichkeit gegenüber von mehr Abschiebungen gesprochen worden sei, fehlte dafür in Wirklichkeit das Personal. Gegenüber der Bevölkerung sollte die ungezügelte

Einwanderungspolitik totgeschwiegen werden: »Minister wurden von der Downing Street gewarnt, das Thema Einwanderung zu erwähnen.«

Eine Invasion ohne Panzer

Kommt Ihnen das irgendwie bekannt vor? Es kann wohl kein Zufall sein, dass gleich zwei führende europäische Staatsschefs, Tony Blair und Angela Merkel, einen ganz ähnlichen Laissez-faire-Kurs gegenüber Immigranten steuerten beziehungsweise steuern.

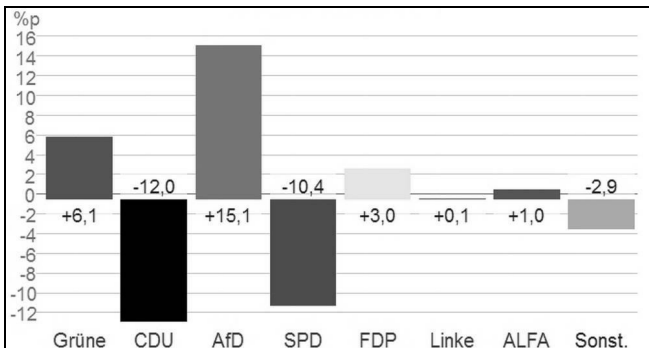
Vollkommen wehrlos gegen die immer neuen »Flüchtlings«wellen zeigten sich aber auch Italien, Griechenland und Schweden. Es besteht wohl kein Zweifel, dass wir es hier mit einem Programm zur Zerstörung der europäischen Gesellschaften zu tun haben, mit einer Invasion ohne Panzer, einer Kapitulation ohne vorherige Gegenwehr und einem Trojanischen Pferd als Premierminister beziehungsweise Kanzlerin. Wobei die Menschen dabei nur als Waffe benutzt werden und ebenso ihre Heimat verlieren wie die Bewohner der Zielstaaten.

Mal eine Frage: Wie steht es

eigentlich um die wirkliche Agenda unserer westlichen Politiker? Zum Beispiel um die Angela Merkels? Oder Tony Blairs? Oder besser gefragt: Wem dienen die Blairs und Merkels dieser Welt eigentlich wirklich? Ihren Völkern ja wohl nicht. Blair produzierte im Irak-Krieg nicht rein zufällig »Flüchtlinge«, sondern er hatte auch schon Pläne, wie er hinterrücks gleich zwei Millionen davon auf einmal nach Großbritannien lotsen könnte. Seinen Spitznamen »Bliar« (von englisch liar = Lügner) trug er schließlich nicht von ungefähr. Ob Muammar al-Gaddafi, Saddam Hussein oder Baschar-al Assad »Krieg gegen das eigene Volk« führten, sei hier einmal

dahingestellt: Tony Blair und Angela Merkel tun dies ganz sicher – ihre Hilfstruppen von der Union, den Linken, den Grünen und der SPD nicht zu vergessen –, und zwar mithilfe der Migrationswaffe. Die Öffnung der Stadttore bescherte schließlich schon Troja den Untergang ...

März 2016



© Screenshot des Autors,

https://de.wikipedia.org/wiki/Landtagswahl_in_W%C3%BCrttemberg_2016

Thema des Monats

*13.3.: Landtagswahlkatastrophe für
Bundeskanzlerin Angela Merkel*

1.3. Der US-Milliardär Donald Trump
siegt bei den Vorwahlen am Super
Tuesday – 2.3. *Gefundene
Trümmerteile wecken Hoffnung auf
Aufklärung des Absturzes von Flug
Malaysian Airlines MH370* – 3.3. EU-
Ratspräsident Donald Tusk warnt
Wirtschaftsflüchtlinge vor Reise nach
Europa – 4.3. Die schweizerische
Nationalbank SNB gibt Rekordverlust in
Höhe von 23,3 Milliarden Franken
bekannt – 10.3. Die Europäische
Zentralbank senkt den Leitzins auf null
Prozent – 13.3. *Bei mehreren
deutschen Landtagswahlen kassiert
Angela Merkel die Quittung für ihre
Flüchtlingspolitik* – 18.3. Die Türkei

und die EU einigen sich auf ein Flüchtlingsabkommen – **22.3.** *Der Brüsseler Flughafen und die Innenstadt werden von rätselhaften Terroranschlägen heimgesucht* – **24.3.** *Zum ersten Jahrestag des Absturzes von Germanwings Flug 4U9525 tauchen neue Fragen auf*/Wissenschaftler geben die Herstellung des ersten künstlichen Bakteriums bekannt – **31.3.** Der ZDF-Satiriker Jan Böhmernann beleidigt in einem Gedicht den türkischen Staatspräsidenten Recep Tayyip Erdogan.

2. März

Trümmerteile gefunden: Aktenzeichen MH370 gelöst?

Hurra – das Rätsel ist gelöst! Oder einer Lösung zumindest nahe: In Mosambik soll ein dreieckiges Fragment des 2014 verschwundenen Fluges Malaysian Airlines MH370 gefunden worden sein. Und nicht nur das: Am nächsten Tag, dem 3. März 2016, wurde auch noch ein weiterer Trümmerfund bekannt gegeben! Für viele war der Fall damit geklärt:

Das fast auf den Tag genau vor zwei Jahren spurlos verschwundene Flugzeug ist also wirklich abgestürzt! Zwei Jahre der quälenden Fragen, Vermutungen und vor allem zwei Jahre der mühevollen Suche schienen nun doch ein Ende zu finden. Vor allem aber auch zwei Jahre voll bedrohlicher »Verschwörungstheorien«, das Flugzeug könnte entführt worden und möglicherweise sogar auf einem amerikanischen Militärstützpunkt gelandet worden sein. Immerhin wurde Flug MH370 zuletzt in der Nähe der US-Basis Diego Garcia im Indischen Ozean gesehen. Und der Pilot hatte für eine dortige Landung sogar geübt. Aber die

jetzt gefundenen Trümmerteile wurden umgehend als Beweis angesehen, dass Flug MH370 eben doch ein »natürliches«, wenn auch tragisches Ende gefunden hatte.

Flug ins Nichts

Blenden wir kurz zurück: Flughafen Kuala Lumpur, Malaysia, 8. März 2014, 0.41 Uhr. Mit sechs Minuten Verspätung startet eine Boeing 777 der Malaysia Airlines mit 239 Menschen an Bord nach Peking. In den frühen Morgenstunden (Kuala-Lumpur-Zeit) soll sie dort

ankommen. Die meisten Passagiere, etwa 150, sind Chinesen, knapp 40 stammen aus Malaysia, die restlichen aus 13 weiteren Nationen. Etwa eine halbe Stunde nach dem Start meldet sich der Kapitän routinemäßig bei der malaysischen Flugsicherung ab: »Goodnight, Malaysian 370.« Denn nun sollen die vietnamesischen Fluglotsen die Kontrolle über das Flugzeug übernehmen. Doch statt sich dort mit einem »Guten Morgen« anzumelden, bleibt das Cockpit des Fliegers stumm und schaltet auch noch den Transponder ab – also jenes Funkgerät, das die Kennung und andere Daten der Maschine auf den Radarschirm der Fluglotsen

sendet. Kurz, die Maschine tauchte unter und ward nie wieder gesehen – jedenfalls nicht auf einem zivilen Flughafen. Weder kam sie in Peking an, noch wurde sie auf einem anderen Airport gesichtet. Das Drama um den Flug Malaysia Airlines MH370 beherrschte monatelang die Schlagzeilen. Oder sollte ich besser sagen: das »Verwirrspiel« um Flug MH370? Denn zuletzt sollte der Pilot mal dieses, mal jenes gesagt haben. Mal sollte die Maschine hierhin geflogen sein, mal dorthin. Mal wurden hier Trümmer gesichtet, mal dort. Mal wurden die Suchmannschaften in dieses Seegebiet dirigiert, mal in jenes. Doch

Flug MH370 blieb verschwunden.

Eine Klappe macht noch kein Flugzeug

Bis zum 2. und 3. März 2016, als die oben erwähnten Trümmerfunde bekannt wurden. Wobei »MH370« ja nur die Flugnummer war – so etwas wie eine Straßenbahnlinie. Das Fluggerät selbst trug die Kennung 9M-MRO. Zwar war bereits ein dreiviertel Jahr zuvor auf der Karibikinsel La Réunion ein angebliches Wrackteil von 9M-MRO entdeckt worden, etwa 5000 bis 6000 Kilometer

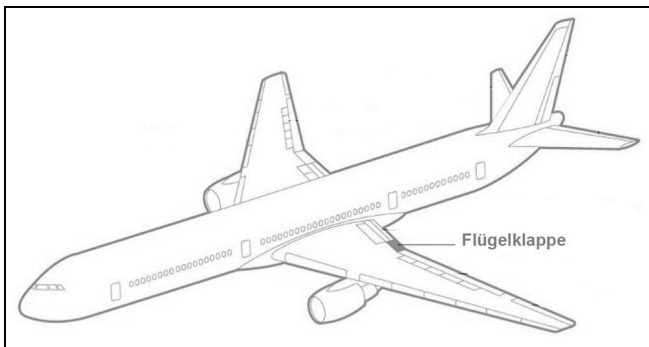
südöstlich vom Ort des letzten Funk-
beziehungsweise Radarkontaktes
entfernt. Aber dieses am 29. Juli 2015
aufgetauchte Teil hatte nicht geholfen,
die Hinterbliebenen zufriedenzustellen
und die Gerüchte über Flug MH 370 zum
Verstummen zu bringen. Denn dieses
sogenannte »Flaperon« (Flügelklappe)
ist wohl das denkbar kleinste
vollständige Funktionsteil der äußeren
Flugzeugstruktur. Weder wies es
Explosionsspuren auf, noch wirkte es
anderweitig beschädigt. Auffällig war
nur der Muschelbewuchs (»Fouling«),
der darauf hindeutete, dass es längere
Zeit im Wasser gelegen haben musste.

MH370 oder irgendeine 777?

Da La Réunion französisches Hoheitsgebiet ist, wurden die Ermittlungen über dieses erste Fragment von der französischen Staatsanwaltschaft übernommen, die auch im Fall des Germanwings-Absturzes vom 24. März 2015 ermittelt hatte. Selbst der französische Strafverfolger wollte zunächst aber nur von einer »sehr starken Vermutung« sprechen, dass das Teil von Flug MH370 stammt – eine Einschätzung, die auf gemeinsamen technischen Merkmalen beruhe. Also auf

Merkmale, die wohl jede Boeing 777 aufweist. Die Logik: Da keine andere »Triple Seven« vermisst wurde, musste das Teil eben von Flug MH370 stammen. Gegenüber CNN habe ein Ermittler bekräftigt, »nach allem, was wir bisher wissen, stammt es sicher von *einer* 777« (Hervorhebung von mir; G.W.). »Da dies die einzige 777 sei, die in dieser Region vermisst wird«, müsse es sich wohl um ein Bruchstück von Flug MH370 handeln (*Sydney Morning Herald*, online, 31.8.2015). Tja – so hatte man sich das als Zeitungsleser eigentlich nicht vorgestellt. Demnach stand also gar nicht fest, dass das Trümmerteil von Flug MH370 stammte, sondern

bestenfalls eben von *einer* Boeing 777.



© Screenshot des Autors,
<http://www.channelnewsasia.com/blob/2017776777-flaperon-data.jpg>

*Die Position der auf La Réunion
gefundenen Flügelklappe, die
angeblich von Flug MH370 stammte,
an einer Boeing 777.*

Nichts da: Am 3. September 2015 hatten die französischen Behörden schließlich erklärt, Seriennummern auf dem Réunion-Wrackteil hätten ergeben, dass das Stück »mit Sicherheit« von MH370 (9M-MRO) stamme. »Eine Reihe von Nummern aus dem Inneren des Wrackteils passten zu den Aufzeichnungen der spanischen Zulieferfirma, die die Flügelklappe hergestellt hat«, hieß es am 4. September 2015 auf der Website von CNN. Das ist erstaunlich, denn noch wenige Tage zuvor hatte dieselbe spanische Firma das kategorisch ausgeschlossen. Es habe sich als »unmöglich« erwiesen, die Nummern auf dem Wrackteil mit ihren

Aufzeichnungen in Einklang zu bringen, zitierten die *Yahoo News* das Unternehmen am 1. September 2015 (Titel: »Boeing-Zulieferer bezweifelt, dass das Réunion-Teil von MH370 stammt«).

Ja, aber: Woher sollte das Wrackteil denn sonst stammen? Schließlich werde ja kein solches Flügelteil einer anderen Boeing 777 vermisst, gab der Leiter der für die Suche zuständigen australischen Behörde ATSB, Martin Dolan, zu bedenken. Deshalb sei es »sehr wahrscheinlich«, dass das Wrackteil von dem verschwundenen Flugzeug stamme. So einfach ist die Sache aber auch wieder nicht. Denn bis jetzt hat zwar

tatsächlich keine andere Maschine dieses Typs einen Total-Crash hingelegt, und spurlos verschwunden ist auch keine. Allerdings heißt das noch nicht viel. Denn schließlich landeten bereits einige Boeing 777 auf dem Flugzeugfriedhof. Die erste Triple Seven wurde schon 2007 verschrottet. 2012 wurde sogar exakt derselbe Typ wie MH370 zum alten Eisen geworfen, und zwar eine Boeing 777-200ER der Singapore Airlines mit der Baunummer 28518 und der Registrierung N321LF. Endstation war der Flugzeugfriedhof auf dem Phoenix Goodyear Airport in Arizona (*airliners.net*: »Another Shocking Scrapping [777]«,

16.12.2012). Laut einer Produktionsliste von *airfleets.net* wurde bis heute nicht weniger als ein Dutzend Triple Seven entsorgt (*airfleets.net*: »Production list Boeing 777: Complete list«, Stand 31.10.2016). Nichts wäre also leichter, irgendein altes 777-Teil ins Wasser zu werfen und später zum Wrackteil von Flug MH370 zu erklären, um die Kritiker endlich zum Schweigen zu bringen.

**Keine Spur von
Wasserkontakt**

Der Nachteil der beiden neuen Wrackteile, über die die Medien Anfang März 2016 berichteten, bestand darin, dass sie noch viel kleiner waren als das Stück von La Réunion, nämlich 90 mal 55 Zentimeter beziehungsweise 40 mal 40 Zentimeter groß. Also fast nichts. Das am 2. März 2016 bekannt gegebene Wrackteil wurde kurz zuvor von einem »amerikanischen Touristen« namens Blaine Gibson in Mosambik gefunden. Glaubt man Gibson, bereiste er seit etwa einem Jahr auf eigene Kosten die Küsten des Indischen Ozeans, um nach Flug MH370 zu suchen. Im Zivilberuf soll er Anwalt sein und – wie es der Zufall so will – aus Seattle stammen, also

ausgerechnet dem Hauptsitz der Firma Boeing. Aber wie schafft es ausgerechnet ein solcher »Tourist« oder Hobbydetektiv, die berühmte Stecknadel im Heuhaufen zu orten und ein Trümmerteil von nicht einmal einem Meter Kantenlänge an der 2800 Kilometer langen mosambikanischen Küste zu entdecken? Ein Foto in der *International Business Times* zeigte Gibson mit dem kleinen Wrackteil vor einer schier endlosen hellen Sandbank in der Nähe der Küstenstadt Vilankulo (online, 3.3.2016). Angeblich hatte Gibson lokale Anwohner gefragt, wo in der Nähe Strandgut zu finden sei, und habe so das Wrackteil auf der Sandbank

gefunden. Merkwürdigerweise gibt es hier sonst aber kein Strandgut. Der Strand auf dem Foto ist makellos sauber. Demnach scheint dieses Trümmerstück mutterseelenallein hier angespült worden zu sein, denn sonst sind weder Müll noch andere angeschwemmte Gegenstände zu sehen. Und gäbe es welche, wäre genau das die Schwierigkeit: dass das kleine Trümmerteil sehr wahrscheinlich im allgemeinen Chaos untergegangen wäre. Wie hätte Gibson es dann finden sollen? Überdies deutet nichts an dem Bruchstück auf einen längeren Aufenthalt im Wasser oder an einer Küste hin. Anders als das erste Fragment von La

Réunion ist das kleine Bruchstück makellos sauber und weist weder Muscheln noch Algen oder eine Wasserlinie auf. Auf Bildern ist überhaupt keine Spur von Wassereinwirkung zu erkennen.

»Johnny findet alles«

Am 3. März 2016 legte derselbe Mann, der 2015 auf La Réunion bereits die Flügelklappe gefunden hatte, ein gewisser Johnny Bègue, noch einmal nach: Nachdem er das erste Fragment (»Flügelklappe«) beim Reinigen des

Strandes entdeckt haben wollte, stolperte er diesmal beim Joggen über das nächste Bruchstück. Es handelt sich um ein quadratisches Fragment der Außenhaut in der Größe eines Laptops (etwa 40 mal 40 Zentimeter). Anders als das erste Fragment wies es keinen Bewuchs auf. Im Internet wurde Bégue damit zur Lachnummer. »Ruf lieber Johnny an«, stand auf einer satirischen Visitenkarte: »Er findet alles!« Fotomontagen zeigten Bègue mit einem Piratengoldschatz, einer Unterwasserpyramide, mit einem riesigen Triple-Seven-Wrack oder auch mit dem Außerirdischen E.T. Das Meer – oder wer auch immer – zeigte

sich, was Überreste von MH370 anging, auf jeden Fall ziemlich geizig. Von den etwa 300000 Kilogramm des maximalen Startgewichts einer Boeing 777-200ER tauchte fast nichts wieder auf. Daran änderten auch weitere Funde nichts (insgesamt 21), die über das Jahr 2016 vor allem aus Afrika gemeldet wurden. Teilweise handelte es sich um sehr kleine Fragmente, wie beispielsweise ein Bruchstück mit dem Logo des Triebwerksherstellers Rolls- Royce (70 mal 70 Zentimeter) oder eben Johnny Bègues »Laptop«.

Zum Leben zu wenig, zum Sterben zu viel

Manche Teile hätten sich leicht aus einem Boot oder einem Flugzeug werfen lassen. Andere wiesen keine Wasserspuren auf und hätten auch in eine Reisetasche gepasst. Nirgends fanden sich größere Rumpfsektionen, Flügelteile oder das Heck, das fast immer am Stück erhalten bleibt. Auffällig ist auch das Fehlen von Leichenteilen, Wäsche, Gepäck, persönlichen Sachen und anderem mehr: alles Dinge, die wohl niemand in einem Koffer transportieren und irgendwo

platzieren würde. Zusammenfassend bleibt festzuhalten:

- Alle 2016 gefundenen, angeblichen Trümmer waren sehr klein. Angefangen bei Teilen mit wenigen Dutzend Zentimetern Länge bis hin zu einem Segment von etwa einem mal zwei Metern.
- Fast alle gefundenen Wrackteile stammten von der Außenstruktur eines Flugzeuges (Verkleidungen, Rumpf, Flügel). Vom Inneren wurde fast nichts gefunden: kein einziger Sitz, keine Elektronik, keine Blackbox, kein Gepäck, keine Schwimmwesten, keine Kleidung –

und Leichen schon gar nicht. Obwohl manches davon besser schwimmt als ein Flugzeugteil, zum Beispiel die Schwimmwesten.

- Während vor allem ein großes Teil Muschel- und Algenbewuchs (»Fouling«) aufwies, wirkten manche Kleinteile sauber und wie neu – können also kaum (lange) im Wasser gelegen haben. Normalerweise bildet sich schon nach wenigen Tagen ein deutlicher »Wasserrand«, der aus Schmutz, Algen und anderen Ablagerungen besteht.
- Die Herkunft der Teile von Flug MH370 (9M-MRO) ist fraglich und

in den meisten Fällen nicht bewiesen, was bedeutet, dass von der Maschine immer noch fast nichts wieder aufgetaucht ist – wenn überhaupt.

Allenfalls wirkte es so, als hätte jemand nur die Maschine ohne ihr Innenleben verschrottet. Auch das fehlende Interieur, Passagiere, Gepäck etc. könnte auf einen Schrottplatz oder eine Recyclinganlage als Ursprungsort der Trümmer hinweisen.

»Ich warte auf meine

Kinder ...«

So fehlten weiterhin ausreichende Beweise für die Identität und das Schicksal des Flugzeuges und seiner Insassen: »Viele Angehörige sind weiterhin skeptisch«, schrieb die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (online, 6.8.2015) schon nach dem ersten Fund von La Réunion. »Sie werfen Malaysia vor, den Vorfall so schnell wie möglich aus der Welt schaffen zu wollen. »Was dort berichtet wird, passt von hinten bis vorne nicht. Die Regierung in Malaysia will Fakten schaffen, wo es keine Fakten gibt«,

zitierte das Blatt eine Mutter. Selbst am zweiten Jahrestag des Verschwindens von MH370, dem 8. März 2016, gingen die Angehörigen weiterhin von einem Überleben ihrer Verwandten aus. »Zwei Jahre später und nachdem die Ermittler noch immer keine Spur des Hauptwracks oder der Passagiere gefunden haben«, glaube die 62-jährige Gao Xianying immer noch, dass ihre Verwandten wieder auftauchen würden, berichtete der britische *Guardian* (online, 7.3.2016): »Ich glaube nicht, dass das Flugzeug abgestürzt ist. Es gibt keinen Beweis, dass sich das Flugzeug im Indischen Ozean befindet. In den vergangenen beiden Jahren haben sie

keinen Beweis für einen Absturz präsentiert oder dass die Passagiere alle tot sind. Und wenn sie keine Beweise bringen, kann ich ihnen nicht glauben. Meine Tochter lebt noch«, zitierte sie der *Guardian*. »Ich warte, bis meine Kinder nach Hause kommen.«

13. März

Landtagswahlen: Abrechnung mit Angela Merkel

Achtung: Heute ist Super-Wahltag. Denn was die USA können, können wir natürlich auch. Da es in den Staaten auch jede Menge »Super«-Veranstaltungen gibt, wie den »Super-Bowl« und eben den »Super-Tuesday«, brauchen wir nun auch irgendein Super-Datum. Also nennen wir drei Landtagswahlen an einem Tag eben »Super-Wahltag«. Ach,

ist das schön, sich wie die USA zu fühlen! So als würde ein kleines Mädchen die Stöckelschuhe der Mama tragen. Oder ein kleiner Junge Papas Sakko anziehen und sich ganz wichtig fühlen! Aber wichtig war es ja auch. Denn es waren die ersten Landtagswahlen nach dem 4. September 2015, als Bundeskanzlerin Merkel unkontrolliert Hunderttausende von illegalen Einwanderern nach Deutschland hereingewinkt hatte. An diesem 13. März 2016 war also endlich politischer Zahhtag, und die Berliner Parteien bekamen ihre Quittung.

Zwei Sorten Wahlen

Dabei gab es an diesem Datum eigentlich zwei Sorten Wahlen: die personalisierten und die nicht personalisierten. Oder man könnte auch sagen: die personalisierten und die politischen Wahlen. Da, wo ein starker und beliebter Amtsinhaber antrat, konnte er gegen den Trend der eigenen Partei gewinnen, nämlich in Baden-Württemberg und in Rheinland-Pfalz. So konnten die Grünen im Baden-Württemberg ihres Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann um 6,1 Prozent zulegen. Die SPD im Rheinland-Pfalz

der amtierenden SPD-Ministerpräsidentin Malu Dreyer schaffte immerhin noch ein mageres Plus von 0,5 Prozent. Das war's dann aber auch schon. Bei den nicht personalisierten Wahlen bekamen SPD und Grüne dann die Rechnung präsentiert – und die fiel saftig aus. Die Grünen verloren in Rheinland-Pfalz satte 10,1 Prozent, in Sachsen-Anhalt etwa 1,9 Prozent. In beiden Bundesländern landeten sie nur noch bei etwa fünf Prozent und mussten beinahe um den Einzug in den jeweiligen Landtag zittern. Den deutlichsten Unterschied zwischen personalisierten und politischen Wahlen sah man jedoch bei der SPD: minus 10,4

Prozent in Baden-Württemberg (CDU minus zwölf Prozent) und minus 10,9 Prozent in Sachsen-Anhalt (CDU minus 2,7 Prozent).

Der Flüchtlingsknick

Zu ihren besten Zeiten hatte die SPD in Sachsen-Anhalt dreieinhalb Mal so viele Stimmen bekommen: So sank sie von 35,9 Prozent 1998 auf 20 Prozent 2002. Zwei Wahlperioden lang stabilisierte sie sich bei 21,5 Prozent, aber jetzt, 2016, stürzte sie auf die Hälfte ab – auf 10,6 Prozent. Das dürfen wir dann wohl

den »Flüchtlingsknick« nennen. Zwar stellt die SPD nicht den Bundeskanzler, aber dennoch regiert sie in Berlin mit und unterstützte die »Flüchtlingspolitik« von Kanzlerin Merkel (CDU). Auch propagandistisch und ideologisch kämpfte die SPD an vorderster Front für die »Willkommenskultur«. Politisches Harakiri, wie man nun sehen konnte. Auch in Baden-Württemberg, wo die SPD den Autor dieser Zeilen 2015 massiv für seine Analysen der Massenmigration angegriffen hatte, rauschte sie bei den Landtagswahlen unangespitzt in den Boden. Ihr Restpotenzial von 23,1 Prozent 2011 halbierte sie am 13. März 2016 glatt auf

12,7 Prozent und erschien fortan wie eine Frau ohne Unterleib. Kein Anblick für Kinder.

Quo vadis, SPD?

Da kann man nur fragen: Quo vadis, SPD? Wohin gehst du? Um diese Frage zu beantworten, muss man erst einmal betrachten, wo die Partei eigentlich herkommt – nämlich von ganz weit oben, und zwar sowohl quantitativ als auch qualitativ. Politisch, moralisch und demoskopisch liegt die Messlatte bei der SPD deutlich höher als bei anderen

Parteien. Was zum einen am Namen »Sozial-Demokraten« liegt und zum anderen an den überlebensgroßen Vorbildern von Willy Brandt bis Helmut Schmidt. Während diese Kanzler und Parteivorsitzenden noch immer als Markenkern der SPD gelten, wird dieser von Leuten wie Sigmar Gabriel im Eiltempo aufgezehrt. Zurück bleibt nur eine leere Hülle, die mit Gott-weiß-was gefüllt wird, nur nicht mit sozialdemokratischen Inhalten. Nicht zufällig wirken die heutigen Führungsfiguren in der SPD-Parteizentrale neben Brandts überlebensgroßem Denkmal wie Gartenzwerge. Oder Hausbesetzer.

SPD: fataler Generationswechsel

Heute, über 30 Jahre nach der Kanzlerschaft von Brandt und Schmidt (bis 1982), ist dieser Markenkern nur noch Legende. Heute ist Schussfahrt angesagt. Die Partei pfeift quantitativ (in Bezug auf die Wählerstimmen) und qualitativ auf dem letzten Loch. Den Ton gibt dabei in der Regel die Bundespolitik an. Nach dem SPD-Vorsitzenden Brandt kam zwar noch das SPD-Urgestein Hans-Jochen Vogel (bis 1991), danach begann jedoch ein Generationswechsel mit fatalen Folgen.

Die Ausnahme Oskar Lafontaine bestätigt die Regel: Der letzte glaubwürdige SPD-Vorsitzende Lafontaine floh 1999 Hals über Kopf aus allen politischen Ämtern und trat später bei den Linken ein. Danach hat ihr eigener Nachwuchs die SPD endgültig an die Wand gefahren. Dürfen wir mal vorstellen:

Die Bundesvorsitzenden der SPD seit 1993

Björn Engholm (1991–1993). Trat wegen dubioser Rolle und Falschaussagen in der Barschel-Affäre zurück.

Johannes Rau (5. Mai–23. Juni 1993). Kommissarisch.

Rudolf Scharping (1993–1995). Log Deutschland in den Angriffskrieg im Kosovo. Als Bundesverteidigungsminister wurde er wegen verschiedener Affären von Bundeskanzler Schröder entlassen.

Oskar Lafontaine (1995–1999). Floh im März 1999 unter Bundeskanzler Schröder (SPD) Hals über Kopf aus allen politischen Ämtern, einschließlich dem SPD-Vorsitz, und trat später der Linken bei.

Gerhard Schröder (1999–2004).
»Genosse der Bosse«, Sozialabbau, Deregulierung der Finanzmärkte bis hin zur Anarchie, Wegbereitung der Finanzkrise 2007 in Deutschland. Verdienst: Nichtteilnahme am Irak-Krieg.

Franz Müntefering (2004–2005). Seine politische Strategie wurde auf seinen Ausspruch »Opposition ist Mist!« reduziert. Schied 2005 wegen schwerer Krankheit seiner Frau aus dem SPD-Vorsitz aus.

Matthias Platzeck (2005–2006). Trat wegen gesundheitlicher Probleme zurück; spielte später als

Ministerpräsident von Brandenburg eine unrühmliche Rolle im Aufsichtsrat des BER-Flughafens und schädigte damit das Ansehen der SPD weiter – zusammen mit Klaus Wowereit.

Kurt Beck (2006–2008). Trat nach einem unwürdigen Schauspiel um die Kanzlerkandidatur zurück, nachdem Frank-Walter Steinmeier hinter seinem Rücken zum Kanzlerkandidaten 2009 gekürt worden war. Steckte als Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz Millionen Steuergelder in die teure Sanierung eines Luxushotels

in seinem Heimatort Bad Bergzabern und versenkte Hunderte von Millionen in der Erlebniswelt Nürburgring.

Frank-Walter Steinmeier
(September–Oktober 2008).
Kommissarisch.

Franz Müntefering (2008–2009).
Kehrte nach dem Tod seiner Frau
in den SPD-Vorsitz zurück.
Nachdem die SPD bei der
Bundestagswahl 2009 nur noch 23
Prozent der Stimmen bekommen
hatte, kandidierte er nicht mehr.

Sigmar Gabriel (2009–) . Negativer

Sympathieträger, aggressives und autoritäres Auftreten, öffentliche Verwendung von Ausdrücken wie »Pack« und »Arschlöcher«, unglaubwürdige sozialdemokratische Haltung, Last-Minute-Wahlversprechen, aggressive Pro-Flüchtlingspolitik.

Diese Übersicht spricht für sich. Die Bundestagswahlergebnisse der SPD halbierten sich seit den 45,8 Prozent eines Willy Brandt (1972) auf zuletzt 23 und 25,7 Prozent. Ausschlaggebend war nicht die angeblich so starke CDU-Bundeskanzlerin Angela Merkel, sondern zum einen die zunehmend

opportunistische und volksferne Politik der SPD (Deregulierung, Sozialabbau, zuletzt auch Flüchtlingspolitik), zum anderen unglaubliche Führungsfiguren wie die Vorsitzenden Müntefering und Gabriel, aber auch schwache Kanzlerkandidaten wie Frank-Walter Steinmeier und Peer Steinbrück. Bei kaum einer Partei klafften Anspruch und Wirklichkeit so weit auseinander. Politisch ist die SPD zur schlecht getarnten Mitläuferpartei der Großen Koalition, der internationalen Politik und der Banken verkommen und steht wie kaum eine andere Partei für den Niedergang der politischen Klasse und des politischen Systems in Deutschland.

Wahlkampf wie ein Strauchdieb

Schreibt man diese Entwicklung fort, ist eine Prognose, wo die SPD hingeht, nicht schwer. Wer den Anti-Populismus (also die »Anti-Volkstümlichkeit«) zur Parteidoktrin erklärt, muss sich nicht wundern, wenn ihm das Volk (lateinisch: populus) davonläuft. SPD-Projekte wie Frauenberufstätigkeit, Frauenquote, Gleichberechtigung (= Gender Mainstreaming), Schwulen- und Lesbenpolitik (Homohe), staatliche Kinderbetreuung und Multikulti haben mit Ideologie sehr viel, mit der

Bevölkerung aber sehr wenig zu tun. Das Volk wird vielmehr auf dem Altar der Ideologie (oder noch schlimmerer globaler Doktrinen) geopfert. Und natürlich die Wählerstimmen. Die verdampften nämlich wie ein Tropfen Wasser auf einer heißen Herdplatte. So setzte die SPD zuletzt wieder besonders starke volksferne Akzente, diesmal im Bereich der Flüchtlingspolitik. Die »Sozialdemokraten« stehen genau wie Kanzlerin Angela Merkel für eine rücksichtslose Einwanderungspolitik gegenüber dem eigenen Volk. Sigmar Gabriels plötzliche Forderung nach Mehrausgaben »für unsere eigene Bevölkerung« (*Spiegel Online*,

26.2.2016) wirkte nur kontraproduktiv und wie ein Last-Minute-Versprechen vor den Landtagswahlen. Beim Wähler kam sie bestenfalls wie ein spätes Schuldeingeständnis an, die Deutschen vernachlässigt zu haben. Und wie ein plumper Versuch, noch auf den letzten Drücker einige Stimmen einzusammeln. Nach den Wahlen hörte man bezeichnenderweise nichts mehr davon. Wahlkampf wie ein Strauchdieb: Wählerstimmen grapschen und wegrennen, ohne zu bezahlen. Die peinliche Ad-hoc-Initiative war typisch für den Dilettantismus der SPD und bestätigt nur die desolate Verfassung der Partei und ihrer Führung. Sie lebt

politisch von der Hand in den Mund, wobei ihr jegliches strategische Denken und Wollen fehlt, insbesondere für die eigenen Wähler. Fast möchte man das Wort »strategisch« noch streichen.

Die enttäuschten Wähler der etablierten Parteien liefen zu den »Blauen« über, nämlich zur AfD. Die Alternative für Deutschland legte wohl den fulminantesten Start hin, den je eine Partei absolviert hatte, und kam in Rheinland-Pfalz aus dem Stand auf 12,6, in Baden-Württemberg auf 15,1 und in Sachsen-Anhalt auf sagenhafte 24,3 Prozent. Eine schallendere Ohrfeige haben etablierte Parteien wohl noch nie bekommen ...

22. März

Brüssel-Attentate: Täter – die großen Unbekannten

Schrecklich, diese Terroranschläge von Brüssel: Ein Mann hockt mit nacktem Oberkörper vor einem Sanitäter. Sein gesamter Rücken ist verbrannt. Ein anderer hat ein verbranntes und blutiges Gesicht. Seine Kleidung ist am Bauch aufgerissen und gibt den Blick auf eine blutende Wunde frei. Etwas weiter weg sitzt jemand, dessen linkes Bein am

Unterschenkel abgerissen wurde. Dem Mann neben ihm wurde das rechte Bein am Oberschenkel abgetrennt: Am 22. März 2016 gingen in der Abflughalle des Brüsseler Flughafens in der Check-In-Reihe 2 und 11 um 7.58 Uhr zwei Selbstmordbomben hoch. Um 9.11 Uhr explodierte ein weiterer Sprengsatz in einer U-Bahn an der Station Maalbeek. Insgesamt kamen offiziell 35 Menschen bei den Anschlägen ums Leben, 300 wurden verletzt. Noch am selben Tag bekannte sich angeblich der IS zu den Anschlägen. Die Attentate »erschütterten ganz Europa«, wie es hieß. Wieder einmal. Denn Erschrecken, Betroffenheit und Trauer sind längst zum Ritual

verkommen. Um nicht zu sagen: zur staatstragenden Pose für abgehalfterte Politiker und Präsidenten, die nach solchen Attentaten seltsamerweise immer wieder wie ein Phoenix aus der Asche ihres trüben politischen Daseins aufsteigen – zu neuen Höhen als besonnene Staatsmänner und Landesväter, die nun leider Bürgerrechte einschränken und neue Sicherheitsgesetze erlassen müssen.

Der Terror der Politiker

Wie immer begann nach den Attentaten

der Terroristen von Brüssel der Terror der Behörden und Politiker. Brüsseler Flughafen und Innenstadt befanden sich im Kriegszustand. Der Flughafen Zaventem wurde sofort geräumt und geschlossen, dasselbe galt für das Berlaymont-Gebäude, den Sitz der Europäischen Kommission in der Nähe der betroffenen U-Bahn-Station. Rund um den U-Bahnhof Maalbeek deuteten weitere Explosionen auf die Sprengung von »verdächtigen Objekten« hin. Während die Detonationen donnerten, wurden der Zugverkehr und der gesamte öffentliche Nahverkehr stillgelegt. Die Hauptstadt der Europäischen Union wurde von einer unheimlichen

Atmosphäre von Krieg und Tod überzogen. Die Einbeziehung der beiden belgischen Atomkraftwerke Tihange und Doel, die vorsorglich teilweise evakuiert wurden, steigerte den Horror noch: Hatten die Terroristen etwa auch die Atommeiler angegriffen oder bedroht?

Entspannte Verletzte

Ein paar Fragen wären bei den Attentaten von Brüssel freilich noch zu klären: Warum sitzen um den Mann mit dem verbrannten Rücken eigentlich ein

paar ganz entspannte Leute herum, die lächeln und locker auf ihren Stühlen lümmeln? Und warum grinsen sich die beiden Opfer mit den abgerissenen Beinen gegenseitig ins Gesicht und widmen sich einer beiläufigen Unterhaltung? Ganz einfach: Die oben beschriebenen Bilder stammen gar nicht von den Terroranschlägen in Brüssel, sondern von einer groß angelegten Katastrophenübung, die nur drei Wochen zuvor an der Waterloo Station in London stattgefunden hatte. Nicht weniger als 2000 Darsteller und Komparsen, oft grauenhaft realistisch hergerichtet, mimten dabei die Katastrophenopfer – in diesem Fall einer Eisenbahnkatastrophe:

»In den nächsten vier Tagen werden etwa 2000 blutüberströmte Freiwillige mit falschen abgeschnittenen Gliedmaßen und offenen Wunden als ›Opfer‹ agieren, um das Blutbad eines solchen großen Unfalls nachzustellen« (*Daily Mail*, online, 29.2.2016).

»Krisendarsteller« wie diese werden von Spezialisten geschminkt und mit künstlichen Wunden versehen. Das Beispiel aus London soll nur demonstrieren: In Sachen Terror und Katastrophen kann man inzwischen gar nichts mehr glauben. Was echt ist und was nicht, weiß eigentlich niemand mehr. Die Darsteller in London waren so realistisch geschminkt und hergerichtet,

dass mancher arglose Beobachter angesichts all der abgerissenen Gliedmaßen und verbrannten Körper wohl in Ohnmacht gefallen wäre. Und spätestens dann, wenn ein Ereignis zum Medienereignis wird, ist es für den entfernten Betrachter und Medienkonsumenten anhand von Fotos und Videos fast unmöglich, eine solche Simulation von einem Ernstfall zu unterscheiden.

Cui bono und cui malo?

Womit wir beim Thema wären: Wie

»echt« waren denn nun die Terroranschläge von Brüssel?

1. Handelte es sich nun um ein echtes IS-Attentat mit echten Toten?
2. Oder um einen echten Anschlag unter falscher Flagge?
3. Oder um einen falschen (also gestellten) Anschlag unter falscher Flagge?

Aber wie echt kann ein IS-Attentat überhaupt sein, wenn die Terrororganisation selbst nicht echt ist, sondern unter den Fittichen der USA gegründet wurde (siehe: *verheimlicht – vertuscht – vergessen 2016*)? Werfen

wir dazu einen Blick auf das cui bono (wem nützt es?), denn nützen sollten die Attentate ja wohl irgendjemandem. Normalerweise dem Täter, also dem Islamischen Staat (IS), oder nicht? Denn sonst hätte er sie ja nicht begangen. Und dieser Nutzen ist sehr eng mit dem Motiv verbunden. Wenn es zum Beispiel keinen erkennbaren Nutzen für den IS gegeben hätte, dann müsste man auch das Motiv infrage stellen: Warum sollte der Islamische Staat die Attentate dann begangen haben? Umgekehrt muss man den Täter in der Regel da suchen, wo eine Tat den meisten Nutzen bringt. Nützten die Attentate also wirklich jener geheimnisvollen Terrororganisation IS

(oder ISIS), die 2016 in Syrien und im Irak militärisch mit dem Rücken zur Wand stand? Oder nützten die Anschläge etwa westlichen Politikern und Anti-Terrorstrategen? Fangen wir mit dem IS an:

- Die Anschläge trafen lediglich Zivilisten, kein Regierungs-, Polizei- oder Militärpersonal oder polizeiliche oder militärische Liegenschaften oder Geräte – bewirkten also keinerlei Schwächung des Feindes.
- Psychologisch gesehen brachten sie die Bevölkerungen Westeuropas und der Welt weiter gegen den IS

und damit indirekt gegen den Islam auf und lieferten dem Feind daher propagandistische Munition.

- Diese Munition führte zur psychologischen und militärischen Stärkung des Westens gegen den IS.
- Aus der Sicht des IS waren die Attentate daher nicht nur militärisch wirkungslos und ein kompletter Fehlschlag. Sie führten auch zu einer weiteren Stärkung des Westens.

**Attentate
hochwillkommen**

Kurz: Keine Terrorgruppe, die noch bei
Trost wäre, würde im Feindesland
derartige, militärisch wirkungslose
Nadelstiche verüben. Kein irgendwie
gearteter Guerilla- oder Terrorstrategie
käme auf die Idee, ein derartiges
Eigentor zu schießen – es sei denn, er
würde in Wirklichkeit für die andere
Mannschaft spielen. Oder wie ich an
anderer Stelle schon einmal bemerkte:
Es hat nun mal keinen Sinn, einen Löwen
in den Allerwertesten zu treten – es sei
denn, man wollte Selbstmord begehen.
Denn der Rückschlag würde furchtbar
sein. Und siehe da: Auf der Seite des
Westens sieht die Kosten-Nutzen-
Rechnung der Brüssel-Anschläge denn

auch ganz anders aus. Wer sich näher mit den Attentaten befasste, musste zu dem Schluss kommen, dass diese dort politisch hochwillkommen waren:

1. Sie verursachten keinen militärischen Schaden.
2. Sie halfen Belgiens Nachbarn Frankreich, den Ausnahmezustand aufrechtzuerhalten und zu rechtfertigen.
3. Sie halfen, die Bevölkerung im großen Stil einzuschüchtern und zu kontrollieren.
4. Sie halfen, die Anti-IS-Kriegskoalition in Syrien zu rechtfertigen, zu der die USA und

Frankreich genauso gehörten wie Belgien.

5. Sie halfen, die Bevölkerung weiter für diese Kriege aufzuhetzen und zu motivieren.
6. Sie halfen, eine europäische »Sicherheitsarchitektur« zu begründen, zu fördern und zu planen – also einen zentralen europäischen Überwachungs- und Unterdrückungsapparat.
7. Sie halfen auch, die europäischen Institutionen in Brüssel einzuschüchtern, in deren Nähe die U-Bahn-Bombe hochging (während der Flughafen natürlich sehr stark von Europa-Abgeordneten und –

Bürokraten benutzt wird).

Warum hilft also ausgerechnet der Islamische Staat dem Westen dabei, seine Reihen zu schließen, den Krieg in Syrien weiterzuführen sowie die Propaganda für den Unterdrückungsapparat zu stärken? Kurz: Warum sollte ausgerechnet der IS das Geschäft europäischer »Sicherheitspolitiker« und Militärs besorgen und einen europäischen Hochsicherheitsstaat herbeibomben? Im Zuge der Anschläge von Paris (13. November 2015) und Brüssel waren in Europa neue Anti-Terror-Zentren aus dem Boden gestampft worden, um deren

Verknüpfung es nun ging. Schon kurz nach den Attentaten forderten Medien und »Sicherheitsexperten« eine Zentralisierung der europäischen Sicherheitsbehörden, also so etwas wie ein europäisches Innen- und Unterdrückungsministerium.

Bekennung: der formale und der inhaltliche Ausweis

Na und – schließlich hat sich der Islamische Staat (IS) doch zu den Anschlägen bekannt, wie die meisten

Medien berichteten:

- »Der islamische Staat bekannte sich zu den Anschlägen« (*Münchner Merkur*, online, 23.3.2016).
- »Terrormiliz ISIS bekennt sich zu Anschlägen« (*BZ Berlin*, online, 22.3.2016).
- »Die Dschihadistenorganisation Islamischer Staat (IS) hat sich zu den Attentaten in Brüssel bekannt« (*adhoc-News*, online, 22.3.2016).

Na bitte: Der IS war doch der Täter!
Moment: Nach dem Wert oder der Authentizität solcher »Bekennungen«

fragte natürlich niemand. Wie funktioniert eine solche »Bekennung« überhaupt? Welche Anforderungen wären daran zu stellen? Haben die Terroristen etwa einen Briefkopf, einen Stempel oder ein Siegel? Oder drückt ihr Führer, zum Beispiel Abu Bakr al-Baghdadi, einen Fingerabdruck auf das entsprechende Schreiben? Denn um irgendein Dokument muss es sich ja handeln, wenn man einer solchen Erklärung glauben soll. Ein Geständnis wäre allerdings auch das noch nicht, denn die Anforderungen an glaubwürdige Geständnisse liegen noch viel höher als an irgendeinen handgeschriebenen Zettel. Neben einem

»formalen Ausweis« (also einem authentischen Dokument) bräuchte es dafür auch einen »inhaltlichen Ausweis« – das sogenannte Täterwissen.

Autor: der große Unbekannte

Der Bekennerbrief oder das »Geständnis« müsste also Tatsachen enthalten, die nur den Tätern bekannt sein können – und der Polizei natürlich, die den Tatort hinterher untersucht hat. Befragte man jedoch die Medien, war

nur von einer »im Internet veröffentlichten Erklärung des IS« die Rede (*ad hoc*-news, siehe oben). In Wirklichkeit handelte es sich nicht einmal um eine Erklärung des IS selbst, sondern um eine Meldung einer ihm »nahestehenden Nachrichtenagentur« namens Amak, meldeten die *Deutschen Wirtschafts Nachrichten* (DWN, online, 22.3.2016): »IS-Kämpfer hätten »eine Bombenserie mit Sprengstoffgürteln und Sprengsätzen am Dienstag ausgeführt«, meldete eine Agentur Amak, die über den Anschlag auf einer etwas dubiosen WordPress-Seite einen Bericht absetzt«, so die DWN. Das heißt: Weder liegt ein materieller noch ein elektronischer

Bekennerbrief vor, sondern eine dem IS angeblich nahestehende Nachrichtenagentur hat erklärt, dass dieser die Attentate begangen habe. Und zwar erfolgte das laut *Deutschen Wirtschafts Nachrichten* auf einer zwielichtigen WordPress-Seite. In der Tat: Bei der Website der angeblichen »Amak-Nachrichtenagentur« handelte sich um eine ganz primitive Blog- oder Social-Media-Seite ohne Namen, Impressum oder Absender. Autor: der große Unbekannte. Nichts deutet auf irgendeinen namhaften beziehungsweise ernst zu nehmenden Urheber hin.

Ausgeprägte Tatferne

Als formaler Ausweis ist diese Seite also schon einmal nicht zu gebrauchen. Und wie steht es mit dem »inhaltlichen Ausweis«? Nennt der Text wenigstens irgendwelche konkreten Fakten, die nur den Tätern bekannt sein können? Mal sehen – wie lautete doch die Botschaft: »Kämpfer des Islamischen Staates führten am Dienstag mit Sprengstoffgürteln und Sprengeinrichtungen eine Reihe von Bombenanschlägen auf einen Flughafen und eine zentrale U-Bahn-Station im Zentrum der belgischen Hauptstadt

Brüssel durch, ein Land in der internationalen Koalition gegen den Islamischen Staat. Kämpfer des Islamischen Staates eröffneten das Feuer im Inneren Flughafen Zaventem, bevor einige von ihnen ihre Sprengstoffgürtel zur Detonation brachten, während ein Märtyrer seinen Sprengstoffgürtel in der U-Bahn-Station Maelbeek zur Detonation brachte. Die Angriffe führten zu mehr als 230 Toten und Verwundeten.« Schon rein formal war das gar keine Bekennung, sondern höchstens eine Nachrichtenmeldung – und zwar eine ziemlich schlechte. Schließlich konnte man in jeder beliebigen Zeitung zu diesem Zeitpunkt

schon wesentlich mehr über die Attentate von Brüssel lesen. Was das Täterwissen betrifft, machte sich quasi schon jeder belgische Hauptstadtjournalist verdächtiger als die Autoren der angeblichen »Bekennung«. Oder, anders gesagt, bewiesen diese mit ihrer mageren Meldung eine so ausgeprägte Tatferne, dass man sie als Verdächtige getrost ausschließen konnte. Was wir bei sogenannten IS-Bekennungen übrigens immer wieder beobachten können. Als beispielsweise am 16. Oktober 2016 ein 16-jähriger Schüler an der Hamburger Alster erstochen wurde, stand in einer angeblichen »IS-Bekennung«

fälschlicherweise, dass zwei Personen »von einem Soldaten des Islamischen Staates« getötet worden seien (*Die Zeit*, online, 30.10.2016).

Die Opfer

Normalerweise scheut man sich, nach einem echten Terroranschlag oder einer echten Katastrophe im Internet nach Bildern zu suchen, denn das, was man da sieht, kann man manchmal nur schwer aushalten. Nicht so bei den Attentaten von Brüssel. Bemühte man beispielsweise die Google-Bildsuche

mit dem Suchbegriff »Brussels victims« (»Brüssel Opfer«), förderte man erstaunlich wenig Bilder von Verletzten zutage, und wenn, dann nur von oberflächlich Verletzten. Auch andere Suchbegrifflichkeiten wie »Brussels bombings« und »injured« (»verletzt«) brachten einen nicht weiter. So sah man beispielsweise im Flughafengebäude Zaventem

- einen Mann, der in Seitenlage auf einigen Decken lag. Verletzungen waren nicht zu erkennen;
- einen von Helfern umringten Mann, der bis auf den Kopf komplett in Alufolie eingewickelt war.

Verletzungen waren keine auszumachen;

- einen Mann, der mit halb weggerissener Hose vor dem Flughafengebäude auf dem Rücken lag. Sein rechtes Bein zeigte einige rote Flecken, Verletzungen waren jedoch nicht erkennbar;
- einen sehr großen Mann, der mit ausgestreckten Beinen im Flughafengebäude auf dem Rücken lag. Seine Hosen waren zerfetzt, neben den Beinen befand sich eine rote Lache. Verletzungen waren jedoch nicht erkennbar;
- zwei Frauen auf einer Sitzgruppe, wovon eine telefonierte, während

sich die andere schräg auf die Sitze gebettet hatte (siehe auch unten). Ihre Oberbekleidung war bis auf den Büstenhalter zerrissen, den rechten Schuh hatte sie verloren.

Der fliegende Mann

Die meisten dieser Fotos stammten von der georgischen Journalistin Ketevan Kardava (siehe unten). Der liegende Mann war der Basketballspieler Sebastien B. Nachdem frühere Attentate von Kritikern bereits angezweifelt und als Inszenierung oder Katastrophenübung

verdächtig wurden, gaben Halbprominente wie er dem Geschehen von Brüssel nun eine gewisse Glaubwürdigkeit. »Der Basketballspieler war am Dienstagmorgen in Zaventem, um nach Varese zu fliegen, wo er am Mittwochabend im Eurocup spielen musste«, schrieb die belgische Nachrichtenseite *sudinfo.be* am 22. März 2016. Das ist seltsam, denn Berichten zufolge beendete B. seine Basketballkarriere 2015, um sich künftig seiner Videoproduktionsfirma Keemotion zu widmen: »D2-Basketballspieler Sebastien B. hört endgültig auf«, hieß es am 7. Februar

2015 auf der Basketballseite *basketinbelgium.be*: »Der Verein und Sebastien B. beenden ihre Zusammenarbeit in gegenseitigem Einvernehmen.« Und: »Seine Beteiligung an Keemotion wächst, und es zeugt von Aufrichtigkeit, dass Sebastien zugegeben hat, dass er sich nicht mehr auf zwei Aktivitäten konzentrieren kann.« Derselbe Artikel auf *sudinfor.be* nennt B. in der Überschrift denn auch einen »Ex-Basketballspieler«. Und nun soll er plötzlich auf dem Weg zu einem Eurocup-Spiel gewesen sein? Medienberichten zufolge soll B. durch die erste Explosion auf dem Flughafen

Zaventem mehr als 50 Fuß (17 Meter), anderen Berichten zufolge sogar 65 Fuß (22 Meter) durch die Luft geschleudert worden sein. Der Mann musste also einer enormen Gewalt ausgesetzt gewesen und sehr hart gelandet sein. Er selbst sagte in einem Interview: »Ich erinnere mich, wie ich herunterfiel und meine Hüfte explodierte. Ich sah nach unten und sah eine Menge Knochen herausstehen.« Furchtbar. Auf dem Foto sah man jedoch nichts davon. Im Bereich der Hüfte erschien die Hose vollkommen unversehrt. Knochen und Blut waren nicht zu erkennen, auch nicht auf dem Boden neben seiner Hüfte. Stattdessen war ihm erstaunlicherweise

das linke Bein abgebunden worden; neben seinen Unterschenkeln befand sich eine rote Lache auf dem Boden. Mit anderen Worten erzählten B. und das Foto von völlig verschiedenen Verletzungen: Während er von einer zertrümmerten Hüfte sprach, bei der die Knochen herausstanden, sah man auf dem Foto ein abgebundenes Bein und eine Blutlache neben seinen Unterschenkeln. Auch der Newsticker des britischen *Guardian* schrieb nichts von der Hüfte, sondern: Sebastien B. »erlitt schwere Beinverletzungen ...« (23.3.2016, 1.58 Uhr).

Hüfte oder Bein?

Wie kann das sein? Sofern er nach den Explosionen tatsächlich mit dem blutenden und abgebundenen Bein auf dem Boden gelegen haben sollte, wie es das Foto zeigt, dann kann er hinterher eigentlich nicht die Geschichte von der zertrümmerten Hüfte erzählt haben. Irgendwie passt das nicht zusammen. »Blut« sah man bei den Opfern im Flughafengebäude zwar häufiger, aber eben nur als Anhaftung und nicht als Produkt einer identifizierbaren Verletzung. Auf keinem der mir bekannten Bilder sah man offene

Wunden oder abgerissene Gliedmaßen. Zwar wäre auch das noch kein Beweis für die Echtheit des Geschehens, wie das eingangs geschilderte Beispiel der realistischen Londoner Übung zeigt. Aber *ohne* schwere Wunden sind so spektakuläre Bombenanschläge nun einmal schlecht vorstellbar. Tatsächlich hat auch eine Fotografin, die selbst am Ort der ersten Explosion war, von Menschen mit abgerissenen Beinen erzählt. Nur fotografiert hat sie sie nicht (siehe unten). Des Weiteren zeigte keines der oben beschriebenen Opfer irgendeinen Schmerzausdruck im Gesicht. Im Gegenteil wirkten die meisten entspannt und ruhig. Genauso im

Krankenhaus: Wunden sah man hier zwar erst recht nicht, denn diese waren nun selbstverständlich unter eindrucksvollen Verbänden verschwunden. Aber auch hier sahen die Gesichter vollkommen gesund, entspannt und ruhig aus. Ja, die allermeisten Patienten schienen sogar guter Stimmung zu sein. Auch das Gesicht von Sebastien B. zeigte keine Spur von Stress durch die Bombenexplosion, Schmerzen und Operationen. Auf fast allen Bildern vom Krankenhaus sah man ihn lachen. Man hatte den Eindruck, keinen Verletzten, sondern eine vollkommen gesunde Person vor sich zu haben.

Das falsche Baby

Am Morgen des 22. März 2016 interviewte ein Nachrichtenstudio von NBC einen NATO-Mitarbeiter namens Jeff Hoffman, der von seinen angeblichen Erlebnissen am Brüsseler Flughafen erzählte. Interessanter waren die Bilder, die dazu gesendet wurden. Nämlich in Form eines Videos, das offenbar unmittelbar nach den Explosionen aufgenommen worden war. Darin sah man die verrauchte, aber ansonsten weitgehend unversehrte Abflughalle mit Menschen, die offenbar Schutz am Boden gesucht hatten. Als

Erstes erhob sich ein beleibter Mann in einem karierten Hemd und hob gleichzeitig ein Baby auf. Zwar sah man das nur von der Seite, bevor der Mann der Kamera den Rücken zudrehte, doch aufmerksame Beobachter wollten bemerkt haben, dass das angebliche Baby vollkommen steif und unbeweglich wirkte. Der rechte Arm des Kleinkindes ragte zum Beispiel gleichmäßig abgewinkelt vom Körper weg. Kurz: Das angebliche Baby wirkte wie eine Puppe. An einer Verletzung konnte das nicht liegen, denn der Mann und das Kleinkind befanden sich weit außerhalb der Explosionszonen. Während andere behaupteten, der kurze Abschnitt, auf

dem das Kind nicht einmal richtig zu sehen sei, beweise gar nichts, ist man auf freie Sicht in Wirklichkeit gar nicht angewiesen. Denn das Baby hätte nach all dem ja herzzerreißend schreien müssen. Davon hörte man aber nichts. Oder es war bewusstlos, aber dann hätte sich der Mann ebenfalls sofort um das Kind kümmern müssen. Stattdessen zeigte der Unbekannte nicht die geringste Empathie gegenüber dem Baby: Weder sah er es an oder streichelte es, noch sprach er mit ihm. Auch als er mit dem Kind auf dem linken Arm davonging, warf er keinen Blick darauf. Es fehlte wortwörtlich an der Zu-Wendung, die jeder andere Mensch einem echten Kind

nach einem solchen Erlebnis angedeihen lassen würde. Kurzum: Der Mann behandelte das Kind wie einen x-beliebigen Gegenstand – und das ist neben der seltsamen Steifheit des Kindes wohl auch der zweite Grund, warum hier manche Verdacht schöpfen, es könnte sich um eine Puppe gehandelt haben.

Unwahrscheinlich wie ein Lottogewinn

Kommen wir nun zu einer ganz besonderen Spezies von Opfern, nämlich jenen, die mit den Attentaten von

Brüssel zum zweiten oder dritten Mal von einem Terroranschlag betroffen waren. Sie behaupten, so etwas gibt es nicht? Da haben Sie natürlich nicht unrecht: Auf dem riesigen Globus und dem unendlichen Kalender gleich zwei oder drei Mal zur falschen Zeit am falschen Ort zu sein ist natürlich äußerst unwahrscheinlich. Besonders, wenn es sich immer wieder um einen Terroranschlag handelt. Schon das Risiko, von einem einzigen Terroranschlag betroffen zu werden, ist trotz des ganzen Medienrummels verschwindend gering: »Die Wahrscheinlichkeit, in Europa tatsächlich selbst von einem

Terroranschlag betroffen zu sein, sei »extrem gering«, zitierte die Website von Deutschlandradio Kultur den Risikoforscher Ortwin Renn: »Das Risiko sei geringer als die Gefahr, an einer Pilzvergiftung zu sterben« (a.a. O., online, 17.1.2015). Die Wahrscheinlichkeit, von einem Terroranschlag betroffen zu werden, liegt »im Bereich eines höheren Lottogewinns« (Rüdiger Safranski: *Zeit – was sie mit uns macht und was wir aus ihr machen*, München 2015). Noch unwahrscheinlicher ist es, durch einen Terroranschlag zu sterben: »Tatsächlich ist die Wahrscheinlichkeit, bei einem Terrorangriff ums Leben zu

kommen, sehr gering«, sagte auch der Direktor des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung, Gerd Gigerenzer, *Focus online*: »Seit dem Jahr 2000 kamen in Deutschland weniger als zehn Menschen durch Terror zu Tode, abgesehen von den Opfern des NSU« (a.a. O., 1.1.2016). Rechnet man die Zahl zehn hoch, dürften seit dem Jahre 2000 etwa 100 Menschen getötet, verletzt oder sonstwie von einem Attentat betroffen gewesen sein. Im selben Zeitraum starben in Deutschland aber etwa 80000 Menschen an Verkehrsunfällen. Anderweitig betroffen, etwa als Zeugen oder Zuschauer von Verkehrsunfällen, waren natürlich viel

mehr Menschen, sagen wir: Faktor zehn, also rund 800000. Etwa so viele Menschen wurden verletzt oder wohnten dem Geschehen zumindest bei. Erstaunlich, nicht? Haben Sie schon einmal gehört, dass deshalb ständig die Verkehrsgesetze verschärft würden? Natürlich nicht. Dass jemand mehrmals von einem Verkehrsunfall betroffen sein kann, ist also möglich. Aber von einem Terroranschlag?

Die drei Leben des Mason Wells

Interessanterweise haben wir es in Brüssel mit Personen zu tun, die gleich drei Mal von einem Terroranschlag betroffen waren, zum Beispiel ein Amerikaner namens Mason Wells: »Der junge Mann erzählt so ruhig von seinen traumatischen Erlebnissen, als wären sie für ihn nicht außergewöhnlich«, schrieb die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* nach den Anschlägen von Brüssel (online, 25.3.2016). »In der Tat hat Wells am vergangenen Dienstag bereits zum dritten Mal ein islamistisches Attentat überlebt. Während er spricht, ist eine Kamera auf sein Krankenhausbett gerichtet. Fast sein gesamter Kopf ist in Bandagen gewickelt, seinen Oberkörper

verdeckt ein Tuch.« – »Ich spürte viele ganz heiße und ganz kalte Dinge gleichzeitig auf meinen Körper auftreffen«, sagte Wells nach den Anschlägen von Brüssel im Krankenhaus. Als die Bombe losging, habe er am Schalter von Delta Airlines gestanden. Und: Der 19 Jahre alte Mormone aus dem Bundesstaat Utah sei »auch in der Nähe der Terroranschläge von Paris im vergangenen November zugegen gewesen. Und beim Anschlag auf den Bostoner Marathon im Jahr 2013 hatte er sich während der Explosionen in einer Nebenstraße der Ziellinie aufgehalten.« Nicht zu glauben: Mason Wells wohnte also noch nicht einmal an

irgendeinem Terrorbrennpunkt, wo es häufiger knallt, wie vielleicht in Tel Aviv oder im Westjordanland. Er wurde auch nicht an seinem Heimatort getroffen, sondern an über den ganzen Erdball verstreuten Orten, nämlich Boston, Paris und Brüssel.

Ein weiterer Rekord-Pechvogel war ein gewisser Amerikaner namens Matthew, der sowohl bei den Anschlägen des 11.9.2001 als auch bei dem Massaker im Pariser Nachtclub *Bataclan* im November 2015 dabei gewesen sein soll. »Vor 14 Jahren erlebte er, wie einige Männer Flugzeuge ins World Trade Center in New York steuerten. Damals, am 11. September

2001, hatte er ebendort einen Geschäftstermin. »Ich rannte durch halb Manhattan«, erinnert er sich an jenen Tag.« Und just am 13. November 2015 saß er im Pariser Nachtclub *Bataclan*, um den Klängen der Band *Eagles of the Death Metal* zu lauschen. Als die Schüsse anfangen, habe er sich durch die Menge Richtung Notausgang gedrängt, wobei er in die Wade getroffen worden sei und zu Boden fiel. In den Feuerpausen sei er jeweils weitergerobbt: »Ich kam Zentimeter um Zentimeter voran«, zitierte ihn *Die Welt* (online, 19.11.2015): »Dann sah ich die Schwelle des Ausgangs in meiner Reichweite. Ich konnte mich mit einem

Finger daran festklammern, dann mit einem anderen ...« Schließlich schaffte er es, sich auf die Straße zu retten. Sehr schön – aber ist das auch wahr? Denn während die Wahrscheinlichkeit, von einem Terroranschlag betroffen zu werden, verschwindend gering ist, ist diejenige, so etwas gleich drei Mal mitzerleben, gleich null. Überdies behauptete der Leadsänger der Death-Metal-Band »in einem Interview mit Fox Business Network, der Angriff auf das *Bataclan* sei von Sicherheitsleuten im Saal ausgelöst worden« (*Süddeutsche Zeitung*, online 13.11.2016).

Die Kronzeugin von Zaventem

Aber nicht nur die Opfer, auch die Journalisten sind häufig dieselben, ganz so, als würde es bei manchen Attentaten eine Art Familientreffen geben. Kommen wir zum Beispiel zu einer wichtigen »Kronzeugin« der Flughafenattentate von Brüssel, der georgischen Journalistin Ketewan Kardava. Sie arbeitete für den staatlichen georgischen Rundfunk und wurde am Morgen des 22. März nach den Brüssel-Attentaten von CNN interviewt. Es ging gleich merkwürdig los, indem sie erzählte, dass sie schon

über mehrere Terrorattentate vor Ort berichtet hatte, zum Beispiel über das Massaker von Anders Breivik in Norwegen und über die Attentate in Paris vom vergangenen November (2015). Und nun will sie bereits zufällig vor Ort gewesen sein, als am Brüsseler Flughafen Bomben explodierten. Das nennt man Reporterglück – oder – pech, je nachdem. Tatsächlich will sie nur eineinhalb Meter von einer der ersten Explosionen entfernt gewesen sein. Bevor die Bombe hochging, will sie am Schalter von Brussels Airlines gestanden und neben sich »ganz in der Nähe« einen großen schwarzen Gegenstand wahrgenommen haben. Ob

es ein Koffer oder eine Tasche gewesen sei, könne sie im Nachhinein nicht sagen, aber es sei ein großer schwarzer Gegenstand gewesen, der ihr verdächtig vorkam. Anhand eines Überwachungsfotos beschrieb sie ihren Standort vor dem Ticketschalter von Brussels Airlines. Sie sei »sehr, sehr nah« an der Bombe drangewesen, sagt sie. Eine Minute später habe sie die Explosion gehört und nicht einmal eine weitere Minute später die zweite Explosion – »viel stärker als die erste« (CNN auf YouTube: »Witness to terror at Brussels airport speaks out«, 22.3.2016).

Fotografieren statt helfen

Moment: »gehört«? Neben ihr explodiert eine große Bombe, und sie »hört« die Explosion? Wurde sie nicht zu Boden geworfen oder durch die Luft geschleudert und schwer verletzt, wie der große Basketballprofi Sebastien B., von dem bereits die Rede war? Wurden ihr nicht zumindest die Trommelfelle zerrissen? Anschließend hörte dieselbe Frau, die eigentlich zerfetzt oder schwer verletzt sein müsste, auch noch die zweite Explosion und stellte fest, dass diese »viel stärker als die erste«

gewesen sei? Erstaunlich: Woher wusste sie das? Wenn die Explosion weiter entfernt war, müsste sie eigentlich leiser gewesen sein. Aber es kommt noch besser. Statt nunmehr ihre verstreuten Gliedmaßen einzusammeln, fing Kardava zu fotografieren an. Tatsächlich behauptete sie ja auch, dass sie von Schwerverletzten mit abgerissenen Gliedmaßen umgeben gewesen sei. Aber wenn vor ihr die Schwerverletzten nur so herumlagen – warum hat sie dann nicht *geholfen*? In ihrem Interview versuchte sie das mit dem Hinweis zu erklären, dass sie nun mal Journalistin sei und keine Ärztin. Eine unglaubliche Begründung, denn

würde jeder normale Mensch angesichts eines solchen Leidens nicht seine Kamera vergessen und sofort zu helfen versuchen? Interessanterweise war es niemand anderer als diese Journalistin, die viele der fragwürdigen Bilder aufgenommen hat, über die wir bereits gesprochen haben. Zum Beispiel den Basketballspieler B., der inzwischen eine Videoproduktion betreibt. Oder auch das Bild der beiden Frauen auf der Sitzgruppe, das ich oben erwähnt habe. Das sei ihr erstes Bild gewesen, sagte Kardava. Aber warum nahm sie nur diese (wenn überhaupt) eher leicht Verletzten auf, statt die Leichen und Schwerverletzten, die um sie

herumgelegen haben müssen (natürlich anonymisiert)? Davon, dass sie selbst unter ihnen hätte sein müssen, einmal ganz abgesehen. Ihr zweites Foto, erzählt sie, sei das von dem liegenden Basketballer mit der kaputten Hüfte gewesen, der überhaupt keine kaputte Hüfte hatte. Von den angeblich herausstehenden Knochen war jedenfalls nichts zu sehen, und Blut befand sich auch nicht neben seiner Hüfte. Erst viel weiter unten, neben seinen Beinen. Unmittelbar darauf habe sie die Fotos auf ihren Twitter- und Facebook-Account hochgeladen – zusammen mit einem Hilferuf »Explosion ..., help us«.

Wie nach einer Vergewaltigung

Das erste Foto von Kardava zeigte, wie gesagt, zwei Frauen: eine, die auf einer Sitzgruppe sitzt und telefoniert. Außer etwas Blut an der rechten Hand zeigt sie keine Spur einer Verletzung. Sie ist offenbar voll orientiert, wach und bei Kräften. Kein Schmerzausdruck im Gesicht. Die andere Frau dagegen sieht aus wie nach einer Vergewaltigung. Mit gespreizten Beinen sitzt sie schräg auf der Sitzgruppe, ein Bein hochgestellt, das andere auf dem Boden. Eine Verletzung ist nicht zu erkennen, nur

etwas rote Flüssigkeit an der Stirn und am rechten Fuß. Der rechte Schuh ging verloren, der linke hängt nur noch lose an ihrem Fuß. Die Oberbekleidung wurde halb weggerissen, sodass man ihren wohlbeleibten nackten Bauch und ihren Büstenhalter sieht. Die Frage lautet nun, wie Kardava die Gesichter dieser Frauen überhaupt zeigen konnte. Normalerweise verbietet es sich von selbst, die Gesichter von Opfern zu zeigen, insbesondere, wenn sie schwer verletzt wurden und/oder gar ihr Körper bloßgelegt wurde. Denn dadurch werden Privat- und Intimsphäre verletzt und der oder die Betroffene zum zweiten Mal viktimisiert. Auch juristisch ist es daher

ausgeschlossen, ein solches Opfer offen abzubilden, da auf diese Weise massiv seine Persönlichkeitsrechte verletzt würden. Das nächste Problem besteht darin, dass die Frau später als Inderin vorgestellt wurde, nämlich als Angestellte der indischen Fluggesellschaft Jet Airways. Gerade für eine Inderin wäre es vollkommen ausgeschlossen gewesen, sich in einer derartigen Pose abbilden geschweige denn das Bild veröffentlichen zu lassen. Indische Frauen gelten schon aus weit geringerem Anlass als Huren, Prostituierte oder Freiwild. Angeblich lebte die Verletzte ja in Indien, und zwar in Mumbai (*CBS News*, online,

24.3.2016). Die einzige Möglichkeit, das Foto trotzdem zu veröffentlichen, wäre das (unwahrscheinliche) Einverständnis des Opfers gewesen. Kardava hätte die Frau also fragen und ihre Zustimmung zur Veröffentlichung einholen müssen. Ansonsten drohten ihr – angesichts der weltweiten Verbreitung des Bildes – Schadenersatzklagen in Millionenhöhe. Hat sie also gefragt?

»Ich hoffe, es geht Ihnen gut«

Kardava berichtet selbst über das Opfer: »Sie befand sich in einem Schock, sprachlos. Man hörte keine Schreie, keine Schüsse. Sie blickte nur voller Angst um sich.« Mit anderen Worten war die Frau in diesem Moment wehrlos und nicht bei sich. Warum ist Kardava nicht hingegangen, hat ihre Kamera weggelegt, erst einmal nach Wunden gesehen und die Frau getröstet? Stattdessen hat sie abgedrückt. Schon menschlich ein sehr seltsames Verhalten. Der normale »journalistische Ablauf« hätte darin bestanden, sich vorzustellen, nach dem Namen der Frau zu fragen und ihr Einverständnis zur Veröffentlichung des Bildes einzuholen – und zwar am besten

schriftlich. Als Profifotograf sollte man entsprechende Formulare sogar dabei haben. Aber selbst dann wäre die Zustimmung nicht unbedingt wirksam gewesen, da die Frau allem Anschein nach nicht voll zurechnungsfähig war und wahrscheinlich alles unterschrieben hätte. Auch aus dem Umstand, dass sich die Frau nicht gegen das Foto wehrte, kann man unter diesen Umständen keine »konkludente« Zustimmung folgern. Aber: »Kardava fragte nicht nach dem Namen der Frau; sie fotografierte ein anderes Opfer – den belgischen Basketballspieler Sebastien B. –, bevor sie aus dem Flughafen geworfen wurde: ›Ich verließ sie und begab mich an einen

sichereren Ort«, sagte sie. »Ich hoffe, es geht ihnen gut. Ich hoffe wirklich, dass sie all diese Schwierigkeiten überwinden werden«», zitierte sie das *Time Magazine* (online, 23.3.2016).

Eine Halbnackte in der New York Times

Daraus ergibt sich nicht nur, dass Kardava die Einwilligung des Opfers nicht eingeholt, sondern auch, dass sie den Kontakt auch später nicht gesucht hatte. Trotzdem wurde das Bild der Verletzten »in nur wenigen Stunden ...

zum Symbol für die Terroranschläge vom 22. März«, hieß es auf der Website von *Time*: »Fotografiert von Ketevan Kardava, Sonderkorrespondentin des Georgischen Öffentlichen Rundfunks, wurde das Foto rund um die Welt veröffentlicht und geteilt, einschließlich der Titelseite der *New York Times*.« Donnerwetter! Aber wie kommt es, dass diese ehrwürdige Zeitung ein halbnacktes, offensichtlich hilfloses Opfer auf ihrer Seite 1 abbildet? Hätte sich das nicht schon aus ethischen Gründen verboten? Und wie kommt ein Foto, dessen Rechte offenbar nicht geklärt waren, auf die Titelseite der *New York Times*? Tja, da ist guter Rat teuer.

Oder wurden die Rechte etwa doch geklärt? Und zwar, weil es sich bei den abgebildeten Verletzten in Wirklichkeit um Statisten handelte? Anders wäre die weltweite Verbreitung ihrer Bilder kaum möglich gewesen – schon gar nicht auf den Titelseiten renommierter Medien. Mit anderen Worten spricht manches dafür, dass diese Herrschaften Komparsenverträge abgeschlossen hatten – mit wem auch immer. Die Bildrechte sind dabei regelmäßig inbegriffen. Kardava kann der Vertragspartner nach Lage der Dinge nicht gewesen sein, jedenfalls, wenn ihre Schilderung der Begegnung stimmt. In diesem Fall muss es jemand anders

gewesen sein, zum Beispiel eine Organisation, die die Rechte pauschal eingeholt hat, etwa eine Produktionsfirma. Vielleicht sogar die des ehemaligen Basketballspielers Sebastien B.?

Die Täter: Selbstmordbomber oder Sündenböcke?

Aber wenn die Opfer falsch gewesen sein sollten, wie echt waren denn dann die Attentäter? Denn wenn es hier keine echten Toten und Verletzten gab, wie die

bisherigen Recherchen nahelegen, dann kann sich im Flughafen oder in der U-Bahn ja auch niemand in die Luft gesprengt haben. Ansonsten hätte es außer ihm selbst noch mehr Opfer gegeben. Was die angeblichen Täter der Terroranschläge am Brüsseler Flughafen Zaventem und in der Metro-Station Maalbeek angeht, kann man es relativ kurz machen. Das »Praktische« an Selbstmordattentätern ist, dass sie in der Regel hinterher nicht nur tot, sondern sogar »weg« sind. Der Selbstmordattentäter begeht nicht nur ein Attentat, sondern auch noch Selbstmord, sodass man hinterher nicht mehr gegen ihn ermitteln kann und muss. So auch bei

den Brüssel-Attentaten: Drei der fünf verdächtigten Bomber waren hinterher tot – jedenfalls angeblich: Ibrahim El Bakraoui, Najim Laachraoui und Khalid El Bakraou. Bei den Terrorattentaten von Paris am 13. November 2015 hatten die Täter ebenfalls ganze Arbeit geleistet: Damals waren bei den Explosionen sieben der neun angeblichen Attentäter gestorben. Zwei weitere Verdächtige wurden fünf Tage später bei einer Razzia in Saint-Denis getötet. Saubere Arbeit – aber was ist mit all den nützlichen Informationen, die man von diesen Verdächtigen hätte gewinnen können? Hatte daran denn niemand Interesse? Wie schon im Fall *Charlie Hebdo*

handelte es sich dabei um nichts weiter als Beweismittel- beziehungsweise Zeugenvernichtung. Wer auf die Festnahme von Terrorverdächtigen keinen Wert legt, der ist auch an ihren Aussagen nicht interessiert. Aber warum nicht? Weil er gar nicht will, dass die Netzwerke aufliegen und der Terror endlich gestoppt wird? Oder weil er selbst mit drinhängt?

**Eher nehmen denn
geben**

Der berüchtigte Ibrahim El Bakraoui

beispielsweise, der auf einem Überwachungsvideo vom Brüsseler Flughafen einen Gepäckwagen schob, war nicht gerade ein gläubiger Moslem, sondern »ein verurteilter gewalttätiger Räuber«: »2010 war er zu zehn Jahren Haft verurteilt worden, weil er nach einem versuchten Raub auf Polizisten geschossen hatte« (*Spiegel Online*, 10.4.2016). Aber siehe da: Bereits nach der sagenhaft kurzen Zeit von vier Jahren und neun Monaten wurde er »wegen guter Führung mit Auflagen freigelassen, offenbar gegen den Rat der Gefängnisleitung in Ittre«, so die *Süddeutsche Zeitung* (online, 25.3.2016). Sollte er diese

Haftverkürzung wirklich ganz »umsonst« bekommen haben? Oder hatte er eingewilligt, in irgendeinem Terrorszenario der Behörden mitzuwirken? Räuber haben schließlich auch ein ganz anderes Profil als fanatische Muslime. An Märtyrertum sind Räuber und Diebe eigentlich nicht interessiert, denn sie sind nun einmal mehr aufs Nehmen denn aufs Geben programmiert – und schon gar nicht darauf, das eigene Leben herzugeben. »Auch Ibrahims jüngerer Bruder Khalid hat die fünf Jahre Haft, die er 2011 wegen Autodiebstahls erhielt, nicht abgesessen«, sondern kam »gegen Auflagen vorzeitig frei« (ebenda).

Typische Anzeichen für einen »Deal«
mit den Behörden. Und typische
Anzeichen für eine V-Mann-Karriere ...

24. März

Das Schweigen der Lämmer: Warum verstummten die Germanwings- Passagiere?

Ergriffen blättert die Frau in einem Album aus ausgedruckten WhatsApp-Nachrichten. Es sind die letzten Tweets ihrer Tochter, die diese am 24. März 2015 vor dem Flug von Barcelona nach Düsseldorf an ihre Mutter schrieb.

Wenig später soll Germanwings-Flug 4U9525 in den französischen Alpen abgestürzt sein, wobei alle 150 Insassen ums Leben gekommen sein sollen. Während die Mutter die Nachrichten vorliest, kämpft sie mit den Tränen: »Wir sind im Zug. Ich zeig dir nachher Fotos«, textete die Tochter um 7.56 Uhr aus Spanien. Aber als die Mutter um 8.07 Uhr »Gute Fahrt« wünschte, kam keine Antwort mehr. Zu sehen war diese Szene in der WDR-Dokumentation *Germanwings-Absturz: Leben lernen mit dem Schmerz* (WDR, 17.3.2016). Zum ersten Jahrestag des Germanwings-Absturzes fand die Aufarbeitung der Katastrophe vom 24. März 2015

ausschließlich emotional statt. Fakten interessierten nicht – nur Gefühle, Tränen und Erinnerungen, genauso wie nach dem 11.9.2001. So sah man zwar jede Menge Trauernde, Grabsteine und Fotoalben. Aber kein Journalist und kein TV-Team hatte sich aufgemacht, sich noch einmal um die kriminalistischen und technischen Fakten zu kümmern und die Katastrophe nochmals unvoreingenommen zu untersuchen. Dabei wäre das durchaus interessant gewesen.

Marktschreierische

Behauptungen

Genau vor einem Jahr, am 24. März 2015, soll der Germanwings-Flug 4U9525 auf dem Weg von Barcelona nach Düsseldorf in den französischen Alpen zerschellt sein – vom Kopiloten selbst zum Absturz gebracht. Ganz im Gegensatz zu den marktschreierischen Behauptungen der Medien über den angeblichen Selbst- und Massenmord des Kopiloten Andreas Lubitz ist diese Version jedoch keineswegs erwiesen. Denn befragen konnte man den Kopiloten schließlich nicht mehr, verteidigen konnte er sich auch nicht,

und ein Gerichtsverfahren hat es gegen einen Toten natürlich auch nicht gegeben. Das heißt: Beweise waren nicht nötig. Ohne stichhaltige Belege wurde behauptet, ein deutscher Pilot habe in einem Anfall von Wahnsinn bei seinem Selbstmord am 24. März 2015 149 Menschen mit in den Tod gerissen. Daher handelte es sich in Wirklichkeit nicht um ein rechtsstaatliches Verfahren, sondern um einen Hexenprozess post mortem. Trauer um den Toten verbot sich natürlich. Als es seine Eltern zum ersten Jahrestag der Katastrophe wagten, endlich auch eine Traueranzeige für ihn zu veröffentlichen, kochte sofort die Empörungswelle hoch, sie hätten sich

nicht gebührend bei den Opfern entschuldigt. Nun, wie auch: Denn da es ja kein Urteil gab, hatte ihr Sohn als nicht Verurteilter im Sinne des Gesetzes als nicht schuldig zu gelten.

Kometenschweif aus Daten

In meinem Jahrbuch *ungeklärt* – *unheimlich* – *unfassbar 2016* hatte ich die angebliche Absturzstelle der Germanwings-Maschine und die Frage der fehlenden Leichen ja bereits ausführlich untersucht. Hier, zum ersten

Jahrestag, soll es nun um die letzten Lebenszeichen der deutschen Passagiere gehen. Nach der Katastrophe wurden in den Bergen nämlich nicht nur keine Leichen gesichtet, sondern auch

- keine Pässe,
- keine Handyfotos und
- keine letzten Nachrichten der todgeweihten Passagiere gefunden, weder per SMS noch auf Papier.

Dabei ziehen Flugzeugpassagiere heutzutage einen regelrechten Kometenschweif aus elektronischen Daten hinter sich her. Während sich durch (häufig nicht deaktivierte) Handys

eine elektromagnetische »Wolke« um das Flugzeug bildet, knipsen und daddeln die Passagiere in der Maschine natürlich weiter. Besonders die Jugendlichen. Sollten zum Beispiel ausgerechnet 16-jährige Schüler wie die des Halterner Gymnasiums, die heutzutage an ihrem Handy hängen wie an einer dritten Mutterbrust, keine Nachrichten mehr gesendet und keine digitalen Einträge mehr hinterlassen haben? Immerhin soll es bis zu zehn Minuten oder länger gedauert haben, bis die Maschine vom Beginn des Sinkfluges an gerechnet im südfranzösischen Département Alpes-de-Haute-Provence aufschlug. »Selbst

wenn der Airbus abgestürzt sein sollte«, heißt es auf einem Bürgerrechte-Blog, sei ein so langer Gleitflug »eine sehr lange Zeit – Zeit genug für Passagiere und Besatzung, um Textnachrichten oder Anrufe abzusetzen. Aber niemand hat es getan. Wie ist das zu erklären? Warum hat der angeblich aus dem Cockpit ausgesperrte Kapitän in diesen zehn oder vielleicht sogar 18 Minuten kein Mobil- oder Notfalltelefon benutzt? Warum hat tatsächlich niemand von den 144 Passagieren sein Telefon verwendet, um anzurufen oder seinen Angehörigen einen Text zu senden, sobald klar war, dass es ein Problem mit dem Cockpit und dem Flugzeug gab und dass es mit einem

Kilometer pro Minute Richtung Erde rast? Die Behauptung, dass die Passagiere erst im letzten Moment erkannten, was passierte, ist nicht plausibel. Die Fluggäste müssen mitbekommen haben, wie der Pilot versuchte, die Cockpittür aufzubrechen, wenn das wirklich auf dem Stimmenrekorder zu hören gewesen sein sollte. Sie müssen mitbekommen haben, wie das Flugzeug rapide an Höhe verlor und durch die Wolkendecke brach. Sie müssen die Berge näher und näher kommen gesehen haben ...» (*Eugenics and Pandemics*, online, 26.3.2015).

Wundern verboten

»Mich wundert, dass ich nirgendwo Hinweise auf (zu erwartende) Handyaktivitäten der Passagiere oder der Crew der Unglücksmaschine finden kann«, schrieb ein Benutzer auf *gutefrage.net* (26.3.2015): »SMS? Facebook? Twitter? Anrufversuche? Weiß hierüber jemand Bescheid?« Aber wundern ist hierzulande verboten: »Während des Fluges ist Handybenutzung nicht erlaubt«, wurde der Fragesteller gleich zurechtgewiesen: »Außerdem wird niemand mit einem Absturz gerechnet haben, und in der

kurzen Zeit hat sicher niemand daran gedacht, SMS oder Mails zu verschicken. Denk mal nach, die Menschen hatten Todesangst!« Und ein anderer Nutzer warf ein: »Ja, was bitte sollen die denn twittern?! ›Voll krass – ich sitz im Flugzeug, und das Triebwerk brennt ...‹. Oder vielleicht ein Handyvideo drehen mit ›Leute, guckt euch das mal an ..., der Pilot steht vorm Cockpit und prügelt mit [den] Fäusten an die Tür ...‹«

**»Mein Cousin, ich sage
Lebe wohl ...«**

Genau das. Von anderen Flugzeugabstürzen kennt man solche Nachrichten nämlich. Als etwa im August 2005 nach einem Druckabfall bei Athen eine Passagiermaschine abstürzte, schickten die verzweifelten Passagiere Nachrichten wie: »Mein Cousin, ich sage Lebe wohl. Die Piloten sind bewusstlos. Wir erfrieren.« Ein anderer simste: »Dem Piloten geht es nicht gut. Er ist ganz blau im Gesicht« (*Berliner Kurier*, online, 15.8.2005) Bei einem Luftzwischenfall in China am 30. März 2008 simste eine Passagierin zum Abschied: »Mein Liebster. Das Flugzeug hatte eine kleine Explosion, es gibt Rauch, und es sieht so aus, dass wir

schnell nach unten fliegen« (die Maschine konnte dann doch noch sicher landen; *Die Zeit*, online, 22.1.2009). Auch als am 3. Januar 2010 eine Maschine der Flash Airlines bei Scharm el Scheich ins Meer stürzte, hatten Passagiere noch Nachrichten an ihre Lieben geschickt: »Einige Familien haben wenige Minuten nach dem Start SMS von ihren Angehörigen an Bord erhalten, in denen es hieß, dass etwas schief läuft«, sagte Marc Chernet von der Vereinigung der Hinterbliebenen der Katastrophe (*Süddeutsche Zeitung*, online, 10.5.2010). Als am 28. November 2016 ein Flugzeug mit einer brasilianischen Fußballmannschaft beim

kolumbianischen Medellin gegen einen Berg flog, tauchte hinterher ein Video eines Spielers auf Snapchat auf.

Elektronisches Schweigen

Nur die Insassen der Germanwings-Maschine ließen nichts von sich hören? An einem angeblichen »Handyverbot« im Flugzeug konnte das nicht liegen. Zumindest im Flugmodus ist die Handynutzung bei Germanwings nämlich erlaubt, und im Notfall würde sich ohnehin niemand darum scheren. Sollte

der verzweifelte Kampf, den der Kapitän der Germanwings-Maschine angeblich um den Zutritt zum Cockpit geführt haben soll, niemanden zu einer Kurznachricht veranlasst haben? Auch ein Video zu drehen wäre schließlich nicht schlecht gewesen, was erstens auch im Flugmodus des Handys funktioniert (siehe auch unten) und zweitens nach der Landung hätte nützlich sein können – denn immerhin mussten die Passagiere nicht gleich mit dem Schlimmsten rechnen. Im Fall der Germanwings-Maschine endete die elektronische Kommunikation aber nicht etwa im Flugzeug oder mit dem Aufprall, sondern schon vor dem Abflug, nämlich in den

Unterkünften der Schüler in Spanien oder kurz danach auf dem Weg zum Flughafen. Jedenfalls nach dem, was wir aus den Medien wissen. Zum Beispiel will die Mutter eines der Schulmädchen schon um 6.23 Uhr eine letzte WhatsApp-Botschaft ihrer Tochter erhalten haben: »So, Taschen gepackt, jetzt geht es ab zum Flughafen.«

Tweet ins Nichts

Am interessantesten ist aber die eingangs erwähnte Mutter Steffi A. mit ihrem WhatsApp-Album, das sie in dem

TV-Interview mit dem WDR vorgezeigt hatte (WDR, ebenda). Demnach antwortete ihre Tochter eigentlich immer sehr schnell – innerhalb von Minuten. Als die Mutter am 20. März um 10.20 Uhr zum Beispiel schrieb: »Hallo Maus! Schick doch mal Bilder. Geht es dir gut?«, kam die Antwort um 10.22 Uhr: »Ja, mir geht's ganz gut, aber ich komm nicht ganz so gut mit Marina klar.« Auch eine andere Konversation zwischen den beiden spielte sich im Minutentakt ab. Und als die Mutter am Abreisetag, dem 24. März, um 7.52 Uhr über WhatsApp fragte: »Hallo Maus! Seid ihr schon unterwegs? Wie war Barcelona?«, kam die Antwort vier Minuten später, um

7.56 Uhr, aus dem Zug zum Flughafen:
»Wir sind im Zug. Ich zeig dir nachher
Fotos.« Aber als die Mutter um 8.07 Uhr
»Gute Fahrt« wünschte, wurde diese
Nachricht zwar noch bei der Tochter
angezeigt (erkennbar an einem blauen
Häkchen im Chatverlauf des Absenders),
eine Antwort bekam die Mutter aber
nicht mehr. Warum nicht, wenn die
Nachricht im WhatsApp-Chat angezeigt
wurde? Denn bis zum geplanten Abflug
von Germanwings 4U9525 um 9.35 Uhr
waren es immerhin noch knapp
eineinhalb Stunden. Keine Zeit mehr, ein
»Danke« zu senden? In Wirklichkeit soll
die Maschine sogar erst um 10.01 Uhr
gestartet sein (*tagesschau.de*,

24.3.2015), also fast zwei Stunden nach der Nachricht der Mutter. Laut dem WDR-Interview fragte diese um 12.20 Uhr bei ihrer Tochter an, ob sie gut gelandet sei. Ob diese Nachricht noch ankam (blaues Häkchen), beantwortete die Dokumentation leider nicht, denn kurz darauf wurde das Interview geschnitten. Schade eigentlich. Dem Häkchen hätte man nämlich entnehmen können, ob der WhatsApp-Chat der Tochter noch geöffnet war und das Mobiltelefon mithin noch funktionierte.

Übersicht:

Steffi A.	Linda B.

(Mutter)

(Tochter)

»Hallo Maus!
Schick doch mal
Bilder. Geht es
dir gut?«

20. März, 10.20
Uhr

»Ja, mir geht's
ganz gut, aber
ich komm nicht
ganz so gut mit
Marina klar.«

10.22 Uhr

»Hallo Maus!
Seid ihr schon
unterwegs? Wie
war Barcelona?«

24. März, 7.52
Uhr

»Wir sind im
Zug. Ich zeig dir
nachher Fotos.«

7.56 Uhr

»Gute Fahrt«
24. März, 8.07
Uhr

Bestätigung im
Chatverlauf
Keine Antwort

	Planmäßige Startzeit 9.35 Uhr
	Tatsächliche Startzeit 10.01 Uhr
	Absturz 10.41 Uhr
SMS (?) 12.20 Uhr	Keine Antwort

*Die letzten WhatsApp-Nachrichten
zwischen einer Mutter und ihrer
Tochter, gebucht für Germanwings-
Flug 4U9525.*

Warum verstummten die Passagiere?

Gab es nach dem oben genannten Zeitpunkt (7.56 Uhr) überhaupt noch irgendwelche Lebenszeichen der Schüler und der anderen Insassen? Und falls nein, warum nicht? Denn so sehr man auch sucht: Man findet keine weiteren Informationen über die letzten SMS, WhatsApp-Nachrichten oder auch Selfies der Germanwings-Insassen. Nur die britische *Daily Mail* will noch etwas über »die letzten Nachrichten der deutschen Schulkinder« aus dem Flugzeug erfahren haben, wonach sich

diese sehr auf zu Hause gefreut hätten (*Daily Mail*, online, 25.3.2015). Aber wenn man versucht, den entsprechenden Artikel (»Final texts from German school-children sent from ...«) anzuklicken, führt der Link ins Leere. Ein Video der *Daily Mail* mit demselben Titel enthält ebenfalls keinen Text. Von diesen angeblichen Nachrichten fehlt also jede Spur. Haben die Jugendlichen also wirklich bald nach dem Verlassen ihrer Unterkünfte »elektronisch geschwiegen«? Sehr ungewöhnlich. Doch selbst dann müsste es noch jede Menge Bewegungsdaten der Handys geben. Daraus ließe sich entnehmen, wo und wie lange die Mobiltelefone der

Passagiere in Barcelona in das Mobilfunksystem eingebucht waren: bis zum Flughafen? Oder noch im Flugzeug? Anhand der eingebuchten Mobiltelefone hätte man den Weg der Maschine über die Taxiways des Flughafens Barcelona, die Startbahn und noch darüber hinaus rekonstruieren können müssen: Welche Handys waren noch im System angemeldet und wie lange? Und an welchen Mobilfunkmasten haben sich diese Mobiltelefone während des Fluges eingebucht? Spätestens, als das Chaos in der Maschine begann und der ausgesperrte Kapitän an die Cockpittüre hämmerte, hätten einige Insassen sicherlich ihr Handy gezückt und per

SMS Hilferufe und Abschiedsworte abgesetzt. Selbst wenn die Mobiltelefone keine Verbindung bekommen hätten, hätten die Handys die Nachrichten im Postausgang gespeichert, um sie bei nächster Gelegenheit zu senden. Aus ihnen hätte hervorgehen müssen, was an Bord genau passierte. Weshalb haben die Handys die Nachrichten nicht abgesetzt, sobald sie wieder mit einem Mobilfunkmast verbunden waren? Und wenn nicht: Warum wurden die Nachrichten in den Handys nicht nach dem Absturz gesichert?

Speicherkarten unter Verschluss

Vom Inhalt der Handy- und Kameraspeicherkarten hörte man jedoch nie wieder etwas. Das ist merkwürdig, denn insbesondere Handys sind im Vergleich zu Menschen und Gepäck erstens sehr klein und überstehen Abstürze daher häufig besser. Zweitens sind sie mit ihrer im Vergleich zu ihrer geringen Masse hohen Festigkeit sehr robust. Auch die Speicher sind sehr klein und im Inneren des Gerätes gut geschützt. Zumal dann, wenn es nicht brennt. Weshalb gab es also

- während der langen Wartezeit bis zum Check-In und dem Abheben in Spanien von den Jugendlichen keine WhatsApp- und SMS-Botschaften mehr?
- keine Bewegungsdaten der Mobiltelefone?
- keine empfangenen Nachrichten bei Freunden und Verwandten (nach 7.56 Uhr)?
- keine Texte, Fotos, Videos, Selfies oder Sprachaufnahmen auf den geborgenen Handys?

Hatte sich tatsächlich kein einziger Handy-Speicher mehr auslesen lassen?
Alle Fotos, Texte, SMS-Nachrichten aus

dem Spanien-Aufenthalt weg?
Interessanterweise wurden die
Speicherkarten der Handys und Kameras
zurückgehalten: Alle Fundstücke sollten
den Angehörigen zurückgegeben
werden – »bis auf die Speicherkarten
der Handys und Kameras« (*Spiegel
Online*, 19.9.2015). »Die
Speichermedien werden vorerst noch
von der französischen Justiz
festgehalten, falls man auf ihnen
Beweise finden kann, die den Tathergang
erhellten.« Klingt erst einmal ganz
vernünftig und gar nicht spektakulär,
nicht wahr? Aber hier wurden den
Hinterbliebenen schließlich die letzten
Worte und Nachrichten ihrer Kinder und

Verwandten vorenthalten! Eigentlich undenkbar. Dass die Speicherkarten oder Handyspeicher wenigstens für die Angehörigen kopiert worden wären, wurde auch nicht berichtet.

Ein angebliches Handyvideo

Zwar präsentierte die *Bild* – Zeitung am 31. März 2015 ein angebliches Handyvideo aus dem Inneren der Germanwings-Maschine, doch ein Beweiswert kam ihm nicht zu, denn weder Flugzeug noch Passagiere waren

darauf zu erkennen. Die französischen Behörden bestritten denn auch die Echtheit der Aufnahmen: Berichte über ein Video seien »komplett falsch«. Heute kann man daraus nur noch einige verwackelte Sekunden sowie viele Mogelversionen im Internet finden. In Wirklichkeit sind keine authentischen Handydaten von Flug Germanwings 4U9525 bekannt – weder aus den Handys und Digitalkameras der Opfer noch aus den Handys von Empfängern oder im Mobilfunk-Computersystem. Seltsam, nicht? Unter realen Bedingungen könnte man sicher zumindest ein Drittel der Geräte auswerten und sämtliche Aktivitäten bis

zur letzten Sekunde rekonstruieren. Ein Handytester der »Stiftung Warentest« gab zu Protokoll, dass Speicherkarten »sehr widerstandsfähig« sein können: »Selbst wenn ein Handy in tausend Stücke zerfällt, kann der Speicher noch überstehen, zum Beispiel wenn das Gerät beim Aufprall abgefedert wurde« (*bild.de*, 31.3.2015). Warum bis heute keine Daten präsentiert wurden, bleibt deshalb ein Rätsel.

Der Disaster-McDonald's

Laut *Spiegel Online* fand die Bergung der Gegenstände an der Unfallstelle nicht durch amtliche Ermittler statt, sondern durch eine private Firma namens Kenyon International, die nach eigener Darstellung »Krisen- und Katastrophenmanagement« betreibt. Das heißt: Ein privater Dienstleister hatte von vornherein den Daumen auf der »Unfallstelle«, auf den Leichen und auf den Beweismitteln von Germanwings-Flug 4U9525. Lokale Behörden wurden so offenbar ausmanövriert und die Untersuchungen in die Hände von Kenyon gelegt. Zu den Services von Kenyon gehören Suche und Bergung von menschlichen Überresten genauso wie

die Identifizierung und Überführung in die Heimat. Also hochsensible Tätigkeiten, die über Wohl und Wehe der gesamten Untersuchung entscheiden. Darüber hinaus bietet Kenyon auch bei der Suche nach und Bergung von persönlichen Gegenständen wie Kleidung, Gepäck, Schmuck und natürlich auch Handys seine Dienste an: »Die Fluggesellschaft hat alle Fundstücke von der Absturzstelle durch den Dienstleister Kenyon International einsammeln, fotografieren und katalogisieren lassen«, schrieb *Spiegel Online*. Glaubt man seiner Website, managt Kenyon aber nicht nur Zug- und Flugzeugkatastrophen, sondern auch

Terroranschläge. Überall, wo es knallt, ist Kenyon auf Wunsch zur Stelle, sammelt Leichen und Beweismittel ein und betreut die Angehörigen bis hin zu den jährlichen Gedenkveranstaltungen. Und das Geschäft brummt natürlich nur, *wenn* es knallt. Mit anderen Worten könnte das, was wir nach dem Absturz von Germanwings 4U9525 gesehen haben, eine komplette »Kenyon-Operation« gewesen sein – und das ist keine gute Nachricht. Denn erstens ist Kenyon, wie gesagt, eine private und gewinnorientierte Firma und wird zweitens von Amerikanern und Briten geführt. Im Management und Vorstand befinden sich frühere US- und Royal-

Air-Force-Militärs. Haupteigentümer ist ein ehemaliger US-Soldat namens Robert A. Jensen.

Titelbild mit einem Geisterflieger

Doch was ist nun eigentlich wirklich passiert? Wenn der Flieger gar nicht in den Bergen aufschlug, wie es die bisherigen Recherchen nahelegen, wo sind die Insassen des Fluges denn nun geblieben? Dass sie verstorben oder zumindest verschwunden sind, darüber kann wohl kein Zweifel bestehen. Aber

warum und wozu? An der angeblichen Unfallstelle lagen sie nicht, wie ich bereits ausführlich gezeigt habe (siehe *ungeklärt – unheimlich – unfassbar 2016*, Rottenburg 2016). Gab es den Flieger also überhaupt? Vor dem geheimnisvollen Verschwinden von Flug Malaysian Airlines MH370 oder dem mysteriösen Absturz von Flug MH17 in der Ukraine wären solche Fragen wohl als absurd erschienen, aber inzwischen muss man sich wohl jeder Überlegung stellen – selbst der absurdesten. Das heißt, eigentlich müsste es heißen: Vor dem 11.9.2001 wäre so etwas absurd erschienen. Seither haben wir hinsichtlich der Spielchen unserer

Geheimdienste und Militärs eine Menge dazugelernt. Zum Beispiel, dass die USA schon seit Langem Szenarien mit verschwundenen Flugzeugen und gefälschten Trümmerfeldern in der Schublade haben (Operation *Northwoods*). Womit sich die Frage aufdrängt, ob Flug 4U9525 überhaupt jemals wie geplant gestartet ist oder ob die Opfer vorher abgefangen und entführt wurden, während an der Absturzstelle nur Trümmer abgeladen wurden. Merkwürdig ist in diesem Zusammenhang, dass die Maschine auf den Titeln Bildern des *Stern* nur als Geisterflugzeug auftauchte. Der *Stern* ist bekanntlich ein Insider-Magazin, aber

auch Desinformationsblatt der Extraklasse und war schon an vielen Skandalen und »Luftnummern« beteiligt. 1983 zum Beispiel präsentierte er mit großem Brimborium komplett gefälschte Tagebücher Adolf Hitlers. 1987 fanden seine Reporter die Leiche des schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten Uwe Barschel im Genfer Hotel *Beau Rivage*. Die Leiche war zwar echt, aber die behaupteten Todesumstände waren falsch. So hatte Barschel eben nicht Selbstmord begangen, sondern war von Mossad-Agenten ermordet worden, wie ein ehemaliger Mitarbeiter des israelischen Geheimdienstes haarklein beschrieb

(Viktor Ostrovsky: *Geheimakte Mossad*, München 1994, S. 290 bis 299). Am 18. März 2016 veröffentlichte der *Stern* die angeblichen Tagebuchnotizen des mutmaßlichen Germanwings-Todespiloten Andreas Lubitz.

Jungfrauen mit Blatt vor dem Mund

Daher ist es interessant, dass der *Stern* Flug 4U9525 gleich auf zwei Titelbildern nur als schemenhaftes, weißes oder transparentes Flugzeug darstellte, so, als wäre es nicht real und

nur eine Fantasie. Auf dem *Stern* – Titel vom 26. März 2015 wurde auf die Bergkulisse an der Absturzstelle ein weißer, schemenhafter Grundriss eines Flugzeuges projiziert. Der *Stern* – Titel vom 17. März 2016 war besonders symbolhaft: Oben sah man etwas, das wie ein typisches Selfie aussah: ein Foto der beiden Klassenkameradinnen aus Haltern, Aline V. und Helena S., beide 16 Jahre alt (symbolisch »Jungfrauen«). Doch es war kein normales Selfie. Zwar schmiegen die beiden, wie es gute Freundinnen (in diesem Fall sogar Cousinsen) häufig tun, innig die Köpfe aneinander. Aber über ihre Münder hielten sie seltsamerweise jeweils ein

großes, altes Ahornblatt. Wie und warum das Bild zustande kam, ist nicht bekannt. Aber welche Teenies würden ihre hübschen Gesichter schon mit einem alten Blatt bedecken? Zwar machen Jugendliche mit Selfies natürlich jede Menge Blödsinn. Allerdings habe ich trotz intensivster Suche im Internet nichts Vergleichbares gefunden. Ein gängiger Scherz oder eine gängige Pose scheint es also nicht zu sein. Zwar gibt es auf der einen Seite ganz vereinzelt Selfies mit Herbstblättern. Niemand hat jedoch ein Blatt vor dem Mund. Auf der anderen Seite ist ein »Blatt vor dem Mund« ein ganz spezifisches und sprichwörtliches Symbol. Es bedeutet Schweigen. Alte

und verwelkte Blätter wie diese sind gleichzeitig ein Symbol für den Tod. Die Botschaft könnte also lauten: Die beiden »Jungfrauen« werden für immer schweigen, weil sie tot sind. In der unteren Hälfte des *Stern* – Titels sieht man ein Bild der französischen Berge, in die Germanwings-Flug 4U9525 als transparenter Schatten hineinprojiziert wurde. Also als Geisterflieger oder Imagination. Zwischen dieser Szene und dem Mädchen-Selfie befindet sich die große Schlagzeile »Ich habe meinen Glauben an Gott verloren«. Genau darum dürfte es denn auch gegangen sein.

14 weiße Leichenwagen

Womit wir endgültig bei der symbolischen Ebene wären. Dass Filme oft zwei Ebenen haben, ist hinreichend bekannt: eine Handlungsebene und eine symbolische Ebene. Oder auch eine vordergründige (konkrete) und eine hintergründige (symbolische) Handlung. So wie ein Traum. Da unsere Realität neuerdings immer mehr inszeniert wird, kann man natürlich auch hier eine symbolische Ebene einziehen: Die Strippenzieher machen sich einen Spaß daraus, in das vordergründige Szenario okkulte Botschaften einzubauen. Diese

Ebene ist mindestens so interessant wie die vordergründige Erzählung. So dauerte es geschlagene zweieinhalb Monate, bis am 9. Juni 2015 eine Maschine mit den 44 deutschen Opfern an Bord um 22 Uhr 20 in Düsseldorf landete. Am nächsten Tag fuhren zwei schwarze und 14 schneeweiße, nagelneue und fast baugleiche Mercedes-Leichenwagen am Halterner Joseph-König-Gymnasium vorbei – genau elf Wochen nach der Katastrophe. Aber was geschah in diesen zweieinhalb Monaten? Warum dauerte es so lange, die Insassen zu bergen, zu identifizieren und einer Bestattung zuzuführen? Und was ist mit den 14 weißen

Leichenwagen? Nicht nur, dass Leichenwagen normalerweise schwarz sind. Darüber hinaus dürften 14 weiße und fast baugleiche Leichenwagen gar nicht so leicht zu beschaffen gewesen sein. Betrachtete man die Fahrzeuge genauer, handelte es sich hier um nagelneue und besonders festlich wirkende Fahrzeuge – das Feinste vom Feinen.

Geheimauftrag Leichenwagen

Wer weiß, wie teuer sich

Bestattungsunternehmen ihre Dienste bezahlen lassen, kann sich vorstellen, was das gekostet haben muss: 14 weiße Fahrzeuge aus dem gesamten Bundesgebiet, samt Fahrer, Beifahrer und Spesen! Und zwar für eine Woche! So lange sollten die Fahrzeuge angeblich in Haltern bleiben, bis die Bestattungen abgeschlossen sein würden! »Es war ein Spezialauftrag«, heißt es auf der Website des Bestattungsunternehmens Mertens in Meschede: »Zuerst galt: Stillschweigen, niemand durfte vorher davon erfahren. Dann waren gefordert: weiße Leichenwagen, ausschließlich der neueren Generation. Aus ganz Deutschland wurden diese

Bestattungsfahrzeuge

zusammengezogen.« (siehe

Bestattungshaus Mertens: »Wagen aus Meschede im Konvoi der toten Kinder von Haltern«, 12.6.2015)

Zusammen mit zwei schwarzen Fahrzeugen bildeten sie nach dem Germanwings-Absturz »den Konvoi der toten Kinder. Dicht an dicht fuhren sie in Haltern nach der Überführung aus Frankreich die sterblichen Überreste von 16 Schülern an den Trauernden vorbei«. Interessant, so ein Geheimauftrag. Aber warum mussten die Wagen denn nun unbedingt weiß sein? Zumindest 14 davon? Und wer hat das denn »gefordert«?

Eine unverfängliche und eine verfängliche Erklärung

Dafür gibt es eine unverfängliche und eine verfängliche Erklärung. Zuerst die unverfängliche: »Weiß ist die Farbe der Hoffnung, das sah sehr tröstlich aus«, sagte der 30-jährige Junior-Chef Fritz Mertens laut Mertens-Website. Die beiden weißen Fahrzeuge des Unternehmens habe man kostenlos zur Verfügung gestellt – eine Großzügigkeit, die man von Bestattungsunternehmen sonst so nicht kennt. Normalerweise ist der Tod mit das Teuerste am Leben.

Pietät spielt beim Kassieren keine Rolle, denn gerade das ist ja das Geschäft! Normalerweise möchten Angehörige ihre Verstorbenen auch möglichst bald zurückbekommen und beerdigen. Auf eine langwierige Suche nach weißen Leichenwagen würden sie also normalerweise gern verzichten. Nicht klar ist auch, wer dem Unternehmen zwei Ersatzfahrzeuge »zur Verfügung« stellte, wie das Bestattungshaus Mertens auf seiner Seite berichtete. Der übrige Begräbnisbetrieb musste schließlich wie gewohnt weitergehen. Welches gut gehende Bestattungsunternehmen kann gleich eine ganze Woche lang ohne Kostenausgleich auf zwei seiner

Fahrzeuge verzichten? Welcher geheimnisvolle »Sugardaddy« stellte dem Unternehmen also zwei Ersatzfahrzeuge zur Verfügung, die ebenfalls irgendwoher kommen mussten? Kamen diese Ersatzfahrzeuge auch von der Firma Kuhlmann? Was kostete das Ganze, und wurden diese Fahrzeuge an ihrem Herkunftsort etwa nicht gebraucht? Einem Medienbericht zufolge wurde der weiße Konvoi »auf Wunsch der Eltern, der Lufthansa und des Bundeskriminalamts« zusammengestellt, so das Nachrichtenportal *idowa* (von *Straubinger Tagblatt* und *Landshuter Zeitung*) am 14. Juni 2015. Darüber kann man sich wirklich nur wundern,

denn was geht es das Bundeskriminalamt und die Lufthansa an, wie die Hinterbliebenen die Bestattungen gestalten? Welches Interesse hatten Lufthansa, BKA und möglicherweise auch die Bundesregierung (als oberste vorgesetzte Behörde des BKA) an dieser Inszenierung?

Satansbraut und Satansbraten

Fragen über Fragen. Aber kommen wir nun zu der verfänglichen Erklärung: Die Farbe Weiß ist nicht nur ein Zeichen der

Hoffnung, wie der Mertens-Junior-Chef sagte, sondern vor allem die Farbe der Braut. Symbolisch gesehen handelte es sich also um Brautwagen. Das Seltsame ist zudem, dass es sich bei dem Todesdatum 24. März nicht um ein x-beliebiges Datum handelte, sondern um ein Hochzeitsdatum. In entsprechenden Internetforen und in einschlägiger satanistischer Literatur wird das Datum als das »Fest des Tieres« bezeichnet, bei dem sich der Teufel mit 16-jährigen Jungfrauen paaren soll. (Wobei ich natürlich nicht von einem realen Satan mit Hörnern und Hufen rede, sondern von Leuten, die solchen Vorstellungen anhängen.) Der 24. März liegt nämlich

genau neun Monate vor Jesu Geburt. Und aus Wut über diese (rein rechnerische) Zeugung des Herrn tobt sich Satan gemäß dieser Vorstellungen an diesem 24. März quasi aus und paart sich ebenfalls mit Jungfrauen. Interessant ist immerhin, dass gleich drei Daten des Germanwings-Absturzes mit den Eckdaten dieses satanischen Festes übereinstimmen, nämlich

- der 24. März (»Fest des Tieres«),
- das Alter der (meisten) deutschen Schüler an Bord der Germanwings-Maschine (16 Jahre)
- die Anzahl der weiblichen Opfer aus dem Joseph-König-Gymnasium

in Haltern (14 Schülerinnen, zwei Lehrerinnen, also 16).

Nicht zu vergessen: 16 Leichenwagen waren es schließlich auch, die elf Wochen nach der Katastrophe an dem Gymnasium vorbeifuhren – nicht 18, wie nach der Zahl der Opfer aus dieser Schule zu erwarten gewesen wäre. In Wirklichkeit starben 18 Angehörige des Joseph-König-Gymnasiums: zwei Schüler, 14 Schülerinnen und zwei Lehrerinnen. Wurden hier also wirklich nur die weiblichen Opfer am Gymnasium vorbeigefahren? Falls ja, warum?

Weshalb zwei Verstorbene nicht in

dem Konvoi mitgeführt wurden, darüber gibt es verschiedene Erklärungen. *RP Online* beispielsweise behauptete, die sterblichen Überreste der Lehrerinnen seien nicht mitgeführt worden, weil ihre Familien »an anderen Orten lebten«. Demnach wären also zwei männliche Schüler mitgeführt worden. Wieder andere Medien behaupteten, die beiden schwarzen Leichenwagen seien für die Lehrerinnen bestimmt gewesen. Demnach nahmen in einem Hangar am Düsseldorfer Flughafen »14 weiße und zwei schwarze – für die beiden Lehrerinnen bestimmte – Mercedes E-Klassen die Verstorbenen des Joseph-König-Gymnasiums entgegen«.

Demzufolge hätten die Lehrerinnen also die Rolle der »Gouvernanten« in dem Spiel übernommen. Im Falle von zwei Schülern wollten angeblich »die Angehörigen nicht an der öffentlichen Fahrt nach Haltern teilnehmen« (*idowa*, ebenda). Waren das also die männlichen Verstorbenen, oder warum wird von der politisch korrekten Presse hier die männliche Form »Schüler« verwendet? Im Kontext der genannten Inszenierung wäre das schließlich logisch gewesen. Schließlich fällt anhand der Namen noch auf, dass es sich hier ausschließlich um deutsche Schülerinnen handelte – trotz des hohen Ausländer-/Migrantenanteils an deutschen Schulen. Wurden diese

Schülerinnen also auch nach diesem Kriterium ausgesucht?

Die kognitive Blackbox

Dass natürlich niemand freiwillig an einer solchen »satanischen Hochzeit« teilnehmen würde, versteht sich von selbst. Zu satanischen Orgien, »Festen« und Opferritualen gehört das Kidnapping daher dazu. In der einschlägigen satanistischen Literatur geht einem Fest oder einer Orgie meistens ein Kidnapping voraus. Bei einem größeren »Bedarf« an bestimmten Teilnehmern

(zum Beispiel an 16-jährigen »Jungfrauen«) muss natürlich auch eine Legende für die Öffentlichkeit und die Hinterbliebenen her, wo die armen Menschen – quasi »en gros« – denn geblieben sein könnten. Ein angeblicher Flugzeugabsturz in einem unzugänglichen Gelände würde sich vorzüglich eignen, um eine bestimmte Menschenmenge verschwinden zu lassen.

Für diese Version sprechen auch und vor allem die fehlenden elektronischen Kommunikationsspuren zwischen dem Verlassen der Unterkünfte in Spanien und dem angeblichen Auffinden total zerstörter Handys. Beweise, dass die Jugendlichen an diesem Tag und um

diese Zeit wirklich in der Maschine saßen und über den französischen Alpen in der Luft waren, wurden jedenfalls nicht veröffentlicht. Seltsam – denn was sollte daran so brisant und geheim sein? Zwar soll zumindest Helena S. am Flughafen gewesen sein, aber Nachrichten hat sie von dort nicht gesendet. Zumindest erzählte ihre Mutter in einem ausführlichen *Stern* – Interview nichts davon (*Stern*, ebenda). Angeblich hatte ihre Tochter ihren Ausweis bei ihrer spanischen Gastfamilie vergessen, sodass der Gastvater extra zum Flughafen gerast sei, um ihn ihr zu bringen. Bei den Eltern hat sie sich aus diesem Anlass aber offenbar nicht

gemeldet. Der ganze Ablauf des Germanwings-Crashes lässt sich daher auf diese Weise schlicht nicht belegen – wenn die elektronischen Kommunikationsspuren wirklich nicht vorhanden sein sollten, sogar widerlegen. Denn diese *müsste es ja geben*. Notwendigerweise braucht es für eine solche Inszenierung natürlich auch einen sprichwörtlichen »Sündenbock«, der als der »falsche Böse« in dem Spiel präsentiert wird: der Kopilot Andreas Lubitz. Er wurde in den folgenden Wochen und Monaten zum reinsten Hexer und Teufel stilisiert, als Ablenkung von den wahren Teufeln, die diese Katastrophe auf dem Gewissen

haben. Auf einem Gewissen, das sie freilich gar nicht besitzen. Das *Stern* – Titelbild vom 17.3.2016 meldete dann quasi Vollzug: »Ich habe meinen Glauben an Gott verloren.« Den Satan wird's freuen ...

April 2016



Prince: © picture alliance/dpa/Jason Moore

Thema des Monats

21.4.: Das schnelle Begräbnis des Popstars Prince

3.4. Medien enthüllen Unterlagen über weltweite Briefkastenfirmen («Panama Papers») – **4.4.** Griechenland bringt Migranten von den Inseln Lesbos und Chios in die Türkei zurück – **7.4.** Französische Nationalversammlung verabschiedet Gesetz gegen den Besuch von Prostituierten – **8.4.** Die chinesische Reederei COSCO übernimmt 51 Prozent der Anteile am Hafen von Piräus – **13.4.** Die Staatsanwaltschaft Stuttgart klagt Anton Schlecker wegen vorsätzlichen Bankrotts an – **17.4.** Die brasilianische Abgeordnetenversammlung leitet ein

Amtsenthhebungsverfahren gegen die
Präsidentin Dilma Rousseff ein – **21.4.**
Der seltsame Tod des US-Popstars
Prince – **28.4.** In Frankreich
demonstrieren 170000 Menschen gegen
die geplante Arbeitsmarktreform der
Regierung

21. April

Prince: das schnelle Begräbnis eines Popstars

In Amerika sterben die Popstars bekanntlich wie die Fliegen. Denken wir zum Beispiel an Jimi Hendrix, Jim Morrison, Janis Joplin, Kurt Cobain, Amy Winehouse, Ike Turner, Whitney Houston und Michael Jackson. Oder auch an Schauspieler wie Marilyn Monroe, James Dean, Heath Ledger und wie sie alle heißen. Und wer das für ein

Klischee hielt, wurde durch einen Bericht der *taz* eines Besseren belehrt: »Ruhm verdoppelt das Sterberisiko«, stand da über die Ergebnisse einer britischen Studie zu lesen. Bei der Untersuchung von über 1000 Lebensläufen von Popstars sei »für die nordamerikanischen Stars eine durchschnittliche Lebenserwartung von 42 Jahren« ermittelt worden, bei ihren Kollegen aus Europa sogar nur 35 Jahre: »Die Ursachen für das frühe Ableben reichen von Selbstmord über Aids bis zu Autounfällen, doch sie spielen allenfalls eine Nebenrolle gegenüber dem Drogenkonsum, der für mehr als jeden vierten Todesfall verantwortlich ist«

(*taz*, online, 12.8.2010).

Remastered und Remembered

Womit wir beim 21. April 2016 wären. An diesem Tag nämlich verstarb in den USA plötzlich und unerwartet im Alter von 57 Jahren der Popstar Prince (bekannter Hit: »Purple Rain«). Gegen zehn Uhr morgens war er tot in einem Aufzug in seinem Wohn- und Studiogebäude Paisley Park in Chanhassen, Minnesota, gefunden worden. Gehört hatte man schon lange

nichts mehr von ihm. Seine große Zeit lag in den 80er-Jahren des vergangenen Jahrhunderts. Besonders der jungen Generation sagte der Name deshalb nicht mehr viel. Für viele Manager und Plattenfirmen ist der Tod des Stars in einem solchen Fall nicht unbedingt traurig, sondern die Chance zu einem bedeutenden Comeback und die Möglichkeit, noch einmal richtig Geld zu machen. Der Tod markiert den Übergang vom lebendigen Künstler zur Legende. Mit dem Ableben des Stars wandelt sich lediglich das Marketing – weg von Tourneen, Live-Gigs und Yellowpress-Skandälchen hin zu Werk- und Jubiläumsausgaben, Abschiedseditionen

und »Last Concerts«. Kurz: Der Verstorbene wird »remastered und remembered«, was das Zeug hält. »Nach seinem überraschenden Tod verhalfen ihm seine Fans zu einem Comeback in den Charts«, berichtete etwa die *Bild* – Zeitung über das Ableben von Prince. »Insgesamt sieben Alben des US-Musikers stürmten die Charts. Das Album *The Very Best Of Prince* machte einen Satz von Platz 98 auf Platz 5 der offiziellen deutschen Albumcharts« (online, 6.5.2016). Nicht schlecht. Fast wirkte es, als rechne irgendjemand aus, wann ein Star wie Prince tot mehr verdienen würde als lebendig.

Die bequemste Erklärung

Nicht doch – das ist natürlich eine reine Verschwörungstheorie. Prince zum Beispiel war gar nicht an irgendwelchen Drogen verstorben, wie so mancher Kollege, sondern an einer Grippe: »Freunde des Popstars sagen, dass Prince an einer starken Grippe gelitten haben soll«, berichtete *Bild* (online, 22.4.2016). »Die Mehrheit der Meldungen über den gestrigen Tod des Popstars Prince ging davon aus, dass er an Grippe gestorben war«, schrieb auch die Website des Magazins *Science*

(22.4.2016). Und das Wirtschaftsmagazin *Forbes* fragte: »Könnte die Grippe den Tod von Prince verursacht haben?« Antwort: »Ja, und lesen Sie hier warum: Natürlich ist es möglich, dass Prince an Grippe starb. Letzte Woche sagte einer seiner Mitarbeiter Reportern, dass ein Grippeanfall eine Notlandung seines Privatjets und einen kurzen Krankenhausaufenthalt in Illinois nötig gemacht hatte« (online, 21.4.2016). Kein Zweifel: Grippe wäre wohl für alle Beteiligten die bequemste Erklärung gewesen. »Grippe? Eh klar!«, schrieb auch ich auf meinem Google+-Kanal: »Ich würde sagen, das ist für einen

millionenschweren Popstar sehr naheliegend: Ist immer alleine, kann sich keinen Arzt und keine Medikamente leisten. Armer Kerl.« War nicht auch schon Whitney Houston mit Halsweh ins Bad gegangen und nicht mehr lebend herausgekommen (siehe *ungeklärt – unheimlich – unfassbar 2016*)? Na bitte! So gefährlich können Erkältungen sein! Also, Popstars: Packt euch immer schön warm ein und hütet euch vor Killerkeimen!

**Wahrheit
scheibchenweise**

Wie so oft, kam die Wahrheit nur
scheibchenweise heraus. Die Geschichte
mit der »Grippe« hielt nicht lange. Denn
wie gesagt: Warum sollte ein
millionenschwerer, wenn auch in die
Jahre gekommener Popstar ausgerechnet
an so etwas Banalem wie einer Influenza
sterben? Selbst *Bild* musste bald
zugeben, dass wohl doch etwas anderes
dahintersteckte: »Nicht einmal zwölf
Stunden nach der Todesmeldung stand
ein anderer Verdacht im Raum«, räumte
das Boulevardblatt ein: Starb Prince
etwa »an einer Überdosis?« Ungefähr
eine Woche vor seinem Ableben habe
Prince nämlich schon einmal das
Bewusstsein verloren – und zwar in

seinem Privatjet. Dessen Notlandung eine Woche zuvor wurde nun nicht mehr mit Grippe des prominenten Insassen, sondern anders erklärt. Das Magazin *People* habe berichtet, »dass Prince im Flugzeug nicht mehr ansprechbar gewesen ist. Das führte zur Notlandung auf dem Quad-City Airport in Moline (Illinois). Dies bestätigte ein Flughafenmitarbeiter.« Insider hätten der US-Seite TMZ erklärt, »Prince sei bei dieser Gelegenheit eben nicht wegen Grippe behandelt worden – sondern wegen einer Opioid-Überdosis«. Der offenbar schwer mitgenommene Sänger habe ein sofortiges Gegenmittel, einen sogenannten »Save Shot«, benötigt

(online, 23.4.2016).

»F« wie Fentanyl

»Ausgelöst wurde die Überdosis angeblich durch das starke Schmerzmittel Percocet«, schrieb *Bild* in krummem Deutsch, »das Prince laut ›TMZ‹ wegen seiner Hüftprobleme verschrieben wurde« (ebenda). Tatsächlich haben viele Stars durch den jahrzehntelangen Raubbau an ihrem Körper häufig Schmerzen, die sie mit Betäubungsmitteln bekämpfen müssen. Und wirklich fanden sich bei dem

Popstar zu Hause denn auch Schmerzmittel wie Percocet, eine Kombination aus Paracetamol und dem Opiat Oxycodon. Aber auch Aspirin und Vitamin C. Nur dass da, wo Aspirin draufstand, gar kein Aspirin drin war, jedenfalls nicht nur – sondern eine Droge namens Fentanyl: »In Behältnissen, in denen Aspirin oder Vitamin C sein sollten, befanden sich Fentanyl-haltige Arzneimittel, heißt es«, schrieb die *Deutsche Apothekerzeitung* (DAZ). »In einer Packung mit rund 20 Tabletten – deklariert als Paracetamol und Hydrocodon – sei zudem mindestens eine Fentanyl-Tablette gewesen« (online, 22.8.2016).

Aspirin und Russisch Roulette

Seltsam – wieso befanden sich in Princes Hausapotheke Fentanyl-Tabletten in den falschen Fläschchen? Der Stoff ist eine der stärksten Drogen überhaupt – 50 Mal stärker als Heroin und 120 Mal stärker als Morphin. Aufgrund seiner enormen Wirkung ist es auch schwer zu dosieren. »Beim Menschen verursachen bereits geringere Dosierungen Atemdepressionen bis hin zum Tod durch Atemstillstand«, so die DAZ. »Der Musiker, der zuletzt nur noch 112 Pfund wog, hatte nach den

Ergebnissen der Obduktion so viel Fentanyl im Blut, dass jeder daran gestorben wäre«, zitierte die *Star Tribune* einen Ermittler (online, 21.8.2016). Laut Obduktionsbericht vom 2. Juni 2016 lautete die Todesursache deshalb »selbst verabreichtes Fentanyl«. Und das war wohl noch nicht einmal falsch. Allerdings musste die Frage eigentlich lauten: Wie kamen die Todespillen überhaupt in die Aspirin- und Percocet-Fläschchen? Und wer hatte sie da hineingefüllt? Wer auch immer das getan hatte, hatte ein Spiel mit dem Tod gespielt. Denn für einen Konsumenten, der nur Oxycodon oder Aspirin gewöhnt ist, wäre dieselbe

Dosis Fentanyl der sichere Tod. Dass Prince das Fentanyl selbst in Aspirin- oder Percocet-Packungen versteckt hatte, ist deshalb unwahrscheinlich. Genauso gut hätte er gleich Russisch Roulette spielen können, denn sobald er aus Schusselei oder Vergesslichkeit statt zu Aspirin oder Percocet zu Fentanyl gegriffen hätte, wäre er tot gewesen. Und schusselig ist man als Schmerzmittelpatient oder gar Drogenabhängiger nun mal schnell. Des Weiteren sei Fentanyl bei ihm »nie nachgewiesen worden«, wie die *Deutsche Apothekerzeitung* schrieb (online, ebenda). Demnach hatte er es bis dahin offenbar auch nicht genommen.

Selbstmord scheidet wohl ebenfalls aus, denn Prince hatte sich nach der Einnahme nicht zum Sterben hingelegt, sondern war irgendwelchen Tätigkeiten nachgegangen, die ihn schließlich in den Aufzug geführt hatten.

Fahrlässige Tötung oder Mord?

Die Falschetikettierung von Arzneimitteln ist ein höchst kriminelles Unterfangen. Schon bei gängigen Medikamenten wie Betablockern oder Blutverdünnern kann es dabei zu ernststen

Folgen kommen. Erst recht aber bei starken Schmerzmitteln. Hier steht deshalb der Verdacht der fahrlässigen Tötung oder des Mordes im Raum. Haben irgendwelche Drogendealer oder Pharmazeuten ihre Opioid-Pillen versehentlich mit Fentanyl-Tabletten gemixt? Das wäre dann zumindest als fahrlässige Tötung einzustufen. Bei Absicht sogar als Mord. Erst recht dann, wenn irgendjemand speziell Prince im Fadenkreuz gehabt und ihm bewusst Fentanyl unter sein Percocet oder Aspirin gemischt haben sollte. Wer auch immer die Pillen absichtlich unter die Percocet- und Aspirin-Tabletten würfelte, hat den Tod des Konsumenten

nicht nur in Kauf genommen, sondern regelrecht beabsichtigt. Warum sonst sollte man schwache bis mittelstarke Schmerzmittel mit einem tödlichen Gift wie Fentanyl mischen? Schließlich kommt diese Methode einem perfekten Verbrechen sehr nahe. Ein unbeobachteter Moment genügt, um dem Opfer blitzschnell ein paar tödliche Tabletten in seine Arzneidosen zu füllen.

Kronzeuge »Doctor D«

Papperlapapp! Am 23. August 2016 trieben die Medien nämlich Princes

angeblichen Drogendealer auf. Leider blieb er anonym, und auch sein Gesicht bekam man nicht zu sehen. Aber der Unbekannte behauptete, den Sänger viele Jahre lang mit Stoff versorgt zu haben – auch mit Fentanyl. Seit 1984 habe er Prince Drogen verkauft, darunter auch diese. »Princes früherer Drogendealer hat enthüllt, dass der Star regelmäßig starke Opiate in falsch etikettierten Flaschen kaufte, um seine geheime Sucht zu verstecken«, berichtete die *Daily Mail* (online, 23.8.2016). »Der Star kaufte bewusst Fentanyl – die Droge, die ihn tötete – und andere suchtbildende Drogen wie Dilaudid in Flaschen, die als Antibiotika oder bekannte

Schmerzmittel etikettiert waren, wie zum Beispiel Tylenol oder Aleve.« Der Dealer habe darauf bestanden, dass Prince ganz genau wusste, was er da einnahm. »Die Mischung aus Hydrocodone und Fentanyl entsteht nicht zufällig; es ist eine Kombination, die ein Dealer für seinen Kunden herstellen kann«, behauptete der Drogenhändler laut *Daily Mail*. »Prince war sich dessen bewusst. Wenn eine Pille mit Fentanyl dabei war, dann musste er das veranlassen und es zu 100 Prozent gewusst haben.«

Die schlechtesten Zeugen, die es gibt

Nun lügen Süchtige und Dealer normalerweise wie gedruckt und sind die schlechtesten Zeugen, die man sich überhaupt vorstellen kann. Zumal dann, wenn sie auch noch anonym bleiben, wie in diesem Fall. Zudem sind sie natürlich ständig bemüht, die Schuld auf andere zu schieben. So fällt denn auch auf, dass der Mann, der sich »Doctor D« nannte, Prince jahrzehntelang mit Stoff versorgt haben wollte – nur in letzter Zeit nicht mehr. Die Geschichte von dem Popstar, der seine »geheime Sucht« tarnen

wollte, hinkt in Wirklichkeit gewaltig. Denn wer letzte Fotos von Prince gesehen hat, weiß, dass ihm jeder in seiner Umgebung seinen Zustand ansah. Offensichtlich war der Sänger zu einem Wrack heruntergekommen – am Stock gehend und nur noch 112 Pfund schwer, also 56 Kilogramm. Kurzum: Genauso wie der späte Michael Jackson war der gebrechliche Prince als Bühnenstar wohl nicht mehr zu gebrauchen. Genauso wusste seine Umgebung sehr wahrscheinlich über seine Drogenabhängigkeit Bescheid – denn nur so hatte man ihn in den zurückliegenden Jahren überhaupt auf den Beinen halten können. Normalerweise werden solche

Popstars denn auch von ihrer Umgebung mit Stoff versorgt. Des Weiteren zeigt der Artikel der *Daily Mail*, dass das »Pillenversteck« noch weit gefährlicher gewesen sein muss als bisher gedacht. Denn demnach waren die Fentanyl-Pillen nicht einfach unter andere Tabletten gemischt worden. Vielmehr waren sie sogar bis hin zur korrekten Gravur (»Watson 385«) als das weit harmlosere Hydrocodon getarnt worden und so auch für den Nutzer nicht mehr von diesem zu unterscheiden – tödliche »Unfälle« programmiert. Darüber hinaus stellt sich noch die Frage: Wenn Prince mit Fentanyl so »auf du und du« gestanden haben sollte, wie der

unbekannte Dealer behauptete: Wie kam es dann, dass er plötzlich eine Dosis Fentanyl im Blut hatte, die auch den stärksten Mann umgehauen hätte?

Keine Gewalt – kein Mord?

Schließlich wären da noch die plumpen Vertuschungsversuche der Medien. Am 23. April 2016 versuchte die *Bild* – Zeitung, ihren Lesern allen Ernstes weiszumachen, dass Mord oder Suizid bei Prince »ausgeschlossen« sein, weil bei seiner Obduktion »keine Hinweise

auf Gewalteinwirkung gefunden« werden konnten. Keine Gewalt – kein Mord? Was ist denn das für eine Logik? Aber die plumpe Schussfolgerung, fehlende Gewaltspuren schlossen Mord oder Selbstmord aus, blieb nicht der einzige Versuch, den Fall Prince so schnell wie möglich unter den Teppich zu kehren. In den USA wurde der Popstar im Eiltempo obduziert und eingeäschert. Nachdem Prince am 21. April tot aufgefunden worden war, wurde er bereits am Morgen des nächsten Tages obduziert und noch am Abend des 22. April der Familie übergeben. Wäre es nicht besser gewesen, die Leiche noch ein paar Tage

aufzuheben, falls Nachuntersuchungen nötig geworden wären? Nichts da: Schon am nächsten Tag, dem 23. April, wurden die Überreste des Popsängers kremiert. Jede Überprüfung der Obduktion war damit ausgeschlossen, da die Leiche nun natürlich nicht mehr exhumiert werden konnte. Nach der Kremierung packten die Hinterbliebenen die Urne in ein Auto und fuhren davon. Zu Hause in Paisley Park, wo seine Leiche in einem Aufzug gefunden worden war, wurde seine Asche in einer Urne aus dem 3-D-Drucker aufgestellt.

Eine erfundene Bestattungsregel

Wer sich über die eilige Einäscherung wunderte, wurde umgehend beruhigt. Am 24. April 2016 setzten unsere Qualitätsmedien nämlich noch einen drauf und behaupteten, die schnelle Kremierung stünde »wohl auch im Zusammenhang mit Prince' religiöser Überzeugung«. Demnach war Prince seit Jahren »Anhänger der Zeugen Jehovas, die eine Einäscherung innerhalb von einer Woche nach dem Tod verlangen« (*Bild*, online, 24.4.2016). Auch die *Bunte* schrieb: »Diese schnelle Prozedur

hängt mit der religiösen Überzeugung von Prince zusammen. Die Musik-Ikone war ein Anhänger der Zeugen Jehovas. Hier muss die Einäscherung innerhalb einer Woche nach dem Tod geschehen« (online, 24.4.2016). Ach so – dann war ja alles klar! – Nichts war klar. Im Gegenteil: Warum die Medien diesen Unsinn verbreiteten, ist äußerst unklar. In Wirklichkeit gibt es bei den Zeugen Jehovas nämlich gar »keine speziellen Beerdigungsregeln«, heißt es auf einem Bestatter-Blog. Schon gar nicht gibt es eine Vorschrift zur Einäscherung: »Die Bestattung erfolgt nach den jeweiligen Landesgesetzen beziehungsweise entsprechend der Wünsche des

Verstorbenen oder der Angehörigen. Erdbestattungen auf dem Friedhof sind also genauso möglich wie Feuerbestattungen oder Seebestattungen« (*stilvolle-grabsteine.de*, ohne Datum). Auch auf der Website von Jehovas Zeugen heißt es: »Jehova kann jedem Leben und einen neuen Körper geben – ob er eingeäschert wurde oder nicht ... Um einen Verstorbenen aufzuerwecken, braucht Jehova nicht dessen früheren Körper ... Letztendlich bleibt aber die Entscheidung, ob jemand eingeäschert wird oder nicht, jedem selbst oder dessen Familie überlassen« (*www.jw.org*). Da fragt man sich natürlich, warum *Bild* und andere

Medien eine Bestattungsregel erwähnten, die es gar nicht gibt, nur um die schnelle Einäscherung des Popstars Prince zu erklären.

Comeback eines Toten

Am 26. April 2016 begann der Run auf das Vermögen des Popstars. An diesem Tag beantragte seine Schwester Tyka Nelson, amtlich das Fehlen eines Testaments festzustellen – was wohl den gesetzlichen Erbgang in Gang setzen sollte. Neben weiteren fünf Halbgeschwistern erklärten sich nicht

weniger als 700 Personen für Halbgeschwister oder Hinterbliebene des Musikers. Im Internet entwickelte sich Prince zu einem der meistgesuchten Begriffe, Radio- und TV-Sender spielten seine Hits rauf und runter, die Plattenverkäufe stiegen um sagenhafte 41000 Prozent. Fünf Prince-Alben stiegen unter die Top Ten – neuer Rekord. Nach dem Motto: Künstler tot – Comeback geglückt.

Mai 2016



© Bild des Autors

Thema des Monats

14.5.: Detaillierte Wettervorhersagen

erweisen sich als unheimlich treffsicher

4.5. USA: Bei den
Präsidentschaftsvorwahlen der
Republikaner bleibt Donald Trump als
einziger Kandidat übrig – **6.5.** Beginn
eines Generalstreiks gegen
Sparmaßnahmen und Rentenkürzungen
der Regierung Tsipras in Griechenland –
7.5. London bekommt einen
muslimischen Bürgermeister (Sadiq
Khan) – **9.5.** In Österreich tritt
Bundeskanzler Werner Faymann
zurück – **10.5. *Messerattentat von***
Graing bei München – **12.5.** Die *New*
York Times berichtet über ein staatliches
russisches Doping-System – **14.5. *US-***

Meteorologen *sagen*
Wetterkatastrophen in Deutschland
detailliert voraus – 18./19.5. Zwischen
Kreta und Ägypten stürzt Flug Egypt Air
MS804 ins Mittelmeer. 66 Tote – **23.5.**
Der französische
Haushaltsgerätehersteller SEB
übernimmt den deutschen
Küchenmaschinen- und Besteck-Multi
WMF

10. Mai

Messerattentat von Grafing: Was gibt es zu verbergen?

Circa 4.45 Uhr. Eine S-Bahn steht am Bahnhof Grafing bei München. Fast alles schläft noch in dem Städtchen; nur an der S-Bahn-Station herrscht schon etwas Betrieb. Die S-Bahn-Motoren summen, ein paar Leute steigen ein. Plötzlich Schreie: Ein Mann ruft »Allahu akbar«, zückt ein 15 Zentimeter langes Messer und sticht auf einen Fahrgast ein, der so

schwer verletzt wird, dass er später stirbt. Draußen am Bahnhof tragen drei weitere Menschen ebenfalls Stichwunden davon. Rund 100 blutige Fußabdrücke erstrecken sich von der S-Bahn aus über das Bahnhofsgelände. Sagte ich »Messer«? »Allahu akbar«? Eine Katastrophe! Schon wieder eine Migrantenattacke auf Deutsche, und diesmal auch noch tödlich! Und das nach Silvester! Wird der Krieg der Kulturen jetzt auch hierzulande endgültig losbrechen? Aber nicht doch: Der Täter ist ein *Deutscher*, wie die Behörden der Öffentlichkeit schon bald einbläuen. Genau genommen ein Hesse. Tja – die Hessen sind schon ein seltsames

Völkchen: Da dreht einer von ihnen plötzlich durch und rammt einem anderen ein Messer in den Körper – allerdings nicht einem anderen Hessen. Vielmehr fährt der Täter dafür über 500 Kilometer weit mit dem Zug von Gießen bis ins bayerische Grafing, um sein Stichwerkzeug dort in einem Fahrgast einer S-Bahn und drei Passanten zu versenken. Nicht nur die Wege Gottes, sondern auch die der Hessen sind eben unergründlich, wollen uns die Behörden erzählen. Spaß beiseite: So sieht die offizielle Version des Messerattentates von Grafing aus, bei dem am 10. Mai 2016 ein angeblicher »Deutscher« beziehungsweise »Hesse« drei Personen

verletzt und eine getötet haben soll. Demnach stammte der Mann aus Grünberg bei Gießen und hatte erst am Montag, dem 9. Mai, dort eine psychiatrische Klinik verlassen. Danach sei er mit der Bahn in das etwa 500 Bahnkilometer entfernte München gefahren und von dort in das 30 Kilometer entfernte Grafing. Am Morgen des nächsten Tages, um 4.45 Uhr, soll er dort am Bahnhof plötzlich eine Stichwaffe gezückt und auf Fahrgäste und Passanten eingestochen haben.

Ein Hesse ruft »Allahu

akbar«

Aber warum? Wieso mit dem Messer? Weshalb schrie der »Hesse« »Allahu akbar« und »ihr Ungläubigen müsst jetzt sterben«? Und zwar auf Arabisch, wie das Bayerische Fernsehen noch am Abend desselben Tages meldete (18 Uhr). Dass es sich hier eigentlich um einen Täter mit Migrationshintergrund gehandelt hatte, erschien in den ersten Stunden nach dem Attentat allen ganz klar. Bevor es abtransportiert wurde, konnte ein Opfer noch sagen, dass der Täter »einen Migrationshintergrund« habe. Auch der Modus Operandi spricht

für einen Täter ausländischer Herkunft. Er rief ja nicht nur »Allahu akbar«, sondern ging auch mit dem Messer auf völlig harmlose Menschen los. Eine solche Messerattacke auf beliebige Zivilisten gehört normalerweise nicht zum Repertoire von deutschen Tätern. Weder tragen viele Deutsche eine Stichwaffe mit sich, noch setzen sie diese plötzlich und unerwartet ein – und zwar, weil sie damit in der Regel nicht umgehen können. Auch »rastet« ein Deutscher selten so aus, dass er sich in eine Art Blutrausch hineinsteigert und mehrere beliebige Menschen mit dem Messer angreift. Wenn überhaupt, dann hat der brave Bürger eher ein

Schweizermesser in der Tasche, um damit seine Brotzeit zu sezieren. Oder ein Pfefferspray (spätestens nach Silvester). Migranten aus südlichen Kulturkreisen arbeiten dagegen ganz gern mal mit dem Messer:

- Am 14. Dezember 2014 bedrohten in Hamburg drei nordafrikanische Asylbewerber ihre Betreuer mit Rasierklingen, Messern und Stöcken. Laut *Hamburger Morgenpost* vom 21. Dezember 2014 gingen sie anschließend auch noch auf die Polizei los. Die Hamburger Behörden gerieten in den Verdacht, den Vorfall, bei dem

Betreuer mit Rasierklingen und Messern bedroht worden waren, vertuschen zu wollen. »Es liegt in unserem Ermessen, welche Ereignisse an die Medien berichtet werden«, verkündete selbstherrlich ein Polizeisprecher. Kann man solchen Behörden trauen? Antwort: Natürlich nicht.

- Am 1. Februar 2015, morgens gegen 5.15 Uhr, stach ein Täter »nordafrikanischen Typs« in Rödelheim bei Frankfurt mit einem Messer auf einen 61-jährigen Passanten ein, der sich auf dem Weg zum Bäcker befand (Polizeipräsidium Frankfurt,

2.2.2015).

- Am 10. Februar 2015 schloß ein abgelehnter Asylbewerber aus Libyen im Zug von Dillenburg nach Gießen vier Sitzposter auf und bedrohte einen Fahrgast mit einem Messer mit 18 Zentimeter langer Klinge (*Presseportal*, online, 11.2.2015).
- Im September 2015 erstach ein 28-jähriger Marokkaner im Asylbewerberheim Spröda bei Delitzsch im Suff einen gleichaltrigen Tunesier mit zwei Messerstichen. Im April 2016 wurde der Täter zu fünf Jahren und drei Monaten Haft verurteilt – mit

Abschiebung muss er jedoch nicht rechnen (*mdr Aktuell*, online, 20.4.2016).

- Am Wochenende 17./18. Oktober 2015 endeten mehrere Messerstechereien unter »Flüchtlingen« in Thüringen und Niedersachsen blutig, wie der Sender N24 berichtete (online, 18.10.2015). Zwei »Flüchtlinge« starben. Als einer der Täter aus seiner Unterkunft floh, stach er auch noch einen deutschen Passanten nieder, der dabei schwer verletzt wurde.

Und das sind nur einige Beispiele.



© Screenshot des Autors, Bildquelle:
[http://www.presseportal.de/showbin.htx?
id=312664&type=hires](http://www.presseportal.de/showbin.htx?id=312664&type=hires)

*Mit diesem Messer bedrohte ein
abgelehnter Asylbewerber am . Februar
2015 im Zug von Dillenburg nach
Gießen einen Fahrgast.*

Fassen wir zusammen. In Grafing ...

- rief der Angreifer »Allahu akbar« und »Ungläubige, ihr müsst jetzt sterben«
- »rastete« der Täter »völlig aus« und ging mit dem Messer wahllos auf Menschen los

Funkstille bei der Polizei

Nach den ersten Meldungen über den Migrationshintergrund des Täters herrschte jedoch plötzlich Funkstille bei der Polizei. Dem Bayerischen Rundfunk und N24 zufolge verhängte die Staatsanwaltschaft eine

Nachrichtensperre. Später wurde das von den Behörden dementiert. Aber auch Michael Seehofer vom *Münchner Merkur* bestätigte in einem Interview mit N24: »Ich kann nur eines sagen, dass es nicht ganz einfach war, die Polizei hier vor Ort zu einer Aussage zu bewegen« (N24 live, 10.5.2016). Die Funkstille dauerte bis etwa 9 Uhr, dann verkündeten die Behörden ein neues Habemus admissorem – wir haben einen Täter! Dabei musste es heißen: Habemus admissorem novum! Einen *neuen* Täter haben wir! Denn siehe da: Der ganze Migrationshintergrund war plötzlich wie weggeblasen. Es war, als hätte sich der mutmaßliche Migrant in all diesen

Stunden verpuppt und sei anschließend als deutscher Schmetterling wieder aufgetaucht. Der Mann hatte plötzlich gar keinen Migrationshintergrund und auch keinen fremdländischen Namen (wie manche vermuteten), sondern hieß einfach Paul H. und stammte aus Grünberg in Hessen. Das »Allahu akbar« und die schreckliche Messerattacke waren nur seiner geistigen Verwirrung geschuldet, die auch dadurch zum Ausdruck kam, dass er barfuß unterwegs war. Alles klar?

»Unser Paul ist kein

Terrorist!«

Nichts ist klar. Denn je mehr man über Paul H. recherchierte, umso mehr stellte er sich als harmloser Clochard heraus, der keiner Fliege etwas zuleide tun konnte. Weder war er bisher durch Gewaltextzesse aufgefallen noch durch irgendwelche islamistischen Vorlieben. Ja, der Mann war bisher noch nicht einmal strafrechtlich in Erscheinung getreten: Schlägereien, Körperverletzungen, Gewaltextzesse – alles Fehlanzeige. In Wirklichkeit lebte der arbeitslose Schreiner das Leben eines »sanften Tramps«, der per Zug und

Bus durch die Republik gondelte und sich mit Gelegenheitsarbeiten über Wasser hielt. In dem Videotagebuch, das er von seinen Reisen ins Internet gestellt hatte, sieht man ihn hauptsächlich in Zügen, Bussen und auf Bahnhöfen, die geradezu als einer seiner bevorzugten Aufenthaltsorte gelten dürfen (siehe YouTube-Kanal »Leo und Pauls Journeys«). Dabei wirkt er die ganze Zeit freundlich, gutmütig, harmlos, sanft, bescheiden und aufgeschlossen, aber auch ein wenig gleichgültig und antriebsschwach. Vom Profil eines cholerischen Angreifers jedenfalls keine Spur. Nirgends ging es in den 62 Video-Selfies um Waffen oder Gewalt, sondern

um Fahren, Rumstreunen, Campen, Grillen, Gitarrespielen und was man als arbeitsloser Tramp eben so macht. Weder benutzt er in den rund 60 Videofilmchen irgendwelche muslimischen Redewendungen, noch betet er ein einziges Mal gen Mekka. Auch »die Nachbarn in der Grünberger Altstadt zeigten sich fassungslos ob der Tat«, stellten Medien bei einem Besuch vor Ort fest: »Sie beschreiben den Täter als ›lieben, freundlichen Kerl‹«, schrieb der *Gießener Anzeiger* am 10. Mai 2016 (online). »Hier [in der Grünberger Altstadt] wohnte der 27-Jährige zusammen mit seinem Bruder, in unmittelbarer Nachbarschaft zu seiner

Mutter und in der Nähe seiner Großeltern«, berichtete die Zeitung: »»Er war immer sehr freundlich und nett, nicht anders als andere und immer sehr unauffällig«, beschrieb eine ältere Nachbarin den 27-Jährigen. Er, der gelernte Schreiner, seit zwei Jahren arbeitslos, habe immer wieder an seinem Haus gewerkelt, berichtete sie. Außerdem habe er gerne Musik gehört, »das, was junge Leute so hören. Techno und so.« Erschüttert stellte die Seniorin fest: »Man kann nicht irgendwas Schlechtes über den Mann sagen, über die ganze Familie nicht.« Und noch etwas: »Dass der Täter während der Tat »Allahu akbar« und »Ungläubiger, du

musst jetzt sterben« gerufen haben soll, wie Augenzeugen berichteten, hält ein Nachbar für unglaublich. »Damit hatte er auf keinen Fall etwas zu tun«, sagte er. »Ich bin mit ihm auch auf Facebook befreundet. Er hat nie so was geschrieben.« Und ein weiterer Nachbar habe bestätigt: »Niemand ist er konvertiert. Das ist alles Schwachsinn«, sagte er. »Er war eher ein Freidenker und ist viel gereist.« »Lediglich mit »der Gesamtsituation in Deutschland« sei der junge Mann unzufrieden gewesen.« Nun ja, wer ist das nicht? Und auch sein Großvater betonte: »Ich kann Ihnen versichern: Unser Paul ist kein Terrorist« (tz, online, 11.5.2016).

Passanten hätten sich ebenfalls schockiert gezeigt, zum Beispiel ein Ehepaar namens Werner und Elke Siegfried: »Das ist Wahnsinn. Das kann nicht wahr sein«, sagte Werner. Und ein 25-jähriger Nachbar, »der den mutmaßlichen Messerstecher« von früher kenne, habe erklärt, der mutmaßliche Täter sei »immer nett und unauffällig gewesen« (*Gießener Anzeiger*, ebenda).

Ein unbeschriebenes Blatt

Nur zwei Tage vor der Tat soll H. so etwas wie eine Krise gehabt haben – wahrscheinlich aufgrund seines gelegentlichen Drogenkonsums. Aber auch das hatte H. bisher in keinem Fall aggressiv gemacht und zu irgendwelchen Straftaten verleitet. Und schon gar nicht hatte es H. zu einem gefährlichen Killer gemacht: »Wie die Polizei mitteilte, ist der Grünberger, der in Gießen geboren wurde, bislang strafrechtlich nicht in Erscheinung getreten«, schrieb der *Gießener Anzeiger*: Seine psychischen Probleme seien »nicht bei der Polizei aktenkundig, weil kein Zusammenhang zu einer Straftat bestanden habe«. Auch als Verwandte von Paul H. zwei Tage vor

der Messerattacke die Polizei holten, weil H. wirr und aufgelöst gewirkt haben soll, konnten die Beamten nichts Beunruhigendes feststellen. Zwar sei die Polizei schon zuvor wegen H.s »psychischer Auffälligkeiten« in der Wohnung gewesen. Aber jetzt machte H. laut Einsatzprotokoll »auf die Polizisten einen ›absolut ruhigen Eindruck‹. Er berichtet ihnen, er sei auf einer Techno-Party in Gießen gewesen und habe Drogen genommen«. Aber »Hinweise, dass sich Paul H. selbst gefährden oder andere verletzen könnte, haben die Polizisten nicht. Für eine Einweisung in eine psychiatrische Klinik sehen sie keine Grundlage.« Sie verlassen die

Wohnung mit der Empfehlung, H. zu einem Facharzt zu bringen. Was die Angehörigen auch tun: Sie bringen H. in eine psychiatrische Klinik nach Gießen, die er nach einigen Stunden wieder verlassen kann. Am nächsten Tag fährt er über Fulda nach München (*hessenschau.de*, 11.5.2016).

Da erhebt sich die Frage: Woher sollen die »Allahu akbar«-Rufe vom Tatmorgen dann aber gekommen sein? Eine Techno-Party und Drogenkonsum passen nicht zu einem Islamisten und Allah-Verehrer. Denn Drogen sind im Islam streng verboten, selbst Alkoholkonsum ist in islamischen Staaten eine schwere Straftat. In seinem

Heimatort Grünberg in Hessen berichtete denn auch niemand davon, »dass sich Paul H. für den Islam interessierte, auch auf seiner Facebook-Seite weist rein gar nichts darauf hin«, schrieb die Münchner *tz* nach einem Besuch in dem Städtchen. Noch fünf Tage vor dem Attentat, am »vergangenen Donnerstag[,] postete Paul H. dort Bilder von einem Techno-Festival an der Lahn in Hessen« (online, 11.5.2016) – was ebenfalls nicht zu einem Islamisten oder Konvertiten passt.

Wanzen an den Füßen

Ehrlich gesagt sieht das nicht gerade nach dem Täterprofil eines Amokläufers aus, sondern eher nach einem etwas schlappen und antriebslosen Kiffer, der nicht viel vom Leben will, Musik hört, Gitarre spielt, gern ziellos durch die Gegend trampt und auch mal im Freien campiert. Was also ist am Morgen des 10. Mai 2016 in Grafing wirklich passiert? Auf verschlungenen Wegen soll Paul H. aus dem fernen Gießen beziehungsweise Fulda in das bayerische Städtchen gelangt sein, um dort seine Tat zu begehen: »Der Täter kam gestern per ICE von Fulda nach München und wollte sich hier ein Hotelzimmer nehmen«, erklärte

Kriminaldirektor Lothar Köhler, Abteilung Staatsschutz, laut der Münchner Tageszeitung *tz* (online, 11.5.2016). »Da er kein Bargeld mit sich führte, wollte er die Nacht am Bahnhof verbringen. Nachdem er eine Zeit am Hauptbahnhof [München] verbrachte, fuhr er mit seinem Rucksack, der zwischenzeitlich in einem Hotel deponiert war, mit der S-Bahn nach Grafing. Er hielt sich über die Nacht in der Nähe des Bahnhofs Grafing auf. Nachdem er aufwachte, griff er offenbar wahllos eine Person in der S-Bahn an und attackierte danach noch weitere Männer.« Verwirrt, wie er gewesen sein soll, lief er dabei ohne Schuhe herum:

»Er sagte, dass ihm an den Füßen sehr warm war und er Wanzen gespürt habe. Deswegen hatte er die Schuhe ausgezogen«, erklärte der erwähnte Kriminaldirektor Köhler. Aber: »Es gibt keinerlei Hinweise auf einen extremistischen Hintergrund, weder politisch noch religiös« (tz, ebenda). Abgesehen von den »Allahu akbar«-Rufen, der hasserfüllten Attacke und dem Geständnis, zum Islam konvertiert zu sein, wie zwischenzeitlich kolportiert wurde.

Wie die Jungfrau zum

Kinde ...

Glaubt man der Grafinger Bürgermeisterin Angelika Obermayr von den Grünen, kam die Stadt zu dem Anschlag wie die berühmte Jungfrau zum Kinde. Sie sagte dem *Münchner Merkur*: »Wir sind alle sehr erschüttert, weil das doch ein schweres Verbrechen ist, und so eine Art Amokläufer hier in unserem Umfeld ... ist vollkommen neu.« Und: »Diese Dimension des Verbrechens hat es hier eigentlich noch nicht gegeben. Das heißt, auch unsere Rettungskräfte und Feuerwehr, die sind vielleicht noch mit schweren

Verkehrsunfällen konfrontiert, aber dass hier einfach jemand Leute niedersticht, das ist eine ganz andere Dimension« (siehe YouTube-Titel »Tödliche Messerattacke am Bahnhof: Grafing unter Schock«, 10.5.2016). Dass der Täter trotz allem ein Deutscher und kein Islamist oder Migrant gewesen sein soll, kam allen äußerst gelegen. Die grüne Bürgermeisterin Obermayr freute sich ganz offen, dass es sich um einen deutschen Täter gehandelt haben soll. »Ich bin erleichtert, dass es ein deutscher Täter war. Und dass er nicht aus Grafing kommt«, wurde sie im *Tagesspiegel* zitiert. »Der CSU-Landrat Robert Niedergesäß nickt dazu. 120

Flüchtlinge sind in Grafing untergebracht, dezentral in Wohnungen. Probleme? ›Keine‹, sagt Obermayr« (*Tagesspiegel*, online, 10.5.2016).

Politisch korrekte Amnesie

Die Frage ist nur: Warum lügen der CSU-Landrat und die Frau von den Grünen? Oder sprechen wir lieber von politisch korrekter Amnesie. So gänzlich neu dürften den Rettungskräften Gewalttaten von Migranten in Grafing in Wirklichkeit nicht gewesen sein. Von

wegen »nur Verkehrsunfälle«: Grafing besitzt nämlich selbst ein gewaltiges Migrantenproblem. Jede Menge Asylbewerber und jede Menge Ärger – und das sind nur die Fälle, die bekannt wurden:

- Am 4. Juli 2014 zum Beispiel zertrümmerte ein Asylbewerber aus der Münchner Straße 27 im Suff acht Fenster seiner Unterkunft. Das Flüchtlingsheim befindet sich nur etwa 350 Meter vom Grafinger Bahnhof entfernt (*Münchner Merkur*, online, 4.7.2014).
- Am 10. Juli 2014 schlug ein Bewohner eines

Asylbewerberheims in Grafing mit einem Holzprügel auf vorbeifahrende Autos ein, wobei Scheiben zertrümmert und eine Insassin verletzt wurden. Das Ganze kam erst auf Nachfrage der *Ebersberger Zeitung* heraus; die Polizei hatte den Vorfall zunächst verschwiegen: Eine Bekanntmachung »hielten wir nicht für erforderlich«, sagte Inspektionsleiter Hendrik Polte laut *Münchner Merkur* (online, 15.7.2014).

- Am 22. August 2015 ging in der Unterkunft Jahnstraße ein stark alkoholisierter Asylbewerber mit

Glasflaschen auf seine Mitbewohner los. Am Ende waren etwa 20 Personen in die Schlägerei verwickelt, bei der es mehrere Verletzte gab (*Münchner Wochenanzeiger*, 25.8.2015). Die Flüchtlingsunterkunft liegt ebenfalls nur wenige Hundert Meter vom S-Bahnhof Grafing entfernt.

- Am 5. April 2016 schlug ein Asylbewerber in Grafing einem anderen eine Glasflasche auf das Haupt, wobei Letzterer eine »stark blutende Kopfverletzung« davontrug. Der Täter floh zum S-Bahnhof Grafing, wo er festgenommen wurde (*Münchner*

Merkur, online, 5.4.2016).

Alles typische »Ausraster« und Gewaltexzesse. Die Geschehnisse am Morgen des 10. Mai 2016 am Grafinger Bahnhof passen da genau ins Bild. Dieser Modus Operandi war also sehr wohl schon vorher in Grafing bekannt gewesen: Plötzliche Gewaltausbrüche, bei denen alle möglichen Waffen und Gegenstände benutzt werden, die man eben gerade zur Hand hatte – Flaschen, Holzprügel, und warum dann nicht auch ein Messer?

Ein »christlicher

Volldepp«

In Grafing gab es deshalb erhebliche Spannungen und Ärger zwischen Bürgern, Asylbewerbern und Behörden. Als etwa in der Mühlenstraße Flüchtlingsunterkünfte gebaut werden sollten, gingen die Grafinger auf die Barrikaden. Bei einer Sitzung im Rathaus nannte ein Besucher den SPD-Stadtrat Franz Frey Ende Januar 2016 »einen ›christlichen Volldeppen«. Ein anderer bescheinigte dem Stadtrat: ›Die bräuchten alle von vorne bis hinten eine Fotz'n!« Zu Deutsch: eine Ohrfeige. Der Investor der geplanten

Asylunterkunft in der Mühlenstraße meinte: »Uns ist derart massiver Widerstand aus der Nachbarschaft entgegengeschlagen – so machen wir nicht weiter. Die Anwohner haben aufs Schärfste dagegen protestiert« (laut *Süddeutsche Zeitung*, online, 27.1.2016). »Wir haben halt einfach Angst vor dene Leit«, sagte ein Grafinger am 28. Januar 2016 in einem Beitrag der *Abendschau* des Bayerischen Fernsehens. »Klar sagt a jeder, da passiert nix, und da werd nix gmacht, aber wer garantiert uns, dass das da nicht der Fall ist, und man hört vui gnuua schlechte Sachen drüber.« Die Anwohner der Mühlenstraße bewiesen

einen treffsicheren Instinkt: »Es is nicht a jeder schlecht«, sagte eine Elfriede Sicke, »kann ma net sagen. Es können a ganz gute Leute da sein. Aber wer ko uns die Garantie geben? Kein Mensch!« Wie wahr. Eine andere Anwohnerin stellte erst einmal klar, »dass unsere Straße nicht ausländerfeindlich ist«. Aber es ginge eben um die Menge und um den Ort, der sehr schlecht gewählt sei. Der Widerstand war derart massiv, dass der Bauantrag für das »Flüchtlingsheim« zurückgezogen wurde. Eine Stichattacke auf harmlose Passanten und Fahrgäste in Grafing wäre angesichts der aufgeheizten Stimmung natürlich äußerst ungelegen gekommen – zumal ja noch

eine weitere Asylunterkunft am Ortsrand von Grafing eingerichtet werden sollte. Da konnte man solch einen Zwischenfall überhaupt nicht gebrauchen.

»Armes Deutschland«

Tja – wie konnten Bürgermeisterin und Landrat das alles nur vergessen? Hatte sich am Morgen des 10. Mai 2016 also vielleicht nicht doch ein Asylbewerber zum Grafinger Bahnhof verirrt, um dort seinen Frust rauszulassen und ein paar Fahrgäste und Passanten anzugreifen? Und hatte man dem harmlos wirkenden

»Tramp« aus Hessen die Messerattacke etwa nur in die Schuhe geschoben, weil er zur falschen Zeit am falschen Ort war? Denn schließlich gehört die Vertuschung von Migrantenvorbereiten ja zur Staatsräson, nicht wahr? Werfen wir daher noch einmal einen etwas genaueren Blick auf diesen Morgen. Um etwa 4.52 Uhr erreichte der erste Notruf die Polizei (*Münchner Merkur*, online, 18.5.2016). Um diese Zeit hörte ein Anwohner, der benachbarte Lehrer Torben Puhlmann, Hilferufe: »»Hilfe, ich verblute!« Und dann wieder: »Hilfe, ich verblute!««, schrieb die *tz* München (online, 17.5.2016): »Von diesen Schreien wird Puhlmann gegen 5 Uhr aus

dem Schlaf gerissen. ... Der 39-Jährige ist plötzlich hellwach. Er eilt zum Fenster, zieht den Rollladen hoch und versucht zu erkennen, woher die Rufe kamen. Doch er sieht nichts. In der Dämmerung ist alles wie immer ... Puhlmann wählt die Notrufnummer, alarmiert die Polizei ... Er läuft die wenigen Meter zur Straße. Dort liegt ein herrenloses Fahrrad mitten auf der Fahrbahn an der Verkehrsinsel. Puhlmann schaut sich um und sieht ein weiteres Fahrrad am Straßenrand und jede Menge Zeitungen am Boden verstreut. Erst dann erblickt er [den Zeitungsausträger] Johannes B. (58), den im Ort alle ›Hannes‹ nennen. Er liegt

beim Eingang zum Biergarten des griechischen Gasthauses auf dem Rücken. ›Ein Allah-Fan hat mir in den Rücken gestochen‹, seien die ersten Worte des schwerverletzten Zeitungsausträgers gewesen, sagt Puhlmann. Und: Der Täter habe ›Allahu akbar‹ gerufen ..., sagt, dass es ihm gut gehe, dass er aber sein rechtes Bein nicht mehr spüren könne. ›Armes Deutschland‹, habe er hinzugefügt, berichtet der Ersthelfer. Er will zurück zum Haus, um eine Decke und ein Erste-Hilfe-Päckchen zu holen. Doch in diesem Moment kommt ein weiterer Helfer, und die erste Polizeistreife hält neben dem Schwerverletzten.« Es

handelt sich um einen 27-jährigen
Polizeiobermeister und einen 18-
jährigen, frischgebackenen
Polizeianfänger.

Auftritt Paul H.

Da war es mindestens fünf Uhr früh (laut *Münchner Merkur* 5.04 Uhr), also mindestens eine Viertelstunde nach der Tat und etwa acht Minuten nach dem Notruf um 4.52 Uhr. Nun wird es noch interessanter, denn der Täter ist seitdem auf der Flucht: »Der andere Helfer berichtet den Beamten, dass der Täter

ortsauwärts in Richtung Nachbardorf geflohen sei. Die Polizisten nehmen die Verfolgung auf.« Die Flucht passt zum Tatablauf: Jemand, der derartig ausrastet, rennt normalerweise auch mit derselben Dynamik davon. Seltsam wäre es zum Beispiel, wenn er plötzlich ganz ruhig werden und stehenbleiben sollte. Jedenfalls war der Mann demnach also schon vor etwa acht Minuten davongerannt und sollte sich nun bereits mehrere Hundert Meter vom Tatort entfernt befinden. Wie die *Süddeutsche Zeitung* berichtete, sei der Täter in Richtung des Nachbardorfes Nettelkofen davongelaufen, und »die beiden Streifenbeamten machten sich auf die

Suche nach dem Messerstecher«. Doch »kaum waren sie mit dem Streifenwagen in die nächste Seitenstraße eingebogen, kam der Funkspruch: Wie Zeugen gerade mitgeteilt hätten, sei der Täter an den Tatort zurückgekehrt ...« (online, 12.5.2016).

Ein Amokläufer in Socken

Wie bitte? Ein Mann dreht völlig durch, sticht auf vier beliebige Menschen ein und rennt anschließend davon, um dann seelenruhig zum Tatort zurückzukehren?

War der Mann nicht längst über alle Berge? »Plötzlich taucht ein Mann in fünf bis zehn Metern Entfernung von uns auf«, erinnerte sich der Ersthelfer Puhlmann. Der niedergestochene Zeitungsausträger habe gerufen: »Das ist der Mann, der hat mir in den Rücken gestochen, holt euch einen Knüppel!« Aber stimmt das auch? Hat der Verletzte überhaupt gesehen, wer ihm in den Rücken stach? Der angebliche Amokläufer jedenfalls stand in Socken da und wirkte zu diesem Zeitpunkt völlig ruhig, berichtete die *tz*. Kurz: wie jemand, der gerade erst aufgestanden war. Denn schließlich steht da ja nichts von *blutigen* Socken, die er aber hätte

haben müssen, wenn er die blutigen Fußspuren am Bahnhof wirklich verursacht haben sollte (siehe oben). »Er hat nicht gesprochen, er sah normal aus, er wirkte ruhig, er hat nur zu uns herübergeschaut. Ein Messer konnte ich nicht sehen«, berichtete demnach Puhlmann (online, 17.5.2016).

Ein Mann ohne Messer

»Doch plötzlich taucht Paul H. wieder vor ihm auf«, schrieb der *Münchner Merkur* über diese Szene, »er hat sich beim Bahnhof versteckt, jetzt geht er auf

Buchner zu, das Messer hat er nicht mehr in seiner Hand. ›Wo ist denn die Polizei?‹, fragt er – und Johannes Buchner merkt sofort: Er hat es mit einem Wahnsinnigen zu tun« (online, 30.8.2016). Oder auch nicht. Denn wenn man jetzt einmal die Interpretationen und indirekten Zitate der Schreiberlinge abzieht (»wieder aufgetaucht«, »versteckt«, »wahnsinnig«), dann bleibt lediglich übrig, dass ein verblüffter Mann ohne Messer, aber in Strumpfsocken aus Richtung Bahnhof kam und sich erkundigte, wo denn die Polizei bleibe. Der Unbekannte kam also nicht aus Richtung Nettelkofen, wohin der Täter geflüchtet war, sondern aus

Richtung Bahnhof. Nach dem ganzen Blutbad und der anschließenden Flucht war der angebliche Täter auch nicht blutbespritzt, verschwitzt, aufgereggt, außer sich – oder wenigstens außer Atem. Seine Garderobe war auch nicht derangiert. Jedenfalls wurde keiner der Zeugen entsprechend zitiert.

Kurz darauf seien die Polizeibeamten zurückgekommen und hätten »dem Messerstecher Paul H. gegenüber« gestanden, hieß es in der *Süddeutschen* (online, 12.5.2016). »Der Mann wirkte ganz ruhig und sah uns an«, erzählte einer der Beamten. »Dann schrie der Polizeiobermeister mit fester Stimme: ›Legen Sie sich sofort auf den Bauch!‹

Vom Messerstecher kam bloß ein ›Ja‹ zurück und dann legte er sich mitten auf die Hauptstraße.« Na so etwas: Der soeben noch völlig ausgerastete Messerstecher legte sich plötzlich sanft wie ein Lämmchen auf die Straße? Natürlich – denn dies war schließlich niemand anderer als der vorhin beschriebene Paul H.: der sanfte Kiffer aus Hessen. Wenn ihm ein Polizeibeamter einen Befehl erteilt, dann folgt er eben – selbst wenn er unschuldig sein sollte. Die beiden Beamten »wussten, was zu tun war«, schrieb die *Süddeutsche* dramatisch: »Mit ein paar Schritten waren sie neben dem Mann, knieten sich beide auf ihn und fesselten

ihm mit Handschellen die Hände auf den Rücken.« Damit wurde der vermeintliche Messerstecher also quasi vom Praktikanten festgenommen. Und siehe da: »Der Festgenommene ließ es widerstandslos geschehen.« Sogar einer der Polizisten wunderte sich: »Ich fand es komisch, dass er alles so mitgemacht hat.« Tja, seltsam – aber eben genau das, was man von dem Paul H., den wir kennen, erwarten würde. Aber siehe da, nun wird die Erzählung doch noch spannend: »Erst da sahen die beiden Beamten das blutige Messer, das seitlich in einem Holster an der Hose steckte.« Na also, jetzt ist alles wieder klar: Es war also doch ein gefährlicher Einsatz

und die Festnahme die sagenhafte Heldentat, die die Medien daraus machten. Aber weshalb hatte das Messer denn bis jetzt keiner bemerkt? Warum hatte der Täter es nicht gegen die Beamten eingesetzt? Und warum sah er selbst gar nicht nach einem blutigen Messerangriff aus? Wo waren zum Beispiel die blutigen Socken, deren Spuren sich angeblich über den ganzen Bahnhof erstreckten? Keine blutigen Socken – kein Amoklauf.

Zur falschen Zeit am falschen Ort

In Wirklichkeit war Paul H. sehr wahrscheinlich nur zur falschen Zeit am falschen Ort. Wie immer war er am Vortag in Gießen in irgendeinen Zug gesprungen und über Fulda nach München gereist und von da nach Grafing, wo er sich die Schuhe auszog und sich erst einmal im Bahnhof aufs Ohr legte. Am nächsten Morgen wurde er durch das Attentat geweckt und lief barfuß (so die Polizei) oder auf Strumpfsocken (so Zeugen) zu den Opfern und Zeugen und erkundigte sich, wo eigentlich die Polizei bleibe. Und da man in Grafing alles Mögliche gebrauchen konnte, nur keinen messerstechenden Migrant, beförderte

ihn die Behörden umgehend vom Zeugen zum Täter. Laut Behörden erzählte er zunächst »wirres« Zeug und zeigte sich »wenig kooperativ«. Oberstaatsanwalt Ken Heidenreich sagte: »Seine Aussagen sind verwirrend ..., das passt alles nicht so richtig zusammen« (WAZ, online, 10.5.2016). Was man gerne glauben mag. Es passte nämlich gar nichts zusammen: Der Verdächtige entsprach nicht im Entferntesten dem Täterprofil eines explosiven Gewalttäters, weder war er vorbestraft noch außer Atem oder blutbesudelt; an den Tatort war er ganz von selbst (zurück-)gekommen und hatte gefragt, wo eigentlich die Polizei bleibe. Mit

Allah hatte er bisher auch noch nichts am Hut gehabt. Ergo war das nicht der Täter, sondern der wirkliche Täter läuft wahrscheinlich immer noch frei herum.

Ja, aber – dafür gibt's doch gar keine Beweise! Stimmt – aber die Polizei präsentierte auch keine:

- Wem gehörte überhaupt das angebliche Messer (Besitzverhältnisse)?
- Wessen Blut befand sich an dem Messer (DNA-Spuren)?
- Hatte H. sonst noch irgendwo Blut an Kleidung (Socken!) oder Körperteilen (DNA-Spuren)? Wenn ja, von wem – wenn nein, warum

nicht?

- Wo sind die Videoaufnahmen vom S-Bahn-Zug und vom Bahnhof?

Nichts davon wurde vorgelegt. Die gesamte forensische Beweiskette, die in einem solchen Fall eigentlich erforderlich wäre, fehlt – genauso wie bei dem Fahrdienstleiter von Bad Aibling, der in der U-Haft verschwand. Und was das Schönste ist: Polizei und Staatsanwaltschaft brauchten auch gar keine Beweise! Denn da der angebliche Täter Paul H. für schuldunfähig erklärt und in eine geschlossene Anstalt eingewiesen wurde, wird es auch gar keinen Prozess geben. Und auch keine

Beweisaufnahme – genauso wie bei einem toten Täter! Toll, nicht? So einfach ist es, einen Täter auszutauschen! Fragen kann man den Beschuldigten auch nicht, denn schließlich verschwand er in der Psychiatrie – vielleicht auf Nimmerwiedersehen. In Bayern kommt das schließlich häufiger vor – Mollath lässt grüßen. Und auch Ulvi K., der zu Unrecht des Mordes an Peggy Knobloch beschuldigt worden war. Auch er verschwand in der Psychiatrie und wurde erst viele Jahre später in einem Wiederaufnahmeverfahren freigesprochen. Daraufhin wurde der Peggy-Mord aufgrund einer DNA-Spur dem toten Uwe Böhnhardt von dem

angeblichen »NSU« in die Schuhe geschoben. Bis sich herausstellte, dass es sich bei der DNA-Spur wohl um ein »Versehen« gehandelt hatte. Aber das ist eine andere Geschichte.

Die seltsamen Fußspuren

Und was ist nun mit den Blutspuren am Bahnhof? Knapp 100 blutige Fußabdrücke soll der Messerstecher dort hinterlassen haben, man hat's doch deutlich im Fernsehen gesehen! Ab circa 5.15 oder 5.20 Uhr war das Gelände

zwar weiträumig abgesperrt: »Ich hab nicht mehr hingehen wollen und auch nicht können«, sagte der benachbarte Gastwirt Franz Bauer in einem Interview mit N24. Aber viel später ließen die »Fahnder« die blutigen Fußabdrücke, die sich über den Bahnsteig erstreckten, ausführlich filmen. Laut *Süddeutsche Zeitung* (online, 10.5.2016) soll der Attentäter im S-Bahn-Zug und auf dem Bahnsteig nicht weniger als 98 blutige Fußabdrücke hinterlassen haben. Eine enorme Menge: Wer zum Beispiel schon einmal in Farbe getreten ist, weiß, dass sich daraus entstandene Fußabdrücke schnell erschöpfen. Schon nach zwei bis drei Abdrücken verbraucht sich die

Farbe, der Fußabdruck wird schnell schwächer, bis er fast ganz verschwunden ist. Auch wenn man im Sommer aus einem Schwimmbecken steigt, schwächt sich die nasse Fußspur schnell ab. Nicht so nach der Messerattacke von Grafing bei München am 10. Mai 2016. Hier erstreckten sich die rund 100 Fußabdrücke des Täters über viele Meter, und zwar weitgehend unverändert und gleichmäßig ausgeprägt. Zwar kann eine Blutspur durch immer neue Blutlachen natürlich »aufgefrischt« werden. Dazwischen müsste man dann aber immer wieder eine deutliche Abschwächung wahrnehmen. Und in diesen Blutlachen müssten natürlich

auch Fußabdrücke zu sehen sein.

Eine künstliche Blutspur

Je nachdem, mit welchem Bereich des Fußes man in die Farbe tritt, wird außerdem oft nicht der gesamte Fußabdruck abgebildet, sondern nur ein Teil, zum Beispiel Ferse oder Zehen. Nicht so in Grafing. Hier sieht man von der Ferse bis zur Zehenspitze fast durchweg »ideale« Abdrücke, und zwar von beiden Füßen. Auch das ist ungewöhnlich, denn dafür müssten beide Fußsohlen gleichmäßig mit jeder Menge

Blut besudelt worden sein – was noch unwahrscheinlicher ist als die gleichmäßige Anfeuchtung *eines* Fußes. Des Weiteren reicht dafür eine kleine Blutlache nicht aus, sondern dafür braucht es schon einen regelrechten »Blutsee« von erheblicher Ausdehnung und Tiefe, in dem beide Füße quasi »geschwommen« sein müssen. Ein solcher Blutsee ist am Ausgangspunkt der Blutspur von Grafing (der S-Bahn-Tür) aber nicht zu erkennen. Das ist auch nicht verwunderlich, denn derartige Blutseen entstehen normalerweise weniger bei einem mobilen Kampfgeschehen, sondern eher bei einer längeren Liegezeit eines

Schwerverletzten oder Toten. Stattdessen sieht man hier, im Zug, eine Blutlache und einige Spuren von Schuhsohlen, aber keine Barfuß- oder Sockenspur.

Wie mit dem Stift gezogen

Das Seltsamste ist jedoch die Form der Fußabdrücke. Während ein normaler menschlicher Abdruck an den Rändern ausfranst und unscharf wird, weisen die Fußabdrücke von Grafing einen scharf gezeichneten Rand auf. Das aber ist

ungewöhnlich. Da die menschliche Fußsohle nicht klar abgegrenzt ist und aus elastischem Gewebe besteht, sind die Umrisse des menschlichen Fußabdruckes ebenfalls unscharf, ob barfuß oder mit Socken. Eine weitere Unschärfe entsteht aufgrund der Gehbewegung, bei der sich der Fußumriss leicht verändert. Die Fußabdrücke von Grafiing wirken jedoch eher scharf wie eine Höhlenmalerei. Manche Umrisse erscheinen gar wie mit dem Stift gezogen oder mit einem Stempel aufgebracht.

Des Weiteren müsste es im Rahmen einer gemischten Bewegung aus Laufen, Gehen, Stehen und auch Zusteichen

irgendwo auch Fußabdrücke geben, die sich überlappen oder gegenseitig überdecken. Solche habe ich auf den verfügbaren Aufnahmen aber auch nicht gesehen. Vielmehr sind alle mir bekannten Abdrücke fein säuberlich freigestellt. Außerdem lassen sich auch keine Richtungswechsel nachvollziehen. So schwenkte eine Kamera der ZDF-*heute* – Sendung vom 10. Mai 2016 eine Fußspur ab, die plötzlich in zwei parallelen Fußabdrücken (linker und rechter Fuß) endete. Hier war der Täter offenbar stehengeblieben. Nur wie er zurückkam, ist nicht klar. Zwar hat der Angreifer offenbar »auf dem Absatz« umgedreht, wie in die Gegenrichtung

führende Fußabdrücke beweisen. Nur sieht man den Wendepunkt an der Fußspur nicht. Anders gesagt müsste man an den beiden stehenden Fußabdrücken vor dem Richtungswechsel der Fußspuren eine Wendebewegung erkennen, also eine Drehspur oder etwas Ähnliches. Zumindest am rechten Fußabdruck. So wirkt es aber, als hätten die Füße nicht am Boden, sondern ausschließlich in der Luft die Richtung gewechselt. Warum sollten sie das tun? Wer sich beim Gehen beobachtet, wird feststellen, dass sich Fußsohlen und Ballen bei einer scharfen Wendebewegung am Boden um eine gedachte senkrechte Achse drehen –

weshalb es auch »auf dem Absatz umdrehen« heißt. Die Füße des Täters müssen dagegen folgende bizarre Bewegungen vollführt haben:

- Der rechte Fuß muss senkrecht abgehoben worden, dann gedreht und anschließend etwa einen guten Meter weiter weg wieder aufgesetzt worden sein. Der in der Luft absolvierte Drehwinkel beträgt etwa 90 Grad.
- Der linke Fuß muss an seinem Standort ebenfalls senkrecht abgehoben worden, in der Luft um etwa 170 Grad gedreht und in der Gegenrichtung wieder aufgesetzt

worden sein, ohne dass man dabei am Ausgangspunkt eine Drehspur sehen würde.



© Screenshot des Autors

Ideale Fußspur von Grafing

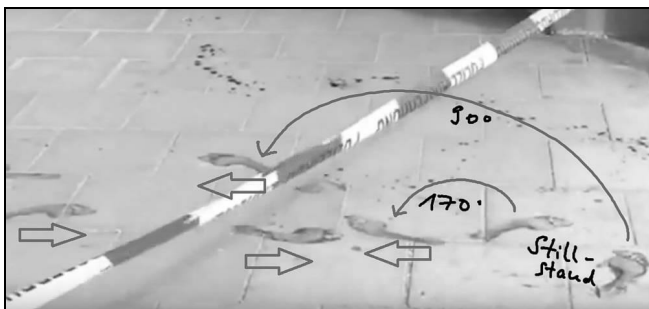


© Screenshot des Autors

*Ränder eines Fußabdruckes am
Bahnhof Grafing und eines echten
Fußabdruckes aus einer podologischen
Praxis*

Wie eine natürliche Gehbewegung sieht das nicht aus. Wer dreht seine Füße schon in der Luft um fast 180 Grad?

Normalerweise dreht man die Füße am Boden, es sei denn, es wären gar keine natürlichen Füße, sondern so etwas wie Stempel, die Schritt für Schritt aufgesetzt und zwischendurch gedreht werden (siehe YouTube-Titel: »Lügenpresse: Wie aus einem muslimischen Messerstecher ein Deutscher wird«, <https://youtu.be/sgtjhTYyRiY>, 14.5.2016).



Gegenläufige Fußspur des Täters ohne Wendebewegung

Mit anderen Worten: Die Fußspuren von Grafing machen einen labormäßigen Eindruck. Wie natürliche Fuß- oder Sockenabdrücke sehen sie jedenfalls nicht aus. Aber warum sollte jemand einen Tatort mit solchen Barfußspuren verzieren? Antwort: Das lag daran, dass die Zeugen Paul H. nun mal in Strümpfen gesehen hatten. Um die Tat rückwirkend daran anzupassen, hat man eben entsprechende Spuren auf den Bahnsteig gemalt und erzählt, der Mann sei wirr gewesen und habe fantasiert, dass sich

an seinen Füßen Wanzen befänden. Wahrscheinlich hatte H. nur am Bahnhof übernachtet, wie er es schon oft irgendwo getan hatte, und deshalb seine Schuhe ausgezogen. Genug Zeit für eine solche Manipulation hatte man deshalb, weil der Bahnhof ab 5.15 Uhr weiträumig abgesperrt war und die Spurensicherung nicht weniger als fünf Stunden auf sich warten ließ, bis sie gegen zehn Uhr endlich am Tatort auftauchte. Dabei entstanden die TV-Bilder der eifrigen Kriminaltechniker, wie sie die Spuren auf dem Plaster sicherten. So hatten die Kamerateams die Bilder von den blutigen Fußspuren schnell im Kasten, und die Nachricht

vom irren »Barfußmörder« Paul H.
konnte um die Welt gehen ...

14. Mai

Katastrophenwetter: die Spur der Energie

Kennen Sie eigentlich einen Mr. Eric Leister? Oder einen Tyler Roys? Nein? Ich auch nicht. Aber um den 14. Mai 2016 herum, als Deutschland und Europa sehnlichst einen warmen Frühsommer erwarteten, plagten die beiden feuchte Träume. Aber nicht, was Sie denken. Vielmehr quälten die beiden biblische Albträume von schweren Unwettern, Überschwemmungen und wahren

Sintfluten, die in Kürze über Deutschland hereinbrechen würden. Am 14. Mai 2016 zum Beispiel präsentierte Meteorologe Eric Leister auf der Website *accuweather.com* seine Prognose. »Sommervorhersage 2016«, hieß es da, und: »Häufige Gewitter werden Sommerhitze in Deutschland drosseln.« Im Gefolge eines kühlen und nassen Frühlings werde sich das wechselhafte Wetter wahrscheinlich während eines großen Teils des Sommers fortsetzen: »Dieses unklare Wettermuster birgt die Gefahr von Unwettern und Überschwemmungen, während es gleichzeitig die Wahrscheinlichkeit von Hitzewellen

herabsetzt« (siehe Abbildung).

2016 summer forecast: Frequent thunderstorms to limit extended heat across Germany



By Eric Leister, Meteorologist
May 14, 2016; 4:57 AM ET

[+](#) Share | [f](#) [t](#) [in](#) [G+](#)

On the heels of a cool and wet spring throughout Germany, unsettled weather is likely to continue during much of the summer.

This unsettled weather pattern will bring the threat for both severe weather and flooding while also limiting the chance for heat waves.

© Screenshot des Autors

Unheimliche Prognosen: US-Meteorologen sahen Unwetter in Deutschland voraus.

Hellseher oder Meteorologen?

So, so – ein eingefleischter Pessimist,

offenbar, dieser Herr. Allerdings wusste der Mann noch mehr. Und was noch unheimlicher war: Er wurde immer genauer. »Diese Interaktion wird in den Sommermonaten zu zahlreichen Episoden mit Regen und Gewittern in Deutschland führen. Dabei wird es zu schwerwiegenden Stürmen mit der größten Bedrohung in Mittel- und Norddeutschland kommen.«
Donnerwetter. Aber es kam noch besser. »Die Gefahr für Überschwemmungen wird an den nördlichen Hängen der Alpen besonders groß sein«, zitierte Leister einen Kollegen namens Tyler Roys. Das war doch schon ziemlich exakt, finden Sie nicht? Und Leister

prophezeite: »Die stärksten Gewitter werden Sturzfluten, zerstörerische Winde, Hagel und isolierte Tornados erzeugen. Sturzfluten werden aufgrund der langsamen Fortbewegung der Gewitter von Bedeutung sein, mit der größten Bedrohung in Baden-Württemberg und Bayern.«

Katastrophenstimmung in Deutschland

Ende Mai 2016, ziemlich genau zwei Wochen später, brach in den genannten Bundesländern tatsächlich die Hölle los.

Lenkte man den Blick nach oben, sah man schon morgens tatsächlich Wolkenformationen wie sonst nur in den Tropen: Riesige Wolkentürme, gewaltige Haufenwolken und Ambosse stiegen kilometerhoch auf. Immer wieder sah man grelle Blitze durch die schwarzen Wasserdampfgebilde zucken. Und dann schüttete es. Enorme Wassermassen ergossen sich auf den Erdboden; mancherorts war die Erde weiß von Hagelkörnern. Straßen verwandelten sich in reißende Flüsse, und diese spülten alles weg, was sich im Weg befand. Auf den Hausdächern sammelten sich verzweifelte Menschen, in den Straßen schwammen die Autos davon.

Das Problem war nur, dass es sich gar nicht um die Tropen handelte – sondern um Deutschland. Und dass Deutschland nun mal nicht für solche Witterungsverhältnisse bekannt ist. Schließlich fehlt es dafür schlicht an der Energie. Während sich die Luft am Äquator im Sommer wochenlang auf 40 bis 50 Grad Celsius aufheizt, bringt es das kühle Mitteleuropa vorübergehend gerade einmal auf 30 bis 35 Grad. Während in den Tropen Tornados toben, entstehen in Mitteleuropa lediglich heftige, aber kurze Sommergewitter. Das auch nur dann, wenn die Atmosphäre und der Boden vorher ordentlich aufgeheizt wurden. Nur dann schießt die Luft in die

Höhe und erzeugt durch die Reibung mit der Umgebung jene elektrischen Ladungen, die sich nachmittags oder abends in mächtigen Gewittern entladen. Das Problem war nur, dass wir Mitte bis Ende Mai/Anfang Juni von solchen Verhältnissen weit entfernt waren. Trotzdem donnerte, blitzte und schüttete es ohne Unterlass, nachdem sich schon vormittags dunkle Wolkentürme gebildet hatten.

Am 28. Mai schlug während eines Jugendfußballspiels in Hoppstädten/Rheinland-Pfalz ein Blitz in den Platz ein – und zwar aus heiterem Himmel. Ein Schiedsrichter und zwei Betreuer wurden schwer verletzt, 29

Kinder vorsichtshalber ins Krankenhaus gebracht. Nach heftigen Regenfällen hatte sich in Simbach am Inn am 1. Juni 2016 eine reißende braune Flut durch den Ort gewälzt, wie man es sonst nur aus den Äquatorländern kennt. Das Wasser stieg so schnell, dass Menschen in ihren Häusern überrascht wurden und ertranken. In den Straßen entstanden Trümmerlawinen, Autos schwammen einfach davon. Ganz ähnlich wie in Schwäbisch Gmünd, wo wenige Tage zuvor zwei Menschen in den Regenfluten gestorben waren. Allerorten wurden Krisenstäbe eingerichtet und der Notstand ausgerufen. In Simbach rückte gar die Bundeswehr an. Aber während

Bayern und Baden-Württemberg am stärksten betroffen waren, schlugen die Unwetter auch in anderen Bundesländern zu. Am 3. Juni 2016 wurde in der Eifel nach einer Blitz- und Unwetterorgie, bei der etwa 80 Menschen verletzt wurden, das Festival »Rock am Ring« mit rund 90000 Besuchern abgebrochen. »Unwetter haben am Wochenende erneut über Teilen Deutschlands gewütet«, berichtete die Wetter-Website *wetter.de* am 6. Juni 2016. »Auf einem Sportplatz in Baden-Württemberg wurde ein zwölf Jahre alter Junge vom Blitz getroffen und lebensgefährlich verletzt. ... Auch in anderen Teilen Baden-Württembergs verursachte Regen neue Probleme ... An

Berghängen glitt Erde ab, Straßen wurden unterspült oder überflutet.« In der oberbayerischen Gemeinde Polling habe es Überschwemmungen gegeben, Straßen seien überflutet worden, Keller vollgelaufen. In Aschaffenburg seien riesige Hagelkörner eingeschlagen. Sogar sehr energieintensive Wetterphänomene, wie etwa Tornados, wurden häufig gesichtet.

Aber auch der Rest Europas bekam etwas ab: In Paris trat die Seine über die Ufer, und der Eiffelturm bekam nasse Füße. In einem Park »wurden elf Menschen vom Blitz getroffen und zum Teil schwer verletzt, darunter mehrere sieben- und achtjährige Kinder«, so die

Südwestpresse. Weiter hieß es: »In Südpolen wurde ein 40-jähriger Mann auf einer Bergwanderung in den Beskiden von einem Blitz erschlagen. In der gleichen Gegend wurden weitere drei Menschen von Blitzen verletzt, und ein 61-Jähriger ertrank in einem überfluteten Wildbach« (online, 30.5.2016). An einem einzigen Tag, dem 27. Juli 2016, schlugen allein in Berlin fast 1000 Blitze ein – mehr als im ganzen Jahr 2015 (*rbb24*, online, 28.7.2016).

Äquatorwetter in

Deutschland

Aber wo waren dieses Mal die Alarmrufe des Deutschen Wetterdienstes? Hatte diese Bundesbehörde an Karneval noch die ganze Republik in Panik versetzt, sodass reihenweise Rosenmontagszüge abgesagt wurden, starben dieses Mal Menschen, ohne dass ein deutscher Wetterfrosch vernehmlich gequakt hätte. Oder hatten wir es nur nicht gehört? »Rock am Ring« wurde jedenfalls genauso wenig abgesagt wie andere Freiluftveranstaltungen, bei denen schließlich Menschen starben oder

verletzt wurden. Dass dieses Wetter nicht normal war, erkannten jedenfalls nicht nur die notorischen »Verschwörungstheoretiker«. Am 2. Juni schrieb der Wetterfrosch Jörg Kachelmann auf seinem Twitter-Kanal von »unfassbaren« 111 Litern Regen pro Quadratmeter (in Xanten). Am Niederrhein/Wesel sei in wenigen Stunden »das 2,5-Fache der Monatsmenge« niedergegangen. Am 16. Juni 2016 machte *Die Welt* (online) einige bemerkenswerte Aussagen:

1. »Eine vergleichbare Wetterlage wie Ende Mai und Anfang Juni hat es nach Einschätzung eines

Experten *noch nie* gegeben«, schrieb das Blatt (Hervorhebung von mir; G.W.). Also nicht »ungewöhnlich« oder »selten«, sondern »noch nie«.

2. »Wir gehen davon aus, dass wir es mit einem Phänomen *in einer neuen Ausprägung* zu tun haben«, zitierte die Zeitung den Leiter der bayerischen Wasserwirtschaft und Professor an der Technischen Universität München, Martin Grambow (Hervorhebung von mir; G.W.).
3. »Die Unwetterzellen seien über Stunden »ortsfest« gewesen und nicht wie ein normales

Sommergewitter weitergezogen.«

4. Noch nie gab es so viele Blitze und so viele Blitzopfer zu beklagen.
5. Eine weitere Besonderheit sei »die enorme Größe der Unwetterzellen« und eine extreme Aufladung mit Feuchtigkeit gewesen – »so wie wir es normalerweise nur in Äquatornähe kennen«.

Aber woher kam dieses Wetter, und wie konnten die US-Wetterfrösche von *AccuWeather* das schon zwei Wochen vorher wissen? Sind sie wirklich so viel besser als ihre deutschen Kollegen, oder wussten sie etwas, was diese nicht wissen konnten? Denn wenn es um die

Zukunft geht, sind Prognosen bekanntlich besonders schwierig, wie der Volksmund weiß. Vor allem beim Wetter: Mehr als drei bis vier Tage kann man dieses kaum einigermaßen zuverlässig voraussagen, weil das Geschehen am Himmel eben zu chaotisch ist. Schon nach wenigen Tagen werden die Prognosen unscharf. Zwar sollen die Trefferquoten bei 75 Prozent (Drei-Tage-Vorhersage) bis 90 Prozent (24 Stunden) liegen, aber wohl auch nur wegen der schwammigen Formulierungen in den Vorhersagen (Horoskopeffekt). Mitunter werden dabei zum Beispiel Temperaturbereiche von zehn Grad Celsius »prognostiziert«.

Aber im Fall der US-Meteorologen hatten wir es nicht einmal mit einer kurzfristigen Wettervorhersage zu tun, sondern mit einer sogenannten »Witterungsprognose«, bei der versucht wird, das Wetter über einen längeren Zeitraum vorherzusagen: über mehrere Wochen bis hin zu einer ganzen Jahreszeit. »Die Möglichkeit solcher Vorhersagen ist momentan noch sehr beschränkt ...«, kann man selbst bei *Wikipedia* lesen – also noch beschränkter als die Möglichkeiten einer kurzfristigen Wettervorhersage. Umso erstaunlicher ist die Hellsichtigkeit der amerikanischen Kollegen. Schon Mitte Mai 2016 wussten die *AccuWeather* –

Leute erstaunlich genau darüber Bescheid, was den Menschen in Deutschland und Europa Ende Mai und Anfang Juni blühen würde – und wo.

Die Spur der Energie

Also nochmals: Wo kam dieses Wetter her? Oder besser: Wodurch war dieses Wetter eigentlich gekennzeichnet? Die Antwort: durch pure Energie. Riesige Wolkentürme, Dauergewitter und Blitzattacken sind nichts weiter als Energie. Wenn zum Beispiel an einem einzigen Tag, dem 24. Juli 2016, in

Berlin fast 1000 Blitze einschlugen, dann musste der Energieüberschuss dafür schließlich irgendwoher herkommen – denn im gesamten Jahr 2015 waren es nur 884 (rbb, online, 28.7.2016) gewesen. Und dass letztlich Energie die einzige effektive Möglichkeit ist, das Wetter zu beeinflussen, wusste man schon vor Jahrzehnten. »Es gibt zwei Möglichkeiten, das Wetter und das Klima wirklich zu beeinflussen. Man kann das nur dadurch bewerkstelligen, dass wir der Atmosphäre entweder große Energien zuführen oder ihr große Energien entziehen«, sagte schon 1968 der Physiker und Wissenschaftsautor

Professor Heinz Haber im Fernsehen (YouTube-Titel: »Heinz Haber über Wettermanipulation« [1968], *Political Channel*, 21.5.2016). Wie wäre es zum Beispiel mit 3,6 Millionen Watt? So viel Energie strahlt oder strahlte beispielsweise die berühmte HAARP-Anlage des US-Militärs in die Atmosphäre ab. Das *High Frequency Active Auroral Research Program* wurde von US-Militärs in Alaska installiert – angeblich zur Erforschung der Ionosphäre. Dabei handelt es sich um riesige Antennenfelder, die die Atmosphäre aufheizen können. Kritiker vermuten, dass das System hauptsächlich Energie in die höheren Luftschichten

abstrahlen soll – auch über große Entfernungen. Interessanterweise sagte auch niemand anderer als US-Meteorologen die Wetterkatastrophen von 2016 für Deutschland exakt voraus.

Nicht schlecht, aber nicht gut genug

Bei einem behaupteten HAARP-Wirkungsgrad von 45 Prozent könnte diese Anlage immer noch 1,6 Megawatt in die Atmosphäre abstrahlen, 16 Mal so viel wie ein gängiger Radiosender mit einer Sendeleistung von 0,10 Megawatt

(100000 Watt). Das wäre zwar nicht schlecht, aber wahrscheinlich bei Weitem nicht gut genug. So wird beispielsweise die elektrische Gesamtleistung eines Gewitters mit $2,25 \times 10^8$ bis 2×10^9 Watt beziffert, also 225 Millionen bis zwei Milliarden Watt (Bartels: *Geophysics II*, Berlin, Göttingen, Heidelberg 1957). Ein solches Monster ließe sich mit 3,6 beziehungsweise 1,6 Millionen Watt kaum anheizen – erst recht nicht, wenn man über Bande spielen müsste – das heißt: über die Ionosphäre. Allerdings gingen die Pläne der HAARP-Erfinder weit darüber hinaus. So wollten sie mit der Leistung der Antennenanlage in

erster Linie die Ionosphäre aufheizen, um auf diese Weise künstliche »Linsen« zu erzeugen sowie Sonnenlicht und Strahlung zu bündeln wie mit einer riesigen Lupe. Außerdem soll HAARP die sogenannten »Jetstreams« beeinflussen können, starke Höhenwinde, die so etwas sind wie die Hauptschlagadern des globalen Wettersystems. Einer der Väter der HAARP-Anlage, Bernard Eastlund, arbeitete nachweislich an Projekten zur Wetterbeeinflussung. »Die Beeinflussung des Wetters ist beispielsweise durch die Veränderung der Windmuster oder solaren Absorptionsmuster der oberen Atmosphäre möglich«, heißt es in einem

seiner Patente (US4686605 A), »indem eine oder mehrere Schwaden von atmosphärischen Teilchen erzeugt werden, die als Linsen oder Brennglas funktionieren.« So könnte man an manchen Stellen Energie durch Bündelung konzentrieren und an anderen Stellen wegnehmen. Auch die Jetstreams sollen sich so beeinflussen lassen. So könnte es beispielsweise zu den krassen regionalen Wettergegensätzen gekommen sein, die wir 2016 erlebt haben.

**Öffentlichkeitsarbeit =
Desinformation**

HAARP ist also nicht etwa Science-Fiction oder eine Fantasie aus der Werkstatt von Daniel Düsentrieb. Die Existenz von HAARP und ähnlichen Anlagen ist umfassend dokumentiert, und zwar mit Unterlagen, Fotos und sogar offiziellen Websites: »HAARP ist ein wissenschaftliches Unternehmen mit dem Ziel, die Eigenschaften und das Verhalten der Ionosphäre zu studieren«, konnte man auf dem offiziellen Internetauftritt lesen. Verantwortlich zeichnete die Öffentlichkeitsabteilung der 377th Air Base Wing auf der Kirtland Air Force Base, New Mexico. Die Website diente jedoch höchstwahrscheinlich nur der Tarnung –

denn Öffentlichkeitsarbeit seitens der Militärs ist nun einmal nichts weiter als Desinformation. Und da man die zwei Fußballfelder große Anlage schlecht verbergen konnte, musste man der Allgemeinheit eben einen Haufen Lügen darüber erzählen. HAARP konnte nun mal nicht versteckt, sondern nur wegerklärt – oder auch umgedeutet – werden.

Ein »klimatisches Waffensystem«

Schon Ende der 1990er-Jahre hatten sich

zwei Ausschüsse des Europaparlaments
anlässlich eines Entschließungsantrages
(B4-0551/95, 19.5.1995) der
Abgeordneten Elisabeth Rehn Rouva mit
HAARP befasst – von Öffentlichkeit und
Qualitätsmedien unbeachtet, versteht
sich. In der Begründung zu dem Antrag
wurde HAARP als
»klimabeeinträchtigendes
Waffensystem« bezeichnet. Es werde
gemeinsam »von der Luftwaffe der USA
und dem Geophysikalischen Institut der
Universität Alaska, Fairbanks,
durchgeführt«. Ähnliche
»Untersuchungen« gebe es aber auch in
Norwegen, in der Antarktis und auf dem
Territorium der früheren Sowjetunion.

Dabei würden »mit einem Netz von Antennen, die alle mit einem eigenen Sender ausgestattet sind, Teile der Ionosphäre mit starken Radiowellen erwärmt ... Die erzeugte Energie heizt bestimmte Teile der Ionosphäre auf, was auch Löcher in der Ionosphäre und künstliche ›Spiegel‹ herbeiführen kann« (Bericht über Umwelt, Sicherheit und Außenpolitik, Verfasser der Stellungnahme: Herr Olsson, Ausschuss für Umweltfragen, Volksgesundheit und Verbraucherschutz, Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten, Sicherheit und Verteidigungspolitik, 14. Januar 1999).

Kontrolle von »gewaltigen Kräften«

Durch Manipulation der elektrischen Eigenschaften in der Atmosphäre ließen sich »gewaltige Kräfte kontrollieren«, so der Entschließungsantrag: »Wird dies als militärische Waffe eingesetzt, können die Folgen für den Feind verhängnisvoll sein. Durch HAARP lässt sich ein fest umrissenes Gebiet millionenfach stärker mit Energie aufladen als mit irgendeiner anderen herkömmlichen Energiequelle.« Das Katastrophenwetter und die »Blitzorgien« vom Frühsommer 2016 lassen grüßen. Das Projekt ermögliche

somit auch »die Manipulation der globalen Wetterverhältnisse«. Tatsächlich stehen HAARP-Anlagen heute in allen Teilen der Welt herum – auch in Europa.

Aber woher kamen denn nun die unheimlich genauen Wettervorhersagen, zum Beispiel von *Accuweather*? Ganz einfach: von demselben Militär, das auch die HAARP-Anlage betreibt. Die Wetterfrösche in den USA beziehen ihre Daten vom National Weather Service, und der hat sie wiederum von Raytheon – Amerikas größtem Rüstungsunternehmen für alles, was mit Strahlen zu tun hat. Denn »Raytheon« bedeutet so viel wie »Strahlengott«.

Raytheon, der Strahlengott

Die Wetterdaten für den National Weather Service kämen direkt aus Raytheons Advanced Weather Information Processing System (Wetterdaten-Verarbeitungssystem, AWIPS), heißt es in einem Artikel auf *GeoEngineering Watch* über künstlich erzeugte Schneestürme (»Geoengineered Snowstorms – THE SNOWMEN Turning Warmth Into Winter«, Part 2, 14.12.2013). Laut dem international bekannten HAARP-Forscher Dr. Nick Begich hält Raytheon gleichzeitig auch

die wichtigsten Patente für das HAARP-Projekt (Dr. Nick Begich/Jeane Manning: »The Military's Pandora's Box«, ohne Datum, *haarp.net*). Was logisch klingt, denn schließlich ist auch HAARP nichts weiter als eine Strahlenwaffe. Die HAARP-Anlage »wurde im Rahmen einer angloamerikanischen Partnerschaft zwischen der Raytheon Corporation, der die HAARP-Patente gehören, der U.S. Air Force und British Aerospace Systems (BAES) entwickelt«, konnte man auch auf der Website *GlobalResearch* des renommierten Globalisierungskritikers Professor Michel Chossudovsky lesen. »Das

HAARP-Projekt ist eine von mehreren gemeinsamen Unternehmungen auf dem Gebiet der fortgeschrittenen Waffensysteme der beiden Rüstungsgiganten« (*globalresearch.ca*, 29.11.2015). Demnach besäße der führende Lieferant von US-Wetterdaten gleichzeitig die Technologie, um das Wetter zu beeinflussen. Wettervorhersagen und Wettermanipulation wären nur zwei Seiten ein und derselben Medaille. So könnten also die US-Wetterfrösche an ihre genauen Prognosen der bevorstehenden Wetterkatastrophen in Deutschland und Europa gekommen sein. Gleichzeitig trägt das natürlich

wiederum enorm zum Renommee und Marktwert der Wettervorhersagen bei. Denn wie schon gesagt: Der beste Hellseher ist immer der, der ein Ereignis selbst fabriziert ...

Juni 2016



Angela-Merkel: © 360b/shutterstock.com

Thema des Monats

23.6.: Brexit – Angela Merkel ist

»Europas Staatsfeind Nr. 1«

1.6. In der Schweiz wird der Gotthard-Basistunnel eröffnet – **2.6.** Der Deutsche Bundestag bezeichnet die Massaker der Türken an den Armeniern als »Völkermord« – **3.6.** Bei einem Blitzeinschlag werden mehrere Besucher des Festivals »Rock am Ring« bei Mendig/Rheinland-Pfalz schwer verletzt – **6.6.** Bundespräsident Joachim Gauck erklärt seinen Verzicht auf eine zweite Amtszeit – **10.6.** In Saint-Denis/Frankreich beginnt die 15. Fußballeuropameisterschaft – **12.6.** *In Orlando/Florida veranstaltet ein Amokschütze ein Massaker in einem*

Schwulen- und Lesbenclub – 16.6. In Großbritannien verschafft der Mord an einer Abgeordneten der Anti-Brexit-Bewegung Auftrieb – 17.6. Das Landgericht Detmold verurteilt den 94-jährigen früheren KZ-Wachmann Reinhold Hanning zu fünf Jahren Haft (Revision eingelegt) – ***23.6. Brexit: Die Flüchtlingspolitik von Bundeskanzlerin Angela Merkel wird zum ausschlaggebenden Faktor bei der Abstimmung über den Austritt Großbritanniens aus der EU – 26.6.*** In Panama wird die Erweiterung des gleichnamigen Kanals eröffnet

12. Juni Orlando: maßgeschneidertes Massaker?

Orlando, Florida, zwei Uhr morgens. In dem Schwulen- und Lesbenclub *Pulse* geht es hoch her. Heute ist Latin Night. Neben Schwulen, Lesben und Transsexuellen tummeln sich hauptsächlich Lateinamerikaner auf der Tanzfläche. Also ein Sammelsurium der wichtigsten Randgruppen der Gesellschaft. Gerade wird die letzte

Runde ausgerufen, als es plötzlich knallt. Ein Mann hat den Türsteher ausgetrickst und ist in die Räumlichkeiten eingedrungen, wo er sofort das Feuer eröffnet. Es ist der 29-jährige Omar Mateen. Panik bricht aus; die Menschen verstecken sich hinter Möbeln, Türen und in den Toiletten. Doch der Attentäter schießt auf alles, was sich bewegt. Und wie er schießt: Insgesamt soll er die unglaubliche Zahl von 49 Menschen erschossen und 53 weitere verletzt haben, bevor er selbst von der Polizei getötet wurde. Eine »beachtliche Leistung« – so aus dem Stand. Denn der Mann war nicht einmal vorbestraft. Weder hatte er bisher eine aktenkundige

Gewalttat begangen, noch hatte er demzufolge irgendwo silberne Löffel geklaut. Ja, nicht nur das: In den Jahren 2007 und 2013 war er sogar einer Sicherheitsprüfung unterzogen worden, und zwar von seinem Arbeitgeber G4S, der größten Sicherheitsfirma der Welt. Darüber hinaus hatte er psychologische Tests bestanden, besaß einen landesweit gültigen Waffenschein und eine Lizenz als Sicherheitsmann. Mit anderen Worten: Weiter kann man vom Profil eines Massenmörders kaum noch entfernt sein. Es sei denn vielleicht als Papst.

Ein Beispiel für eine missglückte Maske

Nun ja – hinterher ist man immer schlauer, wie der Volksmund sagt. Erst hinterher – nach Mateens Tod – wurde behauptet, er sei »seelisch labil« gewesen, habe Steroide genommen, Lesben und Schwule gehasst und gegenüber Kollegen davon gesprochen, »Leute zu töten«. Nur seltsam, dass sein Arbeitgeber davon überhaupt nichts mitbekommen haben soll. Seltsam auch, dass sich Mateen immer wieder unter den ihm angeblich verhassten Schwulen herumgetrieben haben soll, und zwar

nirgendwo anders als im *Pulse* – in demselben Nachtclub also, in dem er am 12. Juni 2016 fast 50 Menschen erschossen haben soll. Nicht weniger als vier Stammgäste schworen Stein und Bein, Mateen mindestens ein Dutzend Mal im *Pulse* gesehen zu haben. Zu dumm. Welchen Sinn sollte das alles überhaupt ergeben? Ein gewisser »Miguel« versuchte diesen Widerspruch zu kitten, indem er behauptete, Mateen sei wütend gewesen, weil er sich bei einem Schwulen HIV geholt habe. Leider wirkte »Miguel« rein äußerlich etwa 20 Jahre älter als sein angeblicher Ex-Liebhaber Mateen, hatte keine echten Haare und auch keinen Nachnamen. In

TV-Interviews trat »Miguel« mit Perücke auf und wirkte wie ein besonders gutes Beispiel für eine missglückte Maske. Kurz: Der angebliche »Miguel« sah aus wie ein schlecht maskierter Schmierenkomödiant. Beweise für Mateens schwules Doppelleben fanden sich ebenfalls nicht. Zu dumm auch, dass sich bei seiner Obduktion herausstellte, dass er HIV-negativ war.

**Ein schlecht getarnter
Schmierenkomödiant?**

Schon in früheren Artikeln und Büchern habe ich über die Geschäfte und die Aufführungen der Krisendarsteller berichtet, die angeblich zu Übungszwecken Katastrophen in Szene setzen. Und im Fall des Massakers von Orlando haben wir es mit dem merkwürdigen Zufall zu tun, dass Mateens Arbeitgeber, die Sicherheitsfirma G4S, auch noch nachweislich mit einer Krisendarstellerfirma zusammenarbeitet, nämlich mit Crisis Cast (zu Deutsch etwa »Krisen-Ensemble«): Auf seiner Website listet Crisis Cast G4S als Kunden auf. G4S ist in 115 Ländern der Welt tätig und mit 623000 Mitarbeitern

der weltgrößte Sicherheitskonzern. Oder sagen wir statt »Sicherheitskonzern«: die weltgrößte private Polizeitruppe. Schon längst ist ja da, wo Polizei draufsteht, in vielen Ländern nicht mehr Polizei drin, sondern G4S oder irgendein anderer Sicherheitsanbieter. Weltweit werden Polizisten entlassen oder »outgesourced« und anschließend von der sogenannten Sicherheitsbranche eingestellt, wodurch es dort zu einem enormen Wachstum kommt – und bei den staatlichen Behörden zu einem Schrumpfungsprozess. In Großbritannien beispielsweise schmeißt G4S bereits einen großen Teil des Polizeibetriebs (siehe *Die Welt*, online, 24.5.2014). Das

alles bedeutet, dass

- der Arbeitgeber des Orlando-Killers, G4S, sehr viele ehemalige Polizisten beschäftigt,
- der »Killer« quasi direkt aus dem Polizeimilieu stammte,
- wahrscheinlich über beste Beziehungen zur Polizei und zu den Sicherheitsapparaten verfügte,
- die staatlichen und privaten Polizeitruppen natürlich dringend »üben« müssen und
- ringend Attentate und andere Katastrophen benötigen, um politische Zwecke zu erfüllen sowie ihr eigene Existenz und ihre

eigenen Geschäfte zu rechtfertigen.

Keine Beweise für ein Massaker

Nicht, dass damit die Inszenierung durch G4S oder Crisis Cast bewiesen wäre. Aber schon der frühere stellvertretende US-Finanzminister Dr. Paul Craig Roberts hat festgestellt, dass es überhaupt keine Beweise für ein echtes Massaker im *Pulse Club*, Orlando, gibt – aber jede Menge Ungereimtheiten (*Kopp Online*, 16.6.2016). Titel: »Immer noch keine realen Beweise für

das Massaker in Orlando«. Dort wurden zum Beispiel Verletzte von Helfern in die falsche Richtung getragen, nämlich zurück zum Ort des Massakers (siehe YouTube-Video: »100% PROOF Orlando Shooting Was a STAGED HOAX ... This Is All You Need To See«, 14.6.2016). Ein anderer »Verletzter« wurde einfach abgesetzt, nachdem das Grüppchen meinte, aus dem Blickwinkel der Kamera verschwunden zu sein (siehe YouTube-Video: »Orlando Shooting Dropping wounded when they think they are not being filmed any longer«, 13.6.2016). Auf CNN gab ein angeblicher, als Schwuler hergerichteter Zeuge eine

tränenfreie Darbietung, bei der er sich immer wieder das Lachen verkneifen musste (siehe Youtube-Video: »PROOF FAKE ORLANDO GAY CLUB SHOOTING WITNESSES ARE ACTORS/ACTRESSES!«, 13.6.2016). Und, und, und: Das Orlando-Massaker könnte die bisher lausigste Kriseninszenierung gewesen sein, die der Öffentlichkeit je präsentiert wurde. Stopp! Aber es hat doch 49 Tote und 53 Verletzte gegeben! Wirklich? Falls ja, dann macht das alles nur noch schlimmer. Dann wären tatsächlich Menschenleben für diese Inszenierung geopfert worden. Davon abgesehen haben derartige Opfer, ob echt oder

nicht, hauptsächlich die Aufgabe, Emotionen für den beabsichtigten psychologischen Zweck zu erzeugen und Kritiker mundtot zu machen. Denn wer wollte angesichts so schrecklicher Schicksale noch irgendwelche Zweifel anmelden? In Wirklichkeit ist die schonungslose Aufklärung jedoch immer noch der beste Dienst an den Betroffenen.

Jeder Zweite ein Schauspieler?

»Das, was mir am meisten ins Auge

fällt, ist die Tatsache, dass fast jede Schlüsselperson, die uns untergekommen ist, inklusive des Schützen selbst, etwas mit Schauspielerei oder Regie zu tun hatte«, heißt es auf der alternativen Nachrichtenseite *Underground World News*. Omar Mateen habe vor Jahren in einer Dokumentation über die Ölkatastrophe im Golf von Mexiko mitgewirkt. Beim Massaker von Orlando hätten »45 Schlüsselpersonen« angeblich »in irgendeiner Weise mit Schauspielerei zu tun« gehabt. Ja, Mateens Arbeitgeber, die Sicherheitsfirma G4S, habe sich sogar »auf solche Amok-Trainings spezialisiert«, heißt es bei *Underground*

World News: »Sie helfen dabei, sie von Grund auf zu inszenieren – die exakte Situation, deren Zeuge wir wurden« (YouTube-Titel: »CRISIS CAST: Specially Trained Role Play Actors and Film Makers«, 17.6.2016).

Held oder Hochstapler?

Nach dem Massaker reichten die Medien auch einen jungen, dunkelhaarigen Mann namens Luis Burbano herum. Nachdem er die Schüsse im *Pulse* gehört habe, sei er durch die Tür eines Notausgangs geflüchtet, hinter der sich bereits etwa

20 Leute in einem engen Gang nach draußen gedrängt hätten. Während der Amokschütze näher und näher gekommen sei, habe er – Burbano – die Tür zwischen dem Lokal und dem Ausgang zugehalten, damit die Leute in die andere Richtung nach draußen hätten fliehen können. Anschließend sei er selbst gefolgt. Draußen habe er einem Mann den zerschossenen Arm abgebunden (*Global News*, online, 13.6.2016, und andere). Das Problem ist nur, dass erstens eine zugehaltene Tür bei einer Schusswaffe rein gar nichts nützt. Und zweitens, dass man einen Mann desselben Namens, Aussehens und Alters auch in der IMDB wiederfindet –

der International Movie Database. Dort wird Luis Burbano als Schauspieler bezeichnet.



© Screenshot des Autors

*Luis Burbano als Orlando-Zeuge im TV
und als Schauspieler in einer
Filmdatenbank*

Maßgeschneiderte Krise?

Das Schöne ist natürlich, dass eine solche Krise – allgemein formuliert – auf die politischen Bedürfnisse der Politik maßgeschneidert werden kann. Nach dem Motto: Die Realität ist einfach zu wichtig, um sie dem Zufall zu überlassen:

- Sie wollen die Waffengesetze verschärfen? Wie wär's mit einem kleinen Schulmassaker?
- Sie wollen den Krieg der Kulturen anheizen? Wie wär's mit einem

Bombenanschlag durch
»Islamisten«?

- Sie wollen ein Tempolimit auf Autobahnen einführen? Wie wär's mal mit einer schönen Massenkarambolage?
- Sie sind um Randgruppen besorgt? Dann inszenieren Sie ein Massaker in einem hispanischen Schwulen- und Lesbenclub, das wird auf jeden Fall jede Menge Mitgefühl und Sympathie hervorrufen und die Kritiker zum Schweigen bringen.

Vertraulichkeit ist dabei oberstes Gebot. Mit der Krisendarsteller-Firma Crisis Cast, zu deren Kunden Mateens Firma

G4S gehört, könnte man gegebenenfalls ganz diskret darüber reden: »Manche der Aufgaben, die wir erfüllen, sind sensitiv«, gibt Crisis Cast zu. Aber: »Wir glauben an Loyalität, und wir verstehen den Bedarf an Vertraulichkeit.« Deshalb sollte man sich auch zusammensetzen und einmal ganz in Ruhe darüber reden: »Wir freuen uns, Sie zu treffen und Sie selbst urteilen zu lassen, ob Sie uns und unseren speziell ausgebildeten Rollendarstellern und Filmemachern vertrauen ...«, heißt es auf der Website. Ja, der moderne Politiker kommt ohne maßgeschneiderte Ereignisse gar nicht mehr aus. Wie sagte doch einmal der Trendforscher Gerald

Celente: »Politik ist Showbusiness, nur mit hässlichen Menschen« (*Smart Investor*, Nr. 12/2012). Und gäbe es nicht mit schöner Regelmäßigkeit überaus passende Desaster, müsste man sie dann nicht glatt erfinden? Und ob. Aber das ist natürlich alles nur was für Aluhutträger und andere »Verschwörungstheoretiker« ...

16. Juni

Jo Cox: Wie ein Mord beinahe den Brexit verhindert hätte

Birstall bei Leeds, 18. Juni 2016. Ein großer Berg Blumen liegt auf dem Gehsteig des Marktplatzes, als sich ein kleines Grüppchen Menschen nähert: ein großer, grauhaariger Mann, eine Frau mit grauem Kurzhaarschnitt und Blumen im Arm sowie zwei jüngere Frauen, eine langhaarig und blond, die andere dunkelhaarig. Überall klicken Kameras,

als die vier an einem Spalier von Zuschauern und Presseleuten vorbeigehen und sich schließlich dem Haufen Blumen nähern. Die Grauhaarige trägt ein konstantes Lächeln um die Lippen, die Blonde grinst. Schließlich stehen alle vier inmitten der Menge.

Weder Tränen noch Augenringe

Das Lächeln und der gelöste Auftritt wollen so gar nicht zu dem Anlass passen: Es sind die Eltern und Geschwister der britischen Labour-

Abgeordneten Helen Joanne Cox, die vor zwei Tagen, am 16. Juni 2016, genau an dieser Stelle ermordet worden war. Auf dem Weg zu einer Bürgersprechstunde in der Bibliothek von Birstall war plötzlich ein Mann auf sie zugekommen und hatte auf sie eingestochen und geschossen. Dabei habe er »Britain First!« gerufen. Wie sich die Ereignisse doch ähneln, finden Sie nicht? Wenige Stunden später war Cox im Allgemeinen Krankenhaus von Leeds verstorben. »Es gibt Dinge, die man im Leben nie tun müssen sollte«, liest die Blonde leichthin vom Blatt ab: »Letzte Nacht musste ich den Leichnam meiner Schwester identifizieren.«

Schrecklich, kann man da nur sagen: Stellen Sie sich vor, Sie würden nachts in eine Gerichtsmedizin gerufen, um einen nahen Verwandten zu identifizieren! Ein oder zwei Stunden zuvor wussten Sie vielleicht noch nicht einmal, dass er oder sie tot ist – und nun blicken sie hier mitten in der Nacht auf die Leiche! Nach diesem Albtraum sieht die Blonde am nächsten Morgen aber gar nicht aus: kein Stocken in der Stimme, keine Augenringe und keine Tränen im Gesicht. »Ja, das waren Jo Cox und ich, und sie bedeutete viel für viele Menschen in ihrem zu kurzen Leben«, sagt die Schwester. Lachen (siehe YouTube-Titel: »Jo Cox Govt HOAX

Confirmation«, 19.6.2016).

Der lockere Auftritt zwei Tage nach Cox' Tod wurde nur noch von einem Statement des Witwers von Jo Cox übertroffen, der noch am Tage ihrer Ermordung folgende pathetische Prosa zum Besten gab: »Heute beginnt ein neues Kapitel in unserem Leben. Schwieriger, schmerzhafter, freudloser und nicht mehr so voll von Liebe. Ich und Jos Freunde und Familie werden jeden Augenblick unseres Lebens dafür arbeiten, unsere Kinder zu lieben und zu ernähren und gegen den Hass zu kämpfen, der Jo getötet hat. Jo glaubte an eine bessere Welt, und jeden Tag ihres Lebens kämpfte sie dafür mit einer

Energie und einem Lebenshunger, die die meisten Menschen erschöpft hätten. Jetzt hätte sie sich vor allem zwei Dinge gewünscht: erstens, dass unsere kostbaren Kinder in Liebe gebadet würden, und zweitens, dass wir uns alle im Kampf gegen den Hass vereinen, der sie getötet hat. Hass hat keinen Glauben, keine Rasse oder Religion. Er ist nur giftig. Nichts in ihrem Leben würde Jo bereuen; sie kostete jeden einzelnen Tag voll aus« (*The Independent*, 16.6.2016). Donnerwetter! Wer würde sich am Tage des Mordes an seiner Frau schon hinsetzen und ein solches Statement verfassen? Wäre man da nicht erst einmal vollkommen starr vor Entsetzen?

Perfekt und politisch

Nichts da. Die Hinterbliebenen von Jo Cox vergießen keine Tränen, sondern finden bei ihrer Ansprache vor der Bibliothek von Birstall nur lobende Worte. »Meine Schwester, die Erstgeborene meiner Eltern, Ehefrau und Mutter. ... Sie sah immer nur das Gute«, sagte die Schwester, senkte den Blick und biss sich auf die Lippen. Allgemeines Lächeln. Entweder freut sich die gesamte Familie klammheimlich wie ein Schneekönig über das Ableben von Jo Cox, oder hier stimmt etwas nicht. Keiner der vier trägt

Trauerkleidung – ja, mehr noch: Die Kleidung passt auch nicht zu ihnen, sondern sieht so aus, als wäre sie ihnen gerade wahllos übergestreift worden. »Nun ist unsere Familie zerbrochen«, liest die Blonde entspannt vor und streicht ihr Haar zurück, »aber mit der Zeit werden wir gesunden.« Zerbrechen und Gesunden in einem Satz – so schnell geht das. Die Dunkelhaarige presst krampfhaft die Lippen aufeinander und nickt. »Sie war ein Mensch, und sie war perfekt«, versichert die Blonde. Sicher. Und wie perfekt sie war. Bei *Telepolis* kann man lesen: »Helen Joanne Cox, geborene Leadbeater, war Ehefrau, Mutter von zwei Kindern (3 und 5),

Sozialistin und Feministin, setzte sich aktiv für Flüchtlinge, für eine multikulturelle Gesellschaft und den Verbleib Großbritanniens in der EU ein. Sie war Tochter einer Schulsekretärin und eines Fabrikarbeiters, die Erste ihrer Familie, die einen Uniabschluss machte. Neben ihrer Abgeordnetentätigkeit war sie die Vorsitzende des Frauennetzwerks der Labour Party« (online, 21.6.2016). Hört sich an wie ein Geschöpf aus der Ideologiewerkstatt der Labour-Partei, finden Sie nicht?

Optimales Training

Genau eine Woche vor dem Abstimmungstermin über den Austritt Großbritanniens (Orwellscher Kurz-Neusprech: »Brexit«) aus der EU wurde diese glühende Verteidigerin der EU also ermordet. Angeblich von einem EU-Gegner. Aber was auch immer der Mann wirklich wollte – der Europäischen und der Bewegung für den Verbleib Großbritanniens in der Gemeinschaft hatte er damit den größten Gefallen getan. Schon das Timing war perfekt: Eine Woche ist genau die Zeitspanne, die man brauchte, um all die

Gedenkveranstaltungen, Trauerfeiern sowie die Bestattung zu organisieren, sodass im Moment der Abstimmung die größtmögliche psychologische Wirkung erzielt wurde. Eine Woche ist auch die Zeit, die bisherige EU-Gegner brauchen würden, um innerlich umzuschwenken. Auch Cox' Geburtstag am 22. Juni, also einen Tag vor der Brexit-Abstimmung, versprach nochmals maximale Aufmerksamkeit und größtmögliches Mitgefühl. Allein an diesem Timing konnte man im Prinzip schon erkennen, wie der Hase läuft. Die Woche bis zur Abstimmung war optimal mit emotionalen Momenten gefüllt:

16.6.2016: Mord an Jo Cox

17.6.2016: Trauerfeier für Jo Cox

18.6.2016: Beginn des Prozesses
gegen den Verdächtigen

20.6.2016: Einberufung des
Parlaments in der Sache Cox

22.6.2016: Cox' Geburtstag

23.6.2016: Brexit-Abstimmung

»Also, bis vor zwei Wochen hätte ich gedacht, dass es einen Brexit geben wird«, sagte die Politik- und Börsenexpertin Anja Kohl nach dem Attentat in der Talkshow *Maischberger*. »Ich denke, dass dieses Attentat vieles verändert hat, dass viele Briten jetzt zur Wahl gehen werden, die vielleicht nicht

gegangen wären. ... Und ich könnte mir schon vorstellen, dass das Zünglein an der Waage die Wahlbeteiligung sein wird und dass morgen ein paar mehr Menschen in Großbritannien zur Wahl gehen werden und dann dort die Stimme zeigen und abgeben werden und dass das wirklich entschieden wird und dass die Briten in der EU bleiben werden« (22.6.2016).

Der Mord zielte auf die Brexit-Bewegung

Auch inhaltlich wurde das Attentat auf

die Brexit-Bewegung eingestellt. Der angebliche Attentäter-Ausruf »Britain First!« war nicht irgendeine Parole, sondern der Name einer Anti-EU-Partei. Nach dem Mord an Cox stand Britain First! nun als Unterstützerin eines Killers da. Die Medien bezeichneten den mutmaßlichen Täter gar als »Brexit-Schützen« (»Brexit-Gunman«). Ob der Ausruf »Britain First!« wirklich getätigt wurde, steht dagegen auf einem anderen Blatt (siehe unten) – aber Hauptsache, es stand in den Medien, und das Attentat auf Jo Cox konnte gegen die EU-Gegner in Stellung gebracht werden. Danach, erkannten Beobachter und Politiker, drehte sich der Wind gegen einen EU-

Austritt: Zuvor hatten die Umfragen noch »einen Schwenk hin zu einem Brexit« gezeigt. »Immer mehr Briten sprachen sich für einen Ausstieg aus. Und dann – ganz plötzlich und wie aus dem Nichts – wird die britische Parlamentsabgeordnete Jo Cox, die eine Befürworterin für einen Verbleib in der EU war, ermordet«, schrieb die politische Analysenseite *konjunktion.info* (19.6.2016). Hätte es den Mord an der britischen Labour-Abgeordneten Jo Cox nicht gegeben, hätte man ihn glatt erfinden müssen. Hat man ihn etwa erfunden? Wie ich bereits hier geschrieben habe, werden heute große Teile der Realität wie ein Film

oder ein Werbespot »produziert«, denn 99,9 Prozent der Leute sehen ohnehin nur das Medienereignis und nicht die Realität vor Ort. Nach dem Motto: »Wollen Sie den Austritt Großbritanniens aus der EU verhindern? Dann inszenieren Sie den Mord an einer EU-freundlichen Abgeordneten!«

Wie Jo Cox die Börsen rettete

Danach war aus der Brexit-Kampagne erst einmal die Luft raus, und die EU-Freunde bekamen Oberwasser. »In der

ersten Umfrage nach dem Mord an Jo Cox vom Donnerstag führte die Kampagne für einen Verbleib in der EU«, meldete der Finanzdienst *Bloomberg* (online, 18.6.2016). »Die Umfrage markierte einen Umschwung gegenüber den letzten Umfragen, die einen Tag vor dem Mord veröffentlicht wurden.« »Das Attentat auf die proeuropäische britische Abgeordnete Jo Cox könnte eine Trendwende in der britischen Brexit-Debatte ausgelöst haben«, schrieb auch das deutsche *Handelsblatt* (online, 19.6.2016). »Nach einer Umfrage wenige Tage vor dem Referendum liegen die EU-Befürworter vorn.« Aber der Anschlag

rettete vorübergehend nicht nur die Politik, sondern auch die Börsen: Bis zu dem Attentat habe an den Märkten »Weltuntergangsstimmung« geherrscht, berichtete eine renommierte Finanz-Website: »Das britische Pfund wertete gegenüber Euro und Dollar immer weiter ab, der DAX war auf den tiefsten Stand seit Ende Februar gefallen und das »Krisenmetall« Gold war auf den höchsten Stand seit dem Sommer 2014 geklettert.« Den Grund beschrieb die Seite auch: »An den Finanzmärkten herrschte Panik, dass die Briten sich beim Referendum am 23. Juni tatsächlich für einen EU-Austritt entscheiden könnten. Doch dann liefen erste

Meldungen über die Ermordung der britischen Labour-Abgeordneten Jo Cox über die Ticker. Und an den Finanzmärkten wandelte sich das Bild« (*GodModeTrader.de*, 17.6.2016). Genau ab 16.30 Uhr schossen Aktienmärkte und Pfund »kräftig nach oben, während der Goldpreis deutlich abgab«. Dazu präsentierte die Website eine Grafik, auf der der Tod von Jo Cox das Kurstief des Pfundes gegenüber dem Dollar markierte. Danach ging es bergauf.

Eine Märtyrerin für die gute Sache

Denn natürlich wussten auch die Börsianer, dass das Attentat den Brexit-Freunden den Wind aus den Segeln nehmen würde. Nun lasse nicht nur die Brexit-Angst nach, auch das Pfund erhole sich, »und auch an den Aktienmärkten kommt es zu einem kräftigen Rebound«, schrieb die erwähnte Finanzseite: »Ausgerechnet die Ermordung der britischen Labour-Abgeordneten dient als Begründung.« »Ausgerechnet«? Wieso ausgerechnet? Was sollte denn sonst den EU-Freunden und damit auch den Börsen aus der Patsche helfen, wenn nicht der theatralische Tod eines Pro-EU-Politikers? Schließlich konnten nur so

ein Märtyrer für »die gute Sache« geschaffen und die EU-Gegner als geistige Brandstifter dargestellt werden.

Zahlreiche Ungereimtheiten

Die zahlreichen Ungereimtheiten des Attentates gingen dabei natürlich völlig unter:

- Warum zeigten sich Mutter und Schwester zwei Tage nach dem Mord und am Morgen nach der Identifizierung lächelnd in der

Öffentlichkeit?

- Weshalb trugen die Hinterbliebenen bei der Gedenkfeier in Birstall keine Trauerkleidung?
- Wieso lächelten Jo Cox' Witwer und Kinder bei der für die Medien inszenierten Bestattungsfahrt auf der Themse (siehe *kleinezeitung.at*, 22.6.2016)?
- Warum hatte der angebliche Attentäter bei der Festnahme kein Blut an seinen nackten Armen, nachdem er Cox mit einem langen Messer erstochen hatte?
- Warum und wie konnte bereits am nächsten Tag die Trauerfeier abgehalten werden?

Fragen über Fragen. Egal: Die tote Jo Cox führte weiter ihren Wahlkampf für den Verbleib Großbritanniens in der EU. Mitten in einem Blumenmeer auf dem Platz des Parlaments im Zentrum Londons stand ein Bild von ihr. Daneben prangte der Slogan: »Stimme am 23. Juni für Verbleib!« So, als hätte Cox das noch selbst gesagt. Genützt hat es nichts. Zwar kamen die EU-Freunde durch den Mord an der Abgeordneten Cox noch einmal an die Brexit-Befürworter heran. Am 23. Juni 2016 stimmten immerhin 48,1 Prozent der Wähler für einen Verbleib der Insel in der Europäischen Union – aber 51,9 Prozent entschieden sich dagegen. Sollte es sich bei dem

Attentat auf Cox wirklich um
Wahlkampfhilfe in letzter Minute
gehandelt haben, war sie damit umsonst
gestorben ...

23. Juni

Brexit: Angela Merkel ist »Europas Staatsfeind Nr. 1«

Bei der Volksabstimmung vom 23. Juni 2016 stimmte die Mehrheit der Wähler wie gesagt für einen Austritt Großbritanniens aus der EU (siehe auch voriges Kapitel). Was dabei von sämtlichen Medien unter den Teppich gekehrt wurde: Der Hauptgrund für diese sensationelle Niederlage der EU-Freunde lag gar nicht in Großbritannien,

sondern in Deutschland. Am 4. September 2015 hatte Angela Merkel zusammen mit dem inzwischen zurückgetretenen österreichischen Bundeskanzler Werner Faymann die pauschale (und auch rechtswidrige) Aufnahme von vielen Tausend Migranten verkündet, die an der ungarischen Grenze Einlass in die EU und vor allem nach Deutschland begehrten. Seitdem war das europäische Schiff leckgeschlagen. Damit löste Merkel eine beispiellose Sogwirkung bei den Migranten aus, die die deutsche »Willkommenskultur« sofort in ihre Heimatländer twitterten. Nach Schätzungen kamen 2015 etwa

eineinhalb Millionen illegale Einwanderer nach Deutschland, wovon manche versuchten, in andere EU-Länder weiterzureisen, unter anderem auch nach Großbritannien. Monatelang gingen Bilder durch die Medien, auf denen Migranten versuchten, Lkws auf dem Weg von Calais nach Dover zu kapern und so illegal nach Großbritannien zu gelangen. Des Weiteren gab es Hinweise auf zahlreiche Terroristen unter den »Flüchtlingen« (*Spiegel Online*, 10.2.2016).

Rette sich, wer kann ...

Kurzum: Angela Merkels »Flüchtlingsflut« dürfte wohl das größte PR-Desaster gewesen sein, das die EU je erlebt hat. Die Bilderflut von den Fremden, die unkontrolliert Grenzzäune stürmten und Bahnhöfe bevölkerten, erreichte auch die Wohnzimmer in Großbritannien. Den ohnehin schon von Migranten überlaufenen Insulanern standen die Haare zu Berge: Die wichtigste europäische Politikerin öffnete einfach die Grenzen und ließ sich mit den illegalen Einwanderern auch noch fröhlich fotografieren – Bilder, die ebenfalls um die Welt gingen. Botschaft: Kommt alle her, Deutschland und die EU stehen euch offen! Kurz: Merkel ist

genau das Problem, dessen Lösung sie dauernd fordert. Denn neuerdings möchte sie den Flüchtlingsstrom ja angeblich eindämmen. Just um dieselbe Zeit tobte in Großbritannien bereits der Kampf um den Brexit, also um den Austritt des Vereinigten Königreiches aus der Europäischen Union. Mit ihrer Einwanderungseuphorie gewährte niemand anderer als Angela Merkel dem Lager der britischen EU-Skeptiker höchst willkommene Schützenhilfe. Die von Merkel unterstützte Migranteninvasion war eine Steilvorlage für die EU-kritischen Gruppen im britischen Brexit-Wahlkampf. Die EU-skeptische Partei UKIP produzierte aus

den »Flüchtlings« fotos große Wahlplakate für den Brexit. Jedes weitere Bild von anströmenden Migranten generierte zusätzliche Stimmen für einen EU-Austritt. Gleichzeitig leistete Merkel damit auch Wahlkampfhilfe für die angeblich so verhassten »rechten« Parteien in Europa, die die Flüchtlingskrise als Wasser auf ihre politischen Mühlen betrachteten – ob nun UKIP, AfD oder Front Nationale.

»Die Wellen der europäischen Flüchtlingskrise schlagen inzwischen mit voller Wucht gegen die Gestade der Britischen Inseln, mit weitreichenden Folgen für die EU-Politik David Camerons«, hatte *Die Welt* schon am 2.

September 2015 gewarnt (online). Die Regierung Großbritanniens wurde von Merkel-Freund Werner Faymann regelrecht erpresst, ebenfalls Flüchtlinge aufzunehmen: »Großen Raum in den [britischen] Medien nimmt eine Äußerung des österreichischen Bundeskanzlers Werner Faymann ein, der drohte, einzelne Länder von Mitteln aus EU-Strukturfonds auszuschließen, wenn sie nicht genügend zur Lösung der Asylproblematik beitragen – er nannte Großbritannien als Beispiel.« Botschaft: Entweder öffnet sich Großbritannien dem Migrantstrom, oder die Insel wird von der EU mit Sanktionen belegt. Solche dreisten Vorstöße gegen die

Souveränität des Vereinigten Königreiches mussten für die dortigen Bürger und Politiker wie ein Alarmsignal erscheinen. Wirksamer konnte man Großbritannien kaum noch aus der Union vergraulen.

Aus der EU vergrault

»Also wir haben da auch etwas getan, was die Menschen in Großbritannien verunsichert hat«, erkannte der Wirtschaftsjournalist Roland Tichy in der Talkshow *Maischberger* am 22. Juni 2016, also einen Tag vor der Brexit-

Abstimmung. England fühle sich »von der deutschen Einwanderungspolitik« bedroht, obwohl es selbst schon viele Einwanderer aufgenommen habe. Dabei musste es heißen: *weil* Großbritannien schon so viele Immigranten aufgenommen hat. Denn die Tatsache, dass ein halber Liter in ein Bierglas passt, heißt ja noch lange nicht, dass noch ein weiterer halber Liter hineingeht. Mit dieser Logik hat bis jetzt jedenfalls noch nie jemand einen Liter Bier in ein Halbliterglas bekommen. Angela Merkel ist wahrscheinlich die Erste, die das versucht. Die Immigration habe eine wichtige Rolle in der Brexit-Debatte gespielt, pflichtete die Stadträtin

von Kent und Brexit-Aktivistin Anna Firth in derselben Talkshow bei.

Auf dem Merkel-Ticket ins Weiße Haus

Manche sehen Merkels »Flüchtlingsparty« als Hauptursache für die Flucht der Briten aus der EU an: »Die Bilder vom Balkan und die Exzesse in Köln, die der UKIP-Chef Farage stets genüsslich erwähnte, haben über den Brexit entschieden«, schrieb *Die Welt* (online, 25.6.2016): »Großbritannien verlässt die EU, weil

eine Mehrheit das Versagen der Gemeinschaft nicht mehr hinnehmen will. Dazu hat die Kanzlerin mit ihren Alleingängen bei den Flüchtlingen maßgeblich beigetragen.« Was zu beweisen war: Niemand anderer als Angela Merkel ist »Europas Staatsfeind Nr. 1«. Aber nicht nur das: Selbst der umstrittene amerikanische Präsidentschaftskandidat Donald Trump reiste auf dem Migranten-beziehungsweise Merkel-Ticket in das Weiße Haus. Niemand anderer als die Kanzlerin lieferte ihm mehrfach Munition für seinen Wahlkampf. Auch Trump dienten Deutschland und seine fahrlässige Migrantenpolitik als

Schreckgespenst, um vor einer Wahl Hillary Clintons zu warnen, die er als eine zweite Angela Merkel bezeichnete: »Hillary Clinton möchte Amerikas Angela Merkel werden, und Sie wissen, welches Desaster diese massive Immigration für Deutschland und das deutsche Volk bedeutete. Die Kriminalität ist auf ungeahnte Höhen gestiegen«, zitierte das *Time Magazine* Trump (online, 15.8.2016): »Sie werden nun Aufstände in Deutschland bekommen ..., was sie in Deutschland angerichtet hat, ist irrsinnig. Es ist irrsinnig.« Das heißt: Niemand anderer als Angela Merkel hat zwei der von ihr am meisten beklagten politischen Ereignisse dieses

Jahres selbst verursacht oder mit verursacht: den Brexit und den Wahlsieg von Donald Trump.

Juli 2016



<https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Miria>

Creative Commons Attribution-Share Alike

Unported 3.0, Author: 9EkieraM1

Thema des Monats

12.7. Powerfrauen sterben jung

**3.7. Das ZDF bekämpft
»Verschwörungstheorien« – 4.7. Ex-
Stasi-Frau terrorisiert Öffentlichkeit
und Internet/Die NASA-Sonde Juno
erreicht angeblich den Jupiter – 5.7. In
Stuttgart spaltet sich die
Landtagsfraktion der AfD – 12.7.
Krebstod der Moderatorin und
Schauspielerin Miriam Pielhau –
13.7. In Großbritannien wird nach dem
Rücktritt von David Cameron Theresa**

May zur neuen Premierministerin ernannt – **14.7. Lkw-Attentat von Nizza: Die französische Regierung benutzt den Anschlag zur Verlängerung des Ausnahmezustandes** – **15./16.7.** Putschversuch gegen und anschließende Säuberungsaktionen durch Präsident Recep Tayyip Erdogan in der Türkei – **18.7.** Messer- und Axtanschlag auf Fahrgäste eines Regionalzuges auf der Strecke Treuchtlingen–Würzburg – **19.7.** Die US-Republikaner nominieren Donald Trump zu ihrem Präsidentschaftskandidaten – **22.7. Der Reporter Richard Gutjahr taucht nach Nizza schon wieder bei einem**

Terroranschlag auf, diesmal in München – 24.7. Sprengstoffanschlag in Ansbach/Messerattentat in Reutlingen – **26.7.** Nominierung von Hillary Clinton zur Präsidentschaftskandidatin der US-Demokraten

3. Juli

ZDF: Reparaturbetrieb für offizielle Mythen

Beim Fernsehen werden bekanntlich nicht nur die Bildschirme immer flacher, sondern auch die Inhalte. Mancher Film kommt inzwischen geradezu papierdünn daher. Oder wie man früher sagte: »fadenscheinig«. Einen Meilenstein in dieser Richtung setzte die sogenannte Dokumentation *Geheimbünde – Die Masken der Verschwörer* aus der Reihe *Terra X* vom 3. Juli 2016. Nach dem

Motto: Viel versprochen – nichts gehalten. In dem Film ging es um sogenannte »Verschwörungstheorien«. Das ZDF versprach aufzuklären: »Was aber daran ist wahr und was ist reine Fiktion, erschaffen von Erfolgsautoren wie Dan Brown? Wer mehr über die geheime Parallelwelt der geheimen Bruderschaften und den Wahrheitsgehalt von Verschwörungstheorien erfahren will, braucht gute Verbündete.«

**Ab in die
Lügenwaschmaschine ...**

Hauptthemen waren der 11. September 2001, die angebliche bemannte Mondlandung und die geheimnisvolle Bruderschaft der Nachfahren Christi, die Prieuré de Sion. Nachdem das Anfangsbrimborium des *Terra-X* – Trailers und die mysteriöse Freimaurersymbolik des Intros vorbei waren, fand man schnell heraus: Bei dem 45-Minuten-Stück handelte es sich um den üblichen Reparaturbetrieb für offizielle Märchen und Mythen. Wie ich schon früher öfters festgestellt hatte, benötigen die Lügen des Mainstreams von Zeit zu Zeit eine gewisse »Wartung«. Da Lügen nun einmal kurze Beine haben, muss man ihnen dann und

wann wieder aufhelfen. Und da Propagandaexperten zufolge (wie dem zu Beginn dieses Buches zitierten CIA-Boss William Casey) ja praktisch alles gelogen ist, entstehen immer wieder einmal Risse in diesem falschen Weltbild. Die Propaganda sei erst dann perfekt, meinte er, wenn alles, was die Amerikaner glaubten, falsch sei. Man muss sich das vorstellen wie Risse in einem alten Fresko. Von Zeit zu Zeit werden die Restauratoren gerufen, um die Sprünge wieder zu kitten und zuzuspachteln. Zu diesen bröckelnden Glaubensinhalten zählt natürlich die bemannte Mondlandung genauso wie der offizielle Ablauf des 11. September

2001. Deshalb werden wir mit schöner Regelmäßigkeit mit immer neuen Dokumentationen über die Mondlandung, den 11. September, aber auch über das Kennedy-Attentat und andere tatsächliche Verschwörungen behelligt. Die offiziellen Versionen über diese Ereignisse werden dann in eine Art Lügenwaschmaschine gelegt und einmal kräftig durchgespült, um sie anschließend blütenweiß wieder auszuspuken. Getreu dem Motto: Jawohl, das ist alles ganz gewisslich wahr, liebe Kinder.

Erkenntnisse vom »Juniorprofessor«

Als Waschfrauen präsentieren sich dabei scheinbar honorige Persönlichkeiten, am besten mit Professorentitel, die all die kritischen »Verschwörungstheorien« milde lächelnd abschlägig bescheiden: Nein, an diesen Ideen ist ganz sicher nichts dran. Dass die Herren Professoren meistens in Staatsdiensten stehen, also staatlich bezahlte »Experten« sind, wird natürlich nicht extra erwähnt. Die meisten dieser Experten sind aber nicht nur deshalb dubios. So zum Beispiel Professor

Marian Füssel, der quasi durch die ZDF-Dokumentation über »Verschwörungstheorien« führte. Zu diesem Zweck durfte er mit dem »staatlichen Reisebüro« des ZDF zu den Schauplätzen der angeblichen Verschwörungen reisen und bei jedem Thema auch ein bis zwei O-Töne von sich geben. Was das Publikum nicht erfuhr: Der 1973 geborene Füssel ist gar kein »richtiger Professor«, sondern nur ein »Juniorprofessor«. Dieser akademische Titel genießt in der Wissenschaftswelt nicht den besten Ruf, da man ihn nämlich ohne Habilitation quasi »nachgeworfen« bekommt und sich trotzdem ganz normal »Professor«

nennen darf. Der Juniorprofessor wurde im Rahmen des deutschen Bildungsabbaus für angeblich besonders begabte junge Akademiker erfunden, um ihnen schnell und unkompliziert einen Professorentitel zuzuschancen.

Mein Gott, Walter!

Oder nehmen wir Professor Ulrich Walter, der mitten aus dem Raumfahrt-Establishment stammt und dort auch heute noch einen guten Ruf und ein gutes Gehalt genießt. Er durfte in der *Terra-X* – Folge vom 3. Juli 2016 die

»Verschwörungstheorien« über die Mondlandung »widerlegen«. Was der Zuschauer auch hier nicht erfuhr: Die Raumfahrtwelt ist eine kleine, verschworene Gemeinschaft, in der jeder jeden kennt und die mit Wahrheit relativ wenig, mit Geld und Forschungsaufträgen aber sehr viel zu tun hat. Als Mondskeptiker könnte Walter seinen Lehrstuhl für Raumfahrttechnik an der TU München sicher nicht behalten. Ein »unabhängiger« Experte ist er also ebenfalls nicht. 1993 war Walter mit einer deutschen *Spacelab* – Mission in die Erdumlaufbahn geflogen und verteidigte nun vor aller Welt die

Mondlandung. In der *Terra-X* – Dokumentation hatte er sich dafür ausgerechnet den schwächsten Gegner herausgepickt, nämlich den inzwischen verstorbenen amerikanischen Mondskeptiker Bill Kaysing. Dieser hatte zwar den richtigen Riecher, aber mitunter die schwächsten Einwände gegen den amerikanischen Mondschwindel – die Walter im Rahmen der Dokumentation denn auch genüsslich zerplückte. Zum Beispiel die Frage, warum man auf den Mondbildern eigentlich keine Sterne sieht. Antwort: natürlich weil die Kamerablende auf den hellen Mondboden eingestellt gewesen wäre und somit das schwache

Sternenlicht nicht hätte einfangen können. Die Widersprüche der eigenen Beweisführung kommen bei Professor Walter allerdings nicht zur Sprache. So habe der Strahl des Raketentriebwerks der Landefähre beispielsweise keinen Krater verursacht, weil der Mondboden eben sehr fest sei, versicherte er – um kurz darauf darzulegen, dass die Astronauten problemlos eine dünne Fahnenstange in den Mondboden stecken konnten.

**Vorsicht,
Antisemitismusfalle!**

Da Walter die wirklich stichhaltigen Argumente gegen die bemannte Mondlandung fein säuberlich umschiffte, darf man wohl annehmen, dass er diese eben nicht widerlegen kann. Zum Beispiel die Frage, wie die Astronauten die harte Weltraumstrahlung, speziell in den Strahlengürteln der Erde, überleben konnten. Oder die Frage, warum sich die aufgezeichneten Strahlenwerte der Mondmissionen eigentlich nicht von Orbitmissionen unterscheiden. Oder die Frage, wie eigentlich irdischer Müll und Insektenreste in das gesammelte Mondgestein gelangen konnten (siehe auch Gerhard Wisnewski: *Lügen im Weltraum*, Rottenburg 2010). Dennoch

ist es äußerst wichtig, solche Dokumentationen des Staatsfernsehens zu beobachten und zu analysieren, geben sie doch die momentane Haltung des Staates zu einer Reihe von Fragen oder zu einem bestimmten Sachverhalt wieder. Man erfährt, welche Lügen und Geheimnisse der Staat weiter bewahren will und welche er vielleicht langsam und Stück für Stück fallen lassen möchte. Man erfährt auch, welche Themen das System als wichtig genug erachtet, um sie zu behandeln, zu beschützen und zu bewahren. Schließlich kann es auch gewinnbringend sein, hypothetisch jeweils das Gegenteil dessen anzunehmen, was in diesen

Propagandastücken behauptet wird. Doch Vorsicht: Die Speise ist vergiftet! So behandelte der Film auch die berüchtigten »Protokolle der Weisen von Zion«. Das ist die Vorstellung, jüdische »Weltverschwörer« hätten irgendwann im 19. Jahrhundert geheime Sitzungen abgehalten und dabei die Herrschaft über die Welt geplant. Wer dies freilich für wahr hält (anders als der Film), ist schon in die Antisemitismusfalle getappt ...

4. Juli

**Das Spinnennetz der
Anetta K.: Wie eine Ex-
Stasi-Frau die
Öffentlichkeit und das
Internet terrorisiert**

Der Schriftsteller und Journalist Udo
Ulfkotte staunte an diesem Tag nicht
schlecht: Kurz nach der Veröffentlichung
seines Buches *Grenzenlos kriminell –
Was uns Politik und Massenmedien
über die Straftaten von Migranten*

verschweigen war seine Facebook-Seite mit 30000 Followern weg! Gelöscht! Ein Baustein, um das Meinungsmonopol der Massenmedien zu durchbrechen, drohte für immer zu verschwinden: »Die dort vernetzten 30000 politisch interessierten Bürger sind meist sehr aktiv in dem sogenannten sozialen Netzwerk unterwegs. Zu Tausenden teilen, kommentieren und liken sie dort seine Meldungen, sodass sie im Netz eine enorme Reichweite entwickeln und Hunderttausende Menschen erreichen« (*Kopp Online*, 5.7.2016). Ein solches Facebook-Forum aufzubauen dauert Jahre – und nun war es einfach weg? »Es betrifft ja nicht nur mich, geht also

nicht um einen ›Einzelfall‹, sondern es werden bei Facebook weltweit systematisch politisch nicht korrekte Inhalte gelöscht«, sagte Ulfkotte *Kopp Online* (ebenda). »Es geht darum, in sozialen Netzwerken keine Stimmungen oder Strömungen zu tolerieren, die die herrschende Elite infrage stellen«, so der Bestseller-Autor.

Denunzianten im Staatsauftrag

Womit wir bei der Amadeu Antonio
Stiftung wären — ein

Gutmenschenkonzern von Orwellschen Ausmaßen. Im September 2015 machte Justizminister Heiko Maas die Organisation zum Teil seiner privaten Internet-Polizei, die zusammen mit Facebook, Google und Twitter gegen »Hassbotschaften« in den sozialen Netzwerken vorgehen soll, so ein Papier des Bundesjustizministeriums (»Gemeinsam gegen Hassbotschaften – Task Force stellt Ergebnisse vor«, 15.12.2015). Seitdem tritt die Stiftung als Tarnorganisation des Staates auf und mauserte sich zur Internet-Gedankenpolizei. Die 62-jährige Vorsitzende Anetta Kahane und ihre Truppe wittern überall Ausländerfeinde

und führen einen Krieg gegen »Nazis« und »Rechte«, der seinesgleichen sucht. Die Amadeu Antonio Stiftung wurde 1998 gegründet und nach einem 1990 zu Tode geprügelten Angolaner benannt. Als Teil der »Maas-Taskforce« hat sich die Organisation eine enorme Macht über die öffentliche Meinung erworben. Seit ihrer Gründung förderte die Stiftung auch sage und schreibe etwa 800 »Projekte« und Kampagnen wie »Kein Ort für Neonazis«, »Mut gegen rechte Gewalt«, »Aktionswochen gegen Antisemitismus«, »Fußball gegen Nazis« und andere mehr. Außerdem Neonazi-Aussteigerprojekte, Flüchtlingsinitiativen und

Opferberatungsstellen. Doch dahinter steckt weit mehr – nämlich die Bekämpfung unliebsamer Meinungen. Denn nach den Kriterien der Stiftung sind wir praktisch alle Nazis. Wer ein »Rechter« oder ein »Nazi« ist, bestimmt die Amadeu Antonio Stiftung. In Sachen »rechts« hat sie die Lufthoheit, und aus Sicht der Stiftung ist Deutschland voll von Radikalen, Rechten und Rassisten – oder von radikalen rechten Rassisten? Dabei ist das Horrorbild des »rechtsextremen Deutschlands«, das die Amadeu Antonio Stiftung zeichnet, gefälscht – jedenfalls, wenn man der *Neuen Westfälischen* glaubt. Die in Zusammenarbeit mit ProAsyl von dem

Kahane-Projekt »Mut gegen rechte Gewalt« angegebenen Zahlen von Angriffen auf Flüchtlinge sind um 80 bis 100 Prozent zu hoch, hat die Lokalzeitung festgestellt (online, 29.10.2016): »Die von der Lokalzeitung mühsam recherchierten Fakten« ließen den Verdacht aufkommen, »dass es sich bei dem diesbezüglichen Agieren der Amadeu Antonio Stiftung um eine absichtliche, rein ideologiegeleitete Täuschung der Öffentlichkeit handelt«, schrieb der habilitierte Theologe und Blogger David Berger auf seiner Website (2.11.2016).

Zensieren, was das Zeug hält?

Falls jemand um sich herum nur noch Rechte sieht, kann das logischerweise nur heißen, dass er selbst linksradikal sein muss. Und wenn jemand um sich herum nur noch Feinde sieht, kann das nur heißen, dass er selbst paranoid sein muss. Überall denunziert die Stiftung, bis der Arzt kommt. Aber leider kommt er nicht. Dabei wäre das dringend nötig. Doch nicht nur der Arzt, sondern auch die Politik und die Polizei müssten den anti-demokratischen Umtrieben der Stiftung endlich ein Ende setzen.

Tatsache ist nämlich, dass wir einen solchen Verein überhaupt nicht brauchen. Gegen rechtswidrige Veröffentlichungen, wie sie beispielsweise Beleidigungen oder Beschimpfungen darstellen, gibt es längst adäquate Mittel: nämlich das Straf- und das Zivilrecht. Schon immer konnten sich Betroffene entweder an die Polizei oder an einen Rechtsanwalt wenden, um ihre Rechte zu schützen. Auch die sogenannte »Volksverhetzung« ist natürlich unter Strafe gestellt. Eine private »outgesourcte Zensur« (so die Journalistin Bettina Röhl) im Auftrag des Staates gegen nicht rechtswidrige Inhalte ist erstens nicht nötig, zweitens selbst rechtswidrig und fällt drittens

unter das Zensurverbot.

Wir-Gefühl nicht erlaubt

Was eine »Hassbotschaft« ist, bestimmt natürlich die Amadeu Antonio Stiftung. Wer einen Blick auf den Kriterienkatalog wirft, staunt nicht schlecht. Nach der Kahane-Broschüre *Hetze gegen Flüchtlinge in Sozialen Medien* aus dem Jahre 2016 fällt praktisch jede Kritik an der überbordenden Einwanderung unter »rassistische Hetze«: nicht nur direkte Äußerungen gegen eine bestimmte Rasse (wie bei

Kahane selbst), sondern auch ganz normale Meinungsäußerungen. Über den Katalog angeblich rassistischer Hetze kann man nur staunen. Dazu gehört bereits:

- die Gegenüberstellung von »Wir« und »Die« (Wir-Gefühl ist also nicht erlaubt);
- Verallgemeinerungen wie »alle Flüchtlinge ...« und Gleichsetzungen wie zum Beispiel »Flüchtling = Muslim«;
- von der Stiftung so bezeichnete »Normalisierung von Diskriminierungen« wie: »Ist doch kein Wunder, dass ...«;

- »Projektionen von gesamtgesellschaftlichen Problemen wie Sexismus, Kriminalität oder Wohnungsmangel zum Beispiel auf Flüchtlinge«;
- »Abwertende Bezeichnungen« wie zum Beispiel »Wirtschaftsflüchtling« suggerierten, »dass das Grundrecht auf Asyl hier von Menschen ausgenutzt werde, die nur aus wirtschaftlichen Gründen nach Deutschland kommen, nicht, weil sie Schutz vor Verfolgung suchen«;
- angeblicher »Kulturrassismus« (»Die passen einfach nicht zu uns«);

- angebliche »(Nationalistische) Relativierungen« wie die Frage »Was ist mit ›unseren‹ Kindern/Obdachlosen etc.?«;
- Bemerkungen wie »Bald fühlt man sich fremd im eigenen Land«/»Volkstod«;
- Feststellungen wie »Die da oben/die Lügenpresse – erzählen uns eh nicht die Wahrheit«;
- Bemerkungen wie »Wer Geflüchteten hilft, ist mindestens ein Gutmensch, oder gleich linksextrem«;
- Fragen wie »Bin ich denn gleich ein Nazi, nur weil ich ...«/ »... wo ist meine Meinungsfreiheit, wenn

ihr meine Kommentare löscht?«;

- Angebliche »Lügen über Geflüchtete und angebliche Kriminalität, Gewalt, Vergewaltigungen, gefälschte Behördendokumente – oft getarnt als vorgebliches eigenes Erleben« (siehe *Hetze gegen Flüchtlinge in Sozialen Medien*, S. 5).

Dreiste Löschaktionen

Gefördert wurde dieses Orwellsche Machwerk vom Bundesfamilienministerium, und zwar

ausgerechnet im Rahmen des Programms »Demokratie leben«. Und was »Lügen« sind, definiert selbstverständlich ebenfalls die Amadeu Antonio Stiftung. Dabei sind fast alle Posten in diesem 13-Punkte-Katalog natürlich zulässige Meinungsäußerungen, bis auf »Entmenslichung: Gleichsetzung von Flüchtlingen mit Insekten, Parasiten, Tieren etc.«.

Das heißt also, dass die Amadeu Antonio Stiftung ganz überwiegend zulässige Meinungsäußerungen als »rassistische Hetze« zu unterdrücken versucht und Menschen zur Denunziation anstiftet. Nicht umsonst heißt das erste Kapitel der oben genannten Broschüre

»Melden und Anzeigen«. Inhalt: »Wie melde ich rassistische Beiträge? Wie kann ich eine Anzeige machen? Was muss ich dabei beachten?« Wobei Rassismus natürlich immer nur der Rassismus der anderen ist.

Jedenfalls beobachten Betroffene rein zufällig seit Herbst 2015 dreiste Löschaktionen gegen ihre Inhalte. Dabei will die Stiftung laut *Süddeutscher Zeitung* »lediglich beratend tätig« sein. »Auf Löschungen von Beiträgen im Internet habe man gar keinen Einfluss«, behauptete demnach die AAS (online, 26.4.2016). Das kann man allerdings leicht widerlegen, und zwar mit der eigenen Aussage der Stiftung – denn

Beratung ohne Einfluss gibt es in Wirklichkeit ja gar nicht. Jede Beratung strebt nach Einfluss, sonst wäre sie keine Beratung. In Wirklichkeit beweist das Zitat, dass man sehr wohl auf die Löschung von Beiträgen Einfluss nimmt. »Als eine der ersten Amtshandlungen dieser Zensurstelle wurde das deutsche Portal von ›Anonymous‹ gesperrt«, berichtete auch das Nachrichtenportal *info-direkt.at* am 8. Februar 2016. Am 23. Juli 2016 informierte die Website *Politically Incorrect* über die Löschung der Facebook-Seite von PEGIDA (23.7.2016). Interessant dabei ist, dass die Seite kurz darauf wieder aufgetaucht sein soll – nun allerdings mit linken

Inhalten. Zwar muss man all diese Seiten und Medien nicht mögen, aber das ist nun einmal kein Kriterium für die Unterbindung der freien Meinungsäußerung – außer in einem totalitären Staat natürlich. Denn das ist ein gemeinsames Merkmal von allen Diktaturen. Ob Stalin, Hitler oder Erdogan: Diktatoren fühlen sich ständig verfolgt und weiten ihre Verdachtsmomente laufend aus, bis sie die halbe Bevölkerung betreffen. Der Verfolgungswahn geht am Ende so weit, dass sie durch massenhafte Verhaftungen und Hinrichtungen das eigene Staatswesen gefährden.

»Make love, not tattoos«

»Das Gros der Löscherei läuft unter »Kampf gegen Rechts««, stellt auch der Anwalt Joachim Steinhöfel fest, der auf seiner Internetseite *Wall of Shame* ungerechtfertigte Zensuraktionen auf Facebook sammelt. Dabei werden die seltsamsten Unterschiede gemacht. Tenor: Alles, was gegen »rechts« ist, bleibt online, alles, was gegen linke Ideologie verstößt, wird entfernt. So wurde ein Posting mit dem Slogan »Make love – not tattoos« gelöscht, während spektakuläre Gewaltaufrufe

wie »rassistischer Hund – Sie sollte man steinigen« online blieben. Ein Vorgang, der an die Handschrift der Stiftung erinnert: »Rassistische Hunde« schlecht, Tätowierungen gut. Noch ein spektakuläres Beispiel: Ein Foto, auf dem Bundeskanzlerin Merkel eine rote Karte gezeigt wurde, wurde gelöscht, während ein Bild, das den österreichischen Präsidentschaftskandidaten Norbert Hofer (FPÖ) mit Hakenkreuz auf der Stirn darstellte, online bleiben durfte.

Der Rassismus der

Anetta K.

Dabei betreibt die Organisation selbst Hetze, aber nicht nur gegen angebliche »Rechte« (die meistens lediglich Konservative oder Patrioten sind), sondern auch gegen Rassen oder Völker. Hinter der reingewaschenen Fassade versteckt sich Rassismus in Reinkultur – nur mit umgekehrten Vorzeichen. So geht es Kahane keineswegs (nur) um Flüchtlingshilfe, sondern um die Besetzung Deutschlands durch dieselben: Zum Beispiel hält sie »die geringe Präsenz von Flüchtlingen in den Ostländern für ein großes Problem«,

berichtete der *Tagesspiegel* am 15. Juli 2015 (online). Vordergründig wollte sie damit die Entvölkerung des Ostens verhindern. In Wirklichkeit ging es Kahane aber um etwas ganz anderes, nämlich um die Hautfarbe – um nicht zu sagen: um die Rasse. So verstieg sich die vermeintliche Antirassistin zu der Aussage: »Im Osten gibt es, gemessen an der Bevölkerung, noch immer zu wenig Menschen, die sichtbar Minderheiten angehören, die zum Beispiel schwarz sind« (laut *Tagesspiegel*, ebenda). Was die Hautfarbe mit Strukturwandel und entvölkerten Landstrichen zu tun haben soll, erschließt sich freilich nicht: Dachten wir nicht immer, den politisch

Korrekten sei es egal, welche Hautfarbe die Menschen haben? Anscheinend nicht. Denn, zitierte der *Tagesspiegel* Kahane weiter, es sei »die größte Bankrotterklärung der deutschen Politik nach der Wende« gewesen, dass sie zugelassen habe, »dass ein Drittel des Staatsgebiets weiß blieb«. Woraus sich ergibt, dass »weiß« oder »schwarz« für Kahane Kriterien an sich zu sein scheinen, und vor allem, dass »schwarz« offenbar höher zu bewerten ist als »weiß« – denn warum sonst sollte es »eine Schande« sein, dass ein Drittel des deutschen Staatsgebietes nach der Wende weiß blieb? Ist die weiße Hautfarbe etwa »eine Schande«?

»Bomber-Harris, Feuer frei!«

In Wirklichkeit handelt es sich hier um Rassismus pur. Doch was Rassismus ist und was nicht, bestimmt nun mal Heiko Maas' Privatermittlerin Anetta Kahane. Nach dem Motto: Jeder Rassismus ist verboten, bis auf meinen. Oder ist die Dame vielleicht nur der bedauernswerte Einzelfall einer verbohrteten Ewiggestrigen? Keineswegs. So gehört zum Team der Amadeu Antonio Stiftung auch eine gewisse Julia Schramm, Mitarbeiterin einer Broschüre über »Hate Speech«, für die Justizminister

Heiko Maas (SPD) das »Geleitwort« geschrieben hat. Laut Website der Stiftung gilt Frau Schramm als »Fachreferentin für Hate Speech«, was zweifellos stimmt – nur anders, als man denkt. So feierte Schramm allen Ernstes den Schlächter der Royal Air Force, Arthur (»Bomber«) Harris, der im Zweiten Weltkrieg zahlreiche deutsche Städte mit geplanten Feuerstürmen in Schutt und Asche legte und viele Hunderttausende Zivilisten umbrachte. Ihre Lobesparolen auf Harris postete Schramm ungeniert auf Twitter. Originalton:

- »Bomber-Harris, Flächenbrand //

Deutschland wieder Ackerland!«
#bombergate #twitterdemo

- »Sauerkraut, Kartoffelbrei//Bomber Harris, Feuer frei!« #bombergate #twitterdemo (Quelle: Twitter)



©

http://commons.wikimannia.org/images/Julia_S
Screenshot des Autors

*Hass-Postings von Juli Schramm,
Mitarbeiterin der Amadeu Antonio*

Stiftung

Während also die Amadeu Antonio Stiftung mit ihrem Namen um einen zu Tode geprügelten Migranten trauert, verherrlicht sie den Bombentod von Hundertausenden von Deutschen und ruft den (inzwischen verstorbenen) Massenmörder quasi dazu auf, sein Werk fortzusetzen. Das Interessante ist, dass sich diese Hasskommentare seit dem 17. Februar 2014 über zwei Jahre hinweg unbehelligt auf Twitter befanden. Während man also andere permanent des Rassismus beschuldigt, lebt man seinen eigenen Rassismus ungehindert aus. Kurz: Hinter der menschenfreundlichen

Fassade der Amadeu Antonio Stiftung verbirgt sich nichts anderes als Hass. Denn der einzige Rassismus, der hierzulande erlaubt ist, ist der Rassismus gegen Deutsche.

Steuerbegünstigter Hass

Dieser Rassismus wird großzügig vom deutschen Staat gefördert. Als Erstes wurde die Stiftung von den Finanzbehörden als »gemeinnützig« anerkannt. Die Folge war ein Haufen Staatsgeld, denn praktischerweise ist mit dem Status der Gemeinnützigkeit

»regelmäßig die Steuerbefreiung der Stiftung verbunden« (Quelle: *www.stiftungen.org*). Voraussetzung für diese Gemeinnützigkeit ist, dass der Zweck »darauf gerichtet ist, die Allgemeinheit auf materiellem, geistigem oder sittlichem Gebiet selbstlos zu fördern«, heißt es beim Bundesverband Deutscher Stiftungen. Doch davon kann bei der Amadeu Antonio Stiftung nun wirklich keine Rede sein: Politische Verfolgung und Rassismus zählen nicht zu den steuerbegünstigten Zwecken. In Wirklichkeit wäre der Stiftung die Gemeinnützigkeit sofort zu entziehen – wie auch jede andere staatliche

Förderung. In Wirklichkeit nämlich dient die Organisation nicht der Allgemeinheit, sondern schadet ihr durch nachhaltige Förderung der »wilden« Einwanderung, des Bevölkerungsaustauschs und des politischen Unfriedens in der Bevölkerung. Dass sich eine solche Stiftung »gemeinnützig« nennen darf, ist ein Treppenwitz der deutschen Steuerwirklichkeit – mit freundlichen Grüßen von Ihrer Bundesregierung und Ihrer Angela Merkel. Denn die fördert die Amadeu Antonio Stiftung auf vielfältige Weise.

Das Denken der anderen

...

Sagenhaft! Der deutsche Staat fördert also Hasspropaganda gegen das eigene Volk! »Wie sich den eigenen Angaben der Stiftung auf deren Internetseite entnehmen lässt, erhielt die Stiftung von 2008 bis 2014 ... fast 6,2 Millionen Euro an Zuschüssen, insbesondere vom Bundesfamilienministerium«, hat der Berliner Rechtsanwalt und Steuerberater Ansgar Neuhof ausgerechnet. »Im Durchschnitt jährlich fast 900000 Euro. Das sind etwa zwei Drittel der Einnahmen« (*Achse des Guten*,

16.7.2016). Womit die private Hetzstiftung de facto zu einer staatlichen Organisation wird, ausgestattet mit höchsten Weihen: »Für einzelne Projekte übernimmt auch schon mal Bundeskanzlerin Angela Merkel« die Schirmherrschaft (Neuhof: »Ein Spinnennetz legt sich über das Land – und die Amadeu-Antonio-Stiftung mittendrin«, 21.7.2016). »Schirmherr der Stiftung ist Wolfgang Thierse (SPD), Unterstützer sind unter anderen Rita Süßmuth (CDU) und Cem Özdemir (Grüne). In einem offenen Brief forderte der Leipziger Bundestagsabgeordnete Thomas Feist (CDU) Bundesfamilienministerin Schwesig am

25. August 2016 auf, die Bundesförderung für die Amadeu Antonio Stiftung einzustellen. »Dass solch eine Stiftung, die angibt, sich der Förderung von demokratischer Kultur anzunehmen, stattdessen aber als Plattform für Linksradikale dient, vom Bund gefördert wird, ist ein Unding. Denunziationen und Gewaltandrohungen werden hier belohnt ...«, so Feist (Pressemitteilung, 25.8.2016).

Ohne diese Förderung würde die »gemeinnützige« Stiftung wahrscheinlich zusammenbrechen. Aber stattdessen führt die staatliche Großzügigkeit dazu, dass die Amadeu Antonio Stiftung auch noch einen jährlichen Gewinn

einstreicht, und zwar laut Neuhof in Höhe von etwa 65000 Euro: »Bezogen auf das Stiftungskapital ... macht das eine jährliche Eigenkapitalrendite von etwa 17 bis 19 Prozent«, so der Steuerberater. Und das läppert sich. So habe die Stiftung aus diesen Gewinnen hohe Rücklagen in Höhe von fast 1,3 Millionen Euro gebildet (per 31.12.2014). Das Stiftungskapital in Höhe von fast 400000 Euro eingerechnet, habe die Stiftung 1,7 Millionen Euro auf der hohen Kante.

432000 Euro weg?

Handelt es sich bei dem Verein gar um ein »Steuerbetrugsmodell«, wie manche mutmaßten (Hadmüt-Danisch-Blog, 17.7.2016)? Die Mitarbeiter könnten ja einmal ihre Chefin fragen, »warum in der Bilanz der Stiftung seit mindestens 2008 ein Betrag von 432000 Euro als sonstige Ausleihe erfasst ist«, schrieb der erwähnte Steuerberater Neuhof in einem offenen Brief an die Mitarbeiter der Stiftung (Überschrift: »Der große Coup der Anetta Kahane«, 25.7.2016): »Das scheint ja wohl ein ziemlich langfristiges Darlehen oder dergleichen zu sein. Und wollt nicht auch ihr wissen, wer aus welchem Grund dieses Geld erhalten hat und es seit 2008 nicht

zurückzahlt? Denn ihr wisst ja sicherlich – ansonsten lernt ihr gerade was fürs Leben –, dass die Vergabe von Darlehen eigentlich nicht zu den Aufgaben einer gemeinnützigen steuerbefreiten Stiftung gehört und sogar gemeinnützigkeitsschädlich sein kann (sog. Verbot der Drittnützigkeit) ... Da könnt ihr dann ruhig auch weiter fragen, warum seit 2008 augenscheinlich keine Tilgungen erfolgt sind und ob die ausgeliehenen Gelder vielleicht sogar uneinbringlich sind.« Dann nämlich, so der Steuerberater, wären immerhin 432000 Euro an Spenden/Steuergeldern/Stiftungskapital für nichts und wieder nichts einfach weg

...

Ein wundervolles Ernährungswerk?

Es wird aber noch interessanter: Auch andere Voraussetzungen für die Gemeinnützigkeit sind möglicherweise nicht gegeben, zum Beispiel die geforderte »Selbstlosigkeit« eines gemeinnützigen Vereins oder einer Stiftung. Die Frage ist schließlich, an wen und wofür die Darlehen vergeben wurden. Wirklich für gemeinnützige Zwecke, zum Beispiel für andere

gemeinnützige Organisationen oder Initiativen? Oder etwa für private Zwecke der Stiftungsangehörigen, – mitarbeiter oder Geschäftspartner? Kurz: Reißen sich die Amadeu-Leute das Geld etwa selbst unter den Nagel? Entweder als Kredit oder als Honorar für irgendwelche Lieferungen oder Dienstleistungen? Das würde man die Stiftung natürlich gerne selbst fragen, aber diese »teilt – auch auf Anfrage – nicht mit, worum es sich dabei handelt und ob sie gegebenenfalls Darlehen an Kahane selbst oder andere Stiftungsratsmitglieder vergeben hat oder an eine befreundete Partei/Organisation oder wen auch

immer«, so Neuhof. Aber warum teilt die Stiftung das denn nicht mit? Gibt es da vielleicht etwas zu verbergen? Ist möglicherweise an einem Internetkommentar etwas dran, demzufolge sich Familie Kahane »ein wundervolles Ernährungswerk geschaffen« habe, »in dem die ganze Familie an der ›Umvolkung‹ Deutschlands werkelt und daran verdient. Blogs, Webseiten, von Dominique A. Kahane, Propagandafilmchen von Peter Kahane, Experten aus dem Hause Kahane/Amadeu-Stiftung bedienen Radio und TV« (*danisch. de:* Kommentarautor Boes, 28.8.2015).

Bleibt alles in der Familie?

Wirft man selbst einen Blick auf die geschäftlichen Beziehungen der Stiftung, stolpert man tatsächlich überall über Kahanes. So hat ein gewisser Dominique André Kahane mit seiner Firma »Kahane Design« nach eigenen Angaben bereits für die Amadeu Antonio Stiftung Plakate, Broschüren, Jahresberichte, Ausstellungstafeln und das Layout für die Zeitung *Ermutigten* entworfen, womit die Gelder der Stiftung teilweise an die eigene Familie zurückflossen. Nach eigenen Angaben arbeitet Dominique

André Kahane wiederum mit der Berliner Künstlerin Kitty Kahane zusammen. Wie das Team an seine Aufträge kommt, ist allerdings fraglich, denn die Werke der Grafikerin bewegen sich auf dem Niveau einer Fünfjährigen und fallen durch ihre ausgemachte Schlichtheit auf. Im Sommer 2007 durfte Kitty Kahane in den Räumen der Stiftung ihre Bilder ausstellen und verkaufen; nur ein Teil des Erlöses kam dabei »direkt der Arbeit der Amadeu Antonio Stiftung zugute«. Wie groß dieser Teil war, wurde dabei nicht gesagt. Der andere Teil landete wohl in den Taschen der »Kunstschaffenden«, darf man annehmen.

Anetta Kahane alias »IM Victoria«

Wir haben hier also eine gemeinnützige Stiftung, die das eigene Volk des Rassismus beschuldigt und über seine Vernichtung jubelt – mit seinen Steuergeldern. Das ist jedoch immer noch nicht alles. Dazu kommt noch, dass diese Aufpasser, Spitzel und Denunzianten ausgiebig mit den Geheimdiensten zusammenarbeiten. Nehmen wir zum Beispiel die Gründerin und Vorsitzende der Amadeu Antonio Stiftung, Anetta Kahane. In der DDR war sie von 1974 bis 1982 ein Spitzel des

Ministeriums für Staatssicherheit (MfS; vulgo: Stasi): »Kahane belastete Dutzende Personen aus ihrem Umfeld, darunter viele Künstler, die sie im privaten Rahmen aushorchte, beispielsweise während einer Faschingsfeier, einer Hochzeit, eines Konzerts oder eines Stadtbummels« (*Die Welt*, online, 25.9.2007). Kahane denunzierte bis zum Abwinken: »Sie berichtete etwa über einen ZDF-Reporter, Studenten Westberliner Universitäten sowie [man höre und staune!] über in der DDR lebende Ausländer. Kahane führte Aufträge aus und erhielt von der Stasi kleinere Geschenke und Geld.« In einem ihrer

Berichte lieferte sie auch Schriftsteller und Schauspieler ans Messer: »Zu den Feinden der DDR gehören in erster Linie Klaus Brasch und Thomas Brasch«, behauptete sie da (*Die Welt*, ebenda). Der Schauspieler Klaus Brasch starb übrigens »nicht einmal 30-jährig an einer Überdosis Alkohol und Tabletten«, kann man der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* entnehmen (online, 17.2.2012). Ob das auf Kahanes Spitzelei zurückgeht, kann man natürlich weder wissen noch beweisen.

Stasi-Akte mit fast 800

Seiten Umfang

Die Stasi-Akte der Internetaufpasserin Kahane umfasst der *Welt* (ebenda) zufolge fast 800 Seiten. Nach acht Jahren brach Kahane 1982 die Zusammenarbeit mit dem MfS zwar »selbst ab« und stellte 1986 sogar einen Ausreiseantrag aus der DDR. Allerdings griffen nicht nur genervte DDR-Bürger zu diesem Mittel, sondern auch MfS-Agenten, die auf diese Weise in die Bundesrepublik eingeschleust werden sollten. Ob das auf Kahane zutrifft oder nicht, ist nicht bekannt. An ihrem Hobby hatte sich jedenfalls nichts geändert: Anschwärzen,

Bespitzeln, Denunzieren. Ihre 1998 von ihr gegründete Amadeu Antonio Stiftung entwickelte sich zum politisch korrekten Wachhund für alle, die nicht in die ultralinke Linie der Anetta Kahane passten. Seitdem bekämpft sie den Rechtsradikalismus und Rassismus zu Wasser, zu Lande und in der Luft – beziehungsweise das, was sie dafür hält.

Einmal Vollwäsche, bitte!

Für höhere Weihen fehlte praktisch nur noch eine astreine Vollwäsche, um aus

dem Büttel des DDR-Systems eine lupenreine Demokratin und Menschenfreundin zu machen. 2012 untersuchte der »Gutachter« Helmut Müller-Enbergs von der Stasi-Unterlagenbehörde, ob Kahane mit ihrer MfS-Tätigkeit irgendjemandem geschadet habe. Zu diesem Zweck bekam er als einzige Quelle von *ihr selbst* ausgesuchte Dokumente und Informationen. Das heißt: Kahane war bei der Untersuchung »Angeklagte«, Auftraggeberin und Quelle zugleich und lieferte selbst die Unterlagen für ihren Freispruch – der dann auch prompt erfolgte. Ergebnis: »Anhaltspunkte, dass Frau Kahane im Rahmen ihrer

inoffiziellen Kooperation mit dem MfS in den Jahren von 1974 bis 1982 Dritten Nachteile zugefügt hat, ergeben sich im Ergebnis des Aktenstudiums, anderer Überlieferungen und der umfänglichen Interviews nicht.« Interviews mit Anetta Kahane, versteht sich (Dr. Helmut Müller-Enbergs: »Zusammenfassende gutachterliche Stellungnahme zu Frau Anetta Kahane und die [sic!] DDR-Staatssicherheit«, 26.11.2014). Chapeau, kann man da nur sagen. Und Halali natürlich – und zwar zur Jagd auf alle, die Anetta Kahanes Gutmenschenpropaganda im Wege standen. Wobei man sich fragt, ob die Stasi wirklich so dumm gewesen sein

sollte, acht Jahre lang einen Spitzel mit Geld und Geschenken zu verwöhnen, der rein gar nichts Brauchbares ablieferte – also »ohne jede Gegenleistung!«, wie sich auch die Journalistin Bettina Röhl wunderte (*Tichys Einblick*, online, 19.7.2016).

Vergeben, vergessen, gewaschen

Glaubt man Kahane, ist das alles natürlich längst vorbei – vergeben und vergessen – und natürlich gewaschen. Aber das Gegenteil ist der Fall. In

Wirklichkeit haben die Geheimdienste in ihrem Leben nur gewechselt. Denn als (Ex-)Geheimdienstlerin ist die Vorsitzende Anetta Kahane in der Stiftungsführung nicht allein. Neben ihr sitzt niemand Geringerer als der Präsident des Thüringischen Verfassungsschutzes, Stephan Kramer – als »Stiftungsrat«. Der langjährige Generalsekretär des Zentralrates der Juden in Deutschland und heutige Chef des Berliner Büros des European Jewish Congress bekam den Geheimdienst-Job Ende 2015. Am 19. November 2015 wurde Kramer vom Thüringischen Innenminister Holger Poppenhäger (SPD) als neuer Verfassungsschutz-Chef

präsentiert. Also in etwa zu dem Zeitpunkt, als auch Heiko Maas' (SPD) neue Kampagne gegen »Hasskommentare« im Internet begann – mithilfe der Amadeu Antonio Stiftung (AAS). Sein Amt beim Verfassungsschutz in Thüringen trat Stiftungsrat Kramer am 1. Dezember 2015 an.

Schnüffeln, denunzieren und bespitzeln

Nun ist es ein weiterer Skandal, eine Stiftung, deren Mitglieder in der Führung

eines Geheimdienstes sitzen, als »gemeinnützig« zu bezeichnen und von der Steuer zu befreien. In Wirklichkeit muss geheimdienstnahen Vereinen und Stiftungen die Gemeinnützigkeit entzogen werden, da Spender und Steuerzahler über den wahren Charakter der Organisation getäuscht werden. Wobei damit auch alle Beteuerungen der Vorsitzenden Anetta Kahane über ihre angeblich lange zurückliegende Schnüffel-Karriere (beim MfS) hinfällig sind. Denn der Geheimdienstboss Kramer sitzt bei ihr mittendrin. Wenn man so will, arbeitet Kahane also vielleicht nicht mehr für die Stasi – aber für oder mit dem Thüringischen

Verfassungsschutz. Was die Frage aufwirft, ob derartige Stiftungen nicht ohnehin überwiegend von den Diensten gegründet werden. Hatte der Geheimdienst etwa von Anfang an die Finger bei der Amadeu Antonio Stiftung drin? Schließlich arbeitet die Organisation nach eigenen Angaben »seit Langem eng mit zahlreichen Initiativen und Projekten vor Ort zusammen und betrachtet diese als gleichberechtigte Partner – denn gegenseitiges Lernen ist eine wichtige Voraussetzung für eine professionelle und effektive Arbeit« (Amadeu Antonio Stiftung: »Die Stiftung auf einen Blick«, ohne Datum). Sicher – vom

Verfassungsschutz kann man bestimmt eine Menge lernen. Zum Beispiel schnüffeln, denunzieren und bespitzeln. Schon die Stasi war mit Kahanes Arbeit bekanntlich sehr zufrieden.

Tarnorganisation des Verfassungsschutzes

Zwar war der langjährige Stiftungsrat Kramer erst ab 1. Dezember 2015 Präsident des Thüringer Verfassungsschutzes. Normalerweise fällt ein Geheimdienst-Boss aber nicht aus heiterem Himmel, sondern muss sich

bereits vorher entsprechende Verdienste erworben haben. Außerdem ist anzunehmen, dass die beiden (Ex-)Geheimdienstler Kahane und Kramer nur die Spitze des Eisbergs bei der Stiftung darstellen. Sehr wahrscheinlich beschäftigt der Verfassungsschutz dort viele Spitzel und Einflussagenten – daher vielleicht auch das erstaunliche Wachstum und der ebenso erstaunliche Einfluss der Amadeu Antonio Stiftung. Nicht zufällig zitiert und bestätigt man sich auch gern gegenseitig: Die Erkenntnisse des Verfassungsschutzberichts für das Jahr 2014 »bestätigen die Befürchtungen der Amadeu Antonio Stiftung«, schrieb die

Stiftung am 30. Juni 2015
beispielsweise stolz auf ihrer Website
(Amadeu Antonio Stiftung:
»Rassistische Gewalt gegen Flüchtlinge
nimmt dramatisch zu«, ohne Datum). Na,
kein Wunder: Denn nach allem, was sich
hier abzeichnet, ist die Stiftung eine
Tarnorganisation des
Verfassungsschutzes. So wollte
Thüringens Verfassungsschutz-Boss
Stephan Kramer im Frühjahr 2016 bei
einer Tagung der Amadeu Antonio
Stiftung auch noch ein Grußwort
überbringen. Sozusagen unter Kollegen.
Nachdem grüne und linke
Landtagsabgeordnete immerhin
protestiert hatten, wurde Kramer von

seiner eigenen Stiftung wieder
ausgeladen (siehe *Thüringer
Allgemeine*, online, 11.3.2016). Das
Grußwort konnte er seinen
Stiftungskollegen ja sicher auch am
Abend am Biertisch überbringen. Sehr
wahrscheinlich ist, dass auch die
Amadeu Antonio Stiftung nur die Spinne
in einem ganzen Netz von
geheimdienstnahen Vereinen und
Stiftungen darstellt. Normalerweise steht
eine solche Tarnorganisation nicht
allein, sondern hat um sich herum lauter
»Partnerinstitutionen«, die sich
gegenseitig stützen und finanzieren. Wie
heißt es bei der Stiftung doch so schön:
»Ohne diese guten Partner, die Mut zur

Innovation zeigen, und ohne die wirksame Vernetzung, die durch diese Kooperationen entsteht, wäre die erfolgreiche Arbeit der Amadeu Antonio Stiftung nicht möglich.« Das glaubt man gern. Offensichtlich gilt es also, ein ganzes Nest von Stiftungen und Vereinen der Dienste auszuheben.

»Keine Zusammenarbeit mit den Geheimdiensten!«

Mit	dem	Thüringischen
Verfassungsschutz	hat	die

»gemeinnützige« Stiftung einen ganz besonderen Partner gefunden. Der Geheimdienst ist eine berüchtigte Skandalbehörde, die in der Vergangenheit bereits kurz vor der Auflösung stand. Volle drei Jahre lang hatte die Chaotenbehörde überhaupt keinen obersten Chef. Aufklärer der NSU-Affäre warfen ihr »völliges Versagen, möglicherweise sogar Sabotage bei der Fahndung nach der aus Jena stammenden rechten Terrorzelle« NSU vor, so das *Handelsblatt* (online, 19.11.2015). Tatsächlich fördert niemand anderer als die Geheimdienste jene rechten bis ultrarechten Gruppen, die für Vereine wie die Amadeu Antonio

Stiftung ständig die eigene Existenzberechtigung liefern. Das heißt: Rechte und linke Gruppen wirken als Hammer und Amboss, zwischen denen die Bevölkerung zerrieben wird: Einerseits wird sie durch die »vielen Rechten« oder »Nazis« als rechtsradikal dargestellt und andererseits ständig von linken Gruppen verdächtigt und in die Ecke gedrängt. Für beides sorgt der Geheimdienst. Selbst manch linken Bürgerinitiativen wird die Verquickung der Amadeu Antonio Stiftung mit dem Verfassungsschutz zu bunt. Denn, man höre und staune: Aus der Sicht linker Gruppen, die noch nicht bei der Amadeu Antonio Stiftung denken lassen, haben

niemand anderer als die Geheimdienste den Aufbau von Neonazi-Netzwerken erst ermöglicht! Die gleichen Geheimdienste also, mit denen die Amadeu Antonio Stiftung zusammenarbeitet: »Eine wichtige Lehre aus den Ermittlungen zum NSU lautet: Keine Zusammenarbeit mit den Geheimdiensten, die den Aufbau von Neonazi-Netzwerken zum Teil erst ermöglichten«, schrieb beispielsweise die »Initiative für die Aufklärung des Mordes an Burak B.« (der 2012 in Berlin durch fünf Schüsse regelrecht hingerichtet wurde) in einem offenen Brief an die Amadeu Antonio Stiftung (27.7.2016). »Viele Initiativen,

Bildungsträger, antirassistische und antifaschistische Gruppen bekennen sich bereits zum Grundsatz: keine Kooperation mit Geheimdiensten wie dem sog. ›Verfassungsschutz‹. Es gibt aber nach wie vor große Stiftungen wie die Amadeu Antonio Stiftung, die mit den Diensten zusammenarbeiten.«

Geheimdienste und Neonazi-Netzwerke

Ach nein! Davon haben wir auf den Websites der Stiftung ja gar nichts gelesen! Die Geheimdienste, wie sie im

Stiftungsrat dieser Organisation sitzen, sind also selbst neonazistische Brutstätten! Laut dem offenen Brief der Burak-B.-Initiative umfasste die Zusammenarbeit zwischen Geheimdienst und Stiftung:

- »Die Mitgliedschaft des Präsidenten des Thüringer Landesamtes für Verfassungsschutz im Stiftungsrat der Amadeu Antonio Stiftung,
- die Teilnahme der Vorsitzenden der AAS am Symposium der ostdeutschen Verfassungsschutzämter,
- Treffen der Vorsitzenden der AAS

mit dem Präsident des
›Bundesamtes für
Verfassungsschutz‹,

- die Einladung von
Verfassungsschützern als Redner
bei Veranstaltungen zum Thema
›Rechtsextremismus‹,
- Treffen von MitarbeiterInnen der
Stiftung mit MitarbeiterInnen des
Geheimdienstes und den Austausch
über Recherchemethoden.

Gegenwärtig beobachten wir eine
Anbiederung des VS an
zivilgesellschaftliche Gruppen, die sich
kritisch mit Rassismus und Nazi-Terror
auseinandersetzen.«

So lassen sich die vielen gutmütigen Weltverbesserer, ehrenamtlichen Helfer und unermüdlichen Mitarbeiter der Amadeu Antonio Stiftung zu nützlichen Laufburschen und Melkkühen des Geheimdienstes machen, der sie benutzt, die Bürger dieses Landes zu gängeln, zu bespitzeln und gegeneinander aufzuhetzen. »Die neue Rechte« ist hauptsächlich ein Phantom des Geheimdienstes, mit dem sich Geld und Manpower sammeln lässt und das Volk kontrolliert, manipuliert und gespalten werden kann. Und für alles zahlen der Steuerzahler und natürlich die vielen Spender, die an eine gute Sache glauben: den ewigen Kampf gegen rechts.

12. Juli

Brustkrebs:

»Powerfrauen« sterben jung

»Unser Plan war es, als Omas auf der Veranda zu sitzen und unseren Enkeln beim Spielen zuzusehen. Das haben wir uns oft ausgemalt und darüber geschmunzelt und gesagt, dass wir aber vorher erst mal auf dem Tisch tanzen. Und zwar oft und wild und ausgelassen«, schrieb die Moderatorin Eva Imhof am 13. Juli 2016 auf *Instagram*. Die Rede

war von Imhofs Freundin Miriam Pielhau – Schauspielerin, Moderatorin, Autorin und natürlich »Powerfrau« (*promiflash.de*, 13.7.2016). Aus der beschaulichen Szene mit den Enkeln wird jedoch nichts: »Wir haben uns noch das EM-Spiel Deutschland gegen Italien zusammen angeguckt«, erzählte Imhof laut n-tv. »Dann habe sich der Gesundheitszustand von Pielhau dramatisch verschlechtert. Die Mutter einer kleinen Tochter starb zehn Tage später mit nur 41 Jahren an Krebs.« Am 12. Juli 2016 war Miriam Pielhau tot.

Furchtbar: Schauspielerinnen, Sängerinnen, Reporterinnen – ausgerechnet »Powerfrauen« werden

von Brustkrebs dahingerafft wie die berühmten Fliegen. 2016 starb in Deutschland reihenweise weibliche TV-Prominenz. Als Erste erwischte es Maja Maranow. Zuvor hatte die Schauspielerin eine beeindruckende Fernsehkarriere hingelegt. In der Serie *Ein starkes Team* mimte sie eine toughe Kriminalhauptkommissarin, die Verbrechern Handschellen anlegte oder ihnen cool die Waffe unter die Nase hielt. Laut Medien war Maranow nie verheiratet, und Kinder hat sich »diese attraktive Frau, die allein bei ihrer Mutter aufgewachsen ist«, auch »nicht gewünscht«, schrieb *Die Bunte* am 18. Januar 2016 (online). »Der richtige

Zeitpunkt für eine Schwangerschaft war auch nie da«, zitierte das Blatt die Schauspielerin. Am 4. Januar 2016 starb die 54-jährige an Brustkrebs.

Einsamkeit als Lebensentwurf

Oder nehmen wir Jana Thiel. Die journalistische Laufbahn der flotten Sportreporterin begann schon in der DDR. Von 1997 bis 2000 studierte sie nebenberuflich an der FU Berlin. 2002 wurde sie für den Deutschen Fernsehpreis nominiert – für ihre

Moderation bei der Winterolympiade in Salt Lake City und bei der Tour de France. Den ZDF-Zuschauern war die Frau in den vergangenen Jahren vor allem als Sportmoderatorin in der Nachrichtensendung *heute* bekannt. Ihre Beziehung mit einem Stabhochspringer war jedoch kinderlos geblieben. Am 11. Juli 2016 starb die 44-Jährige an Brustkrebs. Nur einen Tag später verschied im Alter von 41 Jahren die erwähnte Miriam Pielhau. Der freche Blick war ihr Markenzeichen: Den Kopf nach unten geneigt, die Augen nach oben gerichtet, blickte sie einen auf Fotos mit einem breiten Lächeln herausfordernd an. Auf Selfies grinste sie mit ihrer

Freundin Imhof gern provokant um die Wette. Aber um über Verstorbene nichts Schlechtes zu sagen: Das ist nun mal das, was der Mainstream verlangt – »selbstbewusste« und »eigenständige« Frauen, die ihr Leben allein stemmen und keinen starken Mann brauchen. Die dürfen dann in den Medien Karriere machen, um anderen Frauen ihre Misere und ihre Einsamkeit als »modernen Lebensentwurf« zu verkaufen. Für ihre Arbeit als Reporterin und Moderatorin bekam Pielhau den *Grimme Online Award*. 2008 wurde bei ihr Brustkrebs diagnostiziert. Vier Jahre später brachte sie noch eine Tochter zur Welt. Im Jahr darauf zerbrach ihre Ehe, dann – 2014 –

wurde die Krankheit erneut festgestellt. Da war ihre Tochter gerade zwei Jahre alt. Zuletzt hatte sie eine eigene Sendung im Radio – die Miriam-Pielhau-Show.

Eine lange Liste

Die Liste ließe sich beliebig verlängern. Auch international grassiert der Brustkrebs unter den »Powerfrauen«:

- Anastacia, Sängerin
- Christina Applegate, Schauspielerin
- Cynthia Nixon, Schauspielerin

- Carly Fiorina, Managerin/HP
- Kylie Minogue, Sängerin
- Sylvie van der Vaart, Moderatorin
- Sheryl Crow, Sängerin
- Martina Navratilova, Sportlerin,
u.v.a.m.

Die britische *Daily Mail* warnte schon vor 15 Jahren, der Brustkrebs habe den Lungenkrebs als häufigste Krebserkrankung bei Frauen abgelöst. Lag der Brustkrebs in Großbritannien damals nur relativ knapp vor dem Lungenkrebs, reden wir bei Frauen zwischen 40 und 55 heute von einer epidemischen Ausbreitung. »Mit zuletzt rund 70000 Neuerkrankungen im Jahr ist

der Brustkrebs die mit Abstand häufigste Krebserkrankung der Frau«, heißt es auf der Website der Deutschen Krebshilfe: »Etwa eine von acht Frauen erkrankt im Laufe ihres Lebens an Brustkrebs. Fast drei von zehn betroffenen Frauen sind bei Diagnosestellung jünger als 55 Jahre alt.« Wenn es sich nicht um statistische Artefakte handelt, hat der Brustkrebs andere Krebsarten bei Frauen inzwischen weit hinter sich gelassen. Auch global beobachtet man eine unheimliche Zunahme der Erkrankung. Gab es 1975 jährlich etwa 550000 Neuerkrankungen, waren es im Jahre 2000 doppelt so viele. Was ist da nur los?

Der Krebs der Reichen

Die Antwort lautet: Nicht überall ist der Brustkrebs gleich verbreitet, sondern »als wesentlicher Faktor bei der Entstehung« gilt »der westliche Lebensstil«, schrieb der österreichische *Standard* am 3. Januar 2013 (online). Brust-, Prostata-, Nieren-, Darm- und Hodenkrebs haben »alle ihren Ursprung im westlichen Lebensstil«, zitierte auch der *Stern* den Mediziner Paul Kleihues von der Uni Zürich: Brustkrebs zum Beispiel sei »in den Entwicklungsländern nahezu unbekannt. »Es ist der Krebs der reichen Länder««

(online, 1.7.2006). Aha – aber worin genau besteht denn nun eigentlich der »westliche Lebensstil«? Ganz einfach: Für Frauen heißt das: Gymnasium, möglichst auch im Ausland, Hochschulreife, Studium (möglichst mit Dokortitel) und dann erst einmal Karriere mit möglichst viel Ruhm und Öffentlichkeit. Wenn's geht, werden nebenbei auch noch Schwangerschaften durchgezogen und die Kinder in den Hort abgeschoben. Oder die Schwangerschaft wird bis 30, 40 verschoben – möglichst auch länger –, während die Frauen immer unfruchtbarer werden. Denn die Fruchtbarkeit nimmt schon ab einem Alter von 24 Jahren

langsam, aber sicher ab: »Frauen sind am fruchtbarsten im Alter zwischen 20 und 24 Jahren«, warnt die Kinderwunsch-Website *babycenter.de*: »Je älter Frauen werden, desto mehr sinkt die Wahrscheinlichkeit, schwanger zu werden, während die Wahrscheinlichkeit einer Unfruchtbarkeit ansteigt.« Gesamtgesellschaftlich gesehen sinken dabei dramatisch die Geburtenraten und wird Platz für Zuwanderer geschaffen – aber das nur nebenbei.

Weiblich, ledig, steril

Die Mittel, die viele Frauen benutzen, um kinderlos und jung zu bleiben, sind ebenfalls gefährlich, nämlich Hormone, also die »Pille«. »Frauen, die vor ihrer ersten Schwangerschaft mehrere Jahre lang hormonell verhüten, haben ein erhöhtes Risiko für eine Brustkrebserkrankung vor der Menopause«, schrieb die *Pharmazeutische Zeitung* (online, Nr. 10/2006). »Dies ergab eine Meta-Analyse aus 34 Studien.« Auch die Hormone, die viele Frauen ab 40 nehmen, um jung und frisch zu bleiben, steigern das Risiko für Krebs. Und während Medizin und Medien den Frauen weismachen, schon bald könne

man auch noch mit 50 oder 60 Kinder kriegen, werden die Frauen in Wahrheit steril. Ist frau erst einmal Mitte 30, 40 oder gar älter, sinkt die Chance, ein Kind zu bekommen, rapide. Schon 30-Jährige können heute wegen ihres beruflichen Stresslebens häufig nicht mehr ohne Unterstützung schwanger werden. Flugs bietet sich die moderne Medizin an, um den Kinderwunsch doch noch zu erfüllen.

Brustkrebs: Wenn Mamma die Krise kriegt

»Frauen, die in jungen Jahren viele Kinder geboren hätten, würden kaum an Brustkrebs erkranken«, wurde der Mediziner Kleihues im *Stern* zitiert (online, 1.7.2006). Kurz: Durch den modernen westlichen Lebensstil kriegt die »Mamma« (medizinischer Name für die weibliche Brust) die Krise. Durch die sogenannte »Emanzipation« wurden die weiblichen Biografien total umgewälzt. Heraus kamen:

- gestörte Lebensläufe von Frauen (und Männern) sowie
- ein ständiger »Mamakonflikt« zwischen Fortpflanzung und Brutpflege auf der einen und den

eingeflüsterten Karrierewünschen auf der anderen Seite.

Die Folgen waren

- eine ständige, unausgesprochene innere Zerrissenheit zwischen Nachwuchs und Beruf sowie ein
- massiver Konflikt zwischen dem natürlichen Bedürfnis, Mutter zu sein, und dem gesellschaftlich aufgezwungenen Credo, sich in einem Beruf verwirklichen zu müssen.

Daraus entstand ein

- schlechtes Gewissen gegenüber ungeborenen, abgetriebenen und vernachlässigten Kindern, die nur kurz oder gar nicht gestillt und anschließend in die Kita entsorgt wurden. Die fehlende Mutter-Kind-Bindung schadet also auch der Mutter.

Außerdem kam es zu

- unbefriedigten biologischen Wünschen und
- künstlich verzögerten Schwangerschaften bis hin zur Unfruchtbarkeit, zu künstlichen Befruchtungen, Leihmutter-

Modellen etc.

Hormonelle Verhütungs- und
Verjüngungsmittel tun ein Übriges.

Das Berufsleiden der »Powerfrauen«

So leiden Millionen Frauen nicht nur an einer (in Wirklichkeit) verkorksten weiblichen Biografie, sondern auch an einer verkorksten Mutterschaft – dem Kampf gegen Instinkte und natürliche Bedürfnisse. Und es kam zu einem ewigen Leiden an einer eigentlich

natürlichen Sache: nämlich dem Mamasein. Alles deutet zudem darauf hin, dass das gefährlich sein könnte: »Diejenigen, die die Gründung einer Familie bis zu ihren späten Dreißigern oder sogar Vierzigern aufschieben, könnten aufgrund von hormonellen Prozessen einer größeren Gefahr ausgesetzt sein, sagen Experten«, laut *Daily Mail*. »Die Brustkrebsraten sind gemäß einem Trend zur späteren Mutterschaft innerhalb eines Jahrzehnts um 20 Prozent gestiegen. Eine wachsende Zahl von Frauen, einschließlich berühmter Figuren wie Madonna oder Cherie Blair, bekommen erst in ihren Vierzigern Kinder.« Genau

das sind die Leitfiguren des Medienbetriebs, die diesen »Lebensstil« in der Bevölkerung verbreiten sollen. Der Mainstream verheizt die angeblichen »Powerfrauen« auf der heißen Platte der Propaganda und der Ideologie von den »starken Frauen«, die keine Männer und keine Kinder brauchen, sondern die Gesellschaft demnächst allein »schmeißen«. »Frauen verfolgen lieber ihre Karrieren und verschieben das Kinderkriegen auf später«, zitierte das Blatt einen Krebsforscher. »Dies könnte hormonelle Prozesse in Gang setzen, die ihr Risiko beeinflussen, die Krankheit zu entwickeln.« Einfacher formuliert könnte

man auch sagen: Ein Organ, das nie benutzt wird, kann eben krank werden.

Die Krankheit der Nonnen

Ist der Brustkrebs also wirklich »die Berufskrankheit der ›Powerfrauen‹«? Es sieht ganz so aus. »Früh ein Kind bekommen und lange stillen – das schützt am besten vor Brustkrebs«, empfiehlt die angesehene *ÄrzteZeitung*: »Niedrige Geburtenraten oder Geburten erst im Alter über 30 Jahren treiben in Industrieländern die Brustkrebsrate

hoch« (online, 24.3.2010). Siehe da: So deutlich haben wir das bisher selten gehört. »So wurden schon in früheren Jahrhunderten Schwangerschaften und Stillen als protektive Faktoren bei der Brustkrebsentstehung betrachtet, da man festgestellt hatte, dass Nonnen besonders häufig betroffen sind.« Epidemiologische Untersuchungen hätten »die Richtigkeit dieser alten Hypothese weiter untermauert«. Wichtig sei das Alter der Frau bei der ersten Geburt: »Besonders stark vor Brustkrebs schützen frühe Schwangerschaften um das 18. Lebensjahr. Mit jeder weiteren Geburt und mit zunehmenden Stillzeiten sinkt das Brustkrebsrisiko dann noch

weiter ...« Berechnungen zufolge könnte die Brustkrebsrate in den Industrieländern »mehr als halbiert werden, wenn die dort lebenden Frauen wieder mehr Kinder bekämen und diese länger stillen würden«. Das hieße aber auch, den Beruf erst einmal sein zu lassen und sich mindestens drei Jahre auf eine Mutter-Kind-Bindung einzulassen.

Brustkrebs = Party

Nicht doch. Bis auf wenige Ausnahmen wird das eben Dargestellte vom

Mainstream und von den politischen Parteien unter den Teppich gekehrt. Schließlich haben sie den Frauen diesen schädlichen und unnatürlichen Lebensstil ja erst aufgeschwätzt: Karriere für die Frau, Kita für das Kind. Wenn überhaupt eins da ist. Doch nicht nur das. Inzwischen wird Brustkrebs sogar als eine fidele Sache dargestellt und als ein Leiden, das eine moderne »Powerfrau« einfach haben muss. 2016 erschien ein Kinofilm, in dem der Brustkrebs als eine lustige Party dargestellt wird: *Im Himmel trägt man hohe Schuhe*. Laut Medien ist der Streifen eine »klamaukige Achterbahnfahrt durch Bars, Chemotherapiezentren,

Perückenläden, Reha-Einrichtungen, Spezial-BH-Geschäfte und Hotelbetten« (Stadtmagazin *chilli*, Freiburg, 31.3.2016). Das Kinoplakat zeigt ausgelassen lachende Frauen. An Brustkrebs zu erkranken ist doch eigentlich ganz witzig, soll das wohl heißen. Es bleibt anzunehmen, dass sich für die realen Opfer der Spaß in Grenzen hält ...

14. Juli

Attentat von Nizza: Ausnahmezustand bis zum Abwinken?

Nizza – ein Traum von Sonne, Sand und Meer. Ewig lange Strände und azurblaues Wasser. Während es Touristen in anderen Städten zum Stadtzentrum zieht, zieht es die Menschen in Nizza an die prächtige Promenade des Anglais, einen kilometerlangen Boulevard am Meer. Gerade an diesem Abend, denn heute ist

französischer Nationalfeiertag – und wo ließe sich der besser begehen als unter freiem Himmel an der »Prom«, wie die Promenade im Volksmund genannt wird. Erst recht, wenn die Straße wie heute für den Verkehr gesperrt ist. Aber dennoch fährt plötzlich, etwa um 22.45 Uhr, ein weißer Kühl-Lkw langsam die Fahrbahn entlang. Wo er herkommt und wer ihn durchgelassen hat, weiß niemand. Was dann passiert, hat ein deutscher Journalist namens Richard Gutjahr gefilmt. Sein Video geht anschließend um die Welt: Plötzlich, etwa bei Hausnummer 11, gibt der Fahrer des Lkw Gas und rast in die feiernde Menschenmenge hinein. Am Ende sind

86 Menschen tot (nach ersten Angaben von Präsident Hollande 77) und etwa 300 verletzt. Erst nach ungefähr zwei Kilometern wird der Lkw-Fahrer durch Polizeischüsse gestoppt und noch am Tatort getötet. Praktischerweise, darf man hinzufügen. Denn nun benötigen die Behörden keine Beweise für den behaupteten Hergang. Gegen Tote wird nun einmal nicht ermittelt, und ein Gerichtsverfahren wird auch nicht eröffnet. Aber das kennen Sie ja schon.

**Ein Attentäter
verlängert den**

Ausnahmezustand

Zu dumm aber auch! Gerade heute, am 14. Juli 2016, wo Präsident François Hollande in seinem Sommerinterview das Ende des Ausnahmezustandes für den 26. Juli versprochen hat. Aber nun hatte dieser schreckliche Attentäter auf der »Prom« wahllos Menschen niedergewalzt, und aus war es mit dem versprochenen Ende des Notstands. Schon wieder! Bereits seit einem Dreivierteljahr wurde der Ausnahmezustand nämlich dauernd verlängert. Erstmals wurde die Maßnahme nach den Pariser Attentaten

vom 13. November 2015 verhängt und am 19. November 2015 bis Ende Februar 2016 verlängert. Ab da wurde sie bis zum 26. Mai 2016 ausgedehnt und anlässlich der Fußball-EM nochmals bis 26. Juli 2016. Als die Medien am 14. Juli über Hollandes Absicht berichteten, den Ausnahmezustand endlich aufzuheben, da überfuhr der Attentäter auf der Promenade des Anglais wahllos Menschen. Folge: erneute Verlängerung des Ausnahmezustandes, diesmal gleich um sechs Monate. Wie hatte ich schon am 7. Januar 2016 geschrieben: »Der jetzige Ausnahmezustand gilt zwar ›nur‹ bis Ende Februar 2016. Aber von da aus

sind die nächsten
Präsidentschaftswahlen 2017 nicht mehr
weit. Da wäre es natürlich zu praktisch,
wenn bis dahin weitere Terroristen eine
Verlängerung des Ausnahmezustandes
herbeibomben würden.«

Zwei Tage nach dem Nizza-Anschlag,
am 16. Juli 2016, »stimnte die
französische Nationalversammlung mit
überwältigender Mehrheit für die vierte
Verlängerung des Ausnahmezustands, der
nach den Terroranschlägen in Paris vom
13. November letzten Jahres verhängt
worden war«, schrieb die politisch
häufig sehr scharfsinnige *World
Socialist Website* am 22. Juli 2016. »Er
bleibt damit länger in Kraft als jeder

frühere Ausnahmezustand seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs und wird in seiner Dauer lediglich vom Vichy-Regime übertroffen, das mit den Nazis kollaboriert hatte.« Die Autoren hatten erkannt: In Wirklichkeit handelte es sich bereits um einen unbefristeten Ausnahmezustand. Eine andauernde Ausnahme ist ja nun mal auch keine Ausnahme mehr, sondern die Regel. Der zarte Hinweis auf das Vichy-Regime ist dabei als Warnung zu verstehen. Eigentlich hatte diese mit den deutschen Nationalsozialisten kollaborierende Regierung zwar nichts mit einem Ausnahmezustand zu tun. Mit einer Diktatur dagegen sehr viel.

Vom Ausnahme- zum Dauerzustand

Mit einem fortgesetzten Notstand in Frankreich könnte man 2017 die Wahlen verschieben und müsste sich gar nicht mehr dem zunehmenden Unmut des Wahlvolkes aussetzen. Frankreich hat nämlich völlig abgewirtschaftet, und François Hollande ist der unbeliebteste Präsident in der Geschichte des Landes – ein politischer Ladenhüter wie sonst nur Hillary Clinton und in Wahrheit auch Angela Merkel. So ist zu beobachten, wie sich die politischen Taugenichtse zunehmend mit totalitären

Mitteln an die Macht putschen oder an ihr festzuhalten versuchen. Selbst nach offiziellen Angaben bewegt sich das Wirtschaftswachstum in Frankreich schon seit Jahren in einem kaum nennenswerten Bereich (2012: 0,01; 2013: 0,27 Prozent). Die offizielle Arbeitslosigkeit liegt nach wie vor bei rund zehn Prozent (Quelle: *statista.com*). Eigentlich eine Katastrophe für Hollande, doch der hat den ehrlichen politischen Wettbewerb längst aufgegeben. Seine oder die Politik seiner Helfer führt immer weiter in den Abgrund. Die Weichen in Richtung Diktatur wurden längst gestellt: Ersatz des gesellschaftlichen Konsenses durch

Wohlstand durch eine Herrschaft des Schreckens (französisch: Terreur). Die ständigen Terroranschläge wirken schließlich wie weiteres Gift: »Einbußen im Tourismussektor nach Anschlägen machen dem Arbeitsmarkt in Frankreich deutlich zu schaffen«, schrieb das *Handelsblatt* am 26. September 2016: Im August 2016 »seien 3,56 Millionen Franzosen ohne Anstellung gewesen, teilte das Arbeitsministerium am Montagabend mit. Das waren 1,4 Prozent mehr als im Juli und der stärkste Anstieg der Arbeitslosigkeit seit September 2013. Damit kletterte die Zahl der Arbeitslosen in die Nähe des Rekordwerts von 3,59 Millionen im

Februar« (online). Kann sich die Regierung nicht mehr durch Wohlstand und Erfolg legitimieren, dann versucht sie das durch Repression. Nach dem Attentat von Nizza wurde genau dieser Kurs weiterverfolgt. Der Ausnahmezustand wurde erneut verlängert, und zwar gleich um sechs Monate – bis Januar 2017. Klamheimlich wurde damit aus der Ausnahme die Regel und Frankreich mit eingeschränkten Bürgerrechten regiert. Mit der Verlängerung bis Mitte Januar 2017 wurde die Lücke bis zu den Präsidentschaftswahlen im April 2017 fast geschlossen. Trotz all dieser die Freiheit einschränkenden Maßnahmen

stand Hollande als der lupenreine Demokrat da, der den Notstand ja eigentlich hatte aufheben wollen – wenn da nicht das Attentat von Nizza gewesen wäre.

Chronologie: Ausnahmezustand Frankreich	
Ereignis	Ausnahme
7.1.2015 Attentat auf Charlie Hebdo	De-facto- Ausnahmezustand für einige Tage
13.11.2015 Attentate auf Bataclan und andere Ziele in Paris, 130 Tote	Ausnahmezustand am 14.11.2015 Verlängerung 19.11.2015

	Februar 2016
7.1.2016 Gedenkfeiern zum Jahrestag des Attentates auf Charlie Hebdo	Ende Februar Verlängerung Ausnahmezeit bis 26. Mai
14.6.2016 Tödliches Attentat auf einen Polizisten und seine Partnerin nahe Paris. Der Attentäter wird von der Polizei erschossen	
Juni/Juli 2016: Fußball-EM und Tour de France	Verlängerung Ausnahmezeit bis 26. Juli

14.7.2016: Französischer Nationalfeiertag. Lkw- Anschlag auf Feiernde auf der Promenade des Anglais in Nizza, 86 Tote	15.7.2016: beantragt Verlängerung Ausnahmezeit um drei Wochen bekommt sechs bis Januar 2017
23.4.2017: Präsidentschaftswahlen in Frankreich	

L'attentat – c'est moi!

Aber davon redete hierzulande niemand.

Die sich anbahnende Diktatur in Frankreich wurde einfach totgeschwiegen. Fragt sich nur, wie man dort den Zeitraum zwischen Mitte Januar und den Präsidentschaftswahlen im April 2017 zu überbrücken gedenkt – etwa durch ein neues Attentat? Getreu dem etwas abgewandelten Motto: L'attentat – c'est moi? Und ob Sie's glauben oder nicht: Der französische Premier Manuel Valls warnte vorsorglich schon einmal vor neuen Anschlägen – und zwar mit großer Bestimmtheit: Es würden »weitere unschuldige Menschen« getötet werden, prophezeite er (N24, online, 20.7.2016) – was wohl kaum anders

denn als Drohung zu verstehen war. Kurz: Hinter den Kulissen arbeitete man in Frankreich bereits an einem anderen Staat. »Angesichts der tiefen Krise der bürgerlichen Demokratie überall in Europa und der zum Zerreißen angespannten gesellschaftlichen Beziehungen arbeitet die herrschende Elite darauf hin, von demokratischen zu diktatorischen Herrschaftsformen überzugehen«, beobachtete die *World Socialist Website* (ebenda). Tatsächlich zitierte die WSWS bereits diverse Pressestimmen, wonach es unmöglich sei, »den Ausnahmezustand nach Ablauf von sechs Monaten im nächsten Winter aufzuheben. Er müsse um mindestens

weitere sechs Monate verlängert werden, um die Kandidaten bei den Präsidentschaftswahlen im April/Mai 2017 zu schützen.« Mit der Abschaffung demokratischer Rechte reagiere »die herrschende Klasse in Wirklichkeit darauf, dass der europäische Kapitalismus in der tiefsten wirtschaftlichen und politischen Krise seit dem Zweiten Weltkrieg versinkt. Die Arbeiter müssen feststellen, dass die Demokratie durch einen willkürlich verhängten Ausnahmezustand abgeschafft werden kann.« Zudem hätten Hollandes Sozialisten »erkennbar die Absicht, ihn auf unbegrenzte Zeit auszudehnen«. Dass Hollande am 1. Dezember 2016 auf

seine erneute Präsidentschaftskandidatur verzichtete, ändert daran nichts. Für ihn wird der bisherige Premierminister Valls ins Rennen gehen.

Pfusch bei den Wahlen

Aber nicht nur Frankreich begibt sich langsam in die Diktatur. Auch der türkische Staatspräsident Recep Tayyip Erdogan verhängte nach einem gescheiterten Putsch am 15. und 16. Juli 2016 den Ausnahmezustand – also praktisch auf den Tag zeitgleich mit Frankreich. Außerdem führte er nie da

gewesene Säuberungen durch. Zehntausende von Menschen verloren ihre Posten und wurden eingesperrt. Gleichzeitig wollte Erdogan die Todesstrafe wieder einführen. Synchron mit Frankreich wurde auch dieser Ausnahmezustand Mitte Oktober 2016 bis Mitte Januar 2017 verlängert. Dabei sind diese beiden Länder noch immer nicht die einzigen, in denen mit solchen Mitteln gearbeitet wird. So war beim Zweiten Wahlgang der Bundespräsidentenwahlen in Österreich am 22. Mai 2016 derartig »geschlampt« worden, dass der Verfassungsgerichtshof auf Antrag der FPÖ die Wahl am 1. Juli 2016 aufhob und eine Wiederholung

anordnete. Für die FPÖ bedeutete das einen erheblichen Prestigegewinn. Da die aufgehobene Wahl sehr knapp ausgegangen war (50,3 zu 49,7 Prozent für den Grünen-Kandidaten Alexander van der Bellen), war beim wiederholten Wahlgang zwar mit einem Sieg des FPÖ-Kandidaten Norbert Hofer zu rechnen.

Die Junta der bedingungslosen Ja-Sager

Allein: Die Wiederholung fand vorerst nicht statt. Ein erster Termin am

2. Oktober 2016 wurde wegen angeblich fehlerhafter Briefwahlumschläge abgesagt. Als neuer Termin wurde der 4. Dezember 2016 anberaumt. Da bis dahin aber auch viele neue Jungwähler, die zuvor noch nicht wahlberechtigt waren, würden teilnehmen dürfen, dürfte sich die Terminverschiebung wohl zugunsten des Grünen-Kandidaten van der Bellen ausgewirkt haben. Denn aufgrund der teilweise schwärmerischen und romantischen Programminhalte der Grünen (Pazifismus, Ökologismus und anderes mehr) werden diese traditionell eher von politisch unerfahrenen jungen Leuten gewählt. In Wirklichkeit hatten wir es also möglicherweise mit einem

leisen Putsch zu tun. Tatsächlich gewann van der Bellen am 4. Dezember mit 53,8 zu 46,2 Prozent der Stimmen. Aber nicht nur in unseren Nachbarländern, auch in Deutschland entzieht sich der Regierungschef bereits demokratischen Prozessen. Während jeder andere Kanzler bereits durch ein Misstrauensvotum im Bundestag gestürzt worden wäre, wird Angela Merkel durch eine große Junta von bedingungslosen Ja-Sagern an der Macht gehalten ...

22. Juli

München-Anschlag: das unverschämte Reporter Glück des Richard G.

München, circa 17.50 Uhr: Vor dem McDonald's am Olympia-Einkaufszentrum packt plötzlich ein Mann eine Pistole aus, richtet sie auf flüchtende Passanten und beginnt zu schießen. Am Ende sterben neun Menschen, mit dem Attentäter zehn.

Etwa 35 werden verletzt. Bei einem Festnahmeversuch durch die Polizei »richtet« der Schütze sich selbst, wie es hinterher heißt. Ein Glück, dass wir da einen fähigen Reporter vor Ort hatten: einen gewissen Richard Gutjahr. Schon kurz nach dem Anschlag berichtete er live für alle möglichen Medien, angefangen bei der *ARD-Tagesschau* über Phoenix bis hin zum Bayerischen Rundfunk. Wie hatte er das bloß geschafft? Purer Zufall: Nach eigenen Angaben fuhr er gerade am Olympia-Einkaufszentrum vorbei, als die Schüsse des Attentäters krachten. Gemäß einem Telefongespräch mit dem Sender Phoenix war er »den Polizeikolonnen

hinterhergefahren und auch noch in das Gelände reingekommen«.

Richard, der rasende Reporter

Die Polizisten seien »sehr, sehr nervös« gewesen, berichtete Gutjahr dem TV-Sender BR24. Das könne er sagen, weil er schon mehrere solcher Einsätze erlebt habe. Wie bitte? Warten Sie mal: Gutjahr ... Gutjahr – stimmt! Den Mann kennen wir doch: Nur acht Tage zuvor stand er auf seinem Hotelbalkon in Nizza, als plötzlich der weiße Attentäter-Lkw an

ihm vorbeifuhr, um auf der Promenade des Anglais reihenweise Menschen niederzuwalzen. Und nun, eine Woche später, geriet Gutjahr rein zufällig wieder mitten ins Geschehen, nämlich in das Attentat von München am 22. Juli 2016! Kaum zu glauben! An wen erinnert mich das bloß? Warten Sie noch mal – richtig: natürlich an die georgische Reporterin Ketevan Kardava, der auf dem Brüsseler Flughafen Zaventem am 22. März 2016 die Bomben um die Ohren flogen, ohne dass ihr auch nur ein Haar gekrümmt wurde, und die anschließend die ersten Bilder vom Geschehen in alle Welt schickte! Sie erzählte auch, dass sie schon über

mehrere Terrorattentate vor Ort berichtet hatte, zum Beispiel über das Massaker von Anders Breivik in Norwegen und über die Attentate in Paris vom vorausgegangenen November (2015).
Junge, Junge – kann es wirklich sein, dass wir hier nicht nur eine Familie von immer denselben Krisendarstellern vor uns haben, sondern auch immer dieselben Krisenreporter, die rein zufällig vor Ort sind, wenn es knallt?

**Wer ist Richard
Gutjahr?**

Wer ist überhaupt dieser sagenhafte Herr Gutjahr? Und wo bekommt man eigentlich so einen atemberaubenden Riecher, dass man Attentate quasi schon im Voraus erschnüffeln kann? Antwort: auf der Münchner Journalistenschule natürlich. Zwischen 1993 und 1998 trainierte der Reporter dort sein Riechorgan und studierte außerdem Kommunikations- und Politikwissenschaften. Des Weiteren nahm er an französischen und amerikanischen Austauschprogrammen teil. Hinterher schmückten sich die ehrenwertesten Medien mit dem Mann: neben der *Süddeutschen Zeitung* auch der *Tagesspiegel* und die *Frankfurter*

Allgemeine Zeitung. Aktuell sei er »Mitarbeiter der Chefredaktion des Bayerischen Fernsehens und Moderator der *Rundschau-Nacht*«, heißt es bei *Wikipedia*.

Der Goldklumpen des Gewerbes

Diese Zierde jeder Redaktion stolpert immer wieder über die Goldklumpen des Gewerbes. So sei es ihm im April 2010 in New York gelungen, nach 23-stündigem Schlangestehen das erste iPad der Welt zu ergattern. Da staunen Sie,

was? Aber nicht nur das: Auch bei der Revolution in Ägypten im Jahre 2011 war er dabei. Und zwar habe er gerade – rein zufällig wahrscheinlich – ganz in der Nähe geweilt, nämlich in Israel, als in Ägypten die Revolution losbrach. Ein Katzensprung. Spontan entschloss er sich, in das Nachbarland zu reisen, und mischte sich am Tahrir-Platz unter die Demonstranten. 2013 habe das Grimme-Institut »mit der Nominierung von Richard Gutjahr« gar »zum ersten Mal in der Geschichte des *Grimme Online Awards*« die persönliche Leistung einer Einzelperson gewürdigt, erfährt man auf der Website des smarten Reporters: »Die demokratische Gesellschaft

profitiere von seinen Analysen, Impulsen und den von ihm initiierten Projekten (...)«, habe es da über ihn geheißen. Das ist gewiss nicht übertrieben.

Der Engel mit den Eisaugen

Apropos Israel: Dem Nahoststaat ist der Hans Dampf in allen Gassen sehr eng verbunden. Verheiratet ist er nämlich mit der ehemaligen Knesset-Abgeordneten Einat Wilf, einer jungen Frau mit eiskalten Augen und der Ausstrahlung eines Kühlschranks. Über Einat Wilf hält

die deutsche *Wikipedia* leider keinen Beitrag bereit. Die englische *Wikipedia* aber schon. Dort erfährt man, dass Wilf für die Unabhängigkeits- und die Arbeitspartei im israelischen Parlament war. Studiert hat sie in Harvard, in Frankreich und am Wolfson-College der Universität von Cambridge. Sie selbst beschreibe sich als Zionistin und Atheistin. Um ein weiteres Detail tobte zeitweise ein ausgewachsener Edit-War bei *Wikipedia*: Mal ist es da, mal ist es weg. Hinter den Kulissen bekriegten sich mehrere Lexikonautoren um eine kleine, aber feine Einzelheit, nämlich für *wen* die Frau des deutschen Reporter-Asses Gutjahr denn sonst noch arbeitet

oder gearbeitet hat. Vier Tage nach dem Nizza-Attentat stand die Information noch im Fließtext des *Wiki* – Artikels, doch einen Tag nach dem München-Amoklauf, am 23. Juli, war sie plötzlich verschwunden – um wenig später in einem eigenen Absatz wieder aufzutauchen. Demnach beendete Gutjahr-Gattin Einat Wilf ihren Militärdienst als israelischer »Geheimdienstoffizier der Einheit 8200 im Range eines Leutnants«.



©

<https://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons>

Creative Commons Attribution-Share Alike
Unported 3.0, Author: Noambarlevy

(Ex-)Geheimdienstoffizier Einat Wilf

Bilder ohne Kontext, Worte ohne Bedeutung

Auch ihre Biografie bei der Knesset weist sie als »Geheimdienstoffizier« aus. Die smarte Gutjahr-Gattin hat sogar eine eigene Website, nämlich www.wilf.org. Daraus geht hervor, dass es sich bei Wilf um eine Propagandaexpertin handelt, die für Israel den »Krieg der Worte gewinnen«

möchte, wie ein Papier von ihr überschrieben ist. Den »Krieg der Worte, Bilder und Ideen« zu gewinnen sei ebenso wichtig wie den Krieg auf dem Schlachtfeld, schreibt die israelische Mata Hari da. Meint sie damit etwa auch die »Worte, Bilder und Ideen«, die ihr famoser Ehegatte über die Attentate dieser Welt verbreitet? Aber egal: »Während ich meinen Weg durch die Fernsehstudios nahm«, berichtet die Dame, die offenbar ebenso gern durch die Medien tingelt wie ihr Ehemann, »spürte ich, dass alles zählte: angefangen bei der Kleidung bis hin zum Gesichtsausdruck.« Und wie sie ebenfalls erkannte, zählen im Krieg

keine Feinheiten oder Details: »Es gab keine Geschichte, keinen Zusammenhang und keine wirkliche Konversation – nur Bilder ohne Kontext, Worte ohne Bedeutung, Behauptungen ohne Beweise und aufgewärmte Verleumdungen.« Also genau das, was unsere »Qualitätsmedien« tagaus, tagein verbreiten – speziell über die in jüngster Zeit verübten Attentate in den USA, Frankreich und nun auch in Deutschland. Denn so etwas wie »Fairness« gebe es im Krieg der Worte und der Bilder nicht, meint Wilf: »Im Krieg für Israel zu sprechen, erfordert einfache, klare und häufig ausgesprochene Wahrheiten.«

Im Bett mit dem Geheimdienst?

Immerhin kann man nun behaupten, dass der rasende Reporter Gutjahr den Geheimdiensten nahesteht – sogar sehr nahe. Ja, wahrscheinlich liegt er sogar mit ihnen im Bett. Also embedded, sozusagen. Kommt er etwa auf diesem Wege an seine heißen Informationen, vielleicht sogar über bevorstehende Attentate? Über seine Gattin vom israelischen Geheimdienst, die sich selbst zu den »Geistigen Verteidigungskräften« ihres Landes zählt? Nicht doch: alles

Verschwörungstheorie. Vielleicht bis auf die Tatsache, dass sich niemand anderer als der israelische Geheimdienst tatsächlich rühmt, Attentate vorhersagen zu können. Speziell Messerattacken, von denen Israel in den vergangenen Jahren vermehrt heimgesucht wurde: »Oftmals wussten die Täter am Abend zuvor selber nicht, dass sie bald einen Anschlag begehen würden«, zitierte *Die Welt* einen israelischen Geheimdienstoffizier (online, 12.5.2016). Tja, das ist natürlich toll. Über treffsichere Prognosen und ihre Voraussetzungen haben wir in diesem Buch ja schon einiges gelernt. So kann man natürlich auch rechtzeitig Reporter

hinschicken. Rein theoretisch. Da ich hier natürlich nichts insinuiieren will, habe ich bei Gutjahr selbst nachgefragt:

- War er wirklich rein zufällig bei beiden Attentaten anwesend?
- Oder hatte er Vorwissen über die bevorstehenden Attentate von Nizza und München?
- Wie kam er an dieses Wissen?
- Welche Beziehungen unterhält er zu Geheimdiensten?
- Hatten Polizei und Geheimdienste Vorwissen über die Attentate?
- Wenn es Vorwissen bei Polizei und Geheimdiensten gab: Inwiefern haben diese dann die Finger drin?

- Nahm ihn in München tatsächlich die Polizei mit zum Tatort?
- Wenn nicht, warum duldete die Polizei dann die Verfolgung durch eine ermittlungsfremde Person?

Leider traf keine Antwort bei mir ein.

Sieg für eine bessere Geschichte ...

In Israel ist Gutjahrs Frau mit allen möglichen strategischen Planungen beschäftigt. So habe sie unter anderem als leitende Forscherin am Politischen

Planungsinstitut des Jüdischen Volkes gearbeitet. Die »Einheit 8200« übrigens, für die sie beim israelischen Geheimdienst tätig war, beschuldigte den syrischen Staatschef Baschar-al Assad 2013 eines Giftgasangriffes auf Zivilisten in Syrien, bei dem es Hunderte Tote gegeben haben soll. 2015 wurde Assad aber sogar von US-Experten entlastet: Aus ihren Untersuchungen gehe »schlüssig hervor, dass die Raketen aus Gebieten der Opposition abgefeuert wurden«, heißt es auf der Website *Friedensblick*. Schon 2014 hatten 43 Reservisten der »Einheit 8200« die Zusammenarbeit aufgekündigt – wegen moralischer

Bedenken. Dass dazu auch Gutjahrs Frau Wilf gehörte, ist nicht überliefert. Wie sagte sie doch: Der Sieg sei schließlich nur den Standfesten sicher ...

A black and white photograph of Mrs. Hillary Clinton seated at a desk during a formal event. She is wearing a patterned blazer and a beaded necklace. A nameplate in front of her reads "MRS. CLINTON". A microphone is positioned in front of her. To her left, a man in a suit and tie is partially visible, looking down. The background is dark and out of focus.

<http://www.defense.gov/PhotoEssays/PhotoEssays/PhotoEssay.aspx?id=3093&name=Mullen,%20Cartwright%20C>

Author: Chad J. McNeeley (DoD photo by
Mass Communication Specialist 1st Class
Chad J. McNeeley, U. S. Navy)

Thema des Monats

2.8.: Im US-Präsidentschaftswahlkampf zeichnet sich Wahlniederlage von Hillary Clinton ab

2.8. *Im* **US-Präsidentschaftswahlkampf** *zeichnet sich Wahlniederlage von Hillary Clinton ab* – **5.8.** Eröffnung der Olympischen Sommerspiele in Rio de Janeiro – **6.8.** In Belgien wird ein Mann erschossen, nachdem er zwei Polizistinnen mit einer Machete angegriffen und »Allahu akbar« gerufen hatte – **22.8.** Im Konflikt zwischen Volkswagen und einem Zulieferer kommt es im VW-Werk Zwickau zu einem

Produktionsstopp – **25.8.** Der World Wildlife Fund (WWF) gibt die erste Sichtung einer Wolfsfamilie in Österreich seit 100 Jahren bekannt – **25.8.** Während eines Besuchs bei streikenden Minenarbeitern wird Boliviens stellvertretender Innenminister Rodolfo Illanes entführt und erschlagen – **29.8.** Die italienische Küstenwache rettet binnen 24 Stunden 6500 Bootsflüchtlinge – **31.8.** Die brasilianische Präsidentin Dilma Rousseff wird ihres Amtes enthoben

2. August

US-Wahlkampf: Hillary hat fertig

Ein bisschen früh, diese Prognose in der Überschrift, finden Sie nicht? Immerhin waren es von da an bis zu den US-Präsidentschaftswahlen noch über drei Monate. Dennoch veröffentlichte ich am 2. August 2016 auf *Kopp Online* in bestem Trapattoni-Pidgin-Deutsch meine Vorhersage: »Hillary hat fertig« (im Stil des seinerzeitigen Bayern-Trainers Giovanni Trapattoni). Das lustige

Pidgin-Deutsch bezog sich auf die US-Präsidentschaftskandidatin Hillary Clinton. Schon zwei Tage zuvor, am 30. Juli 2016, hatte ich auch auf YouTube ein Video mit dem Titel veröffentlicht: »Warum ich glaube, dass Trump US-Präsident wird«. Fazit: »Das war's dann wohl, Hillary ..., Clintons Kampagne ist tot.«

**An der
Berichterstattung sollt
ihr sie erkennen ...**

Na so etwas! Unsere Medien wollten

uns zu diesem Zeitpunkt doch etwas ganz anderes weismachen, nämlich dass dieser Kampf um die US-amerikanische Präsidentschaft 2016 ein knappes Rennen sei. Ja, die meiste Zeit über sahen sie Hillary Clinton sogar vorn. »Doch in Wirklichkeit ist der Wahlkampf weitgehend gelaufen«, schrieb ich bereits drei Monate zuvor, »und das wissen auch unsere Qualitätsmedien.« »Man kann das schon an der Berichterstattung erkennen. Die Blätter und Sender haben jeden Anschein von Neutralität aufgegeben und werfen ihre letzten Propagandaressourcen in die Schlacht. Während Donald Trump verzweifelt schlecht und lächerlich

gemacht wird, wird Hillary Clinton regelmäßig in den Himmel gehoben. Gibt man zum Beispiel den Namen Donald Trump in die Google-News-Suche ein, erhält man fast nur negative Nachrichten über den republikanischen Präsidentschaftskandidaten (jeweils online):

- »Donald Trump attackiert Eltern von gefallenem Soldaten« (*Spiegel Online*, 31.7.2016)
- »Donald Trump: Das sind seine zehn peinlichsten Fauxpas« (*Die Welt*, 29.7.2016)
- »Ehefrau von Donald Trump Melania Trump soll Lebenslauf

gefälscht haben« (*Frankfurter Rundschau*, 29.7.2016)

- »US-Wahl – Ein Muslim stemmt sich gegen Donald Trump« (*Süddeutsche*, online, 29.7.2016)
- »Donald Trump: Wie Fans des Milliardärs gegen Hillary Clinton hetzen« (*Spiegel Online*, 30.7.2016)
- »US-Wahlen 2016: Warum Donald Duck Trump wählen würde« (*Focus Online*, 30.7.2016)

Ja, und selbst das:

- »Donald Trump bleibt im Aufzug stecken« (*t-online*, 31.7.2016)

Ganz anders das Bild bei Hillary Clinton:

- »Hillary Clinton wird gebraucht« (*Hamburger Abendblatt*, 27.7.2016)
- »Hillary Clinton: Warum Deutschland sie feiern sollte – Kommentar« (*Spiegel Online*, 29.7.2016)
- »Hillary Clinton: Projekt Amerika retten« (*Tagesspiegel*, 29.7.2016)
- »Hillary Clinton meistert die bislang wichtigste Rede ihrer Karriere« (*RP Online*, 29.7.2016)
- »Der Hillary-Hype: Diese Stars feiern ›Präsidentin‹ Clinton« (*n-tv*,

29.7.2016)

Hymnen auf Hillary

Während Donald Trump also verteufelt und lächerlich gemacht wurde, hatten sich unsere Medien eindeutig auf die Seite von Hillary Clinton geschlagen. Nicht gerade ein Qualitätssiegel für Clinton. Praktisch noch nie haben die Medien irgendeinen Politiker gelobt oder unterstützt, der gut für unser Land oder die Welt gewesen wäre. In Wirklichkeit versuchen sie, uns ständig den letzten politischen Schrott zu

verkaufen: die Willkommenskultur, die Klimakatastrophe, den Atomausstieg, die Elektroautos, die vegane Ernährung und natürlich Barack Obama und Angela Merkel. Allein ihre Hymnen auf Clinton bewiesen: Eine US-Präsidentin Hillary Clinton wäre eine Katastrophe für die Welt gewesen, denn dann wären ein verschärfter Konflikt mit Russland, weitere Kriege und Flüchtlingswellen, ein Migrationskrieg gegen Deutschland und Europa, eine Fortsetzung des Klimaschwinds, Kinder-Indoktrination und – sexualisierung, ein ungeahnter Lesben- und Schwulenhype und noch vieles andere mehr die Folge gewesen – also die gesamte politisch korrekte

beziehungsweise linksradikale Agenda.

Hektisch, hysterisch und verzweifelt

Interessant war aber, dass die mediale Polemik gegen Trump über bloßes Parteiergreifen noch weit hinausging und eine neue Qualität erreicht hatte. So wurde die Anti-Trump-Propaganda auffallend hektisch und hysterisch. Und das war nicht irgendetwas. Sondern es bedeutete: Darunter lag die pure Verzweiflung. Die Medien hatten begriffen, dass das Rennen bereits

gelaufen war. Sie glauben mir nicht? Werfen wir neben der Text- noch einen Blick auf die Bildebene. Gab man zum Beispiel den Namen »Donald Trump« in die Google-Bildsuche ein (die sich zum großen Teil aus den Medien speist), erschienen als Erstes massenweise Fratzen des Präsidentschaftskandidaten – also Situationsmimiken aus Reden, Auftritten oder anderen Situationen, die ihn unvoreilhaft zeigten. Allein das war bereits interessant. Machte man jedoch die Gegenprobe mit dem Namen »Hillary Clinton«, erschien praktisch kein einziges Fratzenbild, sondern seitenweise nette, adrette und geschönte Porträts der demokratischen

Präsidentschaftskandidatin. Ein Zufall konnte das nicht sein, sondern es war quasi der Fingerabdruck der dreisten Manipulation durch die Medien.

»Ware' schwach wie eine Flasche leer«

Kurz: Die Medien hatten es nötig – und wenn sie es nötig hatten, dann hatte es auch Hillary Clinton nötig, die ultralinke Traumkandidatin der Schreiberlinge. Doch in Wirklichkeit sah die Realität so aus, dass Hillary Clinton auf verlorenem Posten stand und Donald Trump

durchmarschieren würde. Betrachten wir nur einmal den Nominierungsparteitag von Hillary Clinton am 26. Juli 2016 in Cleveland. Vordergründig herrschte da Begeisterung: ein Meer von Fahnen und Schildern, massenweise jubelnde Fans auf den Rängen und natürlich ein gerührter Ehemann – hat man jedenfalls im Fernsehen gesehen. Dabei war das eine glatte Lüge, wie ein Video des Filmemachers Josh Fox bewies, der bei dem Parteitag zugegen war. Zumindest waren die Bilder ein wenig unvollständig (YouTube-Titel: »»Gähnende Leere« – Was der Mainstream von Hillarys Nominierungsparteitag wegschnitt«,

29.7.2016). Spätestens ab einem bestimmten Zeitpunkt sprach Clinton vor halb leeren bis leeren Rängen – oder wie Trapattoni sagen würde: Clinton »... ware' schwach wie eine Flasche leer«. Direkt nach Clintons Nominierung hatten die Anhänger des unterlegenen demokratischen Kandidaten Bernie Sanders praktisch geschlossen den Saal verlassen. Und das waren ja nicht irgendwelche Fans, sondern die Delegierten der sogenannten »Bernie States«, also der Staaten, die bei den Vorwahlen für Sanders gestimmt hatten, bevor dieser aufgab und seine Stimmen beziehungsweise seine Sympathien Clinton überlassen wollte. Das durfte

damit als spektakulär gescheitert gelten.

Clintons Kampagne war tot

Sie lebte nur fort als Potemkinsches Dorf – und der Nominierungsparteitag war ihr Waterloo. Die Wahrheit ist: Spätestens drei Monate vor den Präsidentschaftswahlen war Hillary Clintons Kampagne mausetot. Artikel wie »Die Clinton-Skandal-Fibel: Von Whitewater bis Benghazi« (»From Whitewater to Benghazi: A Clinton-Scandal Primer«, *The Atlantic*,

2.8.2016) listeten all ihre Politaffären auf – jedenfalls die bekanntesten. Die Kandidatin wusste das natürlich selbst und schäumte vor Wut, wie man auf der Bühne beobachten konnte, wo sie ihre Emotionen kaum zu zügeln in der Lage war (siehe mein oben genanntes Video). Sie hasste es nun mal, ein totes Pferd zu reiten. Und selbst unsere Qualitätsjournalisten mussten einräumen, dass Trump im zeitlichen Umfeld des Parteitags der Demokraten in Umfragen vor Clinton lag: »Trump deutlich vor Clinton«, berichtete der österreichische *Kurier* (online, 25.7.2016). »Trump liegt in Umfragen erstmals vor Clinton«, schrieb auch *Focus Online* (am

31.7.2016), bevor Clinton im Vorfeld der Wahlen in Umfragen wieder besser abschnitt. Die Wahrheit wurde dem Publikum in Deutschland natürlich verschwiegen: Hillary Clinton ist die abgehalftertste Skandalnudel der amerikanischen Politik und hing den Wählern zum Halse heraus. In dem oben genannten Video hatte ich einige Gründe dafür analysiert, warum Clinton bei den amerikanischen Wählern auch menschlich so schlecht ankam. Die Ursache liegt darin, dass Clinton ihre innersten Gefühle nicht immer verbergen konnte: Wut, Hass, Hybris, Größenwahn und sexuelle Obsession. Ihr vulgäres Lachen klang bisweilen wie die

Freudenäußerung einer Domina, die gerade einen Klienten blutig gepeitscht hatte. Manche Auftritte kippten derart um, dass es einem kalt den Rücken hinunterlaufen konnte, etwa als sie schon 2007 im Wahlkampf gegen Obama in Selma, Alabama, auf unheimliche Weise einen Gospel zitierte und den religiösen Text dabei auf sich bezog: »Ich fühle mich keineswegs müde! Ich bin schon viel zu weit gekommen, von wo aus ich aufbrach«, donnerte sie und hob drohend den Finger. »Mir hat keiner gesagt, dass der Weg leicht sein würde. Ich glaube nicht, dass ER mich so weit gebracht hat, um mich nun im Stich zu lassen!«, rief sie. Die Zuhörer fragten sich nur,

wen sie mit »ER« gemeint hatte: Gott? Oder den Teufel? Die Antwort konnte vielleicht ihr Äußeres geben, denn sie sah dabei aus wie Cruella de Vil (cruel = grausam, devil = Teufel) aus dem Disney-Film *101 Dalmatiner*.

»Woran erkennt man, dass Hillary lügt?«

Stand Clinton auf der Bühne, konnte man häufig beobachten, wie ihre Augen hassvoll blitzten, als wollte sie gleich jemanden mit ihren Blicken töten. Bisweilen schrie sie auch, wobei ihre

Stimme eine bedrohliche Tonlage annehm, mit einer deutlich vulgären bis sexuellen Komponente, die geradewegs aus dem Unterleib zu stammen schien. »Ist sie geistig behindert, oder warum glaubt sie, dass niemand ihren Mist heraushört?«, fragte denn auch ein YouTube-Nutzer unter dem Video des Wahlkampfauftritts. »Nein, sie ist nur eine Psychopathin«, antwortete ein anderer. Und ein Dritter: »Ich bin davon überzeugt, dass sie wirklich nicht weiß, dass sie wie ein Arschloch überkommt.« Exemplarisch war auch der Witz: »Woran erkennt man, dass Hillary lügt? Antwort: Daran, dass sie die Lippen bewegt.« Die Vorstellung,

diese Frau könnte die Atommacht USA befehligen, machte vielen viel mehr Angst als ein Donald Trump »am Drücker«. Er befehligte immerhin ein Wirtschaftsimperium, und sein Trump-Tower stand bereits seit vielen Jahrzehnten in der Mitte Manhattans wie ein Fels in der Brandung.

»Satan supports her«

Wäre Hillary Clinton ein Produkt gewesen, hätte man es als »imagekrank« bezeichnet. Ja, noch schlimmer: Es ist unglaublich, wie viele Autos in den USA

mit »Hillary = Satan«-Aufklebern herumfahren. Diese Aufkleber gab und gibt es in allen Ausführungen: »Hillary – Satan supports her« in schlichtem Schwarz-Weiß, »Clinton Satan« mit stilisierter US-Flagge oder »Clinton Satan 2016«, als wäre der Teufel Hillarys »Running Mate« gewesen (Vizekandidat). Lustig waren auch die vielen Teufelsdarstellungen von Hillary Clinton. Bei Donald Trump waren es höchstens halb so viele und halb so böartige. Viele religiöse Amerikaner halten Hillary ganz real für den Leibhaftigen – oder zumindest für seinen Laufburschen beziehungsweise sein Mädchen für alles. Allen voran Donald

Trump selbst. Das hat einen realen Hintergrund. So verehrte Hillary Clinton während ihres Studiums am Wellesley College in Massachusetts (eine reine Frauen-Privathochschule) einen Professor namens Saul Alinsky, der sie »vom ›Goldwater Republikaner‹ ihrer Jugend zur liberal-sozialistischen Progressiven von heute« umdrehte (*charismanews.com*, 6.6.2016). Derselbe Alinsky huldigte in einem seiner Bücher Luzifer (*Rules for Radicals: A Pragmatic Primer for Realistic Radicals*, Vintage Books, New York 1989). Bewundernd schrieb er da: »Damit wir nicht wenigstens eine flüchtige Würdigung des allerersten

Radikalen vergessen: Gemäß all unseren Legenden, Mythologien und unserer Geschichte (und wer kann schon wissen, wo das eine endet und das andere beginnt – oder was was ist) ist der erste, dem Menschen bekannte Radikale, der so effektiv gegen das Establishment rebellierte, dass er zumindest sein eigenes Königreich gewann – Luzifer.« Da die USA eine sehr große religiöse Wählerschaft haben, kam Hillarys Verehrung für diesen Professor gar nicht gut an. Oder frei nach Trapattoni: »Was erlauben Hillary?«

Das Pfeifen im Walde

Die Medien verlegten sich deshalb zwischendurch auf Selbstberuhigung: »US-Wahlkampf: Was passiert, wenn Donald Trump gewinnt?«, fragte *Spiegel Online* am 29. Juli 2016 und tröstete sich mit der Antwort: »Nichts.« »Clinton wäre klar die bessere Präsidentin«, hieß es in der Unterzeile, aber »ihr Rivale hat außer leeren Versprechungen nichts zu bieten.« Allein das illustriert, wie atemberaubend einseitig die Presse vorging. Aber anders als in anderen Artikeln wurde hier nicht nur Trumps Sieg überhaupt einmal in Erwägung

gezogen, sondern man machte sich auch gleich Mut, dass selbst in diesem katastrophalen Fall gar nichts passieren würde, weil Trump nämlich als Regierungschef »bald scheitern« würde. Sicher doch. Aber wenn Sie mich fragen: Das klang nach Pfeifen im Walde ...

September 2016



© picture alliance/dpa/Revierfoto

Thema des Monats

19.9.: Merkel hält eine mit Spannung erwartete Rede zur Migrantenkrisen

4.9. Bei den Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern erhält die AfD 20,8 Prozent der Wählerstimmen, fast alle etablierten Parteien verzeichnen schwere Verluste/Im Vatikan wird Mutter Teresa heiliggesprochen –

7.9. Laut dem britischen *Telegraph* will Großbritannien auf der französischen Seite des Eurotunnels eine vier Meter hohe Mauer gegen Migranten errichten –

9.9. Nordkorea meldet einen erfolgreichen Kernwaffentest – **12.9.**

Die Stichwahl zum Amt des Bundespräsidenten von Österreich wird vom 2. Oktober auf den 4. Dezember verschoben – **14.9.** Der deutsche Chemie-Multi Bayer übernimmt den

amerikanischen Saatgutkonzern
Monsanto – **19.9. Bundeskanzlerin
Angela Merkel hält eine mit
Spannung erwartete Rede zur
Migrantenkrise** – **27.9.** US-Präsident
Obama ernennt Jeffrey DeLaurentis zum
ersten US-Botschafter auf Kuba seit
Abbruch der diplomatischen
Beziehungen im Jahre 1961

19. September Merkel-Reden: Bekenntnis zur Vertreibung der Deutschen?

Katerstimmung bei der Union. Gestern haben die Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus stattgefunden. Und wieder, wie schon bei den Landtagswahlen am 13. März, hatte sich Merkel als Minus-Frau erwiesen. Noch nie hatte wohl ein einzelner deutscher

Politiker gleich mehrere Parteien so heruntergezogen wie Angela Merkel die Parteien der Großen Koalition im Abgeordnetenhaus: minus 5,7 Prozent bei der CDU und minus 6,7 Prozent bei der SPD. Auch die »stille Regierungspartei im Geiste«, die Grünen, bauten um 2,4 Prozent ab. Die AfD dagegen kam aus dem Stand auf 14,2 Prozent. Mit anderen Worten war das Kielwasser der Kanzlerin tiefblau und stand für die totale Havarie des Regierungsdampfers – so, als würde irgendein Schiff plötzlich eine riesige Öllache hinter sich herziehen. Kein Zweifel: Das Regierungsschiff war mit vollem Karacho auf einen Eisberg

gefahren und würde in kürzester Zeit sinken. Doch was hatte der Kapitän dazu zu sagen – beziehungsweise die »Kapitänin«? Entweder müsste sie nun ihr Kommando abgeben, oder die Besatzung müsste im Interesse der Sicherheit des Schiffes meutern und diese Chefin umgehend absetzen. Mit Spannung wartete die Republik deshalb am nächsten Tag, dem 19. September 2016, auf eine angekündigte Rede von Angela Merkel: Würde sie endlich zurücktreten? Oder sich wenigstens entschuldigen?

S.e. l.b. s.t. k.r. i.t. i.k.

Nun – aus dem Rücktritt wurde nichts, aber die Medien verkündeten doch einstimmig: Merkel hat Selbstkritik geübt! S.e. l.b. s.t. k.r. i.t. i.k.! Doch wirklich. Ich hab's überall gelesen:

- »Selbstkritische Rede: Merkel räumt Fehler in Flüchtlingskrise 2015 ein«, hieß es zum Beispiel in der *Wirtschaftswoche* (online, 19.9.2016)
- »Kanzlerin Angela Merkel versucht es mit Selbstkritik« (*Augsburger Allgemeine*, online, 19.9.2016)
- »So reagiert das Netz auf Merkels

Selbstkritik«
19.9.2016)

(*meedia.de*,

Na bitte. Allerdings haben wir in diesem Buch mit der Berichterstattung der Medien ja schon so einige Erfahrungen gemacht. Also beschloss ich, mir die Rede erst einmal zu besorgen. Alles muss man selber machen. Nicht, dass die Kollegen da vielleicht etwas falsch verstanden haben.

**Ist das Wort der
Bundeskanzlerin
Gesetz?**

Am 19. September 2016 also stellte sich Angela Merkel der Bundespressekonferenz, fast auf den Tag genau ein Jahr, nachdem sie am 4. September 2015 auf eigene Faust im großen Stil Migranten nach Europa und Deutschland hereingelassen hatte. Aufgrund ihrer Verlogenheit, Frechheit und Grausamkeit ist diese Rede historisch zu nennen. Doch der Reihe nach: 2015 waren Hunderttausende bis über eine Million sogenannte »Flüchtlinge« nach Deutschland eingereist, und zwar *illegal* – denn noch ist das Wort der Bundeskanzlerin ja kein Gesetz. Es sei denn, wir befinden uns in genau jener Diktatur, vor der schon viele

gewarnt haben. Fakt ist: Für eine Einreise brauchen Menschen aus Nicht-Schengenstaaten nach wie vor einen Pass und ein gültiges Visum. Sogar auf der Seite der *Tagesschau* konnte man lesen: »Gemäß Paragraf 3 des Aufenthaltsgesetzes sind Ausländer verpflichtet, einen gültigen Pass mitzuführen und sich an zugelassenen Grenzübergangsstellen polizeilich kontrollieren zu lassen. Wer ohne Pass in die Bundesrepublik einreist, macht sich strafbar.« Unter anderem zu dieser Straftat hat Angela Merkel also Beihilfe geleistet.

Kein guter Anfang für eine Freundschaft

Ausnahmen von der Passpflicht können nur »in begründeten Einzelfällen« zugelassen werden, allerdings müssen diese Ausnahmen *vor* der Einreise des Ausländers für »einen anschließenden Aufenthalt von bis zu sechs Monaten« beantragt werden. Aber von »begründeten Einzelfällen« war natürlich gar keine Rede. Vielmehr spazierten die Migranten kohortenweise ohne Pass und Visum über die europäischen und die deutschen Grenzen. Ja, viele hatten ihre Pässe

sogar bewusst vernichtet und falsche Nationalitäten und Identitäten angegeben, um die deutschen Behörden über ihre wahre Herkunft zu täuschen. Bei Bekanntschaften, die mit faulen Tricks beginnen, sollte man jedoch vorsichtig sein. Auch die Ausnahme nach Artikel 31 der Genfer Flüchtlingskonvention greift hier nicht. Danach würden Flüchtlinge, »die unmittelbar aus einem Gebiet kommen, in dem ihr Leben oder ihre Freiheit bedroht waren und die ohne Erlaubnis in das Gebiet der vertragschließenden Staaten einreisen oder sich dort aufhalten«, nicht bestraft, so der *Tagesschau* – Text. Voraussetzung wäre, »dass sie sich unverzüglich bei

den Behörden melden und Gründe darlegen, die ihre unrechtmäßige Einreise oder ihren unrechtmäßigen Aufenthalt rechtfertigen« (*tagesschau.de*). Stattdessen täuschten Zehntausende Migranten die Behörden, warfen ihre Papiere weg und gaben sich wahrheitswidrig als Syrer aus, weil dortzulande Krieg herrscht und sie in den Genuss von Artikel 31 der Genfer Flüchtlingskonvention kommen wollten.

Ein abgeschmackter Betrug

Allerdings kann auch davon abgesehen Artikel 31 der Genfer Flüchtlingskonvention in Wirklichkeit kein Ticket für eine ungenehmigte Einreise nach Deutschland sein, da die Migranten eben nicht »unmittelbar aus einem Gebiet« kamen, in dem sie an Leib und Leben bedroht waren (zum Beispiel aus Syrien). In Wirklichkeit waren die meisten schon seit Tausenden von Kilometern in Sicherheit, weil sie sich durch sichere Länder und Gegenden bewegten. Ein abgeschmackter Betrug also. Welches Chaos, welche Kosten und welche Opfer diese rechtswidrige Migrantenwelle gekostet hat und immer noch kostet, muss ich hier nicht weiter

erläutern – mit dem Segen einer Kanzlerin, die geschworen hatte, Schaden vom Deutschen Volk abzuwenden, womit jeglicher Schaden gemeint ist: finanzieller ebenso wie körperlicher. Nach Hochrechnungen werden die »Flüchtlingskosten 2017 zwischen 43 und 75 Milliarden Euro« liegen (*Epoch Times*, online, 9.11.2016). Das Problem ist, dass wir uns spätestens seit Herbst 2015 damit herumschlagen müssen, dass eine offene Rechtsbrecherin die Republik regiert.

Howgh – der Wähler hat

gesprochen

Die Quittung dafür hatte sie nicht nur am »Superwahltag«, dem 13. März, bekommen, sondern auch am 4. September 2016 in Mecklenburg-Vorpommern, wo CDU und SPD vier beziehungsweise fünf Prozent verloren und die AfD aus dem Stand heraus 20,8 Prozent gewinnen konnte. Und nun natürlich auch in Berlin (plus 14,2 Prozent). War nun also, am 19. September 2016, bei Merkel endlich die Stunde der Einsicht und der Reue gekommen? Glaubte man unseren Medien, dann ja (siehe oben). Die

Presse verkaufte Merkels Rede, wie schon gesagt, als »Selbstkritik«. Aber ans Rednerpult trieb Merkel nicht etwa das menschliche und staatliche Desaster, das sie angerichtet hatte, sondern nur ihr eigenes, nämlich die desaströsen Wahlergebnisse der rot-schwarzen Parteien bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus in Berlin am Vortag, dem 18. September. Die AfD hatte schon einen Landtag nach dem anderen erobert, und Union und SPD hatten eine Niederlage nach der anderen kassiert. Howgh – der Wähler hatte gesprochen. Seine Botschaft lautete: Wir wollen Angela Merkel und ihre Flüchtlingspolitik nicht. Ja, wir wollen

überhaupt keine dieser politisch korrekten Parteien.

Kommen wir also zur Sache: Stellen Sie sich einmal vor, der Kapitän der *Titanic* hätte sich am Morgen des 15. April 1912 vor die Passagiere des sinkenden Schiffes gestellt und gesagt, das gefahrene Manöver sei »sehr unbefriedigend« und »enttäuschend« gewesen. Hätte das nicht wie Hohn klingen müssen? Merkels Bürger müssen derartige Zumutungen ständig ertragen. Doch nicht nur die Bürger, sondern auch ihre Parteifreunde: Denn zu Beginn ihrer Rede mochte sie nicht versäumen, dem Berliner CDU-Spitzenkandidaten »Frank Henkel und allen Berliner Freunden trotz

aller Enttäuschung für ihren Einsatz« zu danken.

»Unbefriedigend« und »enttäuschend«

Die Frage ist nur, ob diese Leute auch Merkel für ihren »großartigen Einsatz« dankbar waren. Bedient waren sie auf jeden Fall: Veranstaltungen organisieren und Plakate kleben für ein zunehmend unverkäuflicher werdendes Produkt. Bei der letzten Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern war sie ja leider in China, erklärte Merkel, deshalb

wolle sie uns diesmal etwas »ausführlicher an ihren Gedanken teilhaben lassen«, die sie sich »natürlich angesichts der Situation gemacht habe«. Da sie Parteivorsitzende sei, drücke sie sich nicht vor der Verantwortung, sondern sie übernehme auch hier den Teil der Verantwortung, der bei ihr als Parteivorsitzende und Bundeskanzlerin liege. Die Wahlen in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin hätten zweifellos landespolitische Komponenten gehabt, die Ergebnisse hätten auch ihre landespolitischen Gründe, sagte Merkel, »aber eben nicht nur«. Was Merkel dabei zu erwähnen vergaß, war, dass auch im Land Berlin

und in Mecklenburg-Vorpommern große Koalitionen aus SPD und CDU regierten – mithin dieselben Parteien wie im Bund. Zudem müsste man diese kleine, aber feine Hierarchie freilich ein wenig umdrehen – denn seit dem 4. September 2015 dominiert in Wirklichkeit Angela Merkels desaströse Bundespolitik jede Landtagswahl.

Nachzügler und Nachsitzer

»Wenn eine Ursache für das schlechte Abschneiden auch der CDU ist, dass

manch einem Richtung, Ziel und Grundüberzeugung unserer Flüchtlingspolitik nicht ausreichend erklärt worden sind, so möchte ich mich gerne darum bemühen«, sagt Merkel. Also, liebe Kinder: Die »Flüchtlings«politik war nicht etwa falsch, sie wurde höchstens nicht ausreichend erklärt. In diesem Fall wird sich Merkel eben gern um diese Nachsitzer und Nachzügler bemühen: und zwar »nicht zum ersten Mal, definitiv nicht zum ersten Mal«, ihr Blödmänner, »aber vielleicht noch einmal nachdrücklicher«. Also nicht »besser«, denn das wäre ja das Eingeständnis, dass Merkel ihre eigene

Politik nicht erklären kann, sondern »nachdrücklicher«. »Der Satz ›Wir schaffen das‹ ist Teil meiner politischen Arbeit, er ist Ausdruck von Haltung und Ziel«, bemerkte sie streng – was natürlich stimmt, nur sind das nicht die Haltung und die Ziele, die wir als Bürger uns vielleicht vorstellen würden, sondern langfristig der Austausch der deutschen Bevölkerung durch Migranten. Viel sei in diesen eigentlich trivialen Satz »Wir schaffen das« hineingeheimnist worden, meinte sie weiter, so viel, dass sie ihn kaum noch wiederholen möge – also nicht, weil er vielleicht falsch oder ein Fehler gewesen wäre, sondern die Schuld dafür

liege wieder bei den anderen, nämlich bei jenen, die so viel »hineingeheimnist« hätten. Sie hätten den Satz damit quasi kaputtgemacht, wie ein Kind, das einem Nachbarskind sein schönes neues Spielzeugauto zertrampelt hat. Also könnt ihr den Satz jetzt behalten, meinte sie, ich mag ihn jetzt nicht mehr.

Bitte nicht mit Kritik langweilen

Die Diskussion um diese ihre Fehlleistung ist für sie ohnehin nur eine »immer unergiebiger werdende

Endlosschleife«. Nach dem Motto: Habt ihr einen Sprung in der Platte? Und eines dürfen wir nun mal nicht: nämlich unsere Bundeskanzlerin mit unseren »Endlosschleifen« langweilen. Außerdem sei der Satz anspornend gemeint gewesen, denn sie sei zutiefst von der Dummheit, Pardon: »Hilfsbereitschaft«, der Deutschen überzeugt. Natürlich wisse sie, dass wir gemeinsam viel zu schultern hätten. Wobei »schultern« ein etwas banales Wort ist für die schweren Schäden, die Merkel der Volkswirtschaft und Gesellschaft zugefügt hat, nämlich die unzumutbaren Belastungen, die sie ihren Bürgern aufgebürdet hat: Milliarden

Steuergelder für Unterbringung, Sicherheit und Verpflegung, steigende Krankenkassenbeiträge für medizinische Behandlungen, gestörter Schulunterricht durch nicht Deutsch sprechende und schwer erziehbare Kinder, anstrengende Arbeit in Aufnahmeeinrichtungen und Flüchtlingsheimen bis hin zu Beschimpfungen, körperlichen Bedrohungen, Diebstählen, Raubüberfällen, Morden und Mordversuchen mit Messern, Äxten und anderen Gegenständen. Ach ja: Und die Vergewaltigungen und sexuellen Belästigungen an Silvester waren schließlich auch noch zu »schultern«. Die Aufgabe, den Hunderttausenden von

Menschen, die zu uns gekommen seien, mindestens vorübergehend Schutz zu geben, mache sich nicht einfach so und schon gar nicht über Nacht, meinte Merkel.

Ein Flashmob an der Grenze

»Das alles sagt sich schnell, es geht aber nicht schnell« – ihr Nervensägen, darf man hinzufügen. »Auch wenn wir in den vergangenen Jahren weiß Gott nicht alles richtig gemacht haben.« Wenn *wir* nicht alles richtig gemacht haben,

wohlgemerkt. Wenn Fehler schon erwähnt werden, dann werden sie umgehend sozialisiert und auf die Allgemeinheit verteilt, um den Zuhörern gleich darauf wieder einen Vorwurf unterzujubeln, nämlich den, dass wir wirklich nicht gerade »Weltmeister bei der Integration« gewesen seien. Tja, Frau Merkel – wenn Sie schnell mal einen Flashmob mit ein paar Hunderttausend hungrigen und anspruchsvollen Gästen veranstalten, können Sie nicht erwarten, dass die Hausfrau das Abendessen schon bereithält. Aber nichts da: Wegen ihr müssen wir uns jetzt also »gleichsam selbst übertreffen«. Nach dem Motto:

»Tja, ich hab nun mal diese vielen Gäste mitgebracht, also übertrefft euch gefälligst selbst und zaubert ein leckeres Menü, genügend frische Betten und was man sonst noch so braucht, wenn jede Menge Gäste kommen. Und vor allem: Schaut die Kostgänger bloß nicht noch schief von der Seite an.«

Auf nichts kann man sich verlassen!

Aber, Frau Lehrerin, warum sind denn diese Hunderttausenden von angeblichen »Schutzsuchenden« zu uns gekommen?

Sind sie vom Himmel gefallen, oder war es nicht vielmehr so, dass irgendjemand am 4. September 2015 illegal die Grenzen der Europäischen Union und Deutschlands geöffnet hat? Nicht doch: Auch sie habe sich »lange Zeit gerne auf das Dublin-Verfahren verlassen, das uns Deutschen, einfach gesprochen, das Problem abgenommen hat. Das war nicht gut.« Nach dem sogenannten Dublin-Abkommen hat ein Asylbewerber in der Europäischen Union in jenem EU-Land Asyl zu beantragen, in das er als Erstes eingereist ist. Aber leider hatte Angela Merkel die Migranten von der ungarischen Grenze einfach nach Deutschland durchgewinkt und das

Dublin-Verfahren damit ausgesetzt. Aber nun hieß es, dass nicht sie einen Fehler gemacht hatte, sondern man sich auf das Dublin-Verfahren eben nicht verlassen konnte. Von den Flüchtlingsströmen hatte sie ja keine Ahnung! Dass seit Jahren in Nordafrika Regierungen gestürzt und Kriege geführt wurden, sodass Millionen Flüchtlinge freigesetzt wurden, hatte sie gar nicht mitbekommen! »Wenn ich könnte, würde ich die Zeit um viele, viele Jahre zurückspulen, um mich mit der ganzen Bundesregierung und allen Verantwortungsträgern besser vorbereiten zu können auf Situationen, die uns dann im Spätsommer 2015 eher

unvorbereitet trafen.« Tja – also die Weltgeschichte ging und geht für die Regierung Merkel einfach zu schnell: Wie soll man denn da mitkommen? Genauso wie ein Kapitän hätte jedoch auch ein Bundeskanzler die Aufgabe, vorausschauend zu fahren und in die Ferne zu blicken, was denn da möglicherweise auf sein Schiff zukommen könnte. Nichts davon bei Merkel: Sie ist mindestens wie ein blutiger Politikanfänger in die »Flüchtlingskrise« hineingestolpert, wenn sie sie nicht sogar bewusst mit herbeigeführt hat: Laut SPD-Chef und Vizekanzler Sigmar Gabriel hatte die Regierung eine Million Flüchtlinge nach

Deutschland »eingeladen« (Phoenix,
7.12.2016).

Gestalten, ordnen und steuern

Nachdem der Kapitän also sehenden Auges auf den Eisberg gefahren war und auch noch die Schotten geöffnet hatte, war erstaunlicherweise das ganze Wasser in den Rumpf hineingelaufen. Daraufhin hatte der Kapitän nicht etwa sofort das Leck bekämpft und die Pumpen angeworfen, um das Wasser wieder hinauszubefördern, sondern sich

erst einmal bemüht, es im Rumpf zu verteilen. Kurz: Seit dem Aufprall auf den Eisberg bemüht sich der Kapitän »mit ganzer Kraft darum«, die Havarie »zu gestalten, zu ordnen, zu steuern«, und vieles sei dabei schon erreicht worden, obwohl es »an vielen Stellen noch hakt«. Man habe im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) zahlreiche Stellen geschaffen, alle rissen sich dort ein Bein aus, um die »Dinge« voranzubringen (die Merkel überhaupt erst in Unordnung gebracht hat). Aber sie sei nach wie vor auch von den vielen ehrenamtlichen Helfern begeistert, »die zum Teil kompensieren, was wir zum Teil staatlicherseits noch nicht

ausreichend organisiert haben« – das heißt: verpfuscht haben. Tatsächlich sind hierzulande Zehn- bis Hunderttausende von Menschen damit beschäftigt, die Scharten auszuwetzen, die die Merkel-Regierung geschlagen hat. Statt mit grundsätzlichen Fragen beschäftigt sich Merkel mit Symptombehandlung: »Mir ist klar, dass es nicht gut war, dass Flüchtlinge zu lange und zum Teil immer noch in Turnhallen untergebracht waren, dass Asylverfahren im Schnitt immer noch zu lange dauern, dass wir im Moment noch zu wenig Sprachkurse anbieten können, nicht ausreichend Lehrerinnen und Lehrer haben, dass die große Aufgabe der Integration in den

Arbeitsmarkt noch vor uns liegt.«

Datenhandschellen machen »klick«!

Tja, so ist das eben, wenn etwa eine Million Menschen plötzlich ein Land stürmt (diese Zahl wurde bereits auf 800000 geschönt, aber ich bleibe hier bei den ursprünglichen Schätzungen). »Unermüdlich« arbeite man daran, die Probleme zu lösen – die man selbst geschaffen hat, darf man hinzufügen. Das Sicherheitsrisiko Merkel macht aus der »Flüchtlingswelle« eine Riesenparty für

den Überwachungsstaat. Man habe Gesetze in Kraft gesetzt, zum Beispiel im Bereich der Sicherheitsstrukturen und der Sicherheitsbehörden. Die Datenhandschellen für die Bürger machen »klick«! Auch dafür brauchte man die »Flüchtlinge« und ihre Anschläge – wie sollte man das sonst alles begründen? Aber jetzt, wo die Menschen schon mal da sind, muss man alle zusammen natürlich noch viel besser überwachen, wie die zahlreichen Übergriffe und Amokläufe gezeigt haben. Dabei gehe es um »die verbesserte Zusammenarbeit von Bund und Ländern im Zusammenhang mit dem Verfassungsschutz«, sagte Merkel schon

am 28. Juli 2016 in einer Rede nach den Anschlägen von Ansbach und Würzburg. Also konkret um

- die Einführung der Vorratsdatenspeicherung,
- den besseren Informationsaustausch zwischen den einzelnen Sicherheitsbehörden,
- die Beendigung des »völlig sorglosen Umgangs mit Prepaid-Handys«,
- ein Europäisches Zentrum zur Terrorismusbekämpfung bei Europol,
- ein europäisches Fluggastdatensystem,

- ein »Ein- und Ausreiseregister«,
- eine zentrale Stelle für Informationstechnik im Sicherheitsbereich – die also im Wesentlichen der Entschlüsselung der Internetkommunikation dient,
- ein besseres Frühwarnsystem zur Erkennung von Radikalisierung,
- Übungen für terroristische Großlagen, um sich auf Situationen vorzubereiten, die ohne Merkel wahrscheinlich niemals entstanden wären,
- eine schnellstmögliche Vernetzung aller bestehenden Dateien auf europäischem Gebiet,

- eine »schnellstmögliche Verabschiedung des neuen europäischen Waffenrechts, im Rahmen dessen dann zum Beispiel – das werden wir sehr schnell in nationales Recht umsetzen – auch der Handel mit Waffen oder der Kauf von Waffen nicht mehr direkt online möglich sein wird, sondern nur noch mithilfe eines Händlers«.

Zudem gehe es darum,

- »die Kooperation mit den befreundeten Diensten [zu] verstärken, um auch die Aufklärung

zu beschleunigen und das Kommunikationsverhalten solcher Täter besser analysieren zu können«,

- viel mehr Stellen »bei den Sicherheitsbehörden in ganz Deutschland ..., vor allem aber auch beim Bund« zu schaffen (siehe *bundesregierung.de*:

Bundespressekonferenz von Bundeskanzlerin Merkel; Thema: Aktuelle Themen der Innen- und Außenpolitik, 28.7.2016).

Zwei brisante

Flüssigkeiten

Dabei ist das noch lange nicht alles, denn wie sagte Merkel doch so schön in ihrer Rede am 28. Juli 2016 nach den Anschlägen von Würzburg und Ansbach: »Der Tag, um Ihnen schon abschließend vorzustellen, welche neuen Maßnahmen zusätzlich ergriffen werden müssen«, sei noch nicht gekommen. Was wie eine Drohung klingt: Was meint sie damit? Auch den Ausnahmezustand? Zweifellos ließe sich der von irgendwelchen »Islamisten« mit guten Kontakten zu den Geheimdiensten leicht herbeibomben. Man tue alles Menschenmögliche, um

immer neue Sicherheitslücken aufzureißen und sie hinterher zu schließen, sagte sie. Nein, halt: »Wir tun alles Menschenmögliche, um die Sicherheit in unserem freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat zu gewährleisten.« Dafür wird man jede Menge Überwachung und Repression brauchen, denn im Grunde genommen ähneln die Deutschen und die Hunderttausenden von Migranten zwei brennbaren Flüssigkeiten, die explodieren können, wenn sie sich mischen. Oder besser gesagt: Die chemische Lösung, bei der sich eine Flüssigkeit in der anderen auflöst (= Integration), ist in diesem Fall eine Illusion. In

Wirklichkeit haben wir es mit einer Emulsion zu tun, bei der sich die Flüssigkeiten nicht mischen, sondern feine Tröpfchen bilden – ähnlich wie Staub, der sich ebenfalls nicht mit der Luft verbindet, sondern in kleinen Teilchen herumschwebt. Fast kann man das deshalb mit der Durchzündung einer Staubwolke vergleichen (Staubexplosion). Die Migranten stellen sogar eine Gefahr für ihresgleichen dar, wie zahlreiche Gewaltexzesse und sexuelle Übergriffe in »Flüchtlingsheimen« beweisen.

Unterdrückung für alle

Beherrschen kann man diese brisante Mischung aus frustrierten Migranten und wütenden Deutschen nur mit immer neuen Sicherheits- und vermutlich auch Notstandsmaßnahmen wie beispielsweise in Frankreich. Kurz und gut: Kanzlerin Merkel schlachtet die »Flüchtlingswelle« und die damit verbundenen Sicherheitsrisiken für den Ausbau des Überwachungsstaates aus und kann sich der Loyalität ihrer Bürger in diesem Fall auch noch sicher sein: Denn schließlich geht es ja nur um die Migranten, vor deren Übergriffen jeder

geschützt werden möchte. Damit sitzen die Deutschen in der Falle, denn die neuen Sicherheitsmaßnahmen wurden schließlich aufgrund »der Umstände« erforderlich. So entsteht ein Sachzwang, dem man sich nicht entziehen kann – denn natürlich muss man nun die Sicherheit für alle gewährleisten. »Nicht nur, aber auch, weil eben nicht jeder Flüchtling in guter Absicht in unser Land gekommen ist«, so Merkel in ihrer Rede vom 19. September. Nun – das konnte man schon von Anfang an in allen kritischen und alternativen Medien nachlesen. Das alles wurde aber ignoriert, oder Kritiker wurden als »rechts« oder gar als »Nazis«

hingestellt, und so wurden Unfrieden gestiftet und ein Teil des Volkes verleumdet. Heute haben die sogenannten »Flüchtlinge« die Sicherheitslage in Deutschland extrem verschärft, angefangen beim Ladendiebstahl bis hin zum Amoklauf.

Mutmaßungen vom anderen Ende der Welt

»Gibt das alles nun Anlass, meinen Kurs in der Flüchtlingspolitik ganz oder teilweise zu korrigieren, wie es laut einer Umfrage vor einer Woche 82

Prozent der Befragten sich wünschen?«, fragte der Kapitän beziehungsweise die »Kapitänin« schließlich am 28. Juli. Eine gute Frage: Sollte der Kapitän der *Titanic* sein Verhalten ändern? Im Prinzip ja, antwortete Merkel – wenn sie nur wüsste, wie. So sehr sie auch überlege, sie habe einfach keine Ahnung: Sollte man das eingedrungene Wasser vielleicht gelb färben? Oder sollte man ein bisschen Zucker hineinmischen? Oder warm machen? Sie komme einfach nicht drauf, was sich diese Passagiere wünschen. Sie wäre ja wirklich »gerne bereit, darüber nachzudenken«, und sogar, »darüber zu sprechen«. Nur leider habe die Umfrage dazu rein gar nichts

gesagt! Und seit einem Jahr habe sie keine E-Mail und keinen Brief bekommen, habe keine sozialen Medien gelesen und keine Demonstrationen gesehen, aus denen sie hätte entnehmen können, was den Unmut der Leute denn nun überhaupt entzündet habe. Kurz: Die Frau stellte sich nicht nur dumm, sondern verkaufte auch ihr eigenes Volk für dumm – so, als würde sie am anderen Ende der Welt leben und rein gar nichts von dem mitbekommen haben, was die Bürger bewegt. Das Wasser zu stoppen, kann wohl nicht gemeint gewesen sein: »Wenn gemeint sein sollte, dass die Menschen schlichtweg keine Fremden, speziell keine Menschen islamischen

Glaubens bei uns aufnehmen wollten, dann stehen dem unser Grundgesetz, völkerrechtliche Bindungen unseres Landes, aber vor allem auch das ethische Fundament der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands und meine persönlichen Überzeugungen entgegen. Den Kurs kann [*können*, G.W.] ich und die CDU nicht mitgehen.«

Massenimmigration ist Vertreibung

Damit war die Katze aus dem Sack, denn nichts entlarvte Angela Merkels

schädliche Haltung so sehr wie diese Aussagen. Die Wahrheit lautet: Die Deutschen können den Katastrophenkurs von Angela Merkel nicht mehr mitgehen. Denn: Kein Völkerrecht und kein Grundgesetz der Erde verlangen von irgendeinem Land oder Volk, sich von Migranten geradezu überrennen zu lassen – und zwar ohne Obergrenze. *Denn das würde im Umkehrschluss ja gegebenenfalls eine Verpflichtung zur Aufnahme einer unendlichen Menge von Einwanderern bedeuten.* Und das wiederum würde Vertreibung und Besetzung bedeuten. Wenn jedoch etwas feststeht, dann das: Sowohl das Grundgesetz als auch der Amtseid und

natürlich das Völkerrecht verpflichten den Bundeskanzler, zum Wohle des Deutschen Volkes zu arbeiten. Merkel jedoch bricht also nicht nur ihren Amtseid, sondern billigt und fördert selbst ein Völkerrechtsverbrechen, nämlich in letzter Konsequenz die Vertreibung oder Verdrängung der Deutschen. Dass dies völkerrechtswidrig ist, kann man sogar bei *Wikipedia* nachlesen:

»Vertreibungen sind völkerrechtswidrig. Sie wurden bereits im Naturrecht des 18. Jahrhunderts geächtet. Sie verstoßen unter anderem gegen die Haager Landkriegsordnung von 1907, gegen das Verbot von

Kollektivausweisungen, gegen das Selbstbestimmungsrecht der Völker und gegen das Eigentumsrecht. Vertreibungen sind oft mit Enteignungen verbunden. Doch selbst eine Vertreibung ohne Enteignung würde das Eigentumsrecht der Vertriebenen verletzen, weil dieses Recht das Recht der Nutzung einschließt ...« Und: »Soweit Vertreibungen eine hinreichend klar definierte Gruppe betreffen und mit der Absicht durchgeführt werden, diese Gruppe als solche ganz oder teilweise zu zerstören, erfüllen sie außerdem den Tatbestand des Völkermordes im Sinne der UN-Konvention von 1948.«

Von der Vertreibung zum Völkermord

Na bitte: Nichts anderes hatte ich bereits in meinem letzten Jahrbuch 2016 geschrieben (S. 288ff.). Denn »zu den wichtigsten Rechten eines Volkes gehört natürlich das Recht auf seinen Bestand, so wie das wichtigste Recht des menschlichen Individuums das Recht auf Leben ist. Beispielsweise ist es strikt verboten, ›eine nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppe als solche ganz oder teilweise zu zerstören‹. Ja, dies ist das schwerste Verbrechen des sogenannten Völkerstrafrechts

überhaupt, nämlich Völkermord (siehe UN-Völkermordkonvention:

›Internationales Übereinkommen über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes‹, Artikel 2).« »Dabei kommt es weder auf ein Staatsgebiet noch auf physische Pogrome oder auf eine vollständige Zerstörung eines Volkes an. Zur Erfüllung des Völkermord-Straftatbestandes genügt die teilweise und gezielte Zerstörung einer ›nationalen, ethnischen, rassischen oder religiösen‹ Gruppe, einer Gruppe also, die sich über ihre Herkunft und Abstammung definiert.« »Völkermord«, so heißt es auf dem juristischen Portal *voelkermordkonvention.de*, »wird auch

als Genozid bezeichnet und stammt vom griechischen Wort für Herkunft, Abstammung (génos) und dem lateinischen Wort für morden, metzeln (caedere) ab.« Das Völkerrecht hebt also auf solche »Bio-Einwohner« ab und nicht etwa auf formale Staatsbürger. Das heißt, wir sprechen hier von im Neudeutsch verächtlich so bezeichneten »Bio-Deutschen«, also ethnischen Deutschen. Aber es geht ja nicht nur um ethnische Fragen, sondern auch um religiöse Gruppen wie etwa die Christen. Auch deren Vertreibung, Verdrängung oder Dezimierung, zum Beispiel durch massenhaften Zuzug von Muslimen, ist völkerrechtlich verboten.

Merkels willige Helfer

Auf physischen Mord oder Massenmord kommt es dabei gar nicht an. Um den Straftatbestand des Völkermordes zu erfüllen, muss kein Mensch ermordet werden. Verboten ist vielmehr die gezielte Dezimierung an sich – wodurch auch immer, zum Beispiel durch Vertreibung, Verhütung und soziale Sterilisierung. Diese muss nicht von heute auf morgen erfolgen, sondern kann auch im Laufe von mehreren Jahrzehnten zum Beispiel auch durch Einwanderung, Familiennachzug und natürlich Fortpflanzung der Immigranten

entstehen – während die Geburtenraten der zu Vertreibenden weiter niedrig gehalten werden. Wenn nicht, gäbe es ohnehin Bürgerkrieg. Es nützt also nichts, wenn wir uns hier etwas vormachen, sondern das ist einfachste Logik: Bundeskanzlerin Angela Merkel stellt die Weichen für Vertreibung und Völkermord an den Deutschen und mit ihr alle etablierten Pro-Flüchtlingsparteien wie CDU/CSU, SPD, FDP, Grüne und Linke. Das gilt ebenso für »Merkels willige Helfer« in Flüchtlingsinitiativen, Flüchtlingsheimen und Behörden, die eifrig an diesem Völkermord mitarbeiten. Schließlich ist auch der bayerische Ministerpräsident

Horst Seehofer mit seiner Obergrenze von 200000 Flüchtlingen pro Jahr keine Alternative, sondern er würde die Schmutzarbeit nur etwas langsamer und schonender verrichten. Laut UNO sind weltweit etwa 60 Millionen Menschen auf der Flucht – zufällig genauso viele, wie die autochthone deutsche Restbevölkerung in Deutschland. Wem diese Schlussfolgerungen nicht gefallen, der soll sich bitte nicht bei mir beschweren, sondern gleich das Völkerrecht abschaffen und den Erdball endlich auch offiziell zu dem erklären, was er de facto ohnehin schon ist: zu einem Ort der Barbarei.

Oktober 2016



© © picture alliance/dpa/Matthias Balk

Thema des Monats

*30.10.: Der bayerische Finanzminister
treibt den Ausbau des
flächendeckenden WLAN voran*

1.10. Der chinesische Renminbi (Yuan) wird neben US-Dollar, Euro, britischem Pfund und Yen zur fünften globalen Leitwährung – **2.10.** In Ungarn scheitert eine Volksabstimmung über Flüchtlingsquoten an zu geringer Wahlbeteiligung – **3.10.** Das türkische Kabinett verlängert den Ausnahmezustand bis zum 15. Januar 2017 – **10.10.** Wegen Brandgefahr stoppt Samsung die Auslieferung seines Smartphones Galaxy Note 7 – **13.10.** Der diesjährige Literaturnobelpreis geht an den amerikanischen Liedermacher Bob Dylan – **18.10.** Im Kongo löst eine neue Steuer auf Schmetterlingslarven

Unruhen aus – **24.10.** In Frankreich wird das Migrantenlager »Dschungel von Calais« geräumt – **25.10.** Im VW-Abgasskandal stimmt ein amerikanischer Richter einem Vergleich zwischen VW und den Klägern in Höhe von 14,7 Milliarden Dollar zu – **30.10.** *Der bayerische Finanzminister Markus Söder treibt den Ausbau des flächendeckenden WLAN voran* – **31.10.** In Deutschland warnt die Polizei die Bevölkerung vor sogenannten »Horrorclowns«

29. Oktober

20000 WLAN-Hotspots für Bayern: Wer stoppt Markus Söder?

Großer Bahnhof im Landratsamt Fürth. Hoher Besuch ist da: Markus Söder, der bayerische Minister für Finanzen, Landesentwicklung und Heimat und natürlich langjähriger Seehofer-Kronprinz und – Konkurrent. Anlass ist die Freischaltung eines WLAN-Hotspots im Dienstgebäude des Landratsamtes im Zirndorfer Pinderpark. Ab sofort können

Besucher der Behörde surfen – völlig kostenlos und bis ihnen schwindlig wird: mit bis zu 400 Megabit pro Sekunde. »Das ist um ein Vielfaches schneller als die meisten heimischen Netzwerke«, rühmt sich Söder, »der sich auf die Fahnen geschrieben hat, ganz Bayern – und nicht nur die Ballungszentren – möglichst schnell mit derartigen Hotspots auszustatten«, heißt es in einem Bericht des Nachrichtenportals *nordbayern.de* (30.10.2016). »10000 WLAN-Hotspots soll Bayern bis zum Jahr 2020 bekommen: Hochschulgelände ebenso wie Sehenswürdigkeiten, Fußgängerzonen und sogar öffentliche

Verkehrsmittel.« In Fürth zum Beispiel sollen auch zwei Buslinien »beglückt« werden. Im Landratsamt freuten sich jedenfalls alle um die Wette: Landrat Dießl genauso wie die Kreistags-Fraktionssprecher von CSU und Grünen, Maximilian Gaul und Norbert Schikora. Eine große Koalition der Vernetzer. Obwohl die Gesundheitsrisiken von elektromagnetischen Strahlen von Kopfschmerzen bis Krebs reichen, regt sich kein Protest gegen die flächendeckende Bestrahlung der Bevölkerung mit WLAN. Deshalb die Frage: Wer stoppt eigentlich Markus Söder?

Wer stoppt Markus Söder?

In Wirklichkeit grenzt WLAN nämlich an Körperverletzung. Oder überschreitet die Grenze sogar: »Angefangen hat es damit, dass ich nachts mit Ohrenweh aufgewacht bin«, berichtet zum Beispiel Hans Schmidt, Stadtrat im bayerischen Wolfratshausen: »Ich habe dann das Schlafzimmer mit einer Abschirmfarbe gestrichen, und die Schmerzen waren von einer auf die andere Nacht weg. Dann habe ich in der Arbeit plötzlich abends immer Nasenbluten bekommen. Als ich erfahren habe, dass in der Nähe

ein neuer Handymast aufgestellt worden war, habe ich mit meinem Messgerät einen anderen Arbeitsplatz gesucht. Im neuen Büro war das Nasenbluten weg.« Auch auf WLAN ist Schmidt nicht gut zu sprechen. In einem Interview mit der *taz* vom 20. Dezember 2015 erzählte er, warum: »Es kommt zum Beispiel vor, dass ich einen Raum betrete und Herzrasen bekomme. Und dann sehe ich, dass da ein WLAN-Router steht. Oder ich gehe in die Stadt und merke nach einigen Minuten, dass mir diese Strahlung auf den Kopf drückt. Da ist ein Kribbeln im Hirn.«

Kostenlose Zwangsbestrahlung

Vermutlich leiden viel mehr Menschen unter den allgegenwärtigen elektromagnetischen Strahlen als bisher angenommen. Ja, wahrscheinlich ist oder wird irgendwann fast jeder »elektrosensibel« – er weiß es nur nicht. Diffuse Beschwerden hat man ja viele. Wie soll man da schon die Spur des allgegenwärtigen WLAN aufnehmen? Da wir fast Tag und Nacht von Handy-, WLAN- und anderen Feldern umgeben sind, haben die meisten keine Ahnung mehr, wie sie sich ohne diese

Bestrahlung fühlen würden. Manche laufen mit allen möglichen Symptomen zum Arzt und wissen nicht, dass die eigentliche Ursache das Handy neben dem Bett oder das WLAN im Wohnzimmer ist. Und wenn es nach dem bayerischen Finanz- und Heimatminister Markus Söder (CSU) geht, werden Menschen wie Schmidt bald noch mehr Probleme bekommen. Zuerst kündigte Söder 10000 kostenlose WLAN-Hotspots für ganz Bayern an, 2016 verdoppelte er die anvisierte Zahl auf 20000. Bis 2020 soll so der gesamte Freistaat mit (für die Benutzer) kostenlosen WLAN-Hotspots gepflastert werden. Niemand soll den WLAN-

Strahlen im öffentlichen Bereich dann mehr entrinnen können. Die Funkabdeckung des neuen Fürther Landratsamt-Netzes reicht laut *nordbayern.de* sogar 300 Meter über das Gebäude hinaus. Zwangsbestrahlung vom Feinsten.

Gamsbart- oder Aluhut?

Besonders soll aber auch der ländliche Raum erschlossen werden und Touristen sich vor Ort problemlos in das weltweite Netz einklinken können. Aber nicht nur jeder Bürger und Besucher

wird sich dann in Reichweite der Sender befinden, sondern natürlich auch manche Kuh, mancher Baum und mancher Strauch. Dank Markus Söder werden die Bayern den Gamsbarhut demnächst wohl gegen einen Aluhut vertauschen. Das Ganze fällt dann wahrscheinlich unter »Idiocracy« – die Herrschaft des Irrsinns (so ein Filmtitel). Mensch, Tier und Umwelt werden sich möglicherweise bedanken. Experten raten zur Vorsicht: Gegenüber N24.de bestätigte der Strahlenbiologe Prof. Dr. med. Edmund Lengfelder, »dass es nicht gesund sein kann, wenn ein Körper ständig zusätzlichen elektromagnetischen Feldern ausgesetzt ist. Er kritisiert, dass

für die Zulassung von Geräten mit elektromagnetischen Feldern nur die Erwärmung des Körpers als Grenzwert genutzt wird – nicht aber andere Werte, von denen wir vielleicht nicht einmal wissen, dass sie durch Smartphone, WLAN-Router und Co. übertragen werden. Das sei »nicht akzeptabel«, so Lengfelder« (a.a.O., 18.12.2013).

Diagnose: Funk

»Abgesehen davon, dass die permanente Erreichbarkeit nachweislich stresst und schon allein aus diesem Grund ein

großes Gesundheitsrisiko darstellt, schadet auch die gepulste hochfrequente Funkstrahlung, der wir uns oft rund um die Uhr mehr oder weniger freiwillig aussetzen«, heißt es in einem Artikel auf der Medizinseite *Zentrum der Gesundheit* (3.8.2016). Viele Studien zeigten inzwischen, »dass die Strahlung der drahtlosen Technologien auch unterhalb der gesetzlichen Grenzwerte körperliche Funktionen beeinflussen kann«. Gefunden wurden demnach »DNA-Schäden, ein erhöhtes Tumorrisiko, die Schwächung des Immunsystems, Veränderungen der Gehirnwellen sowie Eizellen-, Embryonen- und Spermaschädigungen.

Außerdem Schlafstörungen,
Kopfschmerzen, Depressionen,
Lernschwierigkeiten und schließlich
Gedächtnisstörungen.«

»WLAN gefährdet die Gesundheit«,
warnt auch die
Verbraucherschutzorganisation

diagnose:funk: »Die Umwelt wird
durch flächendeckende WLAN-Hot-
Spots in Wohnungen, Schulen,
Bibliotheken, Krankenhäusern, Hotels,
Flughäfen, Bahnhöfen, Zügen, auf
öffentlichen Plätzen in eine unsichtbare,
aber messbare Elektromog-Wolke
gehüllt ... Diese unnatürliche
Mikrowellenstrahlung wirkt als
Störstrahlung in unseren Zellen. Studien

zeigen, dass Mobilfunkstrahlung wie zum Beispiel WLAN für zahlreiche Störungen und Beschwerden wie Kopfschmerzen, Herzrhythmusstörungen, Konzentrationsprobleme, Übelkeit, Schwindel, Müdigkeit, Erschöpfung, Schlaflosigkeit, aber auch Krebs verantwortlich sein kann« (»WLAN wird zur Dauerbelastung: Negative Auswirkungen auf die Gesundheit«, *diagnose-funk.org*, ohne Datum).

Beunruhigende Effekte

Wer Kritiker-Organisationen nicht

glauben mag: Die Bedenken sind sogar längst amtlich. Die Bundesregierung riet schon 2007, »die persönliche Strahlenexposition durch hochfrequente elektromagnetische Felder so gering wie möglich zu halten, das heißt herkömmliche Kabelverbindungen zu bevorzugen, wenn auf den Einsatz von funkgestützten Lösungen verzichtet werden kann« (Bundestagsdrucksache 16/6117, 23.7.2007). Im selben Jahr warnte auch die Europäische Umweltagentur (EEA) »eindringlich vor den Gefahren hochfrequenter Strahlung, wie sie beispielsweise durch WLAN-Netzwerke oder Mobilfunk ausgesendet wird«, heißt es auf der Website des

Umweltinstituts München. »Die aktuelle Forschung und die Analyse der Langzeiteffekte der Strahlung von mobiler Telekommunikation zeigen, dass es umsichtig von den Gesundheitsbehörden wäre, Maßnahmen zu treffen, um vor allem empfindliche Gruppen wie Kinder der Strahlung weniger stark auszusetzen«, zitiert das Institut die Direktorin der Europäischen Umweltagentur (»Statt WLAN: Powerline. Stromnetz senkt Strahlung«, *umweltinstitut.org*, ohne Datum). Und auch »nach einer Empfehlung des Bayerischen Landtags vom 22. März 2007 sollen Schulen auf drahtlose Internetnetzwerke (WLAN) verzichten«,

berichten die Umweltschützer: »Der Bildungsausschuss des Landtags appelliert an Schulen, auf kabelgebundene Netzwerke zurückzugreifen. Dadurch sollen mögliche, durch Strahlung bedingte Gesundheitsgefahren ausgeschlossen werden.«

Mit seiner WLAN-Offensive setzt sich Söder aber nicht nur über die Warnungen des Bayerischen Landtags hinweg (siehe oben), sondern auch über die Empfehlungen der Bundesregierung, des Bundesamtes für Strahlenschutz und des Europarates. »Bisher ist immer noch die Meinung weit verbreitet, dass WLAN unschädlich ist, weil es die

gesetzlichen Grenzwerte einhält«, hieß es im Juni 2012 auf der Info-Seite *elektrosmog-und-gesundheit.de* der Elektrosmog-Expertin Barbara Newerla: »Inzwischen hat aber ein Ausschuss der EU festgestellt, dass die wissenschaftlichen Grundlagen, auf denen die Grenzwerte beruhen, überarbeitet und neu bewertet werden müssen, da sich beunruhigende Effekte bereits bei weit geringeren Intensitäten gezeigt haben.« Das war bereits 2011 – Jahre vor Söders WLAN-Offensive: »Der ständige Ausschuss des Europarats fordert deshalb in seiner Presseerklärung vom 27.5.2011 von den europäischen Mitgliedsstaaten ein

Verbot von WLAN an Schulen ...«
Interessanterweise pfeift darauf nicht nur
Söder, sondern auch die
Bundesbildungsministerin Johanna
Wanka, die 40000 Schulen mit WLAN
beglücken und so Millionen Kinder
zwangsweise bestrahlen will (siehe
letztes Kapitel).

Höchste Zeit zum Handeln

»Es wird höchste Zeit, dass die
Bundesregierung das Machbare tut, um
Bürgerinnen und Bürger vor

elektromagnetischer Strahlung zu schützen«, hieß es auch nach einer Anhörung im Umweltausschuss des Bundestages am 27. Februar 2013 in einer Pressemitteilung der SPD: »Das Vorsorgeprinzip beim Schutz gegenüber elektromagnetischer Strahlung, ausgehend von Stromtrassen und Mobilfunkanlagen, muss konsequenter angewendet werden.« Und selbstverständlich bestehen auch WLAN-Netzwerke aus elektromagnetischer Strahlung, die zu der Strahlung von Mobilfunk und anderen Quellen noch hinzukommt. Auch das Bundesamt für Strahlenschutz empfiehlt: »Die Exposition durch

elektromagnetische Felder sollte so gering wie möglich sein« (Empfehlungen des BfS zum Telefonieren mit dem Handy, *bfs.de*, 24.3.2016).

Angriff auf die öffentliche Gesundheit

Die Nutzung von WLAN sollte freiwillig sein, in etwa wie das Rauchen: Jeder muss selbst entscheiden können, ob er das damit verbundene Risiko eingehen will. So sind schon WLAN-Netze am Arbeitsplatz kritisch zu sehen. Aber nun würden auch Schüler gegebenenfalls den

ganzen Tag oder Vormittag unter Einfluss der WLAN-Netze verbringen. Aber wenn Bayern erst mit 20000 öffentlichen Hotspots vollgepflastert ist, gilt die Dauerbestrahlung auch für die meisten anderen Bürger – ganz einfach, weil sie den Netzen dann gar nicht mehr entkommen könnten. Zwar rüsten auch andere Städte und Bundesländer mit WLAN auf. Einen der größten Angriffe auf die öffentliche Gesundheit mittels Strahlung plant jedoch Markus Söder. Während Verbraucher inzwischen scharenweise zu Netzwerkdosen greifen, die das Internet über das Stromnetz verteilen und so die Strahlung wenigstens mindern, ist die Botschaft

bei der Bayerischen Staatsregierung
noch nicht angekommen.
Interessanterweise regt sich aber auch
sonst nirgends Widerstand gegen den
überall grassierenden WLAN-Irrsinn.
Die gesamte kritische Öffentlichkeit
leidet unter einem Totalausfall. Selbst
auf den Seiten des Umweltinstituts
München findet man heute keine
Kampagne dagegen. Auch in den Medien
werden die gesundheitlichen Gefahren
von Söders WLAN-Offensive
totgeschwiegen. Ganz Bayern scheint
von Söders Idee wie hypnotisiert zu
sein.

Lifestyle statt Verantwortung

Das heißt: ganz Bayern? Nein: In dem oberbayerischen Städtchen Wolfratshausen geht immerhin der eingangs erwähnte grüne Ratsherr Hans Schmidt auf die Barrikaden – auch wenn selbst seinen Parteifreunden im Landtag der WLAN-Ausbau nicht schnell genug gehen kann. Laut *taz* drohte Schmidt in einem offenen Brief an den Wolfratshauser Bürgermeister zusammen mit fast 50 Gleichgesinnten mit einem Einkaufsboykott in der Stadt. Seinen Parteifreunden im Landtag wirft er vor,

»dass sie mehr auf die Wähler und den Lifestyle schielen als auf ihre Verantwortung« (*taz*, ebenda).

November 2016



©

<https://commons.wikimedia.org/wiki/File:DonalTrump.jpg>, Creative Commons Attribution-Share Alike Unported 3.0, Author: Gage Skidmore

Thema des Monats

*8.11.: US-Präsidentschaftswahlen:
Hillary war Donalds bester Mann*

1.11. YouTube gibt Einigung mit der Musik-Verwertungsgesellschaft GEMA über die Abgeltung von Musikrechten bekannt – **4.11.** Laut Medien sollen die Streitkräfte des Irak sechs Stadtbezirke von Mossul aus den Händen des IS befreit haben/Das sogenannte »Zwei-Grad-Ziel« zum Klimaschutz tritt weltweit in Kraft – **6.11.** Das FBI entlastet Hillary Clinton in der E-Mail-Affäre – **7.11.** In Bab Ighli bei Marrakesch beginnt die 22. Weltklimakonferenz – **8.11.: Bei den**

US-Präsidentschaftswahlen gewinnt der Republikaner Donald Trump gegen die Demokratin Hillary Clinton – **14.11.** Berichten zufolge beschließen CDU und CSU, den SPD-Kandidaten Frank-Walter Steinmeier für das Amt des Bundespräsidenten zu unterstützen/Polen beschließt die Exhumierung von 83 Absturzopfern der Flugzeugkatastrophe von Smolensk am 10. April 2010 – **16.11.** Nach zahlreichen anderen Staaten stellt nun auch Russland seine Unterstützung für den internationalen Strafgerichtshof in Den Haag ein – **20.11.** Bundeskanzlerin Merkel kündigt Kandidatur für eine weitere Amtszeit ab 2017 an

8. November US- Präsidentschaftswahlen: Dagobert Duck oder Superman?

Hurra! Hillary hat gewonnen! Ja, wirklich! Allerdings nur in der Fantasie der Mainstream-Medien: »Clinton feiert ersten Mini-Sieg!«, meldeten Zeitungen und Rundfunk, nachdem am 8. November 2016 die ersten US-Wahllokale geschlossen hatten. Da war es wieder –

das Pfeifen im Walde. Millionen Zeitungsleser und Rundfunkhörer lernten an diesem Tag Dixville Notch in New Hampshire kennen, wo 50 Prozent der Wähler für Clinton und nur 25 Prozent für Trump gestimmt hatten: »Erste Entscheidung der US-Wahl: Clinton gewinnt in Dixville Notch«, schrieb die *Badische Zeitung*. »Clinton gewinnt Abstimmung in Dixville Notch«, hieß es auch bei *Focus Online* (beide 8.11.2016) und in der *Frankfurter Neuen Presse*: »Beginn der US-Wahl: Clinton siegt in Dixville Notch« (7.11.2016, jeweils online). Das Ganze grenzte an Autosuggestion und nahm allmählich irre Züge an. Es war, als

klammerten sich die Medien an ihren letzten Strohalm und würden bis zur letzten Minute an ihrer Traumwelt festhalten wollen. Nach dem Motto: Wenn man nur ganz fest die Augen schließt, geht der böse schwarze Mann vorüber. Denn Dixville Notch hat nur ganze zwölf Einwohner, wovon nur acht gewählt hatten.

Sein Wort wird Gesetz

Nun, wie wir wissen, gingen die US-Präsidentschaftswahlen letztlich anders aus – nämlich so, wie ich es schon über

dreißig Monate zuvor prognostiziert hatte: Am Morgen des 9. November 2016 hieß der »President elect« nicht Hillary Clinton, sondern Donald Trump. Von den 538 Wahlmännern, die in der Wahlversammlung (Electoral College) den Präsidenten wählen würden, gewann Trump 306 und Clinton 232. Zwar sah das Wählerstimmenverhältnis ganz anders aus, nämlich etwa 47 zu 48 Prozent *für* Clinton (Stand 18.11.2016), doch durch die Eigenarten des amerikanischen Wahlsystems ging dieser hauchdünne Vorsprung nicht nur verloren, sondern wurde regelrecht auf den Kopf gestellt. Das lag daran, dass Trump mehr Bundesstaaten und damit

mehr Wahlmänner gewinnen konnte als Clinton: Sobald ein Kandidat in einem Bundesstaat die meisten Stimmen (relative Mehrheit) erhält, fallen *alle* Wahlmänner dieses Bundesstaates an ihn. In Maine sind das beispielsweise vier Wahlmänner, in Texas aber 38. Während Trump das Kernland und den Süden abräumte, fielen Ost- und Westküste an seine Konkurrentin. Bis auf diese Regionen färbte sich die US-Landkarte republikanisch rot. Am Ende stand es 306 zu 232 Wahlmänner für Trump. Zwar erhielt Clinton etwas mehr Wählerstimmen als ihr Widersacher, aber wahr bleibt, dass Trump nach Wählerstimmen viel näher an Clinton

herangekommen war, als irgendjemand gedacht hatte. Sein Sieg fiel trotzdem überzeugend aus – unter anderem deshalb, weil seine Republikaner auch die Mehrheit in beiden Häusern des Kongresses behaupten konnten. Damit könnten Trumps Worte auch wirklich zum Gesetz werden.

Anstiftung zu Straftaten

So würde das Electoral College am 19. Dezember 2016 also Trump wählen. Jedenfalls, wenn die Clinton-Seite nicht mit ihren rechtswidrigen Aktionen

durchkommen würde, die sie nach Trumps Sieg ankündigte. Nach der Wahl präsentierten sich nämlich ausgerechnet die Clinton-Anhänger als schlechte Verlierer. Mögliches Vergehen: Anstiftung zu einer Straftat. In einer Petition forderten Unterstützer von Hillary Clinton die Wahlmänner auf, »nicht für Donald Trump, sondern für Hillary Clinton zu stimmen« – und das, obwohl die Wahlmänner »per Gesetz verpflichtet« sind, »für den Sieger ihres Bundesstaats zu stimmen«, so die *Deutschen Wirtschafts Nachrichten* (online, 13.11.2016). Da den Wahlmännern bei Zuwiderhandlung nur eine Strafe von 1000 Dollar drohe, sei

das Risiko jedoch gering: »Angesichts der immensen Wahlkampfkosten wäre diese Summe leicht von der Clinton-Kampagne zu finanzieren. Die Initiatoren der Petition weisen ausdrücklich darauf hin, dass ›die Clinton-Unterstützer die Strafe gerne bezahlen werden«. In vielen Staaten gibt es nicht einmal eine Geldstrafe« (DWN, ebenda).

Blamierte Demoskopen

In dem Kapitel über meine Wahlprognosen von Ende Juli/Anfang August 2016 hatte ich bereits einen Teil

der Gründe für den letztlichen Sieg Donald Trumps genannt. Während die Medien noch in den Tagen vor dem Wahltag, dem 8. November, sich und ihrem Publikum die Welt schönlogen und Hillary Clinton in Umfragen mit vier Prozent vorn sahen, befand sich Donald Trump in Wirklichkeit sehr knapp hinter ihr – ganz ähnlich wie Monate zuvor bei dem sogenannten »Brexit«, vor dem sich die Medien ebenfalls mit allzu optimistischen Umfragen beruhigt hatten. Kaum etwas hat das Demoskopengewerbe 2016 so blamiert wie diese beiden bedeutenden Abstimmungsereignisse. Die Brexit-Entscheidung und die US-Wahlen waren

schließlich nicht irgendetwas. Keines der beiden Ergebnisse konnten die Demoskopen korrekt vorhersehen, nicht einmal die grundsätzliche Entscheidung. Erst nach Clintons Niederlage dämmerte es langsam auch dem Mainstream, »wie sehr sich die Demoskopen geirrt haben ...« (*Spiegel Online*, 10.11.2016). »In den Meinungsumfragen lag der Milliardär über die vergangenen Monate fast ausschließlich zurück, mal mehr, mal weniger abgeschlagen hinter seiner Kontrahentin Hillary Clinton. Zuletzt war von einer weit mehr als 80-prozentigen Wahrscheinlichkeit die Rede, dass die Demokratin US-Präsidentin wird.« Und das, obwohl das

FBI die Kandidatin zu diesem Zeitpunkt noch nicht in ihrer E-Mail-Affäre entlastet hatte. Also mussten, nachdem das FBI die Ermittlungen zwei Tage vor der Wahl erneut eingestellt hatte, ja wohl noch einige Prozente dazukommen, lautete die Rechnung. »Noch am Tag der Wahl sahen fast alle Forschungsinstitute Clinton vorn. Was für ein Irrtum« (ebenda).

Betrug und Selbstbetrug

Noch am 7. November hatte *Spiegel Online* selbst berichtet: »In mehreren

Umfragen liegt Hillary Clinton einen Tag vor der US-Wahl vor ihrem Gegner Donald Trump. Sowohl in der am Montag veröffentlichten Erhebung des Senders CBS als auch in der Umfrage von *Washington Post* und ABC schneidet sie jeweils vier Prozentpunkte besser ab als der Republikaner.« »Am Tag vor der US-Präsidentschaftswahl 2016 sahen die meisten Umfragen und statistischen Modelle Hillary Clintons Siegeschancen bei über 90 Prozent«, schrieb die Website *visualcapitalist.com*: CNN 91 Prozent, *New York Times* 85 Prozent, *Huffington Post* 98 Prozent, *Princeton Election Consortium* 99 Prozent, *Daily Kos* 92

Prozent und *Predict Wise* 89 Prozent. So oder so ähnlich berichteten praktisch alle Medien. Das heißt: Für Zeitungen, Fernsehen und Umfrageinstitute war die Wahl gelaufen. Clintons Sieg schien in der Luft zu liegen. Aber das fiel wohl unter Betrug und Selbstbetrug. Mit Demoskopie hatten die Umfragen jedenfalls nichts zu tun. So dürften nicht wenige Wähler ihre Sympathien für Donald Trump bis zum letzten Moment verschwiegen haben – auch den Meinungsinstituten. Des Weiteren sollte der ständig prognostizierte Vorsprung von Hillary Clinton den menschlichen Herdentieren wohl signalisieren, sich doch lieber auf die Seite des Siegers zu

schlagen.

Dagobert Duck mit einem Schuss Superman

Was aber waren die Gründe für den Trump-Sieg? Nun, allein schon der Name Trump ist eine unschlagbare Marke, mit der sich alles Mögliche vermarkten lässt – nicht nur ein Präsidentschaftskandidat. Sie setzt ganz andere Akzente als die Marke »Obama« oder die skandalumwitterte und beschädigte Marke »Clinton« – und um Marketing ging es hier ja schließlich:

1. Donald Trump hat deutsche Vorfahren, und deutsch steht für Ordnung, Zuverlässigkeit und Qualität – jedenfalls vor der Ära Merkel: alles Eigenschaften, die nicht nur die USA, sondern auch die Welt gut gebrauchen könnten.
2. Trumps Ahnen hießen Drumpf oder Trumpf – eine Abwandlung des deutschen Wortes »Triumph«, also Sieg.
3. Phonetisch transportiert der Name Trump Größe, Gewicht, Stärke, Verlässlichkeit und Wucht. So ähnlich, als hätte jemand den Trump-Tower, der seit Jahrzehnten wie ein Fels in der Brandung im

Zentrum Manhattans steht, in ein Wort gegossen.

4. Ein solcher unverrückbarer Klotz weckt Anlehnungsbedürfnisse und Vertrauen wie ein großer starker Bruder – etwas, das Trump mit seiner Größe von etwa 1,90 Metern auch körperlich repräsentiert. Da Klotzen statt Kleckern ja auch sein Motto zu sein scheint, hat er seinen Namen und seine Marke in einfachen Großbuchstaben setzen lassen, die an die Inschrift eines Denkmals erinnern.
5. Die gesamte Ausstrahlung der Marke »Trump« hat unter dem Strich etwas Überwältigendes, was

sich natürlich auch in seiner Ausstrahlung auf Wähler niederschlagen kann. Trump erschien als »Macher«, der den amerikanischen Traum lebt, und Erfolg erzeugt in den USA nun einmal Bewunderung – und nicht Neid wie in Deutschland.

6. In der Wahrnehmung der Wähler steht der Name für eine erfolgreiche deutschstämmige Unternehmerfamilie, deren Mythos nur vergleichbar ist mit dem Mythos von Dagobert Duck mit einem Schuss Superman. Das Präsidentenamt erscheint bei einem solchen Überflieger als logische

Fortsetzung der Karriere. Und ein Schuss Superman konnte nicht schaden, um die massiven Probleme der USA und der Welt zu lösen – und nicht eine kreischende und schreiende ehemalige Präsidentengattin, die in aller Öffentlichkeit zusammenklappte.

Hillary war Donalds bester Mann

Womit wir bei einem weiteren Grund für den Sieg von Donald Trump wären: Hillary Clinton. Die Kandidatin der

Demokraten war politisch und menschlich schwer verkäuflich, was an ihrem Auftreten lag, aber auch an der langen Kette von Skandalen ihrer Familie. Clinton befand sich schon länger in der Krise, wobei die gesundheitliche und die politische Bredouille zusammengehörten. Clintons Schwächeanfall nach der 9/11-Gedenkfeier am 11. September 2016 war daher nur ein Symbol für den totalen Zusammenbruch der Clinton-Kampagne. Während uns Hillary Clinton im US-Wahlkampf lange Zeit als Lichtgestalt verkauft wurde, wurde verschwiegen, dass sie in Wahrheit schon lange eine der unbeliebtesten Politikerinnen der

USA war. In Wirklichkeit hatten viele Amerikaner sie satt und konnten sie buchstäblich nicht mehr sehen. Dass sie am Ende über 65 Millionen Stimmen erhalten haben soll, ist wirklich kaum zu glauben und ein noch größeres Rätsel als der Sieg von Donald Trump. Tatsächlich konnte Clinton nicht einmal bei den Frauen ausreichend punkten – und zwar, weil nicht einmal den Frauen ein weiblicher Unterleib als Qualifikation für das Präsidentenamt ausreichte. Ganz im Gegensatz zur Kandidatin und zu den Medien orientierten sich die weiblichen Wähler nicht ausschließlich am Geschlecht. Immerhin 42 Prozent der Wählerinnen stimmten für Trump, bei

den weiblichen Stimmberechtigten weißer Hautfarbe waren es sogar 53 Prozent (*Sächsische Zeitung*, online, 18.11.2016).

Zirkus Trump gegen Zirkus Clinton

Trump dagegen hatte eine Ressource für sich entdeckt, die die etablierten Politiker schon so lange links liegen gelassen hatten, dass sie ohne Ende ausbeutbar war, nämlich die offene Sprache und die freie Meinungsäußerung: einfach mal die

Meinung sagen, und zwar ohne politische Korrektheit. Das war bereits eine solche Show für sich, dass es geradezu spektakulär wirkte. Nachdem sich der Meinungskorridor durch die politische Korrektheit immer mehr verengt hatte, lag ein großer Teil der Meinungen unbeachtet am Wegesrand, bis Donald Trump kam und sie alle aufsammete. Damit erschloss er sich eine gewaltige Ressource an Meinungen, Informationen und Ideen, die für alle anderen verbotene Früchte waren. Betrachtete man den Ideenmarkt, so wurden links und rechts regelrechte Juwelen liegen gelassen, eine politische Monokultur, die für den Sozialismus und

Linksfaschismus kennzeichnend ist. Während es bei den politisch korrekten Gesellschaften der Welt seit Jahren nur noch Einheitsbrei gibt, pflückte Trump eine reife Frucht nach der anderen, die wir schon lange nicht mehr gesehen hatten, von den Meinungsbäumen. So war es ein sinnliches Erlebnis, wenn man nach Jahren voller Bananen plötzlich auch mal wieder einen Apfel oder eine Birne sehen und genießen durfte. Kurz: Anders als bei Clinton, die nur die ewig gleichen, politisch korrekten Phrasen zu bieten hatte, wurden Meinungen bei Trump zu Aufregern und Zirkusnummern. Während im Zirkus Trump dauernd etwas los war,

bot der Zirkus Clinton immer nur dasselbe alte Programm von politisch korrekten Parolen. Trump dagegen ließ keinen kalt – egal wie, aber irgendwie musste man sich einfach zu ihm stellen. Da bei ihm jede »Nummer« ein Aufreger war, der wie eine Windböe durch den Blätterwald rauschte, sparte sich Trump auch jede Menge Wahlkampfkosten. Was Hillary teuer bezahlen musste, bekam er oft umsonst: Aufmerksamkeit. Bis zum 30. September 2016 hatte Clinton bereits über 534 Millionen Dollar ausgegeben, Trump dagegen nur 367 Millionen.

Vom Milliardär zum Volkstribun

Ob man eine seiner Meinungen teilen konnte oder nicht, war dabei zweitrangig. An erster Stelle stand, dass sie überhaupt wieder einmal ausgesprochen wurde. Kurz: Wir sahen in Trump einen Mann, der es wagte, frei seine Auffassung zu vertreten, egal, ob sie uns gefiel oder nicht. Und zwar ohne auswendig gelernte Textbausteine. Damit war er praktisch ein lange vergessenes Unikat einer Spezies, die wir bereits für ausgestorben hielten. Trump hatte eine Tür aufgemacht, und was Trumps

Freiheit war, könnte schließlich auch unsere Freiheit werden. Trump war daher nicht nur ein konservativer Meinungsführer (opinionleader), sondern ein »Verhaltensführer« nach dem Motto: Hau raus, was du auf dem Herzen hast, und kümmere dich nicht darum, was irgendwer von dir denkt. Diese seine Haltung faszinierte wahrscheinlich mehr Wähler als seine Inhalte. Im Laufe des Wahlkampfes wurde das zur Revolution und der Milliardär aus Manhattan zum Volkstribun. Trump hatte die Fähigkeit, wachzurütteln, aufzumischen und zu faszinieren. Schon bei den Vorwahlen schrumpfte ein vorher mächtig

wirkender Bush-Sohn Jeb, bis 2007 immerhin Gouverneur von Florida, neben Trump zum farblosen Bankangestellten zusammen. Nur Trump zwang jedermann, sich mit ihm auseinanderzusetzen und Stellung zu beziehen, weshalb die Kampagne des Milliardärs auch so effektiv war. Ob er die angekündigte Politik auch umsetzen würde, war dabei zweitrangig – zunächst einmal ging es um den Wahlsieg. Die Frage, ob er im Wahlkampf vielleicht mitunter doch etwas übertrieben hatte, war für ihn denn auch eine seltsame Idee: »Nein«, sagte er, »ich habe gewonnen.«

Trends: das große Bild

Wie ging es nun weiter in Deutschland und Europa im Jahr eins nach Merkels Migranten-Flashmob? Die Folgen dieses staatlichen Vandalismus – die unkontrollierte Einreise Hunderttausender illegaler Einwanderer – sind atemberaubend. 2016, im Jahr eins nach dieser Grenzöffnung, entfaltet die Maßnahme bereits ihre volle dialektische Wirkung. Sie wissen ja: Aktion und Reaktion. All das, was Merkel und die Ultralinken von SPD, Linken und Grünen angeblich bekämpfen wollten, haben sie gefördert:

die Polarisierung der Gesellschaft, die sogenannten rechtspopulistischen Parteien, den Brexit und sogar den Wahlsieg von Donald Trump. All das gehört mehr oder weniger zu den Folgen dieser Politik. Denn oft ging es ja sehr knapp zu. Die Brexit-Entscheidung zum Beispiel und auch der Trump-Erfolg hingen nur an wenigen Wählerstimmen. Hätte es Merkels »Flüchtlingschock« nicht gegeben, hätten die sogenannten »Nationalisten« und »Populisten« eine durchschlagkräftige Wahlkampfmunition weniger gehabt und damit wahrscheinlich geringere Chancen. Aber mit Merkels Hilfe haben sowohl die Brexit- als auch die Trump-Kampagne

das Flüchtlingsdesaster ausgiebig für ihre Wahlkämpfe genutzt und den Teufel von Merkels Migrationspolitik an die Wand gemalt – und zwar weltweit. Nicht, dass der Austritt Großbritanniens oder der Zerfall der EU zu bedauern wären: Ein Europa der freien Vaterländer ist der Europäischen Union in jedem Fall vorzuziehen. Und jedem Land, das den Absprung aus dieser EUdSSR schafft, kann man nur gratulieren. Aber der Ordnung halber sollte man doch festhalten, wer – neben den EU-kritischen Kräften in Großbritannien – den Bruch eigentlich bewirkt hat.

Der Elefant im EU-Laden

Wie ich im Juni 2016 bereits in einem *Kopp-Online* – Artikel berichtet hatte, sprach Merkel im Zusammenhang mit dem Migrantenansturm vorübergehend sogar selbst von einem »Angriff auf etwas Konstitutives in unserer Europäischen Union«: »auf unsere Außengrenzen« (*Kopp Online*, 25.6.2016). Und wie ich ebenfalls sagte: Jemand, der die Grenzen eines Staates oder Staatenverbundes auflöst, löst gleichzeitig den ganzen Staat auf. Dies geschieht deshalb, weil die Grenzen für einen Staat nun einmal konstituierend

sind. Wobei Merkel gar nicht zu merken scheint, dass sie sich mit ihrer Bemerkung vor allem selbst anklagt. Angela Merkel latscht lieber weiter durch die deutsche und internationale Politik, als ob es kein Morgen gäbe: ob es um die eigenmächtig beschlossene Energiewende geht, den Bruch der europäischen Verträge durch Milliardenbürgschaften und – transfers für andere EU-Staaten oder nun eben um die selbstherrlich verfügte Öffnung der deutschen und EU-Außengrenzen am 4. September 2015. In allen diesen Fällen handelte sie entweder gegen Recht und Gesetz und/oder gegen bestehende Verträge. Legt ein Elefant im

Porzellanladen erst einmal richtig los, dann scheint ihn niemand stoppen zu können oder zu wollen. Und wenn man ihm den Scherbenhaufen zeigt, fragt er frech: »Was habe ich damit zu tun? Wenn ich hier nicht mal rumtoben darf, dann ist das nicht mehr mein Land!«

Wer stoppt den politischen Polterabend?

Derzeit scheint aber niemand willens und in der Lage zu sein, den politischen Polterabend von Angela Merkel zu

beenden. Stattdessen stand sie 2016 vor der Presse und der Öffentlichkeit und gab ungerührt Kommentare zum Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union ab, als wäre sie davon ebenso überrascht worden wie alle anderen. Und vor allem: als hätte sie damit gar nichts zu tun: »Mit großem Bedauern müssen wir heute die Entscheidung der Mehrheit der britischen Bevölkerung zur Kenntnis nehmen, die Mitgliedschaft des Vereinigten Königreichs in der Europäischen Union beenden zu wollen«, erklärte sie am 23. Juni 2016.

Nigel Farage von der britischen Partei UKIP ließ auf seinen Wahlplakaten »Flüchtlings«kolonnen aufmarschieren,

und Donald Trump ritt in seinem Wahlkampf genüsslich auf Merkel herum – wenn man so sagen darf. Und zwar nicht etwa nur gelegentlich – nein, »Trump schimpfte monatelang auf Merkel«, konstatierte der Fernsehsender n-tv auf seiner Website und zitierte den Kandidaten: »Ich dachte, Merkel wäre eine großartige Regierungschefin, aber was sie in Deutschland getan hat, ist geisteskrank.«

»Wenn die Flüchtlingskrise nicht entschieden angegangen werde«, könne dies »das Ende Europas« sein, sprach Trump und »prophezeite ›Revolutionen‹ auf dem Alten Kontinent.« Trump benutzte Merkels Grenzsabotage als scharfe

Waffe gegen seine Konkurrentin Hillary Clinton und erklärte sie zur »Angela Merkel Amerikas«, ein Titel, der Clinton bestimmt nicht gut bekommen ist. Insbesondere die Silvesternacht in Köln und anderen Städten mit ihren Tausenden Übergriffen auf deutsche Frauen benutzte Trump als Schreckensbild, um die US-Wähler vor Clinton zu warnen – und zwar zu Recht: »Schaut, was in Deutschland geschah, die erschütternden Verbrechen, die Silvesternacht, die Vergewaltigungen und das gesamte Gemetzel«, sagte er bei einem Wahlkampftermin in Iowa (siehe n-tv, online, 12.11.2016). Wobei »Gemetzel« in diesem Fall wohl für »Desaster«

stehen sollte.

Das Schneckenhaus Nation

Das heißt: Deutschlands Migrantenschock wuchs sich zu einem Menetekel für Europa und die USA aus – wenn nicht für die ganze Welt. Von Migranten verübte Verbrechen und Attentate taten ein Übriges. Aber das Migrantentrauma hatte nicht nur politische, sondern zunächst einmal tief greifende psychische Folgen. So lernten die Menschen in der Konfrontation mit

dem Fremden, sich wieder selbst zu definieren und ihre Identität wiederzuentdecken – etwas, was die ultralinken Eliten von Obama, Merkel und Clinton bis Juncker und Schulz bestimmt nicht gewollt hatten. Und dennoch entwickelte sich die Rückbesinnung auf die eigene Identität zu einem mächtigen Trend, wie die teilweise atemberaubenden Wahlerfolge alternativer Parteien wie AfD, Front Nationale, Partij voor de Vrijheid (Partei für die Freiheit, Niederlande) oder auch die Bewegung der »Identitären« zeigten. In Europa seien die Populisten »auf dem Siegeszug«, stellte die Website der *Westdeutschen*

Allgemeinen Zeitung fest. In Österreich klopfte der FPÖ-Kandidat Norbert Hofer vernehmlich an die Tür der Hofburg, in Bulgarien ging der prorussische Ex-Luftwaffengeneral Rumen Radew, der angeblich »von rechtsextremen Parteien unterstützt« wird, als Favorit in die Stichwahl um das Präsidentenamt (WAZ, online, 11.11.2016). In Italien nennen sich jetzt alle konservativen und nationalen Kräfte »Trumpisti«, egal ob Lega Nord oder Fünf-Sterne-Bewegung: »Wir haben immer daran geglaubt: an den Sieg des Volkes gegen die starken Mächte. Heute in Amerika, morgen in Italien«, zitierte die WAZ den Lega-Nord-Chef Matteo

Salvini. In Frankreich jubelte die Vorsitzende des Front Nationale, Marine Le Pen, über den Trump-Sieg und rechnet sich für die nächsten Präsidentschaftswahlen im April 2017 beste Chancen aus – falls sie denn stattfinden können. Denn die totalitäre Linke um Präsident Hollande und Premierminister Valls verfolgt längst eine andere Strategie: nämlich die des ewigen Terrors und des ewigen Ausnahmezustandes. Gut möglich, dass sie sich die Macht nicht durch demokratische Wahlen abnehmen lassen wollen und dass die europaweit zurückgedrängten Sozialisten generell zu totalitären Mitteln greifen – wie zum

Beispiel auch in Österreich, wo wegen angeblich unbrauchbarer Wahlumschläge die Stichwahl zum Präsidentenamt verschoben wurde. So lange, bis neue, junge Wählerschichten wählen durften, die den Grünen-Kandidaten van der Bellen bevorzugten.

Die größte Null der Linken?

Wie auch immer: Die Merkelsche Migrantenvelle war für die europäischen und globalen Bevölkerungen ein starker Reiz – wie

bei einer Schnecke, die sich nach einer Kopfnuss schlagartig in ihr Schneckenhaus zurückzieht. Und in diesem Fall hieß das Schneckenhaus Nation. Schlagartig besannen sich Millionen und Abermillionen Menschen ihrer bereits halb verlassenen und halb zerstörten Hütte und sehnten sich danach zurück. Wobei ein Schneckenhaus nichts Negatives oder Lächerliches ist – fragen Sie mal eine Schnecke. Mit anderen Worten ist Angela Merkel entweder die größte Niete der internationalen Linken oder der beste Mann der globalen Rechten beziehungsweise Konservativen – oder beides? Jedenfalls hatte Merkel mit ihrem globalistischen

Exzess im Endeffekt alles gefährdet, was linken Internationalisten bis dahin lieb und teuer gewesen war – vor allem die Auflösung der Grenzen zwischen allem und jedem: zwischen Nationen genauso wie zwischen Nord und Süd, zwischen Mann und Frau ebenso wie zwischen Alt und Jung, zwischen Währungen genauso wie zwischen Individuen, zwischen Handelsräumen genauso wie zwischen Bildungsniveaus. Womit wir bei dem von mir bereits öfter erwähnten Megatrend wären, der über und hinter allem steht, nämlich die Auflösung der natürlichen Organisation des Menschen und seiner Zivilisation.

Krieg ist die Falle der Internationalisten

Der nächste Trend, der sich aus der geschilderten Entwicklung ergibt, könnte einer der wichtigsten überhaupt sein, nämlich die Entspannung mit Russland. Seit dem Untergang der Sowjetunion hat Russland nämlich die ideologischen Seiten gewechselt — vom Internationalismus zum Nationalismus. Seine nationale Politik trifft sich nun mit den neuen nationalen Strömungen in den USA und Europa. Wegen seiner nationalen Rückbesinnung ist Russland bei den linken Eliten von Clinton über

Obama bis Merkel so verhasst und wurde mit Propaganda, Sanktionen und seine Verbündeten mit Krieg überzogen (in Syrien). Schon zu Beginn von Barack Obamas Präsidentschaft vor acht Jahren, als dieser noch von den Medien verherrlicht wurde, brachten wir im Kopp Verlag Webster Tarpleys Buch über Barack Obama heraus, in dem ausdrücklich vor dessen Russland-Feindlichkeit gewarnt wurde (Webster Tarpley: *Barack Obama – Wie ein US-Präsident gemacht wird*, Rottenburg 2008). Am Ende seiner Präsidentschaft hat er es immerhin zu einem neuen Kalten Krieg gebracht. Die NATO, die EU und der Westen verfolgten im

Rahmen ihres globalen Hegemonieanspruches eine aggressive imperialistische Politik, expandierten bis an die russische Grenze und schnürten das Riesenreich immer mehr ein. Russlands Alliierten Baschar al-Assad verwickelten die USA in einen blutigen Stellvertreterkrieg mit sogenannten »Rebellen«. Nun aber hat der gewählte Präsident Donald Trump deutliche Entspannungssignale nach Moskau gesendet, und allein wenn diese Politik auch real verfolgt würde, könnte dies einen lebenswichtigen Wandel des globalen Klimas bedeuten. Auf der ganzen Welt müssen die internationalistischen Drahtzieher und

ihre desorganisierende Politik zurückgedrängt und durch eine restrukturierende nationale Politik ersetzt werden. Denn so wie die Familie die Zelle der Nation ist, ist die Nation die Zelle der menschlichen Zivilisation – keine Europäische oder Afrikanische Union, keine UNO und auch keine »Weltgemeinschaft«. Die Internationalisten haben bereits enorme Zerstörungen angerichtet, aber sie haben uns durch ihre Unverfrorenheit in Gestalt von Angela Merkel auch die Möglichkeit gegeben, das Spiel zu erkennen und die ursprüngliche Organisation der Nationen und der Menschheit wiederherzustellen – und zwar ohne

Kriege. Krieg darf unter keinen Umständen wieder zum Mittel der Politik werden, denn er ist nur eine Falle der Internationalisten, die damit immer neue internationale Organisationen rechtfertigen wollen.

Digitale Demenz für alle

Das heißt: Sagte ich Krieg? In der Tat: Man muss heutzutage ja zwischen einem offenen und einem verdeckten Krieg unterscheiden. Deutschland und Europa befinden sich seit einiger Zeit im Fadenkreuz zahlreicher

unkonventioneller Waffen, wie beispielsweise der Migrationswaffe («Flüchtlingskrise»), der Wirtschaftswaffe (VW, Deutsche Bank etc.), der Energiewaffe («nachhaltige Energieträger», »Energiewende«) und anderer Sabotageakte wie der Bildungswaffe (Bildungsabbau). Jahrzehnte- und jahrhundertealtes Wissen zum Beispiel verschwindet in rasendem Tempo – oder besser gesagt: Es wird vernichtet. Geschichtsbücher schrumpfen auf die Stärke von Broschüren zusammen; an vielen Schulen gibt es schon gar kein eigenständiges Fach Geschichte mehr. Aber wenn man die Vergangenheit nicht

versteht, versteht man auch die Gegenwart und die Zukunft nicht und wird zur leichten Beute jeder Lüge und Propaganda. »Französische Revolution, Weimarer Republik, DDR: Immer mehr deutsche Schüler wissen darüber – nichts«, bemängelte gar das Mainstream-Blatt *Die Welt* (online, 14.12.2015). Kurz: An den Schulen grassiert die systematische Verblödung. Noch schlimmer: Die Kinder lernen auch weder richtig lesen und schreiben noch eigenständiges Denken. Das staatliche Institut für Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IQB) hält es für eine Erfolgsmeldung, dass 65,4 Prozent der Schüler den »Regelstandard im

Kompetenzbereich deutsche Orthografie« beherrschen. In Wirklichkeit ist das eine Bankrotterklärung: Rund ein Drittel der Schüler kann demnach nicht richtig lesen und schreiben. Und auch das Denken sollen sie an der Garderobe abgeben und dem Tablet oder Smartphone überlassen – »Bildungsministerin« Johanna Wanka, ein Mitglied von Merkels Katastrophen-Frauenrunde, lässt grüßen. »Alle Schulen in Deutschland sollen bis 2021 mit Computern und WLAN ausgestattet werden«, meldete im Oktober 2016 die Website der *Tagesschau*: Nach dem Willen von Wanka soll der Bund »dafür

bis 2021 fünf Milliarden Euro zur Verfügung stellen«. Für den deutschen Psychiater und Neurowissenschaftler Manfred Spitzer ist Wankas »Digitalpakt« schlicht der Weg in die »digitale Demenz« (so auch einer seiner Buchtitel). Für ihn ist die Initiative eine »Verdummungsmaßnahme«, die zu einer Bildungskatastrophe führen werde, wie er in einem Interview mit Deutschlandradio Kultur sagte (16.12.2016): »Wenn ich Informationsverarbeitung nicht im Gehirn, sondern im Computer betreibe, hat das Gehirn nichts gelernt.«

Heute gelesen, morgen vergessen

Auf diese Weise werden die Kinder nur noch mit oberflächlichem und leicht flüchtigem Wissen von Bildschirmen gefüttert. Schüler werden daran gewöhnt, sich mit Wissen berieseln und füttern zu lassen, statt es sich selbst zu erarbeiten. »Lesen bildet« – diese Formel ist von gestern, denn Bildschirminhalte lassen sich schlechter merken als gedruckte Informationen. Zahlreiche Studien haben das belegt. So ergab eine Untersuchung der Universität Stavanger in Norwegen, dass »Papier-

Leser« Handlung und Reihenfolge von 14 Handlungspunkten in einer Kurzgeschichte fast doppelt so gut rekonstruieren konnten wie Kindle-Leser (*lesen.net*, 18.8.2014). Bildung mit Halbwertszeit: heute gelesen, morgen vergessen. Eine Bildungsbasis kann man sich so nicht aufbauen. Aber will man wirklich ein Buch kaufen und lesen, an das man sich schon bald nicht mehr erinnern kann? Menschen, die auf der einen Seite ständig mit aktuellem »Wissen« gefüttert werden und das alte dabei schnell vergessen, sind auf der anderen Seite natürlich die idealen Untertanen. Ergebnis ist ein Wissen, das nicht nur oberflächlich ist, sondern auch

monopolisiert, kontrolliert und jederzeit änderbar ist wie ein *Wikipedia* – Artikel. George Orwell würde sich freuen. Sein »Gedächtnisloch«, an dem seine Hauptfigur Winston Smith saß und mühsam Zeitungsartikel fälschte, braucht es gar nicht mehr. Heute genügt ein Mausklick, um Bildungsinhalte nach Belieben zu ändern, zu erfinden oder verschwinden zu lassen. Im ganz großen Stil werden ganze Wissenschaften ruiniert, »überarbeitet« oder quasi neu erfunden und in die Schülerhirne eingespeist, zum Beispiel die Verhaltensforschung, die »Klimaforschung« oder die »Gender-Wissenschaften«. Das meiste davon ist

reine Junk-Wissenschaft. Erkennen kann das jedoch keiner mehr, da die alten Wissenschaften im flüchtigen Äther der digitalen Welt verschwunden sind.

Direkter Draht zum Großen Bruder

Mit dem Tablet oder Computer werden die Gehirne direkt an den Großen Bruder angeschlossen, während die durch die Kita geschwächte Elternbeziehung dafür sorgt, dass sie sonst keine starken Bezugs- und Autoritätspersonen mehr haben. So wird

es auch ein Leichtes sein, solche Kinder nach Belieben zu manipulieren und sogar gegen ihre eigenen Eltern aufzuhetzen, wie es Orwell schon vorhersagte. Statt viel zu wissen, müssen die Schüler nur noch eines lernen, nämlich mit welchem Klick man sich das vermeintliche Wissen holt. Das freut die herrschenden Eliten. Ja, der französische Philosoph Michel Serres formulierte sogar schon eine regelrechte Hymne an die kleinen Dummerchen: Darin schwärmte er von den sogenannten »kleinen Däumlingen«, »die mit flinken Fingern ihre Smartphones steuern, sich vernetzen und kommunizieren« (Michel Serres: *Erfindet euch neu! Eine*

Liebeserklärung an die vernetzte Generation, Berlin 2013, Klappentext). »Serres scheint zu vergessen, dass die allermeisten Däumelinen sich nur an der Oberfläche bewegen und der Code, der sich dahinter versteckt, oft genug von den Spezialisten großer Firmen gestaltet wird«, bemängelte selbst *Die Zeit* (27.12.2013, laut *perlentaucher.de*).

Mit ihrer Vernetzungsinitiative setzte sich auch »Bildungsministerin« Wanka, genauso wie der bayerische »Heimatminister« Markus Söder (CSU), über die Empfehlungen der Bundesregierung, des Bundesamtes für Strahlenschutz und des Europarates hinweg, mit WLAN äußerst vorsichtig zu

sein. 2011 forderte der ständige Ausschuss des Europarats sogar ein Verbot von WLAN an Schulen (siehe oben). Aber wie man sieht, pfeifen unsere Minister auf die Gesundheit unserer Kinder. Nur: Was ist all die angebliche Bildung wert, wenn dabei die Gesundheit zerstört wird?

Wetterwaffe: Wenn Ernten im Schlamm versinken

Neben der Bildungswaffe könnte die Wetterwaffe ein weiteres Instrument

sein, um Staaten und Bevölkerungen unter Druck zu setzen – zu auffällig waren die tropischen Wetterphänomene, die 2016 in Mitteleuropa zu beobachten waren. Schließlich können derartige Dauerunwetter Milliarden Schäden verursachen und ein Land nachhaltig schwächen – bis hin zur Vernichtung der Ernten. 2016 drohten Setzlinge und Pflanzen regelrecht abzusaufen: »Stellenweise sind die noch jungen Pflanzen nach Angaben des Bauernverbandes regelrecht im Wasser oder Schlamm versunken«, hieß es auf *Focus Online*. Zwar hoffte man, »die Einbußen in den Unwettergebieten durch höhere Erträge in anderen Regionen«

ausgleichen zu können. Aber:
»Deutschlandweit fahren die Landwirte
derzeit eine deutlich schlechtere
Getreideernte ein als im vergangenen
Jahr. Die Mengen beim Getreide fallen
dem Bauernverband in Berlin zufolge
wegen des schlechten Wetters deutlich
geringer aus als im Vorjahr – je nach
Region etwa zehn bis 20 Prozent.«
Frankreich erlebte gar einen brutalen
Einbruch und konstatierte »die
schlechteste Weizenernte seit 30
Jahren« – »24 Prozent weniger als 2015
und 20 Prozent weniger als im
fünfjährigen Mittel«, hieß es am 17.
Oktober 2016 auf der Website
proplanta.de. Als Ursache für die

schlechte Getreide- und Rapsernte
mache das französische
Landwirtschaftsministerium »die
diesjährigen Witterungsverhältnisse mit
einem Übermaß an Regen und fehlendem
Sonnenschein im Frühjahr
verantwortlich. Diese hätten den
Winterungen wie Sommerungen
gleichermaßen zugesetzt. Zudem hätten
im März und April kühle Temperaturen
das Pflanzenwachstum beeinträchtigt.
Auch die kühle Witterung ab Mitte Mai
sowie der Regen, verbunden mit
Überschwemmungen, hätten nicht nur die
Entwicklung der Pflanzen behindert,
sondern zudem den Befall mit
Schädlingen und Krankheiten

begünstigt.« Vor allem wegen Frankreich sanken die Weizenexporte der EU 2016 von 34 auf 27 Millionen Tonnen. Allerdings redete niemand davon, dass die spektakulären Wetterphänomene nicht nur von Mutter Natur, sondern auch künstlich erzeugt worden sein könnten. Und wer doch davon sprach, war natürlich ein »Verschwörungstheoretiker«.

Wirtschaftskrieg: Ideologie und Strategie gegen Physik

In Wirklichkeit herrschte Krieg an allen Fronten: Wetter, Wirtschaft, Migration. Auch der Wirtschaftskrieg hatte es in sich und spitzte sich immer weiter zu. Selbst die biedere *Zeit* stellte die Frage: »VW, Deutsche Bank, Apple und Google: Befinden sich die USA und Europa in einem Wirtschaftskrieg?« (online, 16.10.2016). »Seit die amerikanischen Justizbehörden die Deutsche Bank ins Visier genommen haben, geht die Sorge um, dass es bei den Bußgeldern und Strafzahlungen für deutsche Konzerne letztlich nicht um Gerechtigkeit geht. Sondern um Marktanteile. Oder anders gesagt: um einen Wirtschaftskrieg mit dem Ziel,

Deutschland ökonomisch zu schwächen.« Wenn das *Die Zeit* schon schreibt! Tatsächlich ziehen die USA nicht nur bei deutschen, sondern auch bei schweizerischen und französischen Banken Milliarden ab, bis die Institute ins Wanken geraten. Und der VW-Abgasskandal konnte ja nur entstehen, weil die erlaubten Abgaswerte in immer neue, technisch immer schwieriger zu erreichende Tiefen geschraubt wurden. Ideologie gegen Physik, lautete das Motto. Oder besser: Strategie gegen Physik. Wer noch am US-Markt teilnehmen wollte, war fast zum Betrug gezwungen – und das wussten natürlich auch die US-Behörden. Um die

Konzerne in Sicherheit zu wiegen, wurde der Schwindel allerdings jahrelang geduldet.

VW-Abgasskandal: Alle wussten Bescheid

Verschwörungstheorie? Nicht doch: Als der Skandal im Herbst 2014 aufflog, wussten laut *Handelsblatt* alle schon seit mindestens einem Jahr über den Schwindel Bescheid. Dabei reicht das gar nicht. Laut *Wirtschaftswoche* war die EU-Kommission bereits seit 2012 informiert. Ein Automobilmanager habe

den damaligen EU-Kommissar Antonio Tajani gewarnt, dass bei den Abgastests gemogelt werde (online, 25.9.2015). Und vorher soll kein TÜV und keine Umweltbehörde darauf gekommen sein, die Motoren einmal unter realen Fahrbedingungen zu testen? Immerhin baute VW die Schwindelsoftware laut *Frankfurter Allgemeine Zeitung* schon seit 2009 in seine Fahrzeuge ein. Laut Zeitungsberichten hatte der Automobilzulieferer Bosch eine entsprechende Software bereits 2007 an VW geliefert – zu »Testzwecken« und mit der Warnung »vor der illegalen Verwendung seiner Technik zur Abgasnahbehandlung« (*Bild am Sonntag*

laut *Spiegel Online*, 27.9.2015). In Wirklichkeit soll die Entscheidung zum Einbau der Schwindelsoftware in Dieselmotoren aber noch früher gefallen sein, nämlich schon in den Jahren 2005 und 2006, also fast zehn Jahre vor der »offiziellen« Aufdeckung des Skandals (*Focus Online*, 28.9.2015). Mit anderen Worten grenzte die Mogelei schon fast an Gewohnheitsrecht. Und aufgefliegen soll diese millionenfache Manipulation erst 2014 sein? Wer brachte VW überhaupt auf die Idee, dass ein solcher millionenfacher Schwindel unbemerkt bleiben könnte? Selbst wenn, würde sich das Problem im Entdeckungsfall mit jedem weiteren Jahr ja zu einer größeren

Forderungslawine auswachsen. Dass der Konzern dieses Risiko ohne irgendeine stillschweigende Übereinkunft mit US- und anderen Behörden eingegangen sein soll, ist eigentlich kaum zu glauben.

Vorsicht Tretminen!

Tatsächlich lagen dem deutschen Umweltministerium »schon vor Jahren Hinweise vor, wie Autohersteller bei Abgastests tricksen. Doch entsprechende Passagen wurden in einem internen Papier mit dem Vermerk ›Tretminen‹ versehen – und gelöscht« (*Spiegel*

Online, 16.9.2016). Siehe da! Aber nicht nur das: »Je mehr Unterlagen zum VW-Dieselskandal auftauchen, desto schärfer wird das Bild einer Bürokratie, die zwar strenge Grenzwerte für die Autoabgase festgelegt hat, dann aber bei der Kontrolle der Autos weggeschaut – so als hätte es eine stillschweigende Abmachung gegeben zwischen Kontrollierten und Kontrolleuren.« Genau das ist auch für die USA zu vermuten. Denn glaubt wirklich jemand, dass die Autokonzerne ein solches Täuschungsmanöver ohne heimliches Einverständnis von Politik und Behörden einfädeln konnten? Überraschenderweise taten sich die

Jäger der Wolfsburger Abgas-Übeltäter
»schwer mit der totalen Transparenz«,
schrieb *Die Welt* (online, 9.11.2015).
Daher wisse man immer noch nicht,
»wie es möglich war, dass heimlich
Millionen von Autos manipuliert wurden
... und warum sich die Behörden viele
Jahre an den auffälligen Differenzen
zwischen den auf dem Prüfstand und im
tatsächlichen Straßenverkehr
gemessenen Abgaswerten nicht gestört
haben.« Auch die amerikanische
Umweltbehörde EPA spiele bei der
Aufklärung der Abgasaffäre eine
fragwürdige Rolle, so *Die Welt*. Die
Wahrheit werde wohl nie
herauskommen – also letztlich die

Wahrheit darüber, wie der größte Autokonzern des Planeten mithilfe der Abgasfalle an den Rand des Bankrotts getrieben wurde.

Was bedeutet die globale Terrorwelle?

Der Wirtschaftskrieg war, wie gesagt, nicht der einzige Krieg, der uns 2016 beschäftigte. Frankreich, die Türkei, Indonesien – überall gingen Bomben hoch oder wurde geschossen. Die »Sicherheitsbehörden« verunsicherten die Menschen mit ambivalenten

Statements, die die Angst am Kochen hielten. Nach dem Motto: »Ein Teil dieser Antworten würde die Bevölkerung verunsichern«, so Innenminister Thomas de Maizière nach der Absage des Fußball-Länderspiels Deutschland gegen die Niederlande am 17. November 2015 in Hannover. Tatsächlich wird die Welt zurzeit verstärkt mit Angst regiert. Überall kann es uns angeblich erwischen: im Konzertsaal, im Café oder wenn wir uns auf die Besichtigung einer Touristenattraktion freuen. Mal werden ganze Zeitschriftenredaktionen niedergemetzelt (*Charlie Hebdo*, 7.1.2015), mal Konzertbesucher

abgeschlachtet (Paris, *Bataclan*, 13.11.2015) und mal Touristen in die Luft gesprengt (Istanbul, 12.1.2016). Auch Einkaufszentren sind beliebt, wie jüngst in Jakarta (14.1.2016) oder im Olympia-Einkaufszentrum in München (22.7.2016) – um nur einige Beispiele zu nennen.

Im Fadenkreuz: der Bürger

Erster Befund: Ganz offenbar wird die Schlagzahl erhöht – beziehungsweise die Anschlagzahl. Weltweit sollen die

Menschen nicht mehr zum Durchatmen kommen und dabei vor Angst immer enger zusammenrücken – nach dem Motto: Sind wir nicht alle dieselben armen Opfer des Terrors?

Zweiter Befund: Der angebliche »Islamische Staat« bekämpft mitnichten militärische oder polizeiliche Ziele, sondern arglose Bürger oder Touristen! Von Alibi-Angriffen wie der dilettantischen Attacke auf die Pariser Polizeistation am 7. Januar 2016 einmal abgesehen. Ein Polizist kam dabei nicht zu Schaden.

Dritter Befund: Die Eliten werden

auffällig geschont. Kein einziges Attentat betraf irgendwelche politischen oder militärischen Führungsfiguren, weder in Frankreich noch in Deutschland, Indonesien oder in der Türkei. Auch materiell-militärische Schäden waren nicht oder kaum zu beklagen, also an Waffen, Stellungen, Fahrzeugen, Kasernen oder Stützpunkten. Materiell-militärisch bewirkten die Attentate also rein gar nichts. Es ging dem sogenannten IS merkwürdigerweise nicht darum, sich militärische Vorteile zu verschaffen und den Westen ernsthaft zu bekämpfen – von den erwähnten harmlosen Zivilisten einmal abgesehen.

Während Politiker und Militärs in diesen Ländern praktisch keinen Kratzer abbekamen, stand also der Bürger im Fadenkreuz.

Die Geburt des IS

Wie wir wissen, ist der sogenannte »Islamische Staat« nichts weiter als eine US-amerikanische Erfindung: »Eine der gängigsten Verschwörungstheorien zum Islamischen Staat ist, er sei ein Produkt der USA«, hieß es am 27. Mai 2015 auf der Website von n-tv. Dabei ist das gar keine Verschwörungstheorie, räumte

auch der TV-Sender ein: »Die Enthüllung geheimer Dokumente zeigt, dass die Amerikaner der Entstehung des IS zumindest nichts entgegensetzt haben – weil sie darin eine Chance sahen.« In Wirklichkeit wurde der IS unter der Ägide der Vereinigten Staaten regelrecht gegründet, wie man auch in meinem Buch *verheimlicht – vertuscht – vergessen 2016* nachlesen konnte. Dies geschah im US-Gefangenenlager Camp Bucca im südlichen Irak. Dort konnten sich die späteren Führer des IS tummeln und ungestört ihre Anhänger ausbilden – auch in der Verwendung von Sprengstoff. Der britische *Independent* nannte das Gefangenenlager »das US-Gefängnis,

das zum Geburtsort für ISIS wurde« (4.11.2014). Selbst der neue US-Präsident Donald Trump beschuldigte seinen Amtsvorgänger Barack Obama 2016 im Wahlkampf, den IS gegründet zu haben.

Braten IS-Kämpfer Föten und essen sie auf?

Erstes Ziel: Unterdrückung nach außen, also Krieg (Schönsprech: »Verteidigung«). Da die Ermordung von Zivilisten die maximale Provokation bei minimalem (materiellem) militärischen

Effekt darstellt, handelt es sich also um Propaganda – aus Sicht des IS allerdings für die falsche Seite, nämlich für den Westen. Jedes weitere Attentat brachte den Westen in die Offensive. Dadurch wurden die von ihm geführten Kriege gefördert, und darunter litten natürlich Länder wie Syrien und der Irak, wo der IS angeblich beheimatet sein soll. »Wieder waren es die ISIS-Teufel«, schrieb die *Bild* – Website am 14. Januar 2016 über den Jakarta-Anschlag. Dabei ist das falsch: Es sind unsere eigenen Teufel, die uns in immer neue Kriege treiben wollen, vor allem gegen ihren Weltfeind Islam. Da es sich um Propaganda handelt, kann man auch nicht

wissen, inwieweit die Anschläge real waren – denn bei Propaganda wird schließlich immer gelogen. »Am besten« wäre zum Beispiel: »IS-Kämpfer schneiden schwangeren Frauen Föten aus dem Bauch, braten und essen sie auf.« Auf diese *Bild* – Schlagzeile muss man sicher nicht mehr lange warten. Denn woran erkennt man Propaganda? Daran, dass sie völlig überdreht ist.

Zweites Ziel: Unterdrückung nach innen, also Diktatur (Schönsprech: »Sicherheit«). Da die Attentate die Menschen verunsichern und verängstigen, sind sie gern bereit, sich unter dem »Rettungsschirm« der

Sicherheitsbehörden zu versammeln und immer neue Überwachungsgesetze und Eingriffe zu akzeptieren, bis hin zum Ausnahmezustand, in dem beispielsweise die europäische Führungsmacht Frankreich seit den Pariser Attentaten vom November 2015 regiert wird. Und je nachdem, wie viele Attentate in Frankreich noch geschehen werden, wird das möglicherweise auch so bleiben.

Drittes Ziel: Die globale Einigung, also Weltregierung beziehungsweise – diktatur (Schönsprech: »Internationale Gemeinschaft«). Im internationalen Terrorismus ist eine weltweite Firma am

Werk, und diese globale »Firma« heißt bestimmt nicht IS. Dabei geht es vor allem darum, die Welt unter der Führung der westlichen Siegermächte des Zweiten Weltkrieges – Großbritannien, Frankreich und die USA – gegen den »Weltfeind« Terror zu einigen. Nach den ersten beiden Weltkriegen möchten diese Mächte das Projekt Weltherrschaft fortsetzen und ausbauen. Ob Russland und China wirklich eigenständige Gegengewichte sind oder nicht, muss sich noch herausstellen. Möglicherweise gehören sie bereits zur selben Firma. Nicht zufällig handelt es sich zum Beispiel bei den Syrien-Akteuren um die vier Siegermächte des Zweiten

Weltkrieges plus China, also um die ständigen Mitglieder des UN-»Sicherheitsrates« – die gleichzeitig die fünf führenden Atommächte des Globus sind.

Ein Stiefel im Gesicht

Global gesehen könnte die erhöhte Terroranschlagszahl entweder darauf hinweisen, dass man den totalitären Prozess beschleunigen und möglicherweise in die finale Phase führen will. Wie man überall beobachten kann, ist das totalitäre Modell in vielen

Staaten auf dem Vormarsch:

- Türkei: Ausnahmezustand und Alleinherrschaft von Präsident Erdogan
- Frankreich: ständig verlängerter Ausnahmezustand und Alleinherrschaft von Präsident François Hollande
- Österreich: Verschiebung der Präsidentschaftswahlen vor drohendem Wahlsieg des »rechtspopulistischen« FPÖ-Bewerbers Hofer
- USA: Putschdrohungen gegen den republikanischen Präsidenten Donald Trump

Der Grund könnte ein zunehmender Verzweiflungskampf der bisherigen Geostrategen gegen die heranwachsenden konservativen Protest- und Reformbewegungen sein – mit dem vorläufigen Höhepunkt der Wahl Donald Trumps ins Weiße Haus. Diesen, ich nenne sie: linksfaschistischen, Eliten drohen sämtliche Felle davonzuschwimmen, weshalb sie die Zügel nun möglicherweise anziehen und eine globale Terrorwelle inszenieren.

EUdSSR ist nicht nur ein Spitzname

Auch in Deutschland, wo massenhafter, wahlloser Terror lange Zeit nur angetäuscht wurde, bricht die Regierung das Recht, herrschen Denunziation, Verleumdung und Willkür. Der bisherige Rechtsstaat löst sich auf. Denn fühlt sich ein Staatswesen bedroht, reagiert es mit Verhärtung nach innen und außen. So auch die EU. 2016 enthüllten britische und polnische Medien einen Geheimplan für die »Vereinigten Staaten von Europa«. Im Handstreich sollen die EU-Mitgliedsstaaten entrechtet und ein europäischer Superstaat errichtet werden. Wer den Spitznamen »EUdSSR« für die Europäische Union bisher für einen bösen Witz hielt, der

wurde nun eines Besseren belehrt. Nach der verheerenden Brexit-Pleite planten die EU-Eliten nämlich genau das: eine handstreichartige Entrechtung der Mitgliedsstaaten und die Errichtung eines Superstaates, das heißt: einer neuen Sowjetunion (UdSSR).

»Endlösung« Diktatur?

»Wie es scheint, sind die Briten mehr als einer Gewehrkugel ausgewichen, als sie sich davongemacht haben ... Die Außenminister Frankreichs und Deutschlands sind angeblich dabei,

einen Plan zu enthüllen, die individuellen Mitgliedsstaaten im Rahmen eines ›Ultimatums‹ zu beseitigen«, berichtete die Nachrichten-Website *zerohedge.com* am 27. Juni 2016 und nannte das »die schockierend vorhersehbare Endlösung für Europas existenzielle Krise nach dem Brexit«. »Wie heute bekannt wurde, wollen die europäischen Staatsschefs die Gunst der Stunde des Brexits nutzen und ihren lange gehegten Plan enthüllen, die Staaten des Kontinents in einem GIGANTISCHEN SUPERSTAAT zu verschmelzen«, meldete auch der britische *Express* (online, 28.6.2016). Demnach planen insbesondere

Deutschland und Frankreich nicht weniger als einen Staatsstreich in der Europäischen Union. »Im Rahmen dieser radikalen Vorschläge werden die EU-Staaten das Recht auf eine eigene Armee, eigene Strafgesetze, eine eigene Steuergesetzgebung und Zentralbank verlieren, während all diese Befugnisse an Brüssel übertragen werden sollen.« Außerdem würden die Mitgliedsstaaten den Rest der Kontrolle über ihre Grenzen einbüßen, einschließlich des Rechts, Migranten aufzunehmen und zu verlegen.

»Keine Macht den Technokraten«

Nachdem der Plan vom polnischen TV-Sender TVP Info enthüllt worden sei, herrschten Wut und Panik in dem Land. Während es an allen Ecken und Enden knirschte, logen sich die Staatschefs von Frankreich, Deutschland und Italien die Europäische Union schön: Laut *Daily Mail* erklärten die drei, »dass die EU ein Erfolg sei und dass der Block unverzichtbar sei, um ›den ökonomischen und sozialen Fortschritt für unsere Völker zu sichern und Europas Rolle in der Welt zu

behaupten« (online, 27.6.2016). Womit wahrscheinlich jener ökonomische und soziale Fortschritt gemeint war, der Ländern wie Griechenland, Spanien und Frankreich hohe Arbeitslosenzahlen und zunehmendes soziales Elend bescherte. Polens Außenminister Witold Waszczykowski erteilte dem provokanten Papier denn auch schon vorab eine deutliche Absage. Das Ganze sei keine gute Idee, da sich die EU seit ihren Gründungstagen stark verändert habe, zitierte der britische *Express* Waszczykowski. »Die Stimmung in den europäischen Staaten hat sich geändert. Europa und unsere Wähler wollen die Union nicht in die Hände von

Technokraten legen.«

»Es ist schwierig, sich vorzustellen, dass der Rest Europas nun die Reihen schließen und eilig in Richtung einer noch weitergehenden Integration marschieren wird«, gab der *Express* auch den früheren Generaldirektor des italienischen Schatzamtes, Lorenzo Condign, wieder: »Es gibt einfach keinen politischen Willen.« In Wirklichkeit bestehe genau das gegenteilige Risiko, nämlich dass sich die zentrifugalen Kräfte durchsetzen und die Integration noch schwieriger machen würden. Es sei nahezu unmöglich, dass sich Europa in Zeiten eines solchen Aufruhrs für noch mehr Integration

entscheide.

Lügen, Krieg und Terror

In Wirklichkeit war der Zeitpunkt absolut logisch. Gerade in Zeiten eines solchen Aufruhrs und nachdem die Europäische Union nun am Rande des Zusammenbruchs stand, hieß es für die Eliten »Jetzt oder nie«: Entweder wird der Laden nun noch schnell zusammengehalten und zementiert, oder es wird zu spät sein. »Wie es scheint«, so *Zero hedge*, »ist der berühmte Satz ›Lasse nie eine Krise ungenutzt

verstreichen« den EU-Offiziellen nicht unbekannt«.

Allerdings wurden am 8. November 2016 die Karten noch einmal grundlegend neu gemischt. An diesem Tag gewann der republikanische Präsidentschaftsbewerber Donald Trump die US-Präsidentschaftswahlen. Nach allem, was sich abzeichnet, könnte es sich dabei um einen politischen Gezeitenwechsel handeln. Neben der bisherigen totalitären und Orwellschen Strömung scheint damit eine andere geopolitische Kraft in den USA die Macht zu übernehmen. Der bellizistische Westen scheint sich damit komplett umdefinieren zu müssen oder vor der

Drohung zu stehen, auseinanderzubrechen, wenn sich die USA und Russland nicht annähern würden – jedenfalls nach ersten Wahlkampfaussagen von Donald Trump. Das wäre natürlich eine globale Zäsur erster Güte. Das bisherige, von den USA dominierte westliche System beruhte zwar auf Lügen, Krieg und Terror. Aber wenn der Oberbefehlshaber wechselt, könnte sich das sehr schnell ändern. Alle Begleiterscheinungen des bisherigen globalen Systems, wie beispielsweise Überwachung, Bespitzelung, linke Meinungsdictatur und der internationale Terror, könnten dann ein Ende haben oder zumindest zurückgehen. Dasselbe

gilt für das irrsinnige globale Experiment der Auflösung aller Grenzen – das eigentliche Gift, an dem die Menschheit zugrunde gehen muss.

Die »Verteidigerin der freien Welt«

Merkels Kanzlerkandidatur 2017 kommt einem da vor wie das letzte Gefecht Erich Honeckers. Tatsächlich ist es aber das letzte Gefecht der globalen Eliten. Während überall konservative Parteien aus dem Boden schießen und Wahlerfolge feiern und nun sogar Donald

Trump das Weiße Haus erobert hat, wird Merkel zur letzten Lichtgestalt der globalen Linken hochgejubelt: »Merkel ist zur vielleicht wichtigsten Führungspersönlichkeit der freien, liberalen Welt geworden«, schwadronierte die *Süddeutsche Zeitung* (online, 20.11.2016). Ein Kommentator der britischen Tageszeitung Guardian sei »versucht zu sagen, dass der Anführer der freien Welt Angela Merkel ist«. Die Jubelberichterstattung der New York Times erinnerte an die Geschichte von den »Zehn kleinen Negerlein«: »Und dann war es nur noch eine. Deutschlands Kanzlerin Angela Merkel wurde nach

der Wahl von Donald Trump zur letzten, mächtigen Verteidigerin Europas und der transatlantischen Allianz« (laut Süddeutsche, ebenda). Vielen Dank: Wie die »freie Welt« der Angela Merkel aussieht, hat Deutschland in den zurückliegenden Jahren auf bittere Weise lernen müssen – durch die totale Gleichschaltung von Medien, Schulen und Universitäten und die Verleumdung von Kritikern beispielsweise. Wo die Trump-Revolution hinführt, kann man zwar noch nicht genau sagen. Sicher ist nur, dass der Zustand der Welt nach acht Jahren Barack Obama und elf Jahren Angela Merkel eigentlich nur besser werden kann ...



KOPP VERLAG

Bücher, die Ihnen die Augen öffnen

In unserem kostenlosen Katalog finden Sie Klassiker, Standardwerke, preisgünstige Taschenbücher, Sonderausgaben und aktuelle Neuerscheinungen rund um die Themengebiete, auf die sich der Kopp Verlag spezialisiert hat.

Viele gute Gründe,

warum der Kopp
Verlag
Ihr Buch- und
Medienpartner sein
sollte:

- ✓ Versandkostenfreie
Lieferung innerhalb Europas
- ✓ Kein Mindestbestellwert
- ✓ Kein Risiko – Geld-zurück-
Garantie

- ✓ Keine Verpflichtungen –
kein Club, keine Mitgliedschaft
- ✓ Regelmäßige
Informationen
über brisante Neuerscheinungen
und seltene Restbestände
- ✓ Bequem, einfach und
risikolos bestellen:
Wir sind rund um die Uhr für Sie
da – 365 Tage im Jahr!

Ein kostenloser Katalog liegt für Sie
bereit.

Jetzt anfordern bei:



Bertha-Benz-Straße 10 •
72108 Rottenburg a. N.
Telefon (0 74 72) 98 06 10 •
Telefax (0 74 72) 98 06 11
info@kopp-verlag.de •
www.kopp-verlag.de



**Udo Ulfkotte:
Volkspädagogen**

ISBN: 978-3-86445-405-9 •
17,95 €

**Lassen Sie sich von
den Mainstream-
Medien nicht
vorschreiben, was
Sie denken sollen!**

**Aktuelle Umfragen belegen, dass
die große Mehrheit der
Bevölkerung kein Vertrauen mehr
in die Mainstream-Medien hat. Udo
Ulfkotte sieht die Schuld dafür bei**

den Journalisten. Diese wollen ihre Leser und Zuschauer nicht mehr objektiv informieren, sondern politisch korrekt erziehen.

Nie zuvor haben Journalisten und Politiker die Bürger im deutschsprachigen Raum so von oben herab behandelt wie heute. Sie agieren arrogant, abgehoben und selbstgefällig – und pfeifen auf Neutralität, Objektivität und die Wahrheit. Die anmaßende Parole dieser Deutungselite lautet: »Wir wissen es besser.« Doch längst haben die Menschen es satt, sich Schuldgefühle einimpfen zu lassen.

Mündige Bürger wollen sich nicht mehr wie kleine Kinder behandeln lassen, denen man erst noch beibringen muss, wie sie über die Probleme in Deutschland und auf der Welt richtig zu denken haben.

Udo Ulfkotte spricht aus, was andere nicht einmal zu denken wagen: Die Volkspädagogen sind die Feinde der Demokratie und der Meinungsfreiheit! Stoppen wir die selbst ernannten Gutmenschen, die sich als Gesinnungspolizisten in unser aller Leben einmischen!

Dass es hierzu höchste Zeit wird, belegen die zahlreichen unglaublichen

Beispiele, die Ulfkotte in diesem Buch zusammengetragen hat. Sie entlarven die scheinheilige Moral und Intoleranz der Volkspädagogen. Und sie zeigen, dass diese Journalisten modernste Erkenntnisse und Techniken der Verhaltensforschung einsetzen, um ihre Leser und Zuschauer zu beeinflussen. Dabei handelt es sich um Methoden, die auch bei Geheimdiensten zum Einsatz kommen.

Versandkostenfrei bestellen
unter www.kopp-verlag.de



**Udo Ulfkotte & Stefan
Schubert: Grenzenlos**

kriminell

ISBN: 978-3-86445-312-0 •

17,95 €

»Irgendjemand
muss den Menschen
da
draußen die
Wahrheit sagen!«

Nie zuvor haben so viele Bürger
einen Waffenschein beantragt. Nie
zuvor haben sich so viele Privatleute
einen Tresor gekauft. Nie zuvor haben

sich so viele zum Unterricht in Kampfsportschulen angemeldet. Und nie zuvor war Pfefferspray bundesweit ausverkauft. Die Menschen machen sich ganz offensichtlich Sorgen um ihre Sicherheit. Und das zu Recht!

Das Ende der Sicherheit!

Politik und Leitmedien haben mit der Sicherheit der Bürger gespielt. Skrupellos haben die politisch Verantwortlichen die Grenzen geöffnet und Kriminelle und Terroristen ins Land gelassen. Die Kriminalitätsentwicklung nimmt bedenkliche Ausmaße an. Allmählich

dämmert es auch dem Letzten: Der Staat kann seine Bürger nicht mehr schützen.

Udo Ulfkotte und Stefan Schubert zeigen, wie ernst die Lage wirklich ist. Sie haben Informationen verschiedenster Quellen ausgewertet, dabei auch Geheimpapiere von Sicherheitsdiensten eingesehen und mit Insidern und Polizisten gesprochen. Das Ergebnis ihrer Recherche ist beängstigend: Die von Migranten verübten Straftaten haben nie gekannte Dimensionen erreicht.

Warum die Polizei uns nicht mehr schützen kann

Doch Politik und Medien versuchen, diese Tatsache zu vertuschen: Da wird die Herkunft von Tätern systematisch verschwiegen. Da werden Statistiken gefälscht und Polizisten in ihrer Arbeit behindert und genötigt.

Lesen Sie dieses Buch und sprechen Sie mit Ihren Freunden, Bekannten und Kollegen darüber. Nur so können wir das Kartell der Verschweiger durchbrechen.

Aus dem Inhalt:

- Grenzenlos kriminell: der brutale Blick in die Realität
- Scharia: islamisches Recht auf

deutschem Boden

- Der Blick in den Abgrund: Warum wir bürgerkriegsähnliche Zustände bekommen werden
- Der MAD-Geheimdienstchef warnt: Die Bundeswehr wird von radikalen Muslimen als Ausbildungscamp missbraucht
- CIA-Bericht: die dunklen Seiten der Flüchtlingsströme
- Die Eliten verlassen das Land: Jedes Jahr kehren rund 150 000 Führungskräfte und qualifizierte Facharbeiter Deutschland den Rücken
- Geheime Analyse: Türkisch-

libanesische Mafia teilt sich Deutschland auf

- No-go-Areas: In diese Viertel traut sich die Polizei nicht mehr
- Polizei: Libanesen-Clans haben uns den Krieg erklärt
- Sex-Mob von Köln: das SPD-Schweigekartell bei der Arbeit
- Trotz rechtskräftiger Urteile: 600 000 abgelehnte Asylbewerber nicht abgeschoben
- BKA-Lagebericht: Medien geben Daten verfälscht wieder
- Kriminalität wird immer brutaler: Bürger und Polizei werden vom

Staat im Stich gelassen

- Migranten organisieren sich in Rockerclubs: »Osmanen Germania« wollen Deutschland erobern
- Erst das »Schwarze Silvester« machte es möglich: Bundesweite Zensur bei Flüchtlingskriminalität wird enttarnt
- Islamischer Staat: Politik lässt radikale Moscheen seit Jahren unbehelligt

Versandkostenfrei bestellen
unter www.kopp-verlag.de





**Thierry Baudet: Der Angriff
auf den Nationalstaat**

**ISBN: 978-3-86445-400-4 •
19,95 €**

Die systematische Zerstörung unserer demokratischen Nationalstaaten und die Bedeutung von Grenzen!

Thierry Baudet gilt als intellektuelles Wunderkind und als eine Art neuer Star der Konservativen. Die Analyse,

die der junge Autor in diesem Werk liefert, nötigt selbst linken Politikern und Autoren Respekt ab. Denn mit einzigartiger Präzision deckt Baudet auf, dass Europas Elite die Nationalstaaten nach und nach zerstört. Sein bemerkenswertes Buch zeigt anschaulich, wie in Westeuropa seit rund 50 Jahren ein großes Projekt durchgeführt wird: der Angriff auf die Nationalstaaten. Es ist das wichtigste Ziel der Eliten der Nachkriegszeit. Ihre Vision ist eine Welt ohne Nationen, ohne verbindende Kultur. Nur auf diesem Weg – so ihre Auffassung – können Kriege vermieden werden.

Massenzuwanderung zersetzt unser Wertesystem

Thierry Baudet belegt auf
eindrucksvolle Weise: Die
Nationalstaaten sind Basis und
Garanten unserer demokratischen
Gesellschaften. Die
Masseneinwanderung, die die
europäische Elite forciert,
unterminiert das Verbindende. Wohin
dies führt, zeigt der Autor an
verstörenden Beispielen aus allen
Bereichen des täglichen Lebens. Er
macht deutlich: Wenn in einem
westeuropäischen Staat plötzlich

Werte aus fremden Kulturen zum Maßstab werden, erodiert zwangsläufig das, was die Bürger des Landes bisher verband.

Immer mehr Macht für supranationale Institutionen

Während Massenzuwanderung die nationalen Werte von innen aushöhlt, wird die Souveränität der Nationalstaaten von außen immer weiter eingeschränkt. Internationale Organisationen wie die Europäische Union, die Welthandelsorganisation, der Europäische Gerichtshof für

Menschenrechte und der Internationale Strafgerichtshof erhalten immer mehr Machtbefugnisse. Wurden Gesetze und Richtlinien des Zusammenlebens bislang von Politikern des jeweiligen Landes verabschiedet, kommen Regelungen und Präzedenzfälle immer häufiger aus Brüssel, Genf, Straßburg oder Den Haag. Thierry Baudet beleuchtet einmal mehr anhand konkreter Fälle, was diese Entwicklung für uns bedeutet.

Ohne »wir« geht es nicht

Auch wenn die Auflösung der Nationalstaaten voranschreitet:

Thierry Baudet ist überzeugt davon, dass sich die Dinge zum Guten wenden lassen. Vor diesem Hintergrund zeigt er, was wir tun müssen, um den Nationalstaat und unsere demokratische Gesellschaft zu retten.

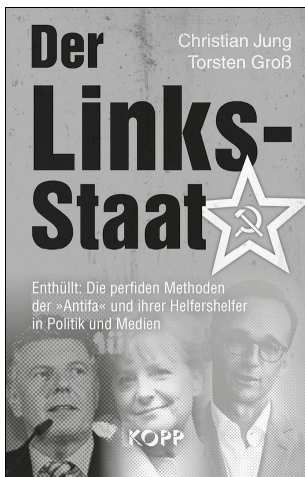
Lesen Sie dieses
engagierte und historisch
fundierte Plädoyer für den
Nationalstaat. Erfahren
Sie, weshalb es uns
besser ginge, wenn wir
wieder »Herr in unserem

eigenen Haus« wären,
anstatt unser Leben von
außen bestimmen zu
lassen.

Versandkostenfrei bestellen
unter www.kopp-verlag.de

KOPP VERLAG

Bücher, die Ihnen die Augen öffnen



**Christian Jung & Torsten
Groß: Der Links-Staat
ISBN: 978-3-86445-392-2 •**

19,95 €

Wie aus einem Rechtsstaat ein Links-Staat wurde

Beschleichen auch Sie mitunter Zweifel, ob wir tatsächlich noch in einem Rechtsstaat leben? Vielleicht liegt das daran, dass aus unserem Rechtsstaat längst ein »Links-Staat« geworden ist. Ein allzu simples Wortspiel? Keineswegs, denn:

Die linksextreme Antifa erfährt vielfältige Unterstützung durch den Staat, sowohl finanziell als auch logistisch, und das alles finanziert mit Steuergeldern und verdeckten Kapitaltransfers. Nach jahrelangen und aufwendigen Recherchen präsentieren Christian Jung und Torsten Groß eindrucksvolle Hintergrundinformationen. Sie nennen Zahlen, Daten und Fakten – und sie nennen Namen, die Namen derer, die die linksextremen Strukturen fördern.

**Wie der Linksextremismus
vom Staat systematisch
gefördert wird**

Was bei den Rechercheergebnissen und der Auswertung von Insider-Informationen besonders erschreckt: Die »demokratischen« Parteien SPD, Grüne und Linke unterstützen linksextremistische und gewaltbereite Gruppen. Mittlerweile haben sich selbst Teile von FDP, CDU und CSU »Antifa-Bündnissen« verschrieben.

»Stadt-Stasi« überwacht unliebsame Bürger

Wussten Sie,

- dass es in München eine Art »Stadt-Stasi« gibt, die direkt dem

Oberbürgermeister unterstellt ist und die ohne jegliche Rechtsgrundlage Daten und Fotos von politisch unkorrekten Personen sammelt und speichert?

- dass diese »Stadt-Stasis« auch in anderen deutschen Städten entstehen?
- dass Linksextremisten zur paramilitärischen Ausbildung ins Ausland reisen, um sich auf den bewaffneten Kampf in Deutschland vorzubereiten?
- dass eine Kämpferin der Antifa Verfassungsrichterin wurde?
- dass linke Aktivisten offen den

»Volkstod« der Deutschen propagieren?

- dass die Polizei Veranstaltungen schützen muss, bei denen der Straßenkampf gelehrt wird?
- dass ein mit öffentlichen Geldern gefördertes »Café«, ein Szenetreff linksextremistischer und gewaltbereiter Kreise, Anleitungen für Brandanschläge verbreitet?
- dass linke Aktivisten massenhaft illegale Ausländer nach Deutschland einschleusen und sich dafür gegenseitig mit staatlich finanzierten Preisen überhäufen?
- u. v. m.

Die Helfershelfer in Politik und Medien

Erfahren Sie, wie die staatliche Unterstützung linksradikaler Organisationen in der Praxis funktioniert. Informieren Sie sich über die kaum bekannten Querverbindungen, die zwischen dem Linksextremismus und Führungskräften aus Politik und Verwaltung, steuerfinanzierten Stiftungen und den (öffentlich-rechtlichen) Medien bestehen.

Die Autoren stellen Vordenker,

Protagonisten und Unterstützer der linksextremen Szene in Deutschland vor. Außerdem werden theoretische Grundlagen, die Strategie und das taktische Vorgehen der Antifa und ihrer Helfershelfer beleuchtet.

Versandkostenfrei bestellen
unter www.kopp-verlag.de